

P. 1424

75. III. 628

PS III 5

GLASUL MINORITĂȚILOR

LA VOIX DES MINORITÉS

DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL
ANNÉE
JAHRGANG

XVIII.

IANUARIE - FEBRUARIE
JANVIER - FÉVRIER
JÄNNER - FEBER 1940.

NUMĂRUL
NUMÉRO
NUMMER } 1-2

C. A. Macartney.

Von: **Dr. Elemér Jakabffy.**

Vor beiläufig einem Lustrum, wenn ich mich recht entsinne, Mitte Juli des Jahres 1934 begrüßte mich in meiner Zaguzsener Behausung ein sonderbarer, unerwarteter Gast.

Es war ein hochgebauter, junger Mann, sehnig und sonn-gebräunt, der sich mit überreicher Besuchskarte als *C. A. Macartney*, Sektionssekretär der englischen Völkerbundliga vorstellte.

Er begann ein deutsches Gespräch, hatte aber bei Erwähnung der ungarischen Namen einiger Herren, die ihn an mich empfohlen hatten, so tadellos ungarischen Tonfall in der Aussprache, dass mir vorerst Zweifel aufstiegen, ob dieser Herr tatsächlich derjenige sei, für den er sich ausgibt, oder ob nicht ein agent provocateur vor mir steht.

Unser weiteres Gespräch hob aber bald alle Zweifel auf.

Einige Zeit vor diesem Besuch des Herrn Macartney war ein Werk von ihm erschienen, welches - obwohl er es mir zugeschickt hatte - ich niemals bekam, unter dem Titel: *National States and National Minorities*, worüber ich erst einige Wochen nach dem Besuch beachtenswerte Kritik aus der Feder Ladislaus Ottlik's las.

Der zwischen meinem Gast und mir erfolgte Meinungs-austausch und später das erwähnte Werk überzeugten mich, dass Macartney alle jene Fragen, die auch meine Gedankenwelt erfüllen, eingehend studiert.

Anderthalb Jahre später kam mir ein neues Buch Macartney's zu Händen. Dies war schon eine ungarische Übersetzung von Alexander Fest und Nikolaus Kállay, herausgege-

P 2228

BIBLIOTECA CENTRALA
A REGIUNII BANAT

BIBLIOTECA CENTRALA
P-41.098-1

ben von Révai (Világkönyvtár) und trug den Titel „A mai Magyarország“, „Das heutige Ungarn.“

Diesem Werk war zu entnehmen, dass dieser junge Engländer kein so „beseelter Ungarnfreund“ ist, als welchen manche Budapester alle Ausländer, die sie nach einigen Besuchen in Ungarn „für sich gewonnen haben“, sehen möchten, sondern ein Gelehrter, der vollkommen sachlich die Materie untersucht, deren Erläuterung er mit gründlichem Wissen unternimmt. (Aus dem Vorwort des Herausgebers wurde mir bekannt, dass Macartney auch ungarisch erlernt hatte).

So schreibt er vom „unverbesserlichen Optimismus der ungarischen Nation“, vom extremen Chauvinismus des ungarischen Gentry, auch darüber, dass man nach altem Gerede „in Ungarn nichts ohne Grafen machen kann, nicht einmal eine Revolution“ und weiter, dass „in Budapest, wo die Stadt Geld hergibt für das Standbild eines fremden Journalisten, ganze Rotten ihrer Einwohner in Kellern, Gruben und Erdhöhlen eingepfercht leben müssen.“

Als unbefangener Beobachter stellt er aber auch fest, „dass es in Ungarn immer Grafen gab, die geneigt und imstande waren, die Initiative zu ergreifen“ und „Ungarn sich ohne diese Klasse schwer zu helfen gewusst hätte, deren Patriotismus mit Weltkenntnis gepaart war“. Über die Klasse der Gentry stellt er fest: „sie unterhielt die Flamme des Nationallebens im XIX. Jahrhundert in Brand und führte die Bewegung der nationalen Wiedergeburt mit Geschick bis 1848 weiter.“

Trotzdem gefallen die oben erwähnten Feststellungen einem Teil der ungarischen öffentlichen Meinung nicht besonders, denen auch Julius Székfü umsonst die Lehre Széchenyi's erklärt, die betont, man solle die Fehler des öffentlichen Lebens rügend und nicht der nationalen Eitelkeit schmeichelnd das Ziel: die seelische Disposition, die Einstellung des einzelnen Ungarn zu heben trachten. Dieser Teil der öffentlichen Meinung erwähnt Macartney parallel mit Scotus Viator, auf diese zielt Macartney eben in folgenden, uns zunächst berührenden Worten:

„Es ist verhängnisvoll, dass ein chauvinistischer Bruchteil der ungarischen und ungarisch-jüdischen Presse noch immer glaubt, es sei ihre Pflicht, den Minderheiten die Äusserlichkeiten der Magyarisierung aufzuzwingen und sich vorstellen, durch diese Bestrebung die Deutschen und Slowaken

zu wirklichen Ungarn umgestalten zu können, obwohl die Erfahrung zeigt, dass eben die entgegengesetzte Wirkung erzeugt wird. Die lärmende Agitation dieses Teils der ungarischen Nation (welche zurzeit der verlauteten Rede des Professors Bleyer ihren Gipfelpunkt erreichte) schadet nicht wenig der Sache, die der ganzen Nation am Herzen liegt."

Ob Macartney wohl die vor fast hundert Jahren verklungene Rede des Grafen Széchenyi in der ungarischen Akademie gelesen hat, worin er von dieser Methode folgenden Ausspruch tat: „er wirkt wie ein Quacksalber nur äusserlich und denkt, weil er Grammatik lehrt, die Kleider überall verschnürt und alles rot-weiss-grün färbt, Herzen zu betören und Hirne zu erobern.“

Es seien nur noch die Schlussworte aus dem Buch Macartney's hier angeführt, um seine Auffassung über das Ungarum und de-sen Zukunft einigermassen darzustellen:

„Die Geschichte der Ungarn ist wahrhaft romantisch und höchst heldenvoll. Sie kamen als Fremde in fremdes Land, ein kleines Volk, von grossen Nationen umgeben, als Vorposten an den am meisten vorgeschobenen Wall gestellt zu fortgesetztem Kampf mit von allen Seiten kommenden Angriff verurteilt. Und dieses Volk hielt dennoch Stand, es bestand fort, erstarkte dort, wo ein minder tapferes, auf seine historische Sendung weniger bauendes Volk von der Erdoberfläche hätte verschwinden müssen. Obwohl sie heute dunkle Schicksalstage durchleben, haben sie dennoch Recht, wenn sie nicht verzweifeln, denn auch in der Vergangenheit nahmen sie den Kampf mit dem Missgeschicke auf und bezwangen es, so werden sie es auch in Zukunft besiegen.“

Ein merkwürdiger Zufall brachte mir wieder das Zusammentreffen mit Macartney.

Er studiert jetzt die Fragen Mittel- und Südosteuropas.

Wo und wann wir die Früchte dieser Bemühungen lesen werden, ist mir unbekannt, doch ahne ich, dass wenn nach den noch zu erwartenden grossen Zusammenstössen die Machthaber Europas wieder um den grünen Tisch versammelt, Friede für das gelittene Europa zustandezubringen bemüht sein werden, wir unter den Namen der Sachverständigen voraussichtlich C. A. Macartney, den Namen des Gelehrten vom Oxforder College lesen werden.

Und wenn ihm und den ihm ähnlichen unbefangenen Fachmännern nicht das Schicksal zuteil wird, wie es dem J. M. Keynes widerfuhr, der bekanntlich im höchsten Wirtschaftsrat

der Pariser Konferenz als Vertreter Englands am 7. Juli 1919 seinen Platz verliess, weil er sah, dass unter dem Deckmantel Frieden zu machen, Dummheit begangen wurde: dann können wir hoffen, dass jener so sehr ersehnte Friede, ein wahrer Friede, die Sicherheit ungestörter menschlicher Wohlfahrt dem alten Europa zuteil wird.

Die kulturellen Verluste des Banater Ungartums im Laufe des Jahres 1939.

Seit mehr als einem Jahrzehnt erschien vor jedem Weihnachtsfest für die Banater Ungarn der Banater *«Ungarische Volkskalender»*. Dieser enthielt ausser dem Zeitregister einen sehr interessanten Teil und meldete seit einigen Jahren pünktlich alle kulturellen Lebenserscheinungen des Banates. Wir erfuhren daraus in zeitlicher Reihenfolge alle kulturellen Bewegungen: die der „Arany János-Gesellschaft“, des Vereins der Banater Ungarischen Volksbildung („Bánsági Magyar Közművelődési Egyesület“), der Gesangsvereine, Tischgesellschaften, die kulturellen und sozialen Regungen der Parteisektionen usw. Aus manchem Jahr waren mehrere Hundert solcher Bewegungen aufgezeichnet.

Leider fehlte dieser Abschnitt aus dem für das Jahr 1940 herausgegebenen Kalender. Als Ursache mag zweifellos gelten, dass von kultureller Bewegung des Banater Ungartums nur in ganz belanglosem Masse die Rede sein kann. Der traditionelle grosse Ungarische Ball in Temesvár war wieder glänzend gelungen, aber weder die „Arany János-Gesellschaft“, noch der Banater Ungarische Volksbildungsverein („Bánsági Magyar Közművelődési Egyesület“), sowie die aufgelöste Parteisektion vermochten bedeutende Kulturarbeit zu verrichten.

Aber nicht nur diese Verluste erlitt das Banater Ungartum. Im vergangenen Jahre gingen das älteste Banater Tagblatt und das älteste Wochenblatt ein.

Noch Ende Dezember des Jahres 1937 wurde laut Regierungsverfügung das Erscheinen des Tagblattes *«Temesvári Hirlap»* zeitweilig eingestellt. Das Blatt durfte acht Monate hindurch nicht erscheinen, wodurch dessen finanzielle Lage derart er-

schütterte wurde, dass es im vergangenen Herbst verstummen musste. Das „Temesvári Hirlap“ war dem Banater Ungarum nicht nur im Nachrichten- und kulturellen Dienst bewährt, sondern war für Jeden ein gern gelesenes Organ, der ungarisch versteht.

Die gesetzliche Verfügung, wonach alle, jährlich öfter als 30-mal erscheinenden Blätter verpflichtet wurden, einen Kapitalfond als Aktiengesellschaft anzulegen, bewog den Herausgeber des in Lugos erscheinenden Wochenblattes *«Krassó-Szörényi Lapok»*, die Herausgabe des Blattes vorläufig einzustellen.

Mehr als sechzig Jahre hindurch diente dieses Organ der ungarischen Kultur des Komitates Krassó-Szörény und berichtete dem Leser nicht nur lokale Neuigkeiten, sondern brachte ausser der Meldung und Kritik aller kultureller Bewegungen auch das Ergebnis der Forschungen bezüglich der geschichtlichen Vergangenheit des Komitates.

Mit dem Verschwinden der beiden genannten Blätter: „Temesvári Hirlap“ und „Krassó-Szörényi Lapok“ wurde zum einzigen ungarischen Tagblatt des Banates das *«Déli Hirlap»*, welches zwar in Arad gedruckt wird, im ganzen Gebiet der Komitate Krassó und Szörény besteht aber weder ein ungarisches Tagblatt, noch ungarisches Wochenblatt.

Der Gebrauch der ungarischen Namensbezeichnung von Städten und Gemeinden in der Slowakei.

Das ungarische Telegraphenbüro meldet:

Die Verfügung der Pozsonyer Polizeidirektion, dass die ungarischen Blätter die offiziellen slowakischen Ortschaftsnamen benutzen müssen, widrigenfalls sie beschlagnahmt werden, wird mit dem im § 95 der slowakischen Verfassung enthaltenen Reziprozitätsprinzip, bzw. damit begründet, „dass die in Ungarn erscheinenden slowakischen Pressprodukte, die die Ortschaftsnamen Ungarns slowakisch verzeichnen, gleichfalls konfisziert werden.“

Demgegenüber stellt das Ungarische Telegraphen-Korrespondenzbüro auf Grund von an zuständiger Stelle erhaltenen Informationen neuerdings fest, dass in allen in Ungarn nicht in ungarischer Sprache erscheinenden Pressprodukten die Namen

der Gemeinden und Städte Ungarns in der betreffenden Sprache üblichen Form gebraucht werden können, und dass es in Ungarn keine Rechtssatzung oder Regierungsverfügung gibt, auf Grund deren irgendein Pressprodukt wegen derartiger Benützung von Ortschaftsnamen konfisziert werden könnte. Es gibt auch keine Rechtsnorm oder Regierungsverfügung, die ausser der in der betreffenden Sprache üblichen Bezeichnung auch den Gebrauch der ungarischen Benennung der betreffenden Stadt oder Gemeinde vorschriebe.

Jeder, der die deutschen Zeitungen Ungarns mit Aufmerksamkeit verfolgt, kann sich davon überzeugen, dass diese die Namen ungarischer Städte und Ortschaften folgerichtig und ungehindert in der in deutscher Sprache üblichen Form benützen (Ödenburg, Fünfkirchen usw.) Desgleichen können die slowakischen Blätter Ungarns, die slowakischen Ortschaftsnamen ungehindert benützen (Novizamki, Kosice usw.), ja sogar in ausschliesslicher Weise. Demnach kann erwartet werden, dass die slowakischen Behörden durch Ausserkraftsetzung ihrer sicherlich auf irrigen Informationen beruhenden Anordnungen den ungarischen Blättern in der Slowakei den Gebrauch der ausschliesslichen ungarischen Benennung der dortigen Städte und Gemeinden ebenso ungehindert bewilligen werden, wie die ungarischen Behörden den heimischen slowakischen und sonstigen nicht-ungarischsprachigen Blättern den Gebrauch der Benennung der Städte und Gemeinden Ungarns in der betreffenden Sprache gestatten.

*

Dr. Jakob Bleyer hat im „Sonntagsblatt“ vom 7. April 1929 unter dem Titel „Ungarische und deutsche Ortsnamen“ einen Aufsatz veröffentlicht, der diese Frage grundsätzlich beleuchtet und erörtert. Da dem Aufsatz heute infolge der Feststellung des M. T. I. eine erhöhte Bedeutung zukommt, lassen wir ihn nachstehend wortwörtlich folgen.

Es wird uns bald da, bald dort zum Vorwurf gemacht, dass wir im „Sonntagsblatt“ und in unseren sonstigen Veröffentlichungen vaterländische Orte mit deutschen Ortsnamen bezeichnen. Die Vorwürfe sind unberechtigt. Es gibt ein Gesetz „über die Gemeinde- und anderen Ortsnamen.“ (G. A. IV. 1898.), das über einen Gebrauch der ungarländischen Ortsnamen in dem Sinne verfügt, dass amtlich zur Bezeichnung der einzelnen Orte die amtlichen ungarischen Namen verwendet werden müssen, auch wenn es sich um den Gebrauch in den Nationalitäten-

sprachen handelt. Das Gesetz muss selbstverständlich eingehalten werden, wozu ich bemerken will, dass die meisten Verfügungen desselben aus verwaltungstechnischen Gesichtspunkten objektiv gerechtfertigt werden können.

Dies ist also in bester Ordnung. Auf der anderen Seite aber muss betont werden, dass über den amtlichen öffentlichen Gebrauch der Ortsnamen hinaus niemand, auch keine gesetzgebende Körperschaft, vorschreiben kann, welche Wörter in einer Sprache gebraucht werden dürfen, oder aus ihr verpönt werden müssen. Die Sprache ist keinerlei äusseren Souveränitäten unterworfen, sondern ist selbst souverän, wie das Gefühl und der Gedanke, die sie zum Ausdruck bringt. In ihrer Veränderung und Entwicklung richtet sich die Sprache nach psychischen Gesetzen, die in ihren Wirkungen ebenso unbedingt sind, wie die die Natur beherrschenden psychischen Gesetze. Die Sprache kennt keine Unterschiede zwischen Gattungsnamen (wie Pferd, Tisch, Grösse, Schein, usw.) und Eigennamen (solche sind: die Familien-, Orts-, Gebirgs-, Länder-, Flussnamen usw.): beide sind gleichwertige Bestandteile des Sprachgutes und haben sich als gleichberechtigte Elemente desselben Wortsatzes durch Jahrhunderte oder gar Jahrtausende in dasselbe Schicksal geteilt. Ja der historische und kulturhistorische Inhalt manches Eigennamens ist reicher und mannigfaltiger an Beziehungen und Gefühlswerten, als ein Dutzend Gattungsnamen. Darum hält jedes Volk mit zäher Pietät an ihnen fest.

Als das oben erwähnte Gesetz erschienen war, wurde von ungarischen Geographen angeregt, die alten ungarischen Namen ausländischer, vornehmlich deutscher Orte preiszugeben und die entsprechenden fremdsprachigen Bezeichnungen in die ungarische Sprache einzuführen. Man gab sich den Anschein, als ob man damit den Interessen der Internationalen Wissenschaft und des Weltverkehrs dienen wollte, in Wirklichkeit aber hegte man die neue Absicht, die Deutschen auf diese Weise von dem Gebrauche der deutschen Benennungen ungarländischer Orte abzubringen. Man vermied also Namen, wie Bécs, Lipcse, Boroszló, Velence, Nápoly, usw., und sprach und schrieb auch ungarisch: Wien, Leipzig, Breslau, Venezia, Napoli usw.

Angesichts dieses grundfalschen Standpunktes, der sich gegen den Geist der ungarischen Sprache geltend zu machen begann, musste schliesslich die höchste Instanz ungarischer

Sprachpflege, die „Ungarische Akademie der Wissenschaften“ Stellung nehmen. Die Frage wurde dort von einem der grössten Meister ungarischen Stils, von weiland Professor Zsolt v. Beöthy, aufgeworfen und die Akademie antwortete darauf: „Da die ungarischen Formen sämtlicher fremden Ortsnamen Denkzeichen historischer, kultureller, militärischer, politischer Berührungen sind, so gingen, wenn diese Namen beseitigt oder vergessen würden, auch diese Denkzeichen für immer verloren und unser historisches Bewusstsein, das für unsere Kultur, ja für unser ganzes nationales Leben so unumgänglich notwendig ist, würde getrübt und geschwächt.“ Die Beibehaltung der alten ungarischen Namen sei also nationale Pflicht. (Vgl. Akadémiai Értesítő. 1916 S. 175 f.) In der Begründung seines Antrages aber führte Professor v. Beöthy mit seltener wissenschaftlicher Objektivität und tiefer menschlicher Weisheit u. a. aus: „Wie wir die Unverletzlichkeit unseres ungarischen Sprachschatzes in Rede und Schrift auch in über die Grenzen unseres Vaterlandes hinausreichenden Beziehungen fordern: so müssen wir dasselbe Recht auch den fremden Sprachen im Hinblick auf jene ungarländischen Ortsnamen einräumen, die diese Sprachen mit besonderen historisch gewordenen Namen bezeichnen . . . Mit solcher Ehrerbietung und Schonung erreichen wir mehr, denn als kleine Nation mit Ansprüchen, die nicht einmal die grossen westlichen Völker gegen einander erheben: wir fordern von den deutschen „Koložsvár“ (Klausenburg), wo es ihnen kaum in den Sinn kommt, von den Franzosen „Köln“ zu fordern.“ (Vgl. „Akadémiai Értesítő“ 1916. S. 564.)

Gibt es eine höhere Autorität in solchen Fragen, als die „Ungarische Akademie der Wissenschaften“ oder weiland Prof. v. Beöthy? Man wird darauf erwidern: ja, die Frage sei keine rein wissenschaftliche, sondern habe auch eine politische Seite; sie könne eben deshalb nicht einseitig von Akademien und Gelehrten entschieden werden. Nun, da können wir uns glücklicherweise auf die höchste staatsmännische Autorität, die es in der Jüngstvergangenheit in Ungarn gegeben hat, nämlich auf Graf Stefan Tisza berufen.

Graf Tisza schrieb am 18. März 1915 an den gelehrten Geographen Prof. Dr. Eugen v. Cholnoky, der sich am meisten für die Preisgabe alter ungarischer Namen ausländischer Orte eingesetzt hatte, folgendes:

„Euer Hochwohlgeboren! Durch unsere Kindereien, die wir mit den Ortsnamen treiben, sind wir schon vor der ganzen Welt lächerlich geworden. Finden wir uns doch damit ab, dass jedes Kulturvolk eine Menge fremder Orte nach dem Genius der eigenen Sprache benennt und es ohne weiteres duldet, dass andere Nationen auch seinen Flüssen, Städten usw. eigene Namen geben. Ich meinerseits kann es nur billigen, dass wir so lange Wien, Leipzig, Dresden usw. mit den ungarischen Namen Bécs, Lipcse, Drezda benennen, als die Engländer, Franzosen, Deutschen, kurzum die zurückgebliebenen Nationen dasselbe tun, und ich bekenne meine Sünde, dass auch ich, wenn ich deutsch spreche, Pozsony und Kolozsvár, „Pressburg“ und „Klausenburg“ nenne. In aufrichtiger Hochachtung – Ihr getreuer
Tisza.”

(Vgl.: „Gróf Tisza István Összes Munkái”, Budapest, IV., sorozat, III. köt., 176. 1.)

Aus dem Dargelegten erfolgt, dass wir nichts Vernünftigeres tun können, als uns auch weiterhin an die treuungarische, aber auch menschlich tiefe Einsicht der Ungarischen Akademie und die staatsmännisch weise, nüchtern – gerechte Auffassung des Grafen Tisza halten.

Jakob Bleyer.

Situația românilor din Ungaria în oglinda raportajului „Dacia.”

În numărul din 31 Decembrie 1939 al ziarului timișorean «Dacia» sub semnatura publicistului *Romulus P. Roșu* găsim articolul următor.

Anchetele noastre în Ungaria.

Românii din Ungaria.

Dela gurile Mureșului, dealungul frontierei, până în Ucraina Subcarpatică trăesc peste o sută de mii de români în statul vecin.

*Evreii din Budapesta vor să treacă la confesiunea
româno-ortodoxă.*

*Arestarea faimosului aventurier Németh István, »episcopul»
românilor din Ungaria.*

În cadrul anchetei întreprinsă de noi în Ungaria, am publicat o serie de reportajii bazați pe datele culese la fața locu-

lui. Dacă am întrerupt pentru câțva timp aceste anchete, explicația trebuie căutată în evenimentele cu caracter politic, ce s'au produs acolo, fapt ce ne-a impus o expectativă. Pentru moment situația este de așa natură încât putem continua.

În rândurile de mai la vale ne vom ocupa de starea românilor din Ungaria și pe lângă partea pur informativă, cetitorii noștri vor avea elementele de comparație între soarta românilor din statul vecin și tratamentul de care se bucură minoritățile în România.

Starea românilor din Ungaria.

Prin tratatul de pace din 1919 Ungariei i-au revenit teritorii locuite de aproximativ o sută de mii de români. O cifră exactă nu am putut stabili, dar numărul românilor în orice caz depășește această cifră.

Cu mici excepții, majoritatea românilor se ocupă cu agricultura și ei sunt așezați dealungul frontierei, începând dela Mureș, până la Nord în Ucraina Subcarpatică.

Un număr destul de mare de locuitori români au orașele Békés-Csaba și Gyula. În Budapesta mai trăesc și azi trei mii de suflete, dar cu timpul au fost desnaționalizați și ceea ce îi mai leagă de colonia românească din capitala Ungariei, este credința pe care și-au păstrat-o.

După statistica bisericii româno-ortodoxă în Ungaria sunt 26.600 români care aparțin acestei confesiuni și sunt stabiliți în Békés, Békés-Csaba, Pusta-Otlaca, Gyula, Kétegyháza, Darvas, Kőrös-Szakál, Kőrösszegaparti, Méhkerék; Mezőpeterd, Sarkad, Keresztur, Zsáka, Magyar-Csanád, Bătania, Budapesta, Vekerd.

Comune curat românești sunt Pusta-Otlaka, Kétegyháza, Méhkerék și Vekerd.

Bisericește acesta sate aparțin episcopiiilor din Arad și Oradea-Mare. Fiecare sat are preot român și sesie parochială, cu excepția comunei Vekerd.

O convenție între România și Ungaria cu privire la situația românilor din Ungaria nu există.

Numărul românilor greco-catolici se cifrează la 25.000 și ei sunt stabiliți în județele Bihor și Sighet, ce au rămas Ungariei.

În bisericile ortodoxe serviciul divin se oficiază în limba română, pe când în cele greco-catolice în limba maghiară, preoții fiind maghiari, absolvenți al teologiilor din Budapesta și

Strigoniu. Pocsay este singura comună cu români uniți unde slujba religioasă se mai face în limba maternă.

Prin ocuparea Ucrainei-Subcarpatice, Ungariei i-au revenit 30.000 români, în majoritate ortodoksi.

Afară de aceștia în Ungaria mai trăesc respirați în nenumărate sate și orașe încă 25.000 români.

Situația școlară este cea mai tragică. Din 22 de școli confesionale numai 3 au învățători români, restul unguri.

De douăzeci de ani s'a încercat să se tipăriască un abecedar românesc, dar nici până în ziua de azi guvernul maghiar, prin resortul învățământului, nu și-a dat încuviințarea, iar din România orice carte didactică este interzisă. Față de repetatele cereri, ministerul cultelor s'a decis să-l tipăriască pe cont propriu, natural ținându-se seama de interesele maghiare.

Mai multe delegații de români au cerut forurilor în drept introducerea limbii române în școlile normale unde își fac studiile învățătorii destinați pentru satele românești, dar nici acest deziderat nu a avut sorți de reușită până în ziua de azi.

La cele mai multe școli confesionale românești învățătorii fiind maghiari singurul obiect predat românește este cel de limba română pe care îl fac preoții după catehisire.

În legătură cu resortul cultelor din Ungaria interesant de menționat cum se repartizează diversele sume din bugetul anual confesiunilor respective.

Totalul bugetului cultelor :	234,994.500 pengő ;
Pentru biserica catolică	4,527.272 pengő
pentru biserica protestantă	4,401.611 „
pentru biserica ortodoxă (români, sârbi, greci, ruși și bulgari) . . .	160.924 „
pentru biserică româno-ortodoxă . .	10.000 „

Pe lângă aceste capitole, pe care le-am găsit în bugetul anului 1939, mai adăogăm o singură observație : catolicii din Ungaria posedă încă două milioane o sută mii de jugăre cadastrale pământ.

Când evreii din Budapesta vor să se facă români-ortodoksi, iar «episcopul» Németh îl binecuvântează.

Aminteam în altă parte că numărul românilor din Budapesta se ridică la vre-o trei mii.

De când parlamentul maghiar a luat o serie de măsuri cu

caracter antisemit, legiferându-le, parohia românească era cât pe aci să se îngroașe cu o serie de „ortodoxi” noui-nouți. Ca început, o mie de evrei s'au adresat preotului român cerându-i ca să le facă formele pentru a trece la legea româno-ortodoxă.

Preotul a cam întârziat cu formele... dar se vede că alți au fost mai inventivi.

Se știe că cu vre o câțiva ani în urmă guvernul din Budapesta, voind să i rupă pe români dela episcopiile din Arad și Oradea, le-a stăruit o nouă căpetenie în persoana „episcopului și mitropolitului” Németh István, aparținând sectei coptilor și „uns” fiind în această calitate de biserica din Siria.

Noul „episcop și mitropolit” al românilor și-a fixat reședința la Senteș, oraș situat în apropiere de granița românească, dar fiind puțin cam excroc din fire, s'a dedat la o serie de isprăvi care au silit guvernul maghiar să nu-i mai acorde încrederea.

Acest aventurier fiind informat de cererea evreilor din Budapesta; pentru suma de 1000 pengő (circa 40.000 Lei) de căciulă, a fabricat la rezezeală 80 de certificate pe seama noilor „români” și „ortodoxi”, urmând ca să le dea binecuvântarea sa și celorlalți.

Afacerea nu ar fi fost proastă, dar organele poliției prinzând de veste, l'au arestat, iar azi își ispășește toate fărădelegile pe care le-a săvârșit ca „ortodox” și „român”.

Natural românii din Ungaria nu au ce regreta de pe urma acestei pierderi, iar guvernul maghiar, credem, că se va feri pe viitor că să-i mai doteze cu astfel de căpetenii.

Gerichtliches Urteil von grundsätzlicher Bedeutung über das Vermögen der konfessionellen Schulen in Jugoslawien.

Als in Jugoslawien die Verstaatlichung der Schulen auf Grund der Regierungsverordnung Nr. 31.230 vom 27. August 1920 und sonstigen ergänzenden ministeriellen Verordnungen vollstreckt wurde, geschah dies in der Praxis so, dass besonders in den von Ungarn abgetrennten Gebieten ohne jegliche

Entschädigung alle Gebäude, Einrichtungen und alle, zur Erhaltung der verschiedenen konfessionellen, Gemeinde-, Vereins- und sonstigen Privatschulen dienenden Einrichtungen samt deren mobilen und immobilien Vermögen in Besitz genommen wurde. Da aber in diesen Gegenden die grosse Mehrzahl der Schulen von verschiedenen Typus konfessionelle, Gemeinde- oder Vereinsschulen waren, erlitten diese Schulen unterhaltenden Körperschaften infolge der Beschlagnahme ihres Vermögens ungeheure Verluste. Seit 1931 strengten mehrere Kirchengemeinden Versuchsprozesse gegen den Staat wegen Zurückgabe der Schulgebäude und vom Zeitpunkt der eigenmächtigen Besitznahme bis zur Gegenwart um die Bezahlung des vollen Mietzinses an. Darauf schlossen, auf Grund entsprechender Gerichtsurteile und auf höheren Befehl die politischen Gemeinden vieler Orte Übereinkommen mit der Kirchengemeinde zwecks Rückgabe des Eigentumsrechtes und Bezahlung des fälligen Mietbetrages der weggenommenen Schulgebäude. Unlängst sprach der Kassationshof von Ujvidék (Neusatz) im Prozess der Kirchengemeinde von Béreg (Backi Breg) gegen den Schulstuhl der politischen Gemeinde das grundsätzlich bedeutungsvolle Urteil aus: „Die infolge der ministeriellen Verordnungen weggenommenen konfessionellen Schulgebäude bleiben unverändert im Besitz der betreffenden Kirchen, diese müssen zurückgegeben werden und für deren Benützung muss auch der rückständige Mietzins bezahlt werden. Über das kirchliche Vermögen verfügt unverändert die Kirche und dasselbe kann nicht expropriert oder einfach weggenommen werden.“

Die Angelegenheit der rechtswidrig weggenommenen konfessionellen Schulgebäude wird also langsam und irgendwie in Ordnung kommen. Was geschieht aber mit dem übrigen Teil der rechtswidrig weggenommenen Schulvermögen, besonders mit den für die Zwecke der Agrarreform weggenommenen und an Dobrowoljacen und andere südslawische Reflektanten verteilten kirchlichen und Gemeindegrundstücken, beschlagnahmten Schulfonds, Stiftungen und Barschaften, die alle für Unterrichtszwecke bestimmt waren ?

Baron Ferdinand v. Uexküll-Güllénband gestorben.

Nach langem Leiden ist der Generalsekretär des Europäischen Nationalitätenkongresses und langjähriger Schriftleiter der Zeitschrift „Nation und Staat“, Baron Ferdinand v. Uexküll-Güllénband in Wien gestorben.

Aus dem Baltikum nach Berlin und später nach Wien übersiedelt, nahm er an der deutschen Minderheitenbewegung regen Anteil. Er wurde zum Schriftleiter der vornehmen Zeitschrift „Nation und Staat“ ernannt und später zum Generalsekretär des Nationalitätenkongresses gewählt. Als Schriftsteller und Minderheitenpublizist hat er sich einen guten Namen erworben.

Baron Ferdinand v. Uexküll-Güllénband verrichtete auf dem Posten, auf dem er gestellt wurde, in gewissenhaftester Weise seine Pflicht. Obwohl es in der Minderheitenpolitik stets hart auf hart ging, gehörte er zu den Wenigen, die keine Gegner, sondern nur Freunde hatten.

Unsererseits betrauern wir im Ableben des Barons v. Uexküll-Güllénband den Verlust eines stets freundlichen und hilfsbereiten Kollegen.

Deutsche Zeitungen des Auslandes in Deutschland verboten.

Seit einigen Wochen gehen aus Ungarn keine deutschen Zeitungen mehr in das Reich. Der „Pester Lloyd“, der allein nach Berlin in 12.000 Exemplaren täglich hinausging, berichtet hierüber in seiner Blattfolge vom 7. Januar folgendes:

«*Verbot deutschsprachiger Auslandzeitungen in Deutschland.* Wie uns von unseren Korrespondenten in Berlin und Wien mitgeteilt worden ist, hat die deutsche Reichsregierung die Verbreitung sämtlicher deutschsprachiger Auslandzeitungen im Reichsgebiet im Verordnungswege verboten. Diese Massnahme erfolgte offenbar zu dem Zweck, um die Verbreitung Londoner und Pariser Meldungen, die in deutschsprachigen Auslandsblättern enthalten sind, in Deutschland zu verhindern. Für die Ausrichtung der „inneren Front“, für die die öffentliche Meinungs-

bildung von Bedeutung ist, wird – so berichtet unser Berliner Korrespondent – offenbar eine Beeinflussung durch das Lesen gegnerischer Situationsberichte, sowie Londoner und Pariser Nachrichten als unerwünscht angesehen.

Im Sinne der Verordnung sollen alle in deutscher Sprache erscheinenden Auslandblätter, die ins Reichsgebiet befördert werden, durch die Behörden beschlagnahmt werden. Infolge dieser Verfügung wurde die Zusendung des „Pester Lloyd“ ins deutsche Reichsgebiet eingestellt.“

Soweit die Äusserung des „Pester Lloyd“. Der Wortlaut der deutschen Verordnung ist uns unbekannt, folglich wissen wir nicht, ob das Verbot sich auch auf Zeitschriften bezieht. Darum versenden wir unsere Hefte fortan unseren im Reich lebenden Lesern in der Hoffnung, sie werden die einzelnen Exemplare auch in Empfang nehmen.

Beamte mit ungarischen Sprach- kenntnissen erhalten eine Gehalts- zulage – in der Türkei.

Den gesetzlichen Bestimmungen zufolge geniessen jene türkischen Staatsbeamten, wie auch Beamten von Banken und Institutionen staatlichen Charakters Gehaltszulagen, die Fremdsprachen beherrschen. Im Oktober 1939 hat der Senat für höheren Unterricht dem Ministerrat einen Vorschlag unterbreitet, auch das Ungarische unter die wichtigen Sprachen einzureihen. Eine dieser Tage erlassene Regierungsverordnung verfügt – sicherlich zu nicht geringer Freude der ungarischen Freunde der Türkei – dass neben den Weltsprachen Italienisch, Französisch, Englisch, Deutsch und Russisch auch die ungarische Sprache unter jene Sprachen aufgenommen werde, deren Kenntnis die Beamten zum Genusse von Sondergehaltszulagen berechtigt. Die gleiche Verordnung verfügt auch die Zusammenstellung von Prüfungskommissionen. In diesem Sinne werden für die französische, englische, deutsche und russische Sprache in Istanbul und Ankara, für Italienisch in Istanbul und schliesslich für Ungarisch in Ankara Sonderkommissionen errichtet. Mitglieder des ungarischen Komitees sind Hamit Zübeyr Kosay und der Direktor des Ungarischen Institutes, Professor der ungarischen Sprache und Literatur an der Universität in Ankara Ladislaus Rásonyi.

100.000 Volksdeutsche aus Sowjet-russland siedeln um in das Reich.

Der Nummer des „Völkischen Beobachters“ – Wiener Ausgabe – vom 12. Dezember 1939 entnehmen wir folgenden Bericht:

Wie bereits gemeldet, haben sich die deutschen Beauftragten für die Umsiedlung der Volksdeutschen aus dem ehemaligen Galizien und Wolhynien mit ihren Mitarbeitern auf ihre Arbeitsstellen in der Sowjetzone begeben. Nach eingehenden Verhandlungen zwischen der deutschen und der sowjetischen Delegation und nach gründlichen Vorbereitungen der deutschen Beauftragten und ihrer Mitarbeiter beginnt damit die praktische Durchführung der Umsiedlung. Etwa in einer Woche werden bereits die ersten Transporte an der deutschen Interessengrenze eintreffen.

Der Hauptbevollmächtigte der Reichsregierung für die Umsiedlung, Hoffmeyer, machte folgende nähere Angaben über die Durchführung der Aktion.

– Man rechnet, – so führte der Hauptbevollmächtigte aus –, dass über 100.000 Volksdeutsche aus freiem Willensentschluss den Marsch ins Grossdeutsche Reich antreten werden. Die bisherigen Wohnsitze dieser Volksdeutschen verteilen sich auf ein riesiges Gebiet, das von der lettischen bis zur rumänischen Grenze reicht. Dank der in vorbildlicher Einsatzbereitschaft durchgeführten Vorbereitungsarbeiten kann ich jedoch schon heute feststellen, dass es gelingen wird, alle Schwierigkeiten zu überwinden und das grosse Werk bis zu dem vertragsmässig festgesetzten Termin, dem 1. März 1940 zu vollenden.“

Für eine grosse Zahl der Volksdeuschentransporte stellen die Sowjetbehörden dankenswerterweise Beförderungsmittel zur Verfügung, während der Rest der Deutschen die Reise bis zur Grenze mit Fuhrwerken zurücklegen muss.

Dass diese Volksdeutschen so manches zurücklassen müssen, woran ihr Herz hängt, sich aus freien Stücken zu dieser im Winter doppelt beschwerlichen Reise bereit erklärt haben, ist nicht nur ein leuchtendes Bekenntnis ihres Deutschtums, sondern auch ein Beweis dafür, dass es ein kerniges, gesundes

Bauerngeschlecht ist, das nun wieder heimkehrt ins Grossdeutsche Reich.

Für den Übertritt der Volksdeutschen über die deutsch-sowjetische Interessengrenze sind vertraglich zehn Übergangsstellen vorgesehen, von denen voraussichtlich nur fünf Stellen deutscherseits in Anspruch genommen werden. Auf den deutschen Grenzübergangsstellen ist in ausreichendem Masse für Auffangsmöglichkeiten gesorgt. Die Heimkehrer werden dann zunächst in grosse Sammellager geleitet, von wo sie allmählich ihrem neuen Siedlungsraum in den befreiten Ostgebieten zugeführt werden.

Der Hauptbevollmächtigte der Reichsregierung hob noch besonders hervor, dass die Sowjetbehörden im Geiste der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit alles getan haben, um die Durchführung der Aktion zu erleichtern. Die volksdeutschen Heimkehrer werden von allen sonst üblichen Grenzformalitäten befreit werden. Darüber hinaus haben sich die Sowjetbehörden bereit erklärt, die Bahntransporte bis zu den deutschen Grenzbahnhöfen durchzuführen.

Rumänisch-jugoslawischer Bevölkerungsaustausch im Banat.

Im Rahmen der Volkshochschule in Grossbetschkerek hielt der gewesene Grossbetschkereker Handelskammergeneralsekretär Alexander *Stanoilowitsch* einen Vortrag, in welchem er die Gedanken eines Bevölkerungsaustausches zwischen Jugoslawien und Rumänien aufwarf. Im jugoslawischen Teil des Banates und in der Batschka leben, führte er aus, insgesamt 62.900 Rumänen, die zusammen 196.125 Joch Feld besitzen. Im rumänischen Banat siedeln demgegenüber 62.923 Südslawen, und zwar 43.590 Serben, 7576 Kraschowener, 1752 Kroaten und Schokaten und 10.005 Bulgaren. Sie besitzen 198.908 Joch Feld. Der Bevölkerungsaustausch, durch den das Problem der Minderheiten gelöst würde, liesse sich daher leicht durchführen, denn die Zahlen sind fast übereinstimmend. Dazu kommt dann noch, dass auch der Feldpreis ziemlich der gleiche ist, und zwar 5–15.000 Dinar im jugoslawischen und 20–60.000 Lei im rumänischen Banat.

Im Temesvarer rumänischen Tagblatt „Dacia“ befasst sich N. Ivan mit der Anregung des serbischen Bevölkerungspolitikers. Der rumänische Journalist nimmt zwar grundsätzlich auch für den Austausch Stellung, doch ist er der Ansicht, dass sich die Umsiedlung nicht so leicht durchführen liesse. Im rumänischen Banat leben seiner Behauptung nach viel weniger Südslawen, als in Jugoslawien Rumänen. Stanoilowitsch habe die vielen Rumänen im Timok-Tal vergessen und, um annähernd gleiche Zahlen zu erhalten, auch die Bulgaren im rumänischen Banat mitgezählt. Das Uebergewicht aber lässt sich nicht nur in der Kopffzahl feststellen, sondern auch im Grundeigentum, denn der rumänische Besitz in Südslawien ist beträchtlich höher, als der südslawische in Rumänien.

Vertrag

über die Umsiedlung lettischer Bürger deutscher Volkszugehörigkeit in das Deutsche Reich.

Die Deutsche Reichsregierung, geleitet von dem Wunsche, die deutschen Volkszugehörigen auf dem Gebiete des Reiches zu sammeln, und die Lettische Regierung, die ihre Zustimmung zu der Umsiedlung lettischer Bürger deutscher Volkszugehörigkeit gibt, haben beschlossen :

a) diese Umsiedlung als einen einmaligen Vorgang durchzuführen, womit die deutsche Volksgruppe aus dem lettischen Staatsverband ausscheidet,

b) alle damit zusammenhängenden Fragen durch einen Vertrag endgültig zu regeln, wobei eine möglichst reibungslose Abwicklung der in Lettland zurückgelassenen Vermögenswerte der Umsiedler zu gewährleisten und gleichzeitig eine Schädigung der lettischen Volks- und Staatswirtschaft tunlichst zu vermeiden ist, und haben zu diesem Zwecke zu ihren Bevollmächtigten ernannt die Deutsche Reichsregierung : den ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Herrn Ulrich von Kotze, die Lettische Regierung : den Justizminister Herrn Hermanis Apsits, welche nach Vorlegung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgende Bestimmungen vereinbart haben :

Artikel I.

Die Lettische Regierung verpflichtet sich, diejenigen lettischen Staatsangehörigen deutscher Volkszugehörigkeit aus der lettischen Staatsangehörigkeit zu entlassen, welche bis zum 15. Dezember 1939 freiwillig ihren Entschluss bekunden, für alle Zeiten aus der lettischen Staatsangehörigkeit auszuschneiden und ihren ständigen Wohnsitz in Lettland zu verlassen.

Die Deutsche Reichsregierung verpflichtet sich, die vorgenannten Personen nach ihrer Entlassung aus der lettischen Staatsangehörigkeit mit dem Ziele der Einbürgerung in das Deutsche Reich aufzunehmen.

Artikel II.

Die Entlassung kann jeder deutsche Volkszugehörige beantragen, der das 16. Lebensjahr vollendet hat. Eheleute entscheiden frei je für sich.

Für Kinder unter 16 Jahren und bevormundete Personen handelt deren gesetzlicher Vertreter. Er kann für sie auch eine andere Staatsangehörigkeit wählen als für sich selbst.

Der Antrag auf Entlassung kann nicht zurückgenommen werden.

Artikel III.

Die lettische Entlassungsbehörde stellt den Umsiedlern eine Entlassungsurkunde aus, welche gleichzeitig als Ausreiseausweis gilt. Mit der Aushändigung dieser Urkunde erlischt die lettische Staatsangehörigkeit und entsteht die in Artikel I, Absatz 2, genannte Verpflichtung der Deutschen Reichsregierung hinsichtlich der in der Urkunde genannten Personen.

Artikel IV.

Die Umsiedler müssen Lettland nach Empfang der Entlassungsurkunde bis zum 15. Dezember 1939 verlassen. Die Deutsche Reichsregierung sorgt für die Ausreisemöglichkeit und trägt alle damit verbundenen Kosten, soweit sie nicht den Umsiedlern zur Last fallen.

Die Lettische Regierung verpflichtet sich, den Umsiedlern keine Hindernisse zu bereiten und bei der Abwanderung behilflich zu sein.

Artikel V.

Die in diesem Vertrage vorgesehenen Mitteilungen und Eingaben bezüglich der Entlassung aus der Staatsangehörigkeit sind von Stempel- und Kanzleigebühren befreit.

Artikel VI.

Die Lettische Regierung betraut eine besondere Behörde mit der Regelung der vermögensrechtlichen Aufgaben, die sich für sie aus der Umsiedlung ergeben.

Deutscherseits wird zu diesem Zweck in Lettland eine Umsiedlungs-Treuhand-Aktien-Gesellschaft (im nachstehenden UTAG. genannt) errichtet, die den lettischen Gesetzen über Aktien-Gesellschaften mit denjenigen Ausnahmen unterliegt, die im Zusatzprotokoll festgelegt sind.

Artikel VII.

Grundsätzlich können die Umsiedler ihr gesamtes bewegliches Eigentum bei der Umsiedlung mitnehmen oder, nachdem es in Zollverwahrung gegeben ist, bis zum 15. März 1940 ausführen lassen.

Insoweit die Umsiedler kein bewegliches Eigentum mitnehmen oder ausführen lassen, sind sie befugt, dieses Eigentum vor ihrer Abreise selbst zu veräussern.

Von der Mitnahme und späteren Ausfuhr beweglichen Eigentums sind diejenigen Gegenstände ausgenommen, für die dies in dem Zusatzprotokoll vorgesehen ist. Nur diese Gegenstände dürfen bis zum 15. Mai 1940 durch die UTAG. veräussert werden.

Die Veräusserungsfrist bis zum 15. Mai 1940 findet auf Wertpapiere keine Anwendung.

Artikel VIII.

Mit dem Tage der Ausreise übernimmt die Lettische Regierung die Obhut über dem von den Umsiedlern unveräussert zurückgelassenen Grundbesitz. Die UTAG., die laut diesem Vertrag als ausschliessliche Vertreterin der abgewanderten Umsiedler in allen ihren vermögensrechtlichen Angelegenheiten gilt, übernimmt mit demselben Tage die ausschliessliche Verwaltung dieses Grundbesitzes und die Verfügung darüber gemäss den Bestimmungen dieses Vertrages.

Artikel IX.

Der in Lettland zurückgelassene städtische Grundbesitz der Umsiedler wird an Hand von Verzeichnissen ermittelt. Diesen Grundbesitz kann die UTAG. bis zum 31. Dezember 1941 selbst veräussern.

Die beiden Regierungen werden in der Zeitspanne zwischen dem 30. Juni und dem 31. Dezember 1941 eine Regelung über

die Liquidation des zum 31. Dezember 1941 etwa noch nicht veräusserten Grundbesitzes treffen. Dabei wird von dem Grundsatz ausgegangen werden, dass am 31. Dezember 1941 die lettische Behörde oder von derselben zu benennende Stellen den gesamten, unveräussert gebliebenen städtischen Grundbesitz gegen Übergabe von Schuldverschreibungen an die UTAG. zur freien Verfügung übernehmen, wobei dessen Bewertung nach Massgabe gemeinsam festzusetzender Grundlagen stattfindet.

Artikel X.

Der in Lettland zurückgelassene ländliche Grundbesitz der Umsiedler wird an Hand von Verzeichnissen ermittelt. Bis zum 31. Januar 1940 stellen die lettische Behörde und die UTAG. gemeinsam an Hand der Verzeichnisse den Wert des zurückgelassenen Grundbesitzes fest. Die Feststellung erfolgt gemäss den besonders vereinbarten Richtlinien.

Kommt zwischen der lettischen Behörde und der UTAG. eine Einigung über den Wert des einen oder anderen Objekts nicht zustande, so soll die Einigung durch die beiden Regierungen herbeigeführt werden.

Bei der Bewertung des ländlichen Grundbesitzes muss der Wert der im Grundbuch eingetragenen Belastungen in Abzug gebracht werden, soweit letztere die Bewertung nicht übersteigen.

Artikel XI.

Entsprechend dem festgestellten Gesamtwert des ländlichen Grundbesitzes übergibt die lettische Behörde der UTAG. Schuldverschreibungen mit dem Ausstellungsdatum des 31. Januar 1940.

Gegen Übergabe dieser Schuldverschreibungen überlässt die UTAG. den gesamten Grundbesitz der lettischen Behörde oder den von dieser zu benennenden Stellen zur freien Verfügung.

Die im Grundbuch eingetragenen Belastungen gehen auf die lettische Behörde nur insoweit über, als deren Wert die Bewertung des Grundbesitzes nicht übersteigt.

Artikel XII.

Die Industrie- und Handelsunternehmen der Umsiedler werden von beiden Regierungen gemeinsam an Hand von Verzeichnissen ermittelt. Von den so ermittelten Unternehmen werden durch gemeinsame Beschlussfassung der beiden Regierungen diejenigen Unternehmen ausgesondert, welche für die deutsch-lettischen Handelsbeziehungen wichtig sind. Diese Unternehmen unterliegen einer Sonderregelung, die zwischen den beiden Re-

gierungen vereinbart wird. Über die übrigen Unternehmen entscheidet die Lettische Regierung. Die Möglichkeit privater Vereinbarungen wird hiedurch nicht berührt. Soweit die Lettische Regierung auf Liquidation erkennt, erfolgt diese durch den Eigentümer oder die UTAG. gemäss den allgemeinen Bestimmungen der lettischen Gesetzgebung.

Artikel XIII.

Der Grundbesitz der Kirchengemeinden, der nicht Gewinn bezweckenden Vereine und Verbände und anderer derartiger Organisationen wird nach lettischem Gesetz liquidiert.

Auf das bewegliche Eigentum dieser Organisationen finden die Bestimmungen dieses Vertrages über das bewegliche Eigentum natürlicher Personen sinngemäss Anwendung.

Die zur Ausfuhr nicht genehmigten Kulturwerte gehen ohne Entschädigung in das Eigentum des Lettischen Staates über.

Artikel XIV.

Als Wohnsitz eines Umsiedlers gilt in allen privatrechtlichen und prozessualen Fragen der letzte Wohnsitz in Lettland, im Zweifelsfalle die Hauptstadt Riga.

Artikel XV.

Die UTAG. trägt mit dem von ihr verwalteten Vermögen sowie mit dem erlösten Gegenwert desselben die Gesamthaftung für alle noch nicht befriedigten Forderungen des Lettischen Staates, der Selbstverwaltungen und aller übrigen juristischen und natürlichen Personen gegen jeden Umsiedler, soweit nicht Insolvenzfälle vorliegen.

In erster Linie müssen diejenigen Forderungen befriedigt werden, die in Lettland entstanden sind.

Bei fiskalischen Forderungen des Staates und der Selbstverwaltungen steht dem Schuldner das Beschwerderecht zu. Alle übrigen Forderungen werden von einer paritätisch zusammengesetzten deutsch-lettischen Kommission auf ihre Berechtigung geprüft und anerkannt oder abgewiesen.

Forderungen, die in Raten zahlbar und bei der Liquidation der UTAG. noch nicht befriedigt sind, müssen unter Berücksichtigung eines Zeitraumes von höchstens 10 Jahren befriedigt oder sichergestellt werden.

Artikel XVI.

Die UTAG. wird der lettischen Behörde spätestens bis zum 31. Mai 1940 Aufstellungen aller vor der Abreise nicht befrie-

digten Forderungen und Vertragsrechte der Umsiedler übermitteln. Für die nicht rechtzeitig mitgeteilten Forderungen und Vertragsrechte haben die vermögensrechtlichen Bestimmungen dieses Vertrages keine Geltung.

Artikel XVII.

Sämtliche Barbeträge und Guthaben, die nach den Bestimmungen dieses Vertrages angesammelt werden, sind auf ein dafür bestimmtes Konto bei der Latwijas Banka einzuzahlen oder zu überführen. Dieses Konto wird nach Errichtung der UTAG. von dieser übernommen. Auszahlungen aus diesem Konto dürfen nur innerhalb Lettlands geleistet werden und nur soweit sie im Rahmen der Umsiedlungsaktion erforderlich sind. Etwa nötige Genehmigungen sind einzuholen.

Wertpapiere sind entsprechend in das Depot der UTAG. bei der Latwijas Banka zu überführen; sie können, soweit tunlich in Barguthaben verwandelt werden.

Auf Antrag der UTAG. werden über diejenigen auf dem Konto stehenden Beträge, deren sie für ihre Geschäftstätigkeit nicht bedarf, von der Latwijas Banka Schuldverschreibungen mit dem Ausstellungsdatum des dem Antrage nachfolgenden Vierteljahrsersten ausgestellt und der UTAG. übermittelt.

Die Deutsche Verrechnungskasse und die Latwijas Banka werden die zur technischen Durchführung der Transferierung erforderliche Einzelvereinbarung treffen.

Artikel XVIII.

Der Transfer der auf dem Sonderkonto bei der Latwijas Banka angesammelten Vermögenswerte erfolgt grundsätzlich im Wege zusätzlicher Ausfuhr lettischer Waren nach Deutschland.

Die Deutsche Reichsregierung erklärt sich grundsätzlich bereit, über andere ihr von der Lettischen Regierung vorgeschlagene Transfermöglichkeiten zu verhandeln und selbst Vorschläge zu machen.

Bis zur endgültigen Regelung der Transferfrage gilt die vorläufige Transfervereinbarung.

Artikel XIX.

Die Lettische Regierung trägt keine Verantwortung für Verluste, die den Umsiedlern im Zusammenhange mit der Rückwanderung der deutschen Volksgruppe entstehen könnten.

Artikel XX.

Die Bestimmungen dieses Vertrages finden sinngemäss

auch auf diejenigen deutschen Reichsangehörigen Anwendung, die im Zuge der in diesem Vertrage vorgesehenen Umsiedlung nach Deutschland abreisen.

Artikel XXI.

Soweit in diesem Vertrage nichts Gegenteiliges vereinbart ist, finden die allgemeinen lettischen Gesetzesbestimmungen Anwendung.

Artikel XXII.

Genauere Bestimmungen über einzelne Fragen sehen die vertragschliessenden Regierungen in einem Zusatzprotokoll vor, das diesem Vertrage angegliedert ist und gleichzeitig mit ihm unterzeichnet wird.

Artikel XXIII.

Dieser Vertrag soll ratifiziert und die Urkunde darüber sollen sobald als möglich in Berlin ausgetauscht werden.

Er tritt mit dem Tage des Austausches der Ratifikationsurkunde in Kraft.

Die vertragschliessenden Teile haben sich geeinigt, die Bestimmungen dieses Vertrages vom Tage der Unterzeichnung ab vorläufig anzuwenden.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag eingenhändig unterzeichnet.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und lettischer Sprache.

Riga, den 30. Oktober 1939.

gez. Ulrich von Kotze.
gez. Hermanis Apsits.

Zusatzprotokoll.

Zu Artikel I.

§ 1.

Als deutscher Volkszugehöriger gilt, wer sich

- a) durch eine Umsiedlungsgenehmigung der Deutschen Gesandtschaft oder
- b) durch eine andere anerkannte Urkunde ausweist.

§ 2.

Stellt die lettische Entlassungsbehörde in Ausnahmefällen fest und macht sie glaubhaft, dass ein Antragsteller, trotz seines Bekenntnisses zum deutschen Volkstum, lettischer Volkszugehörigkeit ist, so entscheidet endgültig über seine Volkszugehörigkeit das Einvernehmen der Lettischen Regierung mit der Deutschen Gesandtschaft.

Ist in einer bestehenden Ehe ein Ehegatte deutscher Volkszugehörigkeit, so wird sich die lettische Entlassungsbehörde nicht auf die lettische Volkszugehörigkeit des anderen Ehegatten oder der in Hausgemeinschaft mit den Eheleuten lebenden Verwandten berufen.

§ 3.

Die Deutsche Gesandtschaft wird auf Antrag der Lettischen Regierung auch solchen lettischen Staatsangehörigen deutscher Volkszugehörigkeit eine Umsiedlungsgenehmigung erteilen, welche wegen unzureichender Handlungsfähigkeit weder selbst noch durch einen gesetzlichen Vertreter Willenserklärungen abgeben können sowie auf eigenen Antrag den Untersuchungs- und Strafgefangenen, Unterstützungsbedürftigen und Gebrechlichen inner- und ausserhalb von Anstalten, soweit ihr die deutsche Volkszugehörigkeit glaubhaft gemacht ist.

In Zweifelsfällen entscheidet endgültig das Einvernehmen der Lettischen Regierung mit der Deutschen Gesandtschaft.

Zu Artikel II.

Die zuständigen lettischen Behörden werden Militärpersonen, Staats-, Kommunal- und Kirchenbeamte deutscher Volkszugehörigkeit auf Antrag aus ihrem Dienstverhältnis entlassen.

Zu Artikel III.

Zuständige Behörden für die Entlassung aus der Staatsangehörigkeit sind:

in Lettland das Lettische Innenministerium,

im Ausland die lettischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen.

Zu Artikel IV.

Von der Abwanderungspflicht nach ihrer Einbürgerung in das Deutsche Reich sind diejenigen Personen befreit, welche zur Aufrechterhaltung von Betrieben und Handelsunternehmen oder aus anderen Gründen unentbehrlich sind und über deren Verbleiben Einverständnis zwischen der Lettischen Regierung und der Deutschen Gesandtschaft erzielt ist.

Zu Artikel VI.

Die gesamte Geschäftstätigkeit der UTAG. liegt in reichsdeutscher Hand.

Die Lettische Regierung stellt in Aussicht, dass die UTAG. als eine für die Umsiedlungsaktion und daher nicht für eigene Rechnung arbeitende Aktiengesellschaft für sich selbst steuerfrei

ist, soweit sie nicht gewinnbringende Tätigkeit betreibt. Nähere Bestimmungen sind der Satzung der UTAG. vorbehalten.

Zu Artikel VII.

§ 1.

Von der Mitnahme und Ausfuhr sind ausgeschlossen :

1. Lettisches Geld, soweit es 50 Lat für jeden deklarationsfähigen Auswanderer übersteigt ;
2. ausländische Valuten, Devisen und sonstige Zahlungsmittel sowie Edelmetalle ;
3. Wertpapiere, soweit sie nicht von deutschen Stellen gegeben sind, wobei der Begriff Wertpapiere nach lettischem Recht zu beurteilen ist ;
4. für militärische Zwecke bestimmte Waffen aller Art, deren Zubehör, Munition, Teleskope und Prismenfernrohre ;
5. motorisierte Verkehrsmittel und deren Zubehör.

Anmerkung.

Die Ausfuhr gebrauchter Motorräder ist gestattet. Für die Mitnahme von Personenkraftwagen bedarf es einer besonderen Erlaubnis des Finanzministeriums.

6. Landwirtschaftliche, industrielle und handwerkliche Maschinen, ausser den nicht eingebauten handwerklichen Maschinen, die von Handwerkern mitgenommen werden können ;

7. bewegliches Gut, das ausgesprochen Wareneigenschaft hat ;

8. Rassekühe und Zuchtpferde, die in Herd- und Zuchtbüchern verzeichnet sind, soweit keine besondere Erlaubnis des Landwirtschaftsministeriums vorliegt ;

9. Viehfutter, soweit es den Bedarf für den Transport übersteigt ;

10. über den Umfang von Umzugsgut hinausgehende Möbel und Hausrat ;

11. Sachen, die aus Edelmetall und Edelsteinen hergestellt sind, soweit sie bis zum 6. Oktober 1939 nicht im Besitz der Umsiedler gewesen sind ;

12. Krankenhauseinrichtungen und ärztliche Kabinette, ausser demjenigen Zubehör von ärztlichen Kabinetten, welches zur ambulatorisch-ärztlichen Hilfeleistung notwendig ist ;

13. innerhalb der letzten 5 Jahre angeschaffte Röntgen- und Diathermieapparate und optische Einrichtungen ;

14. Apothekenlaboratorien, Einrichtungen und Apparate der chemisch-pharmazentischen Unternehmen ;

und Heilmittel, wobei die Anzahl der Medikamente, die zur Mitnahme auf den Schiffen bei der Ausreise notwendig sind, von der lettischen Pharmazieverwaltung bestimmt wird ;

15. folgende Kulturgüter :

a) auf dem Territorium des heutigen Lettlands gefundene archäologische Altertümer ;

b) Archivalien, welche zum Bestande eines staatlichen oder kommunalen Archivs gehören oder gehört haben ;

c) Archivalien, die das wirtschaftliche und rechtliche Leben einer örtlichen oder kirchlichen Gemeinde, einer Stadt oder eines and ren Teiles des gegenwärtigen Gebietes Lettlands oder einer personellen Selbstverwaltung oder eines Standes kennzeichnen ;

d) historische Denkmäler, welche das Leben und die Kultur Lettlands in der Vergangenheit kennzeichnen oder mit einem früheren Herrscher oder Staatsmann Lettlands verbunden sind oder einer solchen Person gehört habe, sofern sie sich jetzt im Eigentum oder Besitz einer juristischen Person befinden ;

e) bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts hergestellte Lettland betreffende Karten und Pläne ;

f) bibliographische Seltenheiten, deren Inhalt sich auf die baltischen Länder bezieht oder die in Lettland gedruckt sind ;

g) juristischen Personen gehörende wissenschaftliche Bibliotheken ;

h) Münzsammlungen, die sich im Eigentum, im Besitz oder in Verwahrung juristischer Personen befinden ;

i) in Lettland gesammelte Folklore und ethnographische Materialien und Sammlungen, sofern sie sich nicht auf die Deutschen beziehen ;

j) Kunstgegenstände (Gemälde, Skulpturen, graphische Arbeiten und Gegenstände des Kunsthandwerkes), die in Lettland geschaffen sind und Lettland betreffen, sowie solche, die nicht für das Leben der deutschen Volksgruppe beschafft sind, soweit diese Gegenstände sich nunmehr im Eigentum oder Besitz von Museen oder Museumvereinen befinden ;

k) die im Eigentum oder Besitz juristischer Personen befindlichen naturwissenschaftlichen Sammlungen. die sich auf das Baltikum beziehen ;

l) Lehrmittel der Schulen, Bücher der Schulbibliotheken, die vom Lettischen Staat, von Kommunalverbänden oder vom Kulturfonds erworben oder geschenkt worden sind, Sitzungsprotokolle, Archive, Bücher und Chroniken sowie die Leistungsbücher der Schüler der vom Staat oder Kommunalverbänden unterhaltenen deutschen Schulen, soweit die Schüler nicht nach Deutschland umsiedeln — dies alles gemäss den zwischen der Deutschen und Lettischen Regierung getroffenen Vereinbarungen.

Anmerkung 1.

Zur Ausfuhr sind jedoch zugelassen :

a) Familienarchive, welche für die lettische Geschichte ohne besondere Bedeutung sind ;

b) Utensilien und Archive der ehemaligen deutschen Studentenverbindungen und Philistervereinigungen ;

c) Archive der nicht auf Gewinn gerichteten Vereine, soweit sie deren inneres Leben schildern ;

d) Familiengemälde und Porträte, sowie private heraldische Denkmäler ;

e) mit Erlaubnis der Denkmalsverwaltung : kulturelle Wertgegenstände, wie zum Beispiel Doppelstücke wissenschaftlicher Bücher, Karten und Pläne ;

f) Kirchen- und Gemeindebücher deutscher Kirchen und Gemeinden, sowie Kopien, Photokopien oder Abschriften der Bücher gemischter Gemeinden ;

betreffs der Kirchen- und Gemeindebucheintragungen deutscher Gemeinden aus den Jahren 1834 bis 1921, von denen Kopien nicht vorhanden sind, müssen Photokopien oder Abschriften deutscherseits noch vor der Ausfuhr dieser Bücher unentgeltlich angefertigt werden, sofern die Bücher nicht in Lettland verbleiben ;

g) Kirchengерäte deutscher Kirchen und Gemeinden ;

h) Altar- und andere Paramente deutscher Kirchen und Gemeinden.

Anmerkung 2.

Bei der Denkmalsverwaltung inventarisierte Gegenstände und Sammlungen, deren Ausfuhr gemäss vorstehender Regelung zulässig ist, dürfen erst nach ihrer Streichung aus dem Verzeichnis der unter Staatsschutz gestellten Denkmäler ausgeführt werden.

Anmerkung 3.

Von den nicht ausführbaren Gegenstände dürfen Kopien angefertigt und ausgeführt werden.

Anmerkung 4.

Die Durchführung der in Ziffer 15 vorgesehenen Regelungen, insbesondere die Auseinandersetzung wegen der Archivalien (lit. b), Bibliotheken (lit. g), Münzsammlungen (lit. h) und Kunstgegenstände (lit. j) bleibt einem paritätischen Ausschuss überlassen.

§ 2.

Die Ausfuhrfrist bis zum 15. März 1940 wird um die Zeit verlängert, in der Seetransporte durch Vereisung behindert sind.

Zu Artikel XI.

In den Fällen, in denen der sofortigen Liquidierungen ländlichen Grundbesitzes besondere Hindernisse rechtlicher Natur im Wege stehen, bestimmen beide Regierungen durch eine besondere Übereinkunft die Zeit der Liquidierung.

Soweit im Grundbuch eingetragene Belastungen auf die lettische Behörde nicht übergehen, kommen sie in Wegfall.

Zu Artikel XIII.

Bei Organisationen der im Artikel XIII erwähnten Art, deren Schulden den Gesamtwert des unbeweglichen Besitzes übersteigen, wird auch das bewegliche Eigentum zur Haftung herangezogen.

Der Lettische Staat haftet für Schulden, die mit einem Vermögen zusammenhängen, das in das Eigentum des Lettischen Staates übergegangen ist, nur in Höhe des tatsächlich übernommenen Vermögenswertes.

Zu Artikel XVII.

Die der UTAG. zu übergebenden Schuldverschreibungen sind solche der Latwijās Banka; sie sind unverzinslich und lauten auf Lat und Reichsmark, und zwar auf der Grundlage von 100 Lat = mindestens RM. 48.80. In den Schuldverschreibungen wird weiter vorgesehen, dass in dem Falle, dass sich die intervalutarische Bewertung der beiden Währungen ändern sollte, die Deutsche und die Lettische Regierung ein anderes Kursverhältnis vereinbaren werden, um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass den in den Schuldverschreibungen verbrieften Summen wertbeständige Sachwerte entsprechen.

Im übrigen wird sich die Latwijās Banka über die Form der Schuldverschreibungen mit der UTAG. verständigen.

Die gleichen Bestimmungen gelten für die in den Artikeln IX und XI erwähnten Schuldverschreibungen.

Zu Artikel XX.

Die Bestimmungen dieses Artikels sind auch auf Ausreisefälle vor Unterzeichnung dieses Vertrages anzuwenden.

Zu Artikel XXI.

Mietverhältnisse, Pachtverhältnisse sowie sonstige privatrechtliche Dienstverhältnisse erlöschen mit dem Tage der Ausreise, falls nicht Gegenteiliges vereinbart wird.

Riga, den 30. Oktober 1939.

gez. Ulrich von Kotze.
gez. Hermanis Apsīts.

Einstellung der Kultursubvention vonseiten der Städte.

Die Leitung der Stadt Klausenburg teilte in amtlichem Schreiben den Kirchen, der rumänischen Oper, dem rumänischen Nationaltheater, sowie dem ungarischen Theater von Klausenburg mit, dass sie im laufenden Jahre nicht auf städtische Subvention rechnen können.

Die Stadtleitung verfuhr im Sinne des Innenministeriums, welches Ende Jänner allen Stadtleitungen die Weisung erteilte, ihre neuen Budgets gemäss dem Geiste des Verwaltungsgesetzes zu verfassen, da das Innenministerium ausser den gesetzlich genehmigten Auslagensummen nichts zulassen wird.

Der Klausenburger Bürgermeister Dr. Sebastian Bornemisa trachtete die in Frage stehende Verfügung rückgängig machen zu lassen, was ihm aber nicht gelang, wodurch in diesem Jahre die städtischen kulturellen und kirchlichen Subventionen ausbleiben werden.

Jugoslawische Stimmen über die Minderheitenfragen.

Was die Jadraska Straža von den Ungarn beansprucht.

Bei der Generalversammlung der Organisation der Jadraska Straža (Wache der Adria) des Bezirkes Neusatz wurde im Meinungsaustausch, der sich über die Tätigkeit der Organisation anspann, auch die Nationalitätenfrage aufgeworfen. Man beanständete, dass die Organisation in Nationalitätengemeinden nicht Platz greifen kann und die Nationalitäten die Vorstellungen nicht besuchen. Der Vorsitzende der Organisation, Branko Magarasevics und der pensionierte Obergespan Vasa Dolinka betonen, man könne von Minderheitsangehörigen nicht erwarten, dass sie teilnehmen an Vorstellungen, die einen ganzen Abend ausfüllen und deren Sprache sie nicht verstehen. Man müsse mit den Nationalitäten auf dem Wege freundschaftlichen Verständnisses die gemeinsame Arbeit zu suchen trachten. Sie äusserten die Ansicht, es wäre richtig, Vorstellungen in Minderheitensprachen zu halten mit Eröffnungs- und Abschlussnummern in der Staatssprache, denn es gereichte der nationalen Bewegung nur zum Nutzen, wenn diese den breiten Schichten der Bevölkerung, auch in Minderheitskreisen bekannt und beliebt gemacht wird. Sava Jakovljevic, Oberstuhlrichter des Bezirkes Neusatz widersetzte sich diesem Vorschlag in energischem Ton und verlangte über diese Frage grundsätzliche Ent-

scheidung. Der Vorsitzende lehnte jedoch die Entscheidung ab mit der Begründung, diese gehöre in das Bereich der Landesleitung der Organisation, möge diese entscheiden, ob im Interesse einer gedeihlicheren nationalen Bewegung die besonderen Verhältnisse der Voivodina in Betracht genommen werden sollen, oder nicht.

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN.

Briefe und Memoiren Ion I. C. Bratianus.

Gheorghe *Bratianu* gab in den letzten Tagen unter dem Titel „Die politische und militärische Tätigkeit Rumäniens im Jahre 1919“ ein Buch heraus, das zahlreiche Briefe und Memoiren seines Vaters Ion I. C. Bratianu enthält, der in den entscheidendsten Tagen Rumäniens Ministerpräsident gewesen ist und unser Land bei der Friedeskonferenz in Versailles vertreten hat.

Pamfil Seicaru bespricht dieses Werk an leitender Stelle des „Curentul“ unter der Unterschrift „Ein willkommenes Buch“. Seicaru unterstreicht dabei die würdige und aufrechte Haltung I. C. Bratianus, der „gegen die missbräuchlichen Tendenzen der alliierten Grossmächte ankämpfte, die Zeichen einer beleidigenden Vergesslichkeit zeigten“. Bratianu habe auch die schweren Irrtümer des Versailler Vertrages erkannt. Er schrieb am 7. Mai 1919 an einen Freund:

„Soviel ich weiss, ist der Frieden gleichzeitig zu hart und zu schwach — er will napoleonische Bedingungen auferlegen und sie mit Wilsonschen Mitteln erfüllen. Er schneidet der wirtschaftlichen Expansion eines 80-Millionen-Volkes alle Möglichkeiten ab, zieht aber gegen die Explosion, die durch einen derartigen Druck hervorgerufen werden muss, an Stelle eines Eisengürtels die Girlanden des Völkerbundes vor“.

Zu dieser prophetischen Erklärung Bratianus schreibt Seicaru: Niemand könne bestreiten, dass die Ereignisse diese klare Voraussicht bestätigt haben. Aus dem Buche Gheorghe Bratianus, der schildert, wie Rumänien bei der Friedenkonferenz behandelt wurde, zieht Seicaru dann folgenden Schluss: „Die Grossmächte nehmen deine Dienste in Anspruch, sie schätzen dich aber nur solange, als sie dich benötigen. Wenn du erschöpft bist, werfen sie dich beiseite, ohne sich an die Dienste zu erinnern, die du ihnen geleistet hast. Das macht den kleinen Staaten grösste Klugheit zur Pflicht, wenn sie sich an Grossmächte binden. Wenn der Kampf verloren geht, bezahlen dies die kleinen Staaten oft mit ihrer Existenz. Wenn der Kampf gewonnen wird, müssen die kleinen Staaten um ihre bereits anerkannten Rechte kämpfen. So schrieb Ion I. C. Bratianu am 2. Mai 1919: Die Lage der kleinen Staaten bei der Konferenz wird immer ungeheuer-

licher. Die Verhandlungen mit Deutschland beginnen, uns aber sind nicht einmal die Grundlagen mitgeteilt worden, auf denen sie durchgeführt werden sollen“.

Seicaru beruft sich weiter auf die Zeugenschaft des Journalisten Seton Watson, dass Rumänien bei der Friedenskonferenz deswegen kühl behandelt worden sei, weil man ihm bedeutende Industriekonzessionen für eine Gruppe jüdisch-amerikanischer Finanzleute abpressen wollte. Freundschaften seien, setzt Seicaru fort, ebenso unsicher, wie Gegnerschaften sicher seien. Die Grossmächte missbrauchen die kleinen Staaten, beuten sie mit dem kältesten Egoismus aus, vergessen sie aber in der Not. Ein Land könne sich deshalb nur auf seine eigene Kräfte verlassen.

STATISTISCHE MITTEILUNGEN.

Zahlenmässige Daten aus dem katholischen Religionsleben Jugoslawiens.

Im Auftrage der katholischen Bistümer Jugoslawiens stellte Dr. Krunoslaw Draganovics einen Schematismus der katholischen Kirche in Jugoslawien auf, worin jede Pfarre, die Zahl der Gläubigen, der Name des Pfarrers und die Sprache der Predigten registriert ist. Laut dieser Zählung lebten in Jugoslawien im Jahre 1937 5,854.313 Katholiken. Davon fielen auf Kroatien und Slawonien 2,548.000, auf Bosnien und die Herzegovina 640.000, auf Dalmatien 675.000, auf Slowenien 1,182.000, auf Serbien und Montenegro 116.000, auf die Bácska 485.000 und auf das Banat 206.000. (Die Zahl der griechisch-orientalischen Seelen ist insgesamt 6,785.000).

Kirchen und Seelsorger sind in folgenden Zahlen:

	Kirche	Kapelle	Tätiger Seelsorger
Kroatien-Slawonien	1534	735	716
Bosnien-Herzegowina	247	1177	111
Dalmatien	822	1074	394
Slowenien	1801	1130	753
Serbien und Montenegro	64	44	31
Bácska	137	66	176
Banat	104	32	65
In ganz Jugoslawien	4709	4258	2246

Ausserdem befinden sich im Gebiet des Landes 148 Klöster mit 1189 Mönchen. Die Zahl der Männerkongregationen ist 20. Es bestehen 23 Nonnenklöster mit 422 Nonnen. Frauenkongregationen sind 548 mit 6131 Mitgliedern.

Director, girant răspunzător și proprietar: Dr. Elemér Jakabffy.

Tipografia Husvéth și Hoffer, Lugoș

GLASUL MINORITĂȚILOR

LA VOIX DES MINORITÉS

DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL
ANNÉE
JAHRGANG

XVIII.

MARTIE - APRILIE
MARS - AVRIL
MÄRZ - APRIL 1940.

NUMĂRUL
NUMÉRO
NUMMER } 3-4

Die Angelegenheit der Superintenden- denz des ungarisch-evangelischen Kirchendistriktes wurde endgiltig geordnet.

Der Minister *Silviu Dragomir* sandte an *Ludwig Frint*, Superintendent des evangelischen Kirchendistriktes Augsburgs Bekenntnisses folgendes Telegramm:

„Das im Monitorul Oficial vom 3. März erschienene königliche Verordnungsgesetz verfügt – dem seit langem geäußerten Wunsch nachkommend – die offizielle Anerkennung der Arader Superintendenzen der presbyterianer evangelischen Kirche Augsburgs Bekenntnisses. Meinerseits wünsche ich der endgiltig anerkannten Institution und deren ganzem Ausbau die schönste Entfaltung zu eigenem Wohle, sowie zum Erblühen unseres lieben Vaterlandes.“

Diese Mitteilung, resp. das erwähnte Verordnungsgesetz bereitet nicht nur den evangelischen Gläubigen ungarischer Muttersprache, sondern auch der gesamten ungarischen Volksgemeinschaft Freude, da hiemit ihr lang gehegter Wunsch erfüllt wurde.

Zurzeit des Umschlusses gehörten jene evangelischen Kirchengemeinden, die auf dem, zu Rumänien geschalteten Gebiet nicht dem sächsischen evangelischen Bistum von Hermannstadt untergeordnet waren, zum sogenannten Bányaeer Kirchendistrikt mit dem Sitz in Budapest. Folglich blieben diese Kirchengemeinden durch den Wechsel der Staatsoberhoheit ohne bischöfliche Behörde.

Bald nach dem Umschluss trennten sich einige Kirchengemeinden ungarischer Muttersprache vom sächsischen Kirchen-

distrikt in Hermannstadt, wodurch diese ebenfalls ohne bischöfliche Obrigkeit verbliebenen Kirchengemeinden trachteten, mit den vom Bányaeer Bistum losgerissenen Kirchengemeinden vereint, je eher unter gemeinsame bischöfliche Obrigkeit zu gelangen. Die erste Möglichkeit zur Verwirklichung dieses Strebens ergab sich im Schreiben des Regierungsrates vom 15. Juli 1920 Nr. 8044, welches den Klausenburger Pastor *Dr. Gustav Kirchknopf* aufforderte, „allen Priestern, deren Obriigkeit sich diesseits der Demarkationslinie befindet, mitzuteilen, dass im Falle sie den Treueid leisten und das Rechtsverhältnis der ungarisch-lutherischen Kirche mit dem rumänischen Staat legislativ geregelt sein wird, sie behufs Flüssigmachung der vom ungarischen Staat bezogenen Gebühren und Subventionen Schritte unternehmen mögen“. Gleichzeitig wurde die Erlaubnis erteilt, die juristische Organisation der ungarisch-lutherischen Kirche in Angriff zu nehmen.

Kirchknopf und seine Mitseelsorger hielten es für richtiger, die Organisation weltlichen Personen zu übertragen. Darum übernahm *Br. Ludwig Solymossy*, Grossgrundbesitzer die Leitung der Organisation, der schon ehemals universaler Inspektor der lutherischen Kirchen und Schulen war und als solcher, das volle Vertrauen der an Rumänien angeschlossenen evangelischen Versammlungen genoss. Die auf seine Vorladung in Arad am 11. April 1920 abgehaltene Konferenz beschloss, unter dem Namen „Siebenbürgisch-Banater Augsburgischer Helvetischer Evangelischer Kirchendistrikt“, die ohne Bistum verbliebenen, sowie die auf Grund althergebrachten autonomen Rechtes vom sächsischen Kirchendistrikt losgetrennten und mit den Rassenbrüdern Vereinigung suchenden ungarischen evangelischen Kirchen in einen selbständigen Kirchendistrikt zu vereinigen.

Darauf verflossen sieben Jahre, bis am 3. April 1927 die damalige Regierung die Umgestaltung des Durchführungs-Komités in eine Superintendenz genehmigte. Der aus Arad stammende damalige Kultusminister Vasile Goldiș gestattete, dass der Generaldirektor des Kultusministeriums Zenobie Paclîşeanu im Auftrage der Regierung beim feierlichen Akt in Arad das Amtsgelöbnis von Ludwig Frint, sowie von *Br. Andreas Ambrózy* übernehmen sollte und durch die Übernahme dieses Treueides war schon damals der Kirchendistrikt und die Selbständigkeit der Superintendenz feierlich anerkannt.

Gleichzeitig wurde in das Kultusbudget des Staates eine gewisse Summe als Dotation für die Superintendenz in der Höhe von 40.000 Lei monatlich aufgenommen. Diese bescheidene Summe wurde aber von 1. Jänner 1931 an – ohne jegliche Begründung – leider nicht weiter ausgelegt. Diese Lage änderte sich bis heute nicht und die zum Wirkungskreis der Superintendenz gehörenden dreiundzwanzig Kirchengemeinden mit ungefähr 50.000 Seelen waren ohne staatliche Subvention, einzig auf die materielle Opferbereitschaft ihrer Gläubigen angewiesen und erfüllten so ihre hohe Bestimmung. Mittlerweile hatte sich auch in der weltlichen Leitung der Superintendenz ein Wechsel vollzogen, da anstelle des verstorbenen Br. Andreas Ambrózy das einmütige Vertrauen der Gläubigen *Lodislaus Purgly* von Jozsáshely, dem gevesenen Obergespan des Komitates Arad, die hochangesehene führende Persönlichkeit der Arader Ungarn die Würde des Oberinspektors im Kirchendistrikt der Superintendenz übertrug.

Anfangs Juli 1939 tat die vordem geschaffene Ungarische Volksgemeinschaft Rumäniens diesmal erfolgreiche Schritte zur amtlichen Bekräftigung und gesetzlichen Anerkennung des Arader evangelischen Kirchendistriktes. Auf Anregung von Ludwig Frint und Ladislaus Purgly reichte die Ungarische Volksgemeinschaft dem Minderheitenminister *Silviu Dragomir* einen detaillierten Bericht über die Lage der Kirche ein, worauf später die Kirchenleitung öfter Gelegenheit hatte, die kompetenten Regierungsfaktoren über die rechtliche Lage der Kirche, über die 300 Jahre genossene Autonomie und die gesamte Verfassung der Kirche gehörig aufzuklären, welche in den vergangenen Jahrhunderten ihr vollkommene Selbständigkeit sicherte, unabhängig von den hierarchischen Rahmen der sächsischen evang. luth., sowie von der ungarländischen Kirche.

In vergangenen Herbst begab sich eine Deputation unter Leitung des kirchlichen Oberinspektors *Ladislaus Purgly* zu dem in Arad weilenden Minderheitenminister *Dr. Silviu Dragomir*, wobei *Purgly* wiederholt alle Gründe aufzählte, die schon bisher es unmöglich machen, dass dieser Kirchendistrikt unter die Führung eines Vikariates unter die sächsische bischöfliche Obrigkeit geraten solle, wie es von mehreren Seiten beantragt wurde. Die Deputation fasste ihr Anliegen in vier Punkte, deren Annahme sie vom Kultusministerium verlangte.

1 Die Regierung möge den Gesetzesvorschlag bezüglich An-

erkennung der Superintendenz dem kompetenten höchsten Forum vorlegen.

2. Im Rahmen des staatlichen Budgets solle staatliche Subvention zur Deckung der Verwaltungsausgaben der Superintendenz gesichert werden.

3. Die Regierung möge dieselbe staatliche Dotation der zentralen Verwaltung flüssigmachen, welche sie in den Jahren 1927–1930 gewährte.

4. Da ein grosser Teil der Gläubigen des Kirchendistriktes verstreut lebt, ist die Schaffung dreier Missionsämter notwendig, wozu die moralische und materielle Unterstützung der Regierung gebeten wird.

Die Superintendenz brachte ihr, nach obigen Gesichtspunkten verfasstes Memorandum bei verständnisvoller Vermittlung des Minderheitenministers vor die kompetenten Regierungsfaktoren. Zugleich unterbreitete sie die kirchliche Verfassungsregel, welche die mehrhundertjährige Vergangenheit der Selbständigkeit der ungarisch-evangelischen Gläubigen und deren ebenso alte autonome Organisation hervorhebt und die vom Staate jederzeit Schutz und Unterstützung genoss.

Diese Organisationsregel legte Minderheitenminister Dr. Silviu Dragomir mit empfehlendem Begleitschreiben dem Kultusminister vor, der die Vorlage zum königlichen Verordnungsgesetz behufs gesetzlicher Anerkennung der ungarisch-evangelischen Superintendenz mit dem Sitze in Arad verfasste. Seine Majestät König Carol II. sanktionierte diese Vorlage mit eigener Unterschrift und so ist die Angelegenheit der Anerkennung der Selbständigkeit der ungarisch-evangelischen Kirche geregelt.

Im feierlichen Augenblick der tatsächlichen Anerkennung besteht die Superintendenz der Presbyterianer Evangelischen Kirche Augsburgischer Bekenntnisses in Rumänien mit dem Sitz in Arad aus drei Dechanaten.

I. Kirchendechanat Arad-Banat mit dem Sitz in Arad.

II. Gemeinsames Kirchendechanat Nagyvárad, Nagykároly, Nagybánya, Szatmár und Máramaros.

III. Kirchendechanat Brassó.

Superintendent Ludwig Frint ist kirchlicher Leiter, Ladislaus von Purgly weltlicher Oberinspektor.

Da nun dieser berechtigte ungarische Wunsch in Erfüllung
gibt, gebührt vonseiten der Ungarischen Volksgemeinschaft in
erster Linie Ladislaus von Purgly wärmster Dank, der diese Er-
rungenschaft als eine Hauptaufgabe seines Lebens betrachtete;
Ludwig Frint, der ungeachtet seines hohen Alters mit uner-
hörter Willenskraft und tiefem Glauben am Gelingen arbeitete;
Dr. Eugen Palágyi, dem Vizeinspektor des Kirchendistriktes und
nicht zumindst dem Minderheitenminister Silviu Dragomir, der
seit seinem Amtsantritt die Angelegenheit der ungarischen Lu-
theraner mit Wohlwollen, Geduld und Verständnis förderte.

Discursul D-lui Elemér Gyárfás rostit în ședința Senatului la 15 Martie.

Domnule Președinte,
Domnilor Senatori,

Luând cuvântul la începutul sesiunii a doua a legislaturii
actuale, ținem să declarăm încă în această primă fază a operei
legislative că noi, reprezentanții poporului maghiar, dorim și
acum să conlucrăm conform convingerilor noastre, cu toată sin-
ceritatea, pentru realizarea înfăptuirilor care au fost fixate de
Majestatea Sa în Mesajul Regal ca scopuri ale legislației.

Această cooperare leală, prin care dorim să servim și sco-
purile constructive ale Majestății Sale, este în același timp și
datoria noastră față de propriul nostru popor, deoarece nu există
lege care n'ar influența și viața poporului nostru.

Această sarcină o putem îndeplini însă numai în așa fel,
dacă arătăm și expunem sincer, conștient și clar interesele, do-
leanțele și simțimintele poporului nostru. Ar fi o mare greșală
și o omisiune a îndatoririlor noastre, dacă le-am ascunde sau
n'am atrage atenția guvernanților asupra acestora, deoarece
probleme vitale ale Statului pot fi soluționate numai atunci, când
toate amănunțele și aspectele acestora stau clar în fața legiui-
torilor.

Am accentuat totdeauna și subliniem și acum, că noi n'am
avut nici când intențiunea să ascuțim punctele noastre de ve-
dere minoritare, ci din contra, am dori să fie creată o așa si-

tuație, ca să nu mai fie necesară lupta pentru apărarea și recunoașterea acestor interese minoritare, ci am putea consacra și noi întreaga noastră energie pentru soluționarea problemelor de interes obștesc, care interesează deopotrivă și poporul nostru.

Domnilor Senatori, aceste considerente ne-au condus, — ascultând invitațiunea regretatului prim-ministru Călinescu — când am declarat intrarea noastră colectivă în Frontul Renașterii Naționale, expunând concomitent cerințele și doleanțele noastre cele mai arzătoare de atunci, cu o moderațiune pe care regretatul Călinescu a subliniat-o cu cuvinte elogioase, când ne-a asigurat că acestea vor fi satisfăcute. Și de fapt în timpul relativ scurt al guvernării sale, o parte din acestea au și fost rezolvate, iar o altă parte foarte însemnată și anume reprezentarea noastră corespunzătoare în administrația locală și în organizațiile Frontului Renașterii Naționale a fost pregătită în amănunte.

Durere, nu putem ascunde faptul că deja în acest timp au fost luate din partea unor departamente unele dispozițiuni, la care nu ne-am putut gândi la intrarea noastră în Frontul Renașterii Naționale și care au creat doleanțe noi și foarte grave în așa fel, că am fost nevoiți a arăta acestea cu durere deja în memoriul nostru din 22 Septembrie 1939, pe care l'am redactat pe seama decedatului Călinescu, dar în urma tristelor evenimente l'am putut transmite numai urmașului său, d-lui Argețoianu. Semnalăm aici măsurile luate de Ministerul muncii, în parte în legătură cu legea breslelor, apoi mai departe neajunsurile suferite prin exercitarea inoportună a dreptului de preemțiune, dispozițiunile care lovesc cooperativele noastre și multe altele.

Toate acestea ating atât de grav interesele noastre vitale că din cauza acestora realizările obținute pe de altă parte n'au putut aduce o ameliorare generală a situațiunii noastre.

Dintre acestea trebuie să relevăm în primul rând noua lege a Frontului Renașterii Naționale, care reorganizează Frontul pe baza nouilor principii și în cadrele și prin organele cu totul schimbate în așa fel că nu vedem deocamdată modul încadrării noastre în această organizațiune și în consecință trebuie să considerăm cu cea mai mare îngrijorare situația astfel creată. Dorim să credem că și onoratul Guvern își va da seama de dificultățile astfel create și va încerca soluționarea lor.

Această speranță o întărește și împrejurarea că Guvernul

a soluționat și la începutul anului curent unele probleme importante ale noastre și prin urmare vrem să credem că spiritul inaugurat va fi călăuzitor și pe viitor.

Parlamentarii maghiari își exprimă dorința ca spiritul de înțelegere, indicat ca o îndrumare pentru guvern de către Majestatea Sa Regele Carol II, în mesajul din anul trecut, să fie călăuzitor și pentru viitor întru soluționarea satisfăcătoare și a chestiunilor însemnate intervenite de atunci încolo, guvernul dându-ne ajutorul să se creeze de sus până jos o atmosferă binevoitoare pentru problemele noastre, spre a se evita pe viitor nașterea de noi dificultăți.

Facem această declarație cu satisfacția de a fi găsit la Ministerul pentru Minorități o metodă de lucru, bazată pe contactul nemijlocit și studiul reciproc aprofundat al problemelor, metodă pe care o dorim păstrată și continuată.

Asigurăm Guvernul, onoratul Senat și opinia publică românească că aprecierea punctelor noastre de vedere va servi numai împăcarea sufletească a minorității maghiare și va servi în măsură însemnată și interesele superioare ale țării noastre.

Mărturiile de lealitate ale minorităților și D-l ministru Gafencu.

În ședința Senatului din 18 Martie D-l Grigore Gafencu, ministrul Afacerilor Externe, răspunzând în numele guvernului la discuția asupra răspunsului la Mesajul Tronului, a făcut între altele următoarele declarații :

În cuprinsul acestor preocupări naționale au pătruns declarațiile deosebit de interesante, ale reprezentanților minorităților etnice.

Am ascultat cu mulțumire aceste mărturii de lealitate și de credință față de Rege, de Stat și de Țară. Unele dintre ele ne-au mișcat adânc. Împărtășim în aceste vremi grele simțământul de solidaritate care ne leagă unii de alții, majoritari și minoritari și care impune față de Statul care ne cuprinde pe toți, aceleași îndatoriri cetățenești. Ne dăm seama pe deoparte de îndatoririle de veghe și de dreaptă ocrotire pe care Statul o are față de noi toți fără deosebire.

Reținem din cuvintele auzite pe acelea prin care reprezen-

tantul minorității germane, arată, cu atâta simț politic interesul comun al tuturor cetățenilor din România de a avea o țară pașnică, bine înarmată și deplin neatârnată. Reținem deasemenea declarația de solidaritate a minorității bulgare și cuvântarea în-suflețită prin care reprezentantul micii minorități polone a preamărit însușirile de ospitalitate și de caldă omenie ale poporului român. Am luat act, cu toată atențiunea, de afirmarea minorității maghiare, că înțelege printr'o colaborare sinceră și leală să înlesnească desvoltarea bunelor raporturi între toți cetățenii țării.

Firește, Domnilor Senatori, că statornicirea unor asemenea raporturi, cere din partea tuturor, dovezi veșnic reimprospătate de spirit de înțelegere și de bunăvoință.

Statul român se străduiește, în această privință să-și implicească întreaga datorie. În cursul anului trecut, începând cu guvernul regretatului Armand Călinescu, căruia toți reprezentanții minorităților au ținut să-i aducă un nou și atât de îndreptățit omagiu, și urmând cu guvernele D-lor Argetoianu și Tătarescu, cărmuitorii țării au arătat aceiași sollicitudine pentru problemele minoritare potrivit liniilor mari și statornice ale politicei noastre de Stat ca și firii blânde și înțelegătoare a românului. Am cu atât mai mult dreptul să afirm continuitatea acestei acțiuni politice, cu cât am fost totdeauna martorul și uneori părtaș la hotărârile luate pentru a face dreptate cererilor minoritarilor. Știu că mai sunt și că vor mai fi „doleanțe“ ale cetățenilor noștri, pe care guvernul le cercetează și le va cerceta cu toată bunăvoința ca în trecut. Nu este poate de prisos să amintim însă, câte din aceste doleanțe au primit în cursul anului o fericită deslegare.

Așa de pildă prin modificarea legii pentru dobândirea și pierderea naționalității române s'a dat o largă posibilitate de a se înscrie în listele de naționalitate tuturor minoritarilor cari, indiferent din ce motive, nu și-au făcut înscrierea la timp în aceste liste.

S'a înscris în bugetul Statului o sumă de 30 milioane Lei pentru ajutoarea școalelor confesionale minoritare.

S'au cedat Bisericii evanghelic-luterane germane din Basarabia 57 locuri de școli primare pentru a fi folosite pentru școalele confesionale germane.

S'a recunoscut înființarea Superilor reformate din Oradea.

Po'itica aceasta de largă liberalitate față de minorități, începută de Armand Călinescu, a fost continuată și de guvernele următoare.

Astfel s'a adus o nouă modificare legii pentru dobândirea și pierderea naționalității române pentru a se lărgi și mai mult posibilitatea de înscriere în listele de naționalitate a minoritarilor rămași neînscriși.

S'a recunoscut înființarea Superintendenței evanghelicoluterane presbiteriene a Aradului.

S'a egalat salariile preoților reformați și unitarieni cu acelea ale preoților romano-catolici.

S'a reglementat recunoașterea personalității juridice a ordinilor călugărești romano-catolice și s'au lichidat de comun acord cu reprezentanții organizațiilor Bisericii romano-catolice toate diferendele materiale existente.

S'a ratificat Acordul dela Roma privitor la transformarea fostului Status Romano-catolic în Consiliul Diecezei romano-catolice de rit latin de Alba-Iulia.

S'a autorizat transformarea gimnazului bulgar de băeți din Bazargic și al gimnazului bulgar de fete din Silistra în licee.

S'a autorizat mărirea numărului elevilor celor 12 clase ale școlii primare bulgare din Silistra.

S'a introdus în comunele cu o populație ukraineană mai numeroasă 2 ore pe săptămână de limba ukraineană și 2 ore pe săptămână de religie în limba ukraineană.

Dacă la aceste măsuri adăogăm atitudinea de constantă bunăvoință pe care Guvernul o arată minoritarilor, străduindu-se ca această atitudine să fie împărtășită și de organele de subordine și dacă amintim, fără a stărui, hotărîrea cu care au fost înlăturate unele pricini de turburare, avem dreptul să încheiem că Statul își împlinește misiunea, care în împrejurările de azi are o deosebită însemnătate de a asigura, în cuprinsul hotarelor românești, o pașnică și dreaptă rânduire pentru toți.

Firește, Domnilor Senatori, că această rânduire atărnă în bună parte, de simțământul acelor care trebuie să i se supună. Problema minoritară nu poate fi deslegată numai prin legi și măsuri administrative. Nici prin declarații de lealitate. Din corviețuirea laolaltă, trebuie să se desprindă tot mai mult simțământul de încredere și de simpatie care să înlesnească unor cetățeni de limbă deosebită să împlinească în acelaș gând che-

marea lor comună. Statul nu poate întocmi decât cel mult cadrul exterior pentru dezvoltarea unor asemenea simțiminte. Restul este chestiune de omenie, de omenie cumpătată, înțelegătoare și îngăduitoare, de care trebuie să dea dovadă majoritarii ca și minoritarii.

În ce privește pe minoritari cu cât lealitatea lor se exprimă cu mai multă sinceritate și căldură, — ne-am putut da seama de acest adevăr chiar în zilele din urmă la Senat, — cu atât cererile lor ne par mai ușor de împlinit. Cu cât dovedesc însă, în atitudine sau în declarații rezerve politice sau sufletești, cu atât, indiferent de soartă „doleanțelor lor“ deslegarea problemei adevărate, aceea a unei pașnice și încrezătoare conviețuiri, pare mai îndepărtată.

Eine ernste Mahnung des ungarischen Ministerpräsidenten an die Verwaltungsbeamten.

In der Sitzung der Oberländischen Partei am 15. März, in der die Verschmelzung mit der Regierungspartei ausgesprochen wurde, erklangen Reden, in denen die Bevölkerung des Oberlandes über Aufgaben und Zielsteckungen der Regierungspartei aufgeklärt wird. Die wichtigste Rede von allen jedoch war die des Ministerpräsidenten Grafen Paul Teleki, in der er sich auch über die Minderheitenfrage in Ungarn ausliess. Seine Rede räumt selbst mit den letzten Überresten einer veralteten und schädlichen Auffassung energisch auf, wirft alles, was auch nur irgendwie an die Elternkonferenzen erinnert, zum alten Eisen, weist die Beamten zurecht, die noch immer glauben, patriotischer sein zu müssen, als die Regierung und erschliesst in der Geschichte der ungarischen Minderheitenpolitik ein neues Kapitel.

Eben, weil den Ausführungen des Ministerpräsidenten über die Minderheitenfrage eine ausserordentliche Bedeutung beikommt, lassen wir sie nachträglich in wortwörtlicher Übersetzung folgen.

„Noch etwas will ich hier, in dem gemischtsprachigen Gebiet, das die Umgebung Kaschau's ist, erwähnen. Was ich sage, gilt den Verwaltungsbeamten, Polizisten, Gendarmen, Levente-

Instruktoren, Pfarrern, Lehrern, Ich war in meiner Jugend Stuhlrichter in Siebenbürgen. Ich sprach sehr gut rumänisch. Vor einem Jahr war ich in Körösmező und fragte einen Financier, wie er mit der ruthenischen Sprache steht. Er sagte selbstbewusst: „Bitte, ich spreche nur ungarisch.“ Er hoffte, für diese Antwort sofort mit einem Orden ausgezeichnet zu werden und war höchst verblüfft, als ich ihm sagte: Es wird gut sein, in sechs Monaten einzuholen, was Sie versäumt haben. Sie sind noch jung.

Der Sankt Stefans-Gedanke bedeutet keine Magyarisierung mit Gewalt, er kann aber bedeuten, eine Magyarisierung in der Seele, wenn es aufrichtig gemacht wird. Ich hörte konkrete Klagen. Leventeinstruktore sammeln in Nationalitätengemeinden Unterschriften für Errichtung ungarischer Schulen. Diese Gesuche widerspiegeln nicht den wirklichen Wunsch des Volkes und kommen in den Papierkorb. Solche künstliche Mittel sollen nicht angewendet werden, hingegen soll jeder in seinem Kreis seine Aufgabe erfüllen. Man soll sich nicht unterfangen, Landespolitik zu machen, wo die Ordnung aufrechterhalten oder eine Erziehungsarbeit geleistet werden muss.

Mit den übrigen Nationalitäten im Donautal, den Deutschen, Slowaken, Ruthenen usw. lebten wir stets in derselben politischen Nation vereint, in derselben Nobilität. Wenn wir sagen, ich glaube an die Auferstehung Ungarns, so genügt es nicht, diesen Spruch zu beten, oder zu deklamieren, wir müssen uns aber selbst fragen, ob wir unsere Pflicht auch erfüllen.“

Der Obmann des Deutschen Volksbildungsvereines in Ungarn – Mitglied des ungarischen Oberhauses.

Nikolaus Horthy, Reichsverweser von Ungarn, ernannte gelegentlich der zwanzigsten Jahreswende seiner Erwählung *Ladislaus Pintér*, den Obmann des ungarländischen Deutschen Volksbildungsvereines, zum lebenslänglichen Mitglied des ungarischen Oberhauses.

Dies ist auch von minderheitspolitischem Standpunkt gesehen ein bedeutungsvolles Ereignis. Bekanntlich hält die deut-

sche Minderheit Ungarns zwei Richtungen ein. Die eine ist durchdrungen von der Ideologie des Nationalsozialismus, die andere befolgt den Geist des „Rerum novarum“ und „Quadragesimo anno“ – so lässt sich diese Gesinnung am treffendsten bezeichnen, – wobei letztere Richtung gerade so völkisch bewusst ist, wie die erstere, unter der Leitung von Dr. Basch.

Anlässlich der letzten, Ende Mai 1939 getroffenen ungarischen Abgeordnetenwahlen gelangten die Anhänger der Basch-Fraktion mittels Regierungsliste in das Abgeordnetenhaus, während Ladislaus Pintér, Ludwig Leber und die übrigen, einstmals zur Gruppe Jakob Bleyer's gehörenden, keine entsprechende Vertretung fanden.

Darin sehen wir die grosse Bedeutung in diesem Entschlusse des Reichsverwesers, weil wir dadurch nicht nur die Anerkennung der hohen persönlichen Werte des Prälaten Ladislaus Pintér bekräftigt sehen, sondern auch die Absicht der ungarischen Regierung beobachten, beiden Gesinnungsrichtungen der deutschen Minderheit in der gesetzgebenden Körperschaft entsprechende Geltung gewähren zu wollen.

Wer Gelegenheit findet, das in Budapest unter der Schriftleitung von Ladislaus Pintér erscheinende „Sonntagsblatt“ zu lesen, kann sich überzeugen, dass der Geist, den Ladislaus Pintér im ungarischen Oberhause vertreten wird und sein, um die Minderheitenrechte gefochtener Kampf mit den universalen Interessen der ungarischen Nation vereinbar und so dem Wohle beider Teile dienen wird.

Wir begrüßen darum auch unsererseits den hervorragenden Leiter der ungarländischen deutschen Volksminderheit anlässlich der hohen Auszeichnung.

Der Gesetzentwurf zur Autonomie Karpathenrusslands ist im Entstehen.

Laut ungarländischen Presseberichten wurde am 28. Februar beim ungarischen Ministerpräsidenten eine Beratung über die Autonomie Karpathenrusslands abgehalten. Die befugtesten Faktoren waren zugegen, wie der Bevollmächtigte des Reichsverwesers für Karpathenrusslands Br. Sigmund Perényi, der

Oberberrater für Karpathenrussland Alexander Illiczky, Staatssekretär Tibor Pataky und Universitätsprofessor Stefan Egyed.

Wie die Mitteilung lautet, „sind die verschiedenen Vorschläge in Einklang gebracht worden, worauf der weitere Gang der Ausarbeitung des Entwurfes besprochen wurde.“

Das Grundprinzip, auf welchem die Kommission den Gesetzentwurf aufzubauen gedenkt, ist uns natürlicherweise nicht einmal annähernd bekannt, doch begreifen wir vollkommen, wenn die Mitteilung von dem „in Einklang bringen“ verschiedener Vorschläge spricht, — denn solche kamen schon bisher recht zahlreich vor die Öffentlichkeit, — mag es keine geringe Aufgabe gewesen sein, diese harmonisch zusammenzureimen, da einige der uns bekannten Vorschläge bedeutende Verschiedenheit in der Auffassung bezeugen.

So äusserte z. B. der gewesene karpathorussische Minister Dr. *Orest Szabó* die Meinung, „das karpathorussische Gebiet könne vorläufig nicht mit weitausholender territorialer Autonomie eingerichtet werden. Vollkommenste Autonomie in der lokalen Gemeinverwaltung, volle Freiheit im Sprachengebrauch, Religion und Kultur, Beibehaltung der Rassengebräuche, dies sind die Grunderfordernisse der gegenwärtig durchführbaren karpathorussischen Autonomie“. Welchen Wirkungskreis aber *Orest Szabó's* Auffassung dem von ihm verlangten karpathorussischen Parlament einräumt, ist uns nicht vollkommen klar. Er gedenkt dies mit Einpartei-System ins Leben zu rufen.

Der pensionierte Obergespan *Sigmund Morvay* schlägt vor, bei Aufhebung des Komitats-Systems diesem Gebiet Landesrechte mit gesondertem Landtag zu geben. Auf Kandidierung des Landtages würde das Staatsoberhaupt den Landeschef ernennen. Die Landesregierung zerfiele in Sektionen für innere Angelegenheiten und Justiz, Kultus und Unterricht. Als Verbindungsglied zwischen dem Landtag und der Regierung wäre ein besonderer karpathorussischer Minister vorgesehen.

Der pensionierte Obergespan *Emerich Egán* widersetzt sich am entschiedensten den „extremen Autonomisten“, die sich das gesonderte Parlament nach dem Muster der einstmaligen kroatischen Autonomie vorstellen. Dies verwirft er, da hiedurch den, nur mittels langwieriger Arbeit überbrückbaren allerlei Gegensätzen geradezu eine besondere Empore errichtet würde. Seiner Meinung nach wäre es ein Fehler, den karpathorussischen Volk

Selbstbestimmung in solchem Ausmass zuzuwenden, deren es sich nicht einmal bedienen könnte. Die territoriale Autonomie wäre derart einzurichten, dass unter der Leitung des karpathorussischen Oberbevollmächtigten ein Regierungsrat mit 101 Mitgliedern zu schaffen sei, mit dem Sitz in Ungvár. Den Oberbevollmächtigten würde das Staatsoberhaupt, seinen Stellvertreter der Ministerpräsident ernennen. Dieser regierende Rat bestünde aus Fachreferenten, die die acht Sektionen zu leiten hätten und durch den befugten Minister ernannt würden. Ratsmitglieder wären ferner die Obergespane der vier Komitate, die karpathorussischen Oberhausmitglieder und Abgeordneten, der Korpskommandant, die verschiedenen Interessenvertretungen (Kammern), die Vertreter der Kirchen und die aus der Komitatsvertretung selbstgewählten Mitglieder. In den Wirkungskreis des regierenden Rates gehörte die Durchführung der Gesetze und Verordnungen, kraft seines Selbstbestimmungsrechtes würde er in religiösen, sprachlichen, kulturellen, Verwaltungs- und Wirtschaftsangelegenheiten entscheiden. Die Bestimmungen des Rates würden teils ohne Genehmigung, teil mit Genehmigung des Ministers, Ministerpräsidenten, allenfalls des Staatsoberhauptes vollstreckt. Nach Egáns Auffassung wäre also nicht nationale, sondern territoriale Autonomie mit Beibehaltung des Komitats-Systems anzuwenden.

Oberberater Domprobst *Alexander Illiczky*, als Verkörperung einer Amtswürde, äussert sich vorläufig nicht über den Inhalt und die Ausdehnung der auch seinerseits erwünschten Autonomie, besser gesagt, kennen wir seinerseits keine diesbezügliche Äusserung. Aus seinem bekannten Gedankengang lässt sich aber folgern, dass auch er an ausgedehnte territoriale Autonomie denkt.

Die angeführten Meinungen zustimmen, ist wahrlich keine geringe Aufgabe. Die Lösung dieser und im allgemeinen die Frage der karpathorussischen Autonomie ist unserer Meinung nach entscheidend beeinflusst dadurch, dass Ungarn eine geschichtliche Verfassung besitzt. Die Staatsmächte neuerer Zeiten, die ihre nach gutem oder schlechtem ausländischen Muster entstandenen Charta-Verfassungen einfach durch andere ersetzen, können bedeutend leichter entscheiden, als eine Staatsmacht, deren Verfassung nicht auf ein Stück Papier geschrieben steht, sondern das Ergebnis jahrhundertalter Entwicklung wurde.

Mit dem Geist der historischen ungarischen Autonomie finden wir das von Orest Szabó gewünschte karpatorussische Parlament mit Einparteiensystem ganz unvereinbar. Das Einparteiensystem ist eine Volksvertretung, wie sie die historische ungarische Verfassung bisher nicht kennt. In einem Teile des Landes den einen Teil der politischen Nation nach ganz anderer Ideologie verkörpert zu sehen, ist eine Erscheinung, die keinesfalls der Auffassung der historischen ungarischen Verfassung entspricht, welche allen Mitgliedern der politischen Nation immer die gleichen Rechte gab, von den im Werböczy's „Tripartitum“ enthaltenen Rechtsnormen an bis zu dem in 1868 geschaffenen Nationalitätengesetz und auch weiterhin.

Die territoriale Autonomie entspricht unserer Meinung nach der ungarischen historischen Verfassung eher, als die Volksautonomie, obwohl deren Verwirklichung mit dem Geist der Verfassung eigentlich nicht in Zusammenstoß gerät.

Wir, die Träger des National-Minderheitenloses beobachten mit lebhafter Aufmerksamkeit die Neuordnung, welche das zukünftige Los einer nationalen Minderheit zu entscheiden berufen ist, wie diese sich gestalten und welche Auswirkungen sie haben wird.

Decret-Lege

pentru ratificarea Acordului privitor la interpretarea art. IX din Concordatul dela 10 Mai 1927, între Sf. Scaun și Guvernul Român, precum și anexa sa cuprinzând Statutele Consiliului Dioceziei Catolice de rit latin de Alba Iulia, semnate la Vatican la 30 Mai 1932.

Art. unic. — Guvernul este autorizat a ratifica și a face să se execute dela data semnării „Acordul privitor la interpretarea art. IX din Concordatul dela 10 Mai 1927 între Sf. Scaun și Guvernul Român“, precum și anexa sa cuprinzând „Statutele Consiliului Dioceziei Catolice de rit latin de Alba Iulia“, semnate la Vatican la 30 Mai 1932.

Dat în București la 1 Martie 1940.

CAROL

Președintele Consiliului de Miniștri,

Ministrul justiției,

Gh. Tătărescu

Istrate N. Miclescu

Ministrul afacerilor străine,

Ministrul cultelor și artelor,

Grigore Gafencu

Nr. 659.

I. Nistor

ACCORD

concernant l'interprétation de l'art. IX du concordat du 10 Mai 1927 entre le Saint-Siège et le Gouvernement Roumain.

Sa Sainteté le Pape Pie XI,
Sa Majesté le Roi Charles II de Roumanie,
Désirant fixer définitivement la situation de l'organe dénommé „Status Romano-Catholicus Transylvaniensis“ ;

Se basant sur l'Art. XXII du Concordat conclu le 10 Mai 1927, entre le Saint-Siège et le Gouvernement Roumain.

Ont décidé de réaliser, par un accord leur intention commune et, à cet effet, ont désigné comme leur Plénipotentiaires,

Sa Sainteté le Pape Pie XI,
Son Eminence Révérendissime le Cardinal Pacelli, Son Secrétaire d'Etat ;

Sa Majesté le Roi Charles II de Roumanie,
Son Excellence le Ministre de la Justice de Roumanie,
Monsieur Valeriu Pop,

Lesquelles, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes :

Article I.

L'institution connue sous le nom de „Status Romano-Catholicus Transylvaniensis“ se transforme par cet accord en un organe du Diocèse Catholique de rite latin d'Alba-Iulia et prendra la dénomination de „Conseil du Diocèse Catholique de Rite latin d'Alba-Iulia“.

Ce conseil remplit les charges prévues par les Canons 1520 et 1521 du Codex Juris Canonici.

Les décisions de ce Conseil ne sont valables et exécutoires qu'avec l'approbation de l'Ordinaire.

Article II.

Tous les droits patrimoniaux se trouvant jusqu'à présent sous l'administration du dit „Status Romano-Catholicus Transylvaniensis“ seront dorénavant administrés par l'Ordinaire Catholique de rite latin d'Alba-Iulia, conformément au paragraphe 2 du Canon 1521 du Codex Juris Canonici et au droit commun du Royaume de Roumanie.

Les charges prévues par le prragrafe 2 du Canon 1521 seront remplies par le Conseil Diocésain, prévu dans l'article I du présent Accord dans les limites fixées par le même article.

Article III.

Tous ces droits patrimoniaux seront administrés et les revenus seront employés exclusivement dans les buts indiqués et prévus par les Actes, Décrets et Lettres de fondation.

Là ou les Actes, Décrets et les Lettres de fondation ne précisent pas le but, ou bien si le but pour lequel la fondation a été constitué a été atteint, l'emploi de ces revenus sera dévolu à des buts religieux, scolaires et d'éducation, en conformité avec l'intention des donateurs et fondateurs.

Article IV.

Le droit de contrôle et surveillance de l'État, prévu par le droit commun du Royaume de Roumanie ainsi que par le Concordat en vigueur entre le Saint-Siège et la Roumani, reste intact.

A cet effet l'Ordinaire Catholique de Rite latin d'Alba-Iulia présentera annuellement au Ministre des Cultes de Roumanie le rapport de gestion, le budget, le bilan et les procès-verbaux des assemblées.

L'Archevêque Catholique de rite latin du Bucarest, Métropolitain du Diocèse suffragant d'Alba-Iulia, jouit en vertu de la faculté apostolique spéciale à lui accordée, du droit de surveillance et de contrôle, en ce qui concerne l'emploi des revenus, ainsi qu'il à été établi dans l'article précédent.

Article V.

Toutes les biens se trouvant, à la date du 1 janvier 1932, dans la possession et sous l'administration du „Status Romano-Catholicus Transylvaniensis“, sont des biens à caractère ecclésiastique et seront utilisés conformément à leur destination initiale, uniquement sur le territoire actuel du Diocèse Catholique de rite latin d'Alba-Iulia.

Le droit de propriété est et reste garanti en conformité avec les lettres de fondation, donation, etc., en faveur des fonds respectifs, ainsi qu'il suit :

- a) le fonds de Religion ;
- b) le fonds d'Etudes ;
- c) le fonds des Bourses ;

- d) le fonds des écoles primaires ;
- e) le fonds de l'Orphelinat Thérésien ;
- f) le fonds de retraites des employés ;
- g) le fonds de retraites des professeurs ;
- h) le fonds des assurances.

Ces fonds sont de droit représentés par l'Ordinaire d'Alba-Iulia.

Ces droits ne peuvent être ni aliénés ni grévés sinon en conformité avec les dispositions du droit commun du Royaume de Roumanie et avec les prescriptions du Droit Canon.

Article VI.

Les dispositions contenues dans le présent Accord seront également appliquées aux fonds de l'Orphelinat Thérésien de Sibiu à moins que les instances judiciaires n'en aient décidé autrement définitivement ou qu'un arrangement ultérieur, d'autre nature, ne soit intervenu.

Article VII.

Le terrain, constructions et annexes, faisant partie du bloc d'immeubles de l'Université de Cluj et propriété de l'Etat roumain, grevés aujourd'hui d'une servitude d'habitation, passent en pleine propriété à l'Université d'Etat „Regele Ferdinand al României“ de Cluj, libres de tous droits, charges, ou servitude, à l'exception de la servitude de passage vers la sacristie.

Ils seront évacués et mis à la libre disposition de l'Université au plus tard le 1 Septembre 1932.

Article VIII.

Il sera procédé à la rectification des inscriptions concernant la propriété des biens visés par le présent Accord dans les livres fonciers.

Cette rectification se fera d'office. Dans ce but le Ministre de la Justice, à la demande de l'Ordinaire d'Alba-Iulia, saisira les autorités respectives du „registre foncier.“

Cette opération sera exempte de tous droits de timbre ou de taxe de mutation. La rectification se fera conformément aux dispositions du présent Accord, en tenant compte de l'inscription initiale mentionnée dans les livres fonciers, au moment de leur création.

Pour les immeubles acquis ultérieurement il sera tenu compte de l'inscription faite au moment de cette première acquisition.

Ces rectifications seront faites en indiquant les fonds respectifs conformément à l'alinéa précédent, en y ajoutant les mots „administré par l'Ordinaire Catholique de Rite latin l'Alba-Iulia.“

Article IX.

En ce qui concerne l'église, située à Cluj, près de l'Université, desservie actuellement par les RR. PP. Piaristes, dont la situation juridique est réglée par les articles III, V et VIII de cet Accord, — le Saint Siège désirant constamment, que l'entente fraternelle, qui unit les fidèles catholiques des différents rites, soit manifestée aussi en ce cas — l'Ordinaire Catholique de rite latin d'Alba-Iulia, conformément à l'article II du présent, pourvoira à faire célébrer chaque dimanche et chaque jour de fête (y compris celles nationales) un service divin selon le rite greco-roumain, pour satisfaire en première ligne les besoins religieux de la jeunesse scolaire catholique de rite greco-roumain.

Le prêtre célébrant sera désigné par l'Ordinaire Catholique de rite grec de Cluj-Gherla et tout en restant subordonné au point de vue canonique et disciplinaire à cet Ordinaire sera retribué pour ces services par l'Ordinaire Catholique de rite latin d'Alba-Iulia, selon les coutumes locales de rite latin à Cluj. Le nom du prêtre désigné sera communiqué à l'ordinaire d'Alba-Iulia.

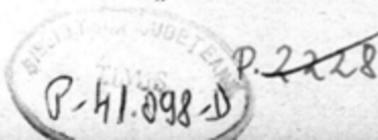
Ces services divins seront célébrés chaque dimanche et chaque jour de fête chômée du rite grec de 11 heures du matin jusqu'à 1 heure d'après midi et les jours de fêtes nationales (24 Janvier, 10 Mai, les anniversaires du Souverain, des membres de la famille royale et de l'avènement au Tronne) de 10 heures du matin à midi. Sont exceptées les fêtes de 15 Août et 8 Septembre, auxquelles l'église reste seulement aux services de rite latin.

Les services divins en rite greco-roumain commenceront dès le 20 Juillet 1932.

Article X.

Simultanément avec la signature du présent Accord sont approuvés les Status d'organisation et de fonctionnement du Conseil du Diocèse Catholique de rite latin d'Alba-Iulia, dans la rédaction ci-jointe, visée par les Hautes Parties Contractantes.

Le nombre des membres du Conseil prévu à l'article I du présent Accord étant réduit en vertu des nouveaux Statuts, par rapport à ceux de l'ancien „Statuts Romano Catholicus Tran-



sylvaniensis", les Hautes Parties Contractantes déclarent dissoute, par le fait du présent Accord, l'Assemblée générale actuellement existante.

Dans un délai de six mois à partir de la signature de cet Accord, il sera procédé à l'élection et constitution du „Conseil du Diocèse Catholique d'Alba-Iulia“, conformément au présent Accord et Status.

Le Conseil dirigeant actuellement en fonction, en qualité de Comité provisoire, gèrera les affaires courantes conformément au présent Accord, jusqu'à constitution du Conseil du Diocèse créé par l'Art. I.

Fait au Vatican, ce 30 Mai 1932.

(L. S.), signé *E. Card. Pacelli.*

„ „ „ *V. Pop.*

STATUTS

du conseil du diocèse catholique de rite latin de Alba-Iulia

Art. I. — Les charges prévues aux canons 1.520 et 1.521, paragraphe 2 du „Codex Juris Canonici“, pour le Diocèse catholique de rite latin d'Alba-Iulia, seront remplies par „le Conseil du Diocèse catholique de rite latin d'Alba-Iulia“.

Art. II. — Le Conseil précité exerce ses attributions par l'organe de son Assemblée Générale et par celui de son Comité.

CHAP. I.

Assemblée générale.

Art. III. — L'Assemblée Générale sera convoquée par l'Ordinaire du dit Diocèse. La convocation a lieu une fois par an ; en cas d'urgence elle peut également être convoquée en Assemblée Générale extraordinaire.

L'Assemblée Générale est convoquée au moins 15 jours à l'avance en indiquant le lieu, le temps et l'ordre du jour.

Art. IV. — Le Président de l'Assemblée est l'Ordinaire ou, en son absence, un ecclésiastique qui le représente.

A chaque Assemblée sont élus deux notaires, l'un étant ecclésiastique et l'autre laïc, lesquels dressent le procès-verbal.

Art. V. — Peuvent seuls être membres de l'Assemblée Générale les fidèles de religion catholique de rite latin, qui

appartiennent au Diocèse d'Alba-Iulia et qui sont citoyens roumains. Ne peuvent être membres de l'Assemblée Générale les personnes se trouvant sous une censure de l'Eglise, celles qui ont été condamnées pour tous crimes ainsi que pour tous délits commis contre l'ordre public et la sûreté de l'Etat, contre les bonnes moeurs, contre la religion, ou encore commis par esprit de lucre ; il en est de même des personnes qui mènent une vie non chrétienne.

Les membres de l'Assemblée ne perçoivent aucune rétribution.

Art. VI. — Sont membres de l'Assemblée Générale :

1. Ecclésiastiques

- a) Tout membre actif du chapitre diocésain ;
- b) Les abbés et prévôts ;
- c) Les archiprêtres du district ;
- d) Les arbitres synodaux ;
- e) Un représentant du clergé pour les Arrondissements de chaque archiprêtré ;
- f) Les professeurs du Séminaire Théologique ;
- g) Les supérieurs des ordres monastiques résidants sur le territoire du Diocèse.

2. Laïcs

- a) Le président des laïcs, élu par l'Assemblée Générale pour 6 ans ;
- b) Les Conseillers des Cours d'Appel ;
- c) Le fonctionnaire le plus haut en grade de chaque département (judet) ;
- d) Les maires des villes ;
- e) Deux représentants de chaque Arrondissement d'Archiprêtré ;
- f) Un représentant laïc de chaque paroisse où le nombre des fidèles avec les filiales dépasse 3000, deux représentants laïcs de chaque paroisse possédant plus de 5000 fidèles avec les filiales, trois représentants laïcs pour la paroisse de Cluj ;
- g) Les professeurs universitaires et ceux des écoles ayant caractère académique du Diocèse ;
- h) Les laïcs jadis patrons et quasi-patrons qui subventionnent chapelle et prêtre ;
- i) Les hommes éminents qui se sont distingués sur le terrain ecclésiastique et scolaire ; leur nombre ne saurait être su-

périeur à cinq ; ils seront invités par l'évêque ; cette distinction leur sera accordée comme récompense morale pour leurs mérites ;

j) Six représentants élus des écoles primaires confessionnelles catholiques de rite latin.

3. *Sans considération quant à leur qualité d'ecclésiastiques, ou de laïcs*

a) Les membres des Corps Législatifs ;

b) Les Directeurs des écoles secondaires, des Internats, de l'Orphelinat Thérésien et des écoles normales d'instituteurs et d'institutrices des villages.

Art. VII. — Les représentants laïcs des Arrondissements de chaque archiprêtre sont élus par les délégués des Conseils paroissiaux de l'Arrondissement, chaque paroisse désignant un délégué. Les représentants des paroisses indiquées à l'art. 6. Il pnt. f. sont élus par l'Assemblée Générale de leur paroisse respective, à la majorité de voix, sous la présidence de l'Archiprêtre du district, et au vote secret. Ces paroisses ne participent pas à l'élection des représentants laïcs de l'Arrondissement.

Les représentants ecclésiastiques des Arrondissement d'Archiprêtre sont élus par les prêtres en fonction dans leur district respectif.

Comme représentant ecclésiastique peut être élu tout prêtre ordonné.

Comme représentant laïc peut être élu tout électeur âgé de 24 ans révolus, qui est membre de l'Assemblée Générale paroissiale. qui sait lire et écrire, et qui contribue aux charges ecclésiastiques.

Les représentants des écoles primaires sont élus par les instituteurs en fonction.

L'élection des représentants laïcs et ecclésiastiques s'effectue pour une durée de six ans. Les élections générales, ainsi que les élections partielles, auront lieu sur la disposition de l'Ordinaire.

Art. VIII. — Le Président dirige les débats et a le droit de rappeler à l'ordre les orateurs, auxquels il peut retirer la parole.

Art. IX. — Toute proposition éventuelle sera annoncée à l'Ordinaire, au moins 4 semaines à l'avance.

Art. X. — L'Assemblée Générale prend ces décisions à la

majorité des voix des membres présent. Le vote a lieu a main levée, par appel nominal ou par vote secret.

Art. XI. — Le procès-verbal dressé en Assemblée Générale est signé par les Présidents, ainsi que par deux Secrétaires de la séance. Il est vérifié par les deux membres laïcs et par un membre ecclésiastique, désignés par le Président au début de la séance.

CHAP. II.

Compétence de l'Assemblée Générale

Art. XII. — L'Assemblée Générale n'a que les attributions prévues aux canons 1520 et 1521 du Codex Juris Canonici.

Art. XIII. — L'Assemblée peut élire des Commissions pour la préparation des travaux indiqués à l'article précédent.

Art. XIV. — L'Assemblée vérifie et ratifie l'activité du Comité.

CHAP. III.

Le Comité

Art. XV. — Le Président du Comité est l'Ordinaire, qui pourra se faire remplacer par un délégué choisi par lui.

Le Comité est composé de 8 ecclésiastiques — dont au moins deux chanoines capitulaires — du Président laïc et de 16 laïcs, élus par l'Assemblée Générale ainsi que du référendaire.

Les membres du Comité sont élus par l'Assemblée Générale à la majorité des voix pour une durée de trois ans.

Les membres du Comité ne perçoivent aucune retribution.

Art. XVI. — Le Comité est l'organe administratif du Conseil.

Art. XVII. — Le Comité tient chaque mois une séance ordinaire; il peut également tenir des séances extraordinaires si des questions particulièrement importantes ou urgentes exigent ses délibérations.

Pour délibérer valablement la présence d'au moins six membres, en dehors du Président, est requise.

Art. XVIII. — Le Comité, dans ses travaux, suit la majorité des voix.

Les membres du Comité intéressés ne peuvent participer aux délibérations sur la question qui les concerne.

Art. XIX. — Il sera dressé un procès-verbal relatant les travaux de chaque séance.

La procès-verbal sera signé par le Président et par le Secrétaire et sera vérifié par deux Conseillers dont un ecclésiastique.

CHAP. IV.

Art. XX. — Les décisions du Conseil et du Comité ne sont valables et exécutoires qu'avec l'approbation de l'Ordinaire.

L'approbation ne peut être donnée qu'explicitement.

CHAP. V.

Art. XXI. — Les modifications éventuelles apportées aux présents statuts pour obtenir force exécutoire devront recevoir l'approbation, officielle et par écrit, du Ministère des Cultes de Roumanie et, au point de vue Canonique, celle du Saint Siège.

Toute modification apportée en contradiction avec cet article reste nulle et de nul effet.

Signé : E. CARD. PACELLI

Signé : VALERE POP.

Discursul D-lui Pál Szász rostit în ședința Senatului la 20 Martie.

Bugetul de față nu poate fi considerat ca un buget normal, deoarece nici vremurile nu sunt normale. Dacă ar fi vorba de un buget al vremurilor normale, ar trebui să sufere foarte multe critici.

Dat fiind însă, că acest buget este dictat de împrejurări extraordinare — e vorba de un buget caracterizat de asemenea circumstanțe, deci suntem datori să-l acceptăm așa, cum este întocmit de d-l ministru al finanțelor care și-a arătat din nou competența de a găsi soluțiunea în timpurile grele de azi. Știm cu toții că aceste sarcini trebuie să le suportăm. Poporul nostru le și acceptă, dar nu este tot una, că în ce fel.

D-l Consilier Regal și Senator Iorga a arătat în mod convingător în cele spuse de D-sa, că armonia sufletească este inerentă vremurilor de azi.

Trebuie să simțim cu toții — chiar dacă nu se vede — care este direcția evoluțiunii viitoare. Este posibil, că problemele pe cari le privim azi ca esențiale, după trecerea unui an deabia vor mai prezenta vreo deosebită importanță. Este în tot cazul necesar, că poporul nostru să accepte suportarea nouilor sarcini cu convingerea, că servesc interesele sale proprii.

În legătură cu aceasta menționez că Dumineca trecută am

fost la Odorheiu și am participat la adunarea agricultorilor de acolo, unde m'am convins din nou că trebuie să menținem legătură directă și personală cu poporul nostru în permanență, să-l putem orienta în mod corespunzător formând o opinie publică sănătoasă în rândurile minorității maghiare. Cerem a ni se acorda această posibilitate.

Dar, Domnilor Senatori, atunci când poporul nostru suportă cu înțelegere sarcinile impuse — mă simt dator a ruga toți membrii Onoratului Guvern, că prin conlucrare reciprocă să asigure posibilitatea de muncă productivă a contribuabililor, precum și obținerea contravaloarei corespunzătoare a muncii lor, fiindcă numai în așa fel pot îndeplini obligațiunile impuse.

Rog pe D-l Ministru al finanțelor să binevoiască a lua măsuri urgente pentru plata bonurilor de rechiziție, ceea ce este inevitabilă pentru întărirea încrederii generale.

Rugăm pe D-l Ministru al finanțelor, ca organele ce execută încasările să procedeze cu dreptate, nefăcând nici o deosebire și cu omenie față de contribuabili. Organele fiscale sunt chemate de a executa bugetul și nu jandarmeria. Un organ fiscal cu exces de zel printr'un procedeu greșit poate face mai mult rău, decât ne poate folosi orice rezultat obținut în domeniul fiscal.

Poporul nostru a luat parte și ia parte și azi la îndeplinirea obligațiunilor sale și aici trebuie să arăt contribuțiunile demne de toată recunoștința pe cari le-a depus atât poporul nostru cât și instituțiunile noastre la subscrierea bonurilor de înzestrarea armatei.

Este în dauna interesului general, dacă ori în presă, ori prin alte declarațiuni făcute în public, nu numai că nu se recunoaște îndeplinirea cinstită a datoriilor, dar chiar se trage la îndoială și se acuză poporul nostru de o atitudine contrară.

Azi nu trăim momente pentru a alerga după popularitate cu orice preț, ci trăim zile pline de responsabilitate.

Domnilor Senatori, Vă rog să luați în considerare greutățile noastre cu cari trebuie să ne luptăm, nu ne pretindeți imposibilități, ci să ne sprijiniți în munca noastră depusă pentru realizarea posibilităților.

În sensul celor de mai sus și urmând deviza D-lui Ministru de externe: Pace, ordine, siguranță — primesc în general bugetul.

Căsătoriile mixte la Lugoj.

În numărul din 28 Ianuarie 1940 al ziarului lugojan «*Răsunetul*» sub semnătura D-l. *Romulus Roman*, găsim articolul următor.

Puțini vor ști, dar cu atât mai mulți vor fi surprinși aflând că în anul 1939, treizeci români lugojeni s'au căsătorit cu femei streine de neamul nostru.

Anume: Ion Borugă cu Maria Nagy, Pavel Buculie cu Fani Cserny, Romulus Groza cu Suzana Orosz, Ioan Ciosa cu Margareta Varga, Stelu Sandulescu cu Nina Makszimov, Constantin Teodorescu cu Margareta Trautner, Marin Brat cu Irina Bojko, Iosif Tunei cu Wilhelmina Forst, Petru Teodorescu cu Elisabeta Halcsik, Petru Lungu cu Ecaterina Oster, Pavel Nevrincean cu Elisabeta Puskás, Victor Bronț cu Victoria Gulyás, Gheorghe Dulcu cu Maria Kremel, Eugen Mihailoviciu cu Lucia Nagy, Filip Bontescu cu Amalia Velez, Dumitru Tomescu cu Martha Nasz, Nicolae Popescu cu Maria Székely, Ion Bombescu cu Ecaterina Stauber, Iosif Alexa cu Iuliana Vizey, Mihai Berzovan cu Ana Schehrer, Virgil Dragomir cu Ana Kajcsa, Iani Toma cu Margareta Keresztes, Gheorghe Mârșu cu Iolana Kuhn, Ioan Dabiciu cu Maria Marsi, Antoniu Forca cu Ana Werkmann, Gheorghe Clinciu cu Virginia Kayser, Marin Floria cu Elisabeta Csáki, Constantin Șuștrean cu Livia Luczó, Andreiu Margea cu Iosefina Stempa, Nicolau Popovici cu Ecaterina Riedl.

Iar, tot în anul 1939, nouă streini au luat de soții românce, și anume: Emeric Vásáry cu Ana Ambruș, Ștefan Szekeres cu Pascuala Neagoia, Alexandru Kúhel cu Elena Pasulă, Liviu Ring-eisen cu Angelina Iancovici, Ludovic Balog cu Păscălia Dragujan, Iosif Tóth cu Maria Herlea, Ștefan Székely cu Ana Necșa Zoltan Bender cu Iuliana Groza, Nicolae Korek cu Ana Stancu.

Pomelnicul acesta al căsătoriilor mixte din Lugoj, nu-l publicăm deaceea, că am fi de credința, că prin scrisul nostru am putea dirija corzile inimilor tinerilor însurăței în sensul pe care-l reclamă cauza românească; nici pentru că am fi noi exclusiviști și intoleranți, ci pentru că intenționăm să trezim atenția opiniei noastre publice asupra acestui fenomen pe cât de regretabil pe atât de inexplicabil, al evoluției vieții noastre sociale lugojenești.

Noi privim problema în ansamblul ei și nu ne atinge aceea în sens particular.

Pentru că după cât cunoaștem firea, sau mai bine zis, slăbiciunea românului, știm, că în prea puține cazuri știe să fie autoritar în familie; cu atât mai puțin atunci, când are soție din alt neam, care mai totdeauna să închipue că este superioară în toate soțului său valah . . .

Urmarea acestei slăbiciuni a românilor e aceea, că soțiile lor streine și pe stradă vorbesc, par'că ostentativ, limba lor, neținând în seamă cât de mult compromit prin gestul acela pe soții lor, dintre cari unii în viața noastră oficială și socială dețin poziții superioare.

Atunci ce să mai așteptăm dela căsniciile temeliuite pe căsătorii mixte, când soția nici nu știe de loc românește ?

Adevărat, că de pe urma muncii din fabricile de țesătorii, cari s'au sporit atât de mult la noi, tineretul nostru muncitor are ocazia să vină în contact mai nemijlocit și mai tovărășesc cu elementul strein. Nu putem înțelege însă, că de ce această împrejurare trebuie să fie în detrimentul românismului.

Statul român nu de aceea a legiferat protectoratul elementului românesc la întreprinderile streine, că acest element după ce a ajuns acolo, să se desnaționalizeze prin căsătorii nepotrivite cari în foarte multe cazuri sunt puse la cale de propaganda streină. Pentru că să nu fim atât de naivi să credem, că propaganda clandestină streină n'ar acționa și pe terenul acesta.

Datoria noastră este să acționăm pentru prosperarea românismului.

Criteriile acestei acțiuni nu pot fi date în vileag, ci împărtășite dela suflet la suflet, dela inimă la inimă.

Acțiunea aceasta, așa cred eu, ar fi mai potrivit pentru Asociația tineretului muncitoresc român: „Progresul”.

La dorință, în cadrul unei conferințe sunt dispus să arăt tot ceea ce cred eu de bine și necesar să se facă, pentru redresarea vieții noastre sociale din punctul de vedere aici discutat.

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN.

Werke bezüglich der Nationalminderheitenfragen, die in den Jahren 1938 und 1939 erschienen sind. *)

In der Ausgabe «*A Magyarok Világszövetsége*» (Weltverband der Ungarn): Verhandlungen am zweiten Weltkongress der Ungarn. Budapest, 1938. Besprochen in: „*Láthatár*“ Jahrg. VII. Nr. 2. S. 85.

In der Ausgabe «*A Magyar Statisztikai Társaság Államtudományi Intézete*» (Staatswissenschaftliches Institut der Ungarischen Statistischen Gesellschaft): A felvidéki magyarság husz éve. (Zwanzig Jahre des Ungartums im Oberlande.) Budapest, 1938. 140. S. Besprochen in: „*Kisebbségvédelem*“ Jahrg. I. Nr. 6. S. 46. „*Láthatár*“ Jahrg. VII. Nr. 4. S. 187. „*Külügyi Szemle*“ Jahrg. XVI. Nr. 4. S. 446. „*Magyar Kisebbség*“ Jahrg. XVIII. Nr. 24. S. 588.

Ballreich, Hans: „*Karpathenrussland*“. Ein Kapitel tschechischen Nationalitätenrechts und tschechischer Nationalitätenpolitik. Verlag Carl Winters Universitätsbuchhandlung, Heidelberg, 1938. Besprochen: „*Nation und Staat*“ Jahrg. XII. Nr. 5. S. 329. „*Kisebbségvédelem*“ Jahrg. II. Nr. 2–3. S. 49.

In der Ausgabe «*Banatsci Balgarsci Glásnic*» (Stimme der Banater Bulgaren): 200 Gudini U. Banata 1738–1938. Temesvár 1938. Besprochen: „*Magyar Kisebbség*“ Jahrg. XVIII. Nr. 7–8. S. 185.

Boehm, Max Hildebert und Loesch, Karl v.: Jahrbuch des Instituts für Grenz- und Auslandsstudien 1939. Deutsche Buchvertriebsstelle Kurt Hofmeier, Berlin–Steglitz. Besprochen: „*Glasul Minorităților*“ Jahrg. XVII. Nr. 7. S. 127. „*Magyar Kisebbség*“ Jahrg. XVIII. Nr. 7–8. S. 186.

Borsody István: „*Magyarok Csehszlovákiában*“ 1918–1938. (Ungarn in der Tschechoslowakei 1918–1938): Verlag Az Ország Utja. 224. S. Besprochen: „*Kisebbségvédelem*“ Jahrg. I. Nr. 4–5. S. 51. „*Külügyi Szemle*“ Jahrg. XV. Nr. 4. S. 534.

Brackett, Lewis: Facts about democracy in Czechoslovakia.

*) Diese bescheidene Bibliographie will keineswegs vollkommen scheitern. Es sind hier nur jene Werke angeführt, die uns zugesandt wurden, oder über welche uns meritorische Besprechungen zukamen.

(Tatsachen um die Demokratie in der Tschechoslowakei). Ausgabe des Amerikanischen Instituts in Prag 1938. 100. S. Besprochen: „Magyar Kisebbség“ Jahrg. XVII. Nr. 7–8. S. 217.

Csekey István: „A magyar nemzetfogalom“ (Der ungarische Nationalbegriff) Acta litterarum ac scientiarum Reg. Universitatis Hung. Franciscus Josephinae. Sectio: Juridico-politica. Tomus XIII. (Sonderdruck aus dem Menyhért-Gedenkbuch). Ausgabe des Freundevereins der Wissenschaftlichen Kön. ung. Franz Josef-Hochschule, Szeged, 1938. 88. S. Besprochen: „Kisebbségvédelem“ Jahrg. I. Nr. 6. S. 45.

Darás Gábor: A ruthén kérdés tegnap és ma. (Die ruthenische Frage gestern und heute.) Ausgabe der Magyar Nemzeti Szövetség (Ungarischer Nationalverband) Budapest, 1938. 63. S. 2 Landkarten. Besprochen: „Kisebbségvédelem“ Jahrg. I. Nr. 4–5. S. 49.

Essler, F. W.: „Zwanzig Jahre sudetendeutsche Verlustbilanz, 1918–1938“. Dokumente der Entnationalisierung. Herausgegeben von K. H. Frank. Wilhelm Braumüller, Universitätsverlag, Wien, 1938. Besprochen: „Nation und Staat“ Jahrg. XII. Nr. 1. S. 56.

Fenczik István: „A kárpátoroszok multja és jelene“ (Vergangenheit und Gegenwart der Karpatorussen.) Ausgabe des Minderheiteninstitutes der kön. ung. Elisabeth-Universität in Fünfkirchen. Pécs, 1939. 19. S. Besprochen: „Kisebbségvédelem“ Jahrg. II. Nr. 2–3. S. 52.

Geissler, Heinrich Dr.: Zweisprachigkeit deutscher Kinder im Ausland. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, 1938. Besprochen: „Nation und Staat“ Jahrg. XII. Nr. 3. S. 190.

Greve, Wilhelm Dr.: Die Bestimmung der Volkszugehörigkeit im Recht der europäischen Staaten. Essener Verlagsanstalt, 1938. Besprochen: „Nation und Staat“ Jahrg. XII. Nr. 3. S. 190.

Györffy István: A néptudomány és a nemzeti művelődés (Volkswissenschaft und Volksbildung.) Ausgabe von A Magyar Táj- és Népismeret könyvtára (Bibliothek der ungarischen Land- und Volkskunde) I. Band, Budapest, 1939. 90. S. Besprochen: „Kisebbségvédelem“ Jahrg. II. Nr. 3–5. S. 23.

György Lajos Dr.: Az Erdélyi Múzeum-Egyesület háromnegyedszázados tudományos működése, 1859–1939 (Die

- wissenschaftliche Tätigkeit des Siebenbürger Museum-Vereins von 1859 bis 1939.) Ausgabe des EME 1938. Besprochen: „Láthatár“ Jahrg. VII. Nr. 4. S. 188.
- Hartmann, Rudolf und Riedl, Franz*: Deutsches Bauernleben in Ungarn. Verlag Volk und Reich, Berlin, 1938. Besprochen: „Nation und Staat“ Jahrg. XII. Nr. 8. S. 552.
- Halász Miklós*: Csehszlovákia 1918–1938. (Die Tschechoslowakei von 1918 bis 1938.) Ausgabe Századunk, Budapest, 1938, 116. S. Besprochen: „Külügyi Szemle“ Jahrg. XVI. Nr. 4. S. 446.
- Hayduk, Alfons*: Török Orszak (sic.) Leid und Ruhm der Schwäbischen Türkei, eine Baranya-Fahrt. Verlag A. Luser, Wien–Leipzig, 1938. Besprochen: „Nation und Staat“ Jahrg. XII. Nr. 4. S. 265.
- Hoffmann, Walter*: „Donauraum-Völkerschicksal“. Verlag Felix Meiner, Leipzig, 1939. Besprochen: „Nation und Staat“ Jahrg. XII. Nr. 9. S. 609.
- Jakabffy Elemér und Páll György*: A bánási magyarság husz éve Romániában. (Zwanzig Jahre des Banater Ungartums in Rumänien.) Ausgabe des „Studium“, Budapest, 1939. S. 240. Besprochen: „Magyar Szemle“ Jahrg. 1939. Nr. 3. 270. S. „Láthatár“ Jahrg. VII. Nr. 5. S. 232.
- Keller, Hans. K. E. L*: Das Recht der Völker. I. Abschied vom „Völkerrecht“. Verlag Franz Wahlen, Berlin, 1938. Besprochen: „Nation und Staat“ Jahrg. XII. Nr. 12. S. 760.
- König, Lothar*: Die Deutschtumsinsel an der Wolga. Verlag Laumann, Dülmen in Westfalen, 1938. Besprochen: „Nation und Staat“ Jahrg. XII. Nr. 10–11. S. 714.
- Kövér, Gustave*: Histoire d'une Trahison. Le calvaire des minorités nationales et la Société des Nations. (Geschichte eines Verrates. Der Leidensweg der Nationalminderheiten und der Völkerbund.) Éditions du Bureau des Minorités, Genève, 1939. 211. S. Besprochen: „Kisebbségvédelem“ Jahrg. II. Nr. 4–5. S. 24.
- László Dezső*: A ma élő romániai ref. lelkipásztorok irodalmi munkássága. (Die literarische Tätigkeit der heute lebenden reformierten Seelsorger in Rumänien.) Cluj-Klausenburg. Ref. Kirchendistrikt (Siebenbürgen.) Besprochen: „Láthatár“ Jahrg. VII. Nr. 3. S. 139.
- Manuila, Sabin Dr.*: Étude ethnographique sur la population de

- la Roumanie. (Etnografische Studie der Bevölkerung Rumäniens.) București, 1938. Besprochen: „Magyar Szemle“ Jahrg. XXXVII. Nr. 146. S. 142. „Magyar Kisebbség“ Jahrg. XVIII. Nr. 11. S. 270.
- Mathiae, Andreas*: Siebenbürgen. Adolf Luser Verlag. Wien – Leipzig, 1939. Besprochen: „Nation und Staat“ Jahrg. XII. Nr. 12. S. 765.
- Mende, Gerhard von*: Die Völker der Sowjetunion. Verlag Rudolf Schneider. Reichenau (Sachsen), 1939. Besprochen: „Nation und Staat“ Jahrg. XII. Nr. 8. S. 554.
- Meuvret, Jean*: Le territoire de Memel et la politique européenne. (Das Memelgebiet und die europäische Politik.) Éditeur Paul Hartmann, Paris, 1938. 83. S. Besprochen: „Külügyi Szemle“ Jahrg. XV. Nr. 3. S. 409.
- Meynen, Emil*: Volks- und Sprachenkarten Mitteleuropas. Hirzel, Leipzig. Sonderdruck aus Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung. 48. S. Besprochen: „Láthatár“ Jahrg. VII. Nr. 5. S. 234.
- v. Nagy Iván*: Az amerikai magyarság. (Das amerikanische Ungaricum.) Ausgabe des Minderheiteninstitutes der Königl. Elisabeth-Hochschule der Wissenschaften in Fünfkirchen, 1939. 22. S. 2 Landkarten. Besprochen: „Kisebbségvédelem“ Jahrg. II. Nr. 2–3. S. 55.
- Némedi, Ludwig*: Das Gesamtdeutschtum im ungarischen Blickfeld. Ausgabe Neue Heimatblätter, Budapest, 1938. 144. S. Besprochen: „Magyar Kisebbség“ Jahrg. XVIII. Nr. 5. S. 108.
- Nowak, Robert Dr.*: Der künstliche Staat. Ost-Probleme der Tschechoslowakei. Gerhardt Stalling Verlag, Oldenburg i. O. Berlin. 324. S. 12 Landkarten. Besprochen: „Kisebbségvédelem“ Jahrg. I. Nr. 4–5. S. 52.
- Ottlik László*: Magyar nemzetiségi politika. (Ungarische Nationalitätenpolitik.) Sonderdruck aus dem Werk „Mai magyar község“. (Ungarische Gemeinde von heute.) Budapest, 1938. Besprochen: „Láthatár“ Jahrg. VI. Nr. 6. S. 209.
- Rogmann, Heinz*: Der grossdeutsche Osten in der Bevölkerungsdynamik Ostmitteleuropas. Schriftenreihe der Landesgruppe Schlesien des Bundes Deutscher Osten. Verlag Alfred Hartlieb, Breslau, 1939. Besprochen: „Nation und Staat“ Jahrg. XII. Nr. 8. S. 553.
- Rónai, Andreas*: Distribution of Hungarian Settlements over the World. (Die Verteilung ungarischer Siedlungen in der Welt.) Budapest, 1938. 25. S. Besprochen: „Külügyi Szemle“ Jahrg. XV. Nr. 4. S. 536.

- v. *Ruttkay László*: A felvidéki szlovák középiskolák megszüntetése 1874-ben. (Die Aufhebung der slowakischen Mittelschulen des ungarischen Oberlandes im Jahre 1874.) Ausgabe der Felvidéki Tudományos Társaság. (Wissenschaftliches Institut des Oberlandes.) I. Folge. Nr. 7. Budapest, 1939. 148. S. Besprochen: „Kisebbségvédelem“ Jahrg. II. Nr. 4–5. S. 25. „Magyar Kisebbség“ Jahrg. XIX. Nr. 1. S. 24.
- Schattenfroh, Franz*: Wille und Rasse. Verlag Payer & Co. Berlin–Wien–Zürich, 1938. Besprochen: „Nation und Staat“ Jahrg. XII. Nr. 9. S. 605.
- Schuster, Hans Dr.*: Die Judenfrage in Rumänien. Verlag Felix Meiner, Leipzig, 1939. Besprochen: „Nation und Staat“ Jahrg. XII. Nr. 12. S. 762.
- Temesváry Pelbárt*: Miként látják az erdélyiek Erdély kérdéseit. (Wie die Siebenbürger die Fragen Siebenbürgens sehen.) Ausgabe des Minderheiteninstitutes der Kön. ung. Elisabeth-Universität Fünfkirchen, 1938. 43. S. Besprochen: „Külügyi Szemle“ Jahrg. XV. Nr. 4. S. 535.
- Urr György*: Kisebbségi sorsunk husz esztendejéből. (Zwanzig Jahre unseres Minderheitenlosen) 1918–1938. Buchdruckerei „Grafika“ Kaschau, 1939. Besprochen: „Magyar Kisebbség“ Jahrg. XVIII. Nr. 24. S. 588.
- Veiter, Teodor*: Nationale Autonomie. Rechtstheorie und Verwirklichung im positivem Recht. Wilhelm Braumüller Verlag. Wien–Leipzig, 1938. 316. S. Besprochen: „Kisebbségvédelem“ Jahrg. II. Nr. 4–5. „Nation und Staat“ Jahrg. XII. Nr. 5. S. 330. und „Magyar Kisebbség“ Jahrg. XVII. Nr. 22. S. 529.
- Váli Ferenc, Dr.*: Das tschechisch-mährische Protektorat und der deutsch-slowakische Schutzvertrag im Lichte des internationalen Rechtes. Verlag Karl Grill. Sonderdruck des Kolozsváry-Gedenkbuches, 1939. 13. S. Besprochen: „Külügyi Szemle“ Jahrg. XVII. Nr. 1. S. 102.
- Weisenfeld, Ernst*: Die Geschichte der politischen Publizistik bei den Siebenbürger Sachsen. Limburger Vereinsdruckerei, Limburg, 1939. Besprochen: „Nation und Staat“ Jahrg. XII. Nr. 10–11. S. 716.
- Zathureczky Gyula*: Erdély, amióta másképp hívják. (Siebenbürgen, seit man es anders nennt.) Verlag Magyar Élet, Budapest, 1939. 141. S. Besprochen: „Kisebbségvédelem“ Jahrg. II. Nr. 4–5. S. 26.

GLASUL MINORITĂȚILOR LA VOIX DES MINORITÉS DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL
ANNÉE
JAHRGANG } XVIII.

MAI - IUNIE
MAI - JUIN
MAI - JUNI } 1940.

NUMĂRUL
NUMÉRO
NUMMER } 5 - 6

Zu den Worten des Minderheitenministers.

Von: **Dr. Elemér Jakabffy.**

Was wir schon lange erwarteten, geschah endlich: der Minderheitenminister *Silviu Dragomir* scheute die Mühe nicht und besuchte die von Minderheiten bewohnten Landstriche, wo er nicht nur mit den obersten führenden Persönlichkeiten der organisierten Ungarischen Volksgemeinschaft Fühlung suchte, sondern auch mit den Leitern mehrerer Gemeinschaftssektionen, ja sogar die Wünsche der einfachen Dorfbewohner er hörte.

Uns schweben keine Illusionen vor: wir wissen, dass nach geduldigem Anhören der Bitten und Klagen nicht gleich deren Erfüllung, beziehungsweise Abhilfe erfolgt. Doch beruhigt es uns einigermaßen zu erfahren, dass Derjenige, der bei Erledigung dieser Fragen sehr einflussreich wirken kann, Anteil nimmt und erhört.

Wir erinnern uns der schmerzlichen Erfahrung für die ungarische Nationalminderheit, als vor beiläufig fünfzehn Jahren Gerüchte kamen, der Direktor der Minderheitensektion des Völkerbundes werde nach Rumänien kommen, um hier die Lage der Minderheiten kennenzulernen. Als er da war, gelangten aber sogar die Kirchenfürsten nur dadurch vor den Direktor, dass sie die Einladung der Regierung zum Festessen zu Ehren dieses Gastes ablehnten, weil sie nicht geneigt waren, mit dem Völkerbundvertreter bloss am weissen Tisch zusammenzutreffen.

Minister Dragomir nahm sich nicht die Zeit zu allerhand Banketts, vielmehr empfing er den Obmann der Kolonistenbauern im Begatal, der mit einfachen ungarischen Worten dem Minister die Lage der Bauern darstellte. Zeugen dieser Scene

beobachteten, welch tiefen Eindruck die Worte des einfachen Mannes ausübten.

Die Kolonisten glauben zwar nicht, dass nunmehr alles gut sein wird und ihre Zukunft rosig ist, doch ihr einfachster menschlicher Wunsch, ihre Lage darzustellen und Abhilfe zu bitten, wurde erfüllt.

Von den gelegentlich dieser Rundfahrt verklungenen Äußerungen des Ministers halten wir die für die bedeutungsvollste, die er in Arad tat. Hier sprach er unter anderem vor der evangelischen Deputation, welche für die Bemühungen des Ministers um die endgiltige Regelung der Superintendenzen ihren Dank ausdrückte, folgende Worte:

„Diese Angelegenheit ordnete ich wahrhaftig mit Freude, obwohl viele Schwierigkeiten zu bekämpfen waren. Dankbar entsinne ich mich der Zeit, als Kultusminister Baron Josef Eötvös die damaligen Minderheitskirchen so liberal behandelte und unter anderem auch der rumänischen Kirche freie Religionsausübung gewährte. Mich als Siebenbürger erfüllt mit besonderer Freude, dass ich diese Liberalität mit ähnlicher vergelten kann.“

Bei diesem Ausspruch dachte der Minister zweifellos an den, auf Antrag des damaligen ungarischen Ministers für Kultus und Unterricht, Baron Josef Eötvös, im Jahre 1868 geschaffenen Gesetzartikel IX. Dieser bestimmte die Errichtung einer Metropole für die griech. orientalischen Rumänen, mit den gleichen Rechten ausgestattet wie die serbische, erhob das Siebenbürger griech. orientalische Bistum zum Erzbistum und sicherte beiden von einander unabhängig gemachten Kirchen volle Autonomie.

Der gelehrte Minister kennt in Verehrung der Liberalität des Baron Josef Eötvös sicher auch dessen seelische Einstellung und politische Vergangenheit. Vielleicht ist es diesem Umstand zuzuschreiben, dass er im Telegramm von anfangs März, welches er an den Bischof Ludwig Frint richtete, folgende Worte gebrauchte: „Meinerseits wünsche ich der *endgiltig anerkannten Organisation* die schönste Entwicklung zum eigenen Wohle und zum Erblühen unseres teuren Vaterlandes.“

Es ist, als hörten wir den Widerhall der Worte des Baron Josef Eötvös gelegentlich der ungarischen Parlamentssitzung am 11. Juli 1843:

„Unsere heiligste Pflicht ist endlich die Religionsfragen ins Reine zu bringen, nicht nur durch einige teilweise Verfügungen, sondern derart, dass nie wieder unter uns Streitfragen entstehen könnten; bauend auf die Grundsätze, die wir einnahmen, soll nicht nur die Ruhe unserer protestantischen Mitbürger, sondern auch die unsrige endlich gesichert sein.“

Zur selben Gelegenheit, als der Minister Dragomir Eötvös's Liberalität huldigte, tat er noch eine bedeutungsvolle Äusserung:

„Das neue Minderheitengesetz ist nicht aktuell. Die Regierung verfügt auch weiterhin gemäss den vorhandenen Gesetzen in Minderheitsangelegenheiten.“

Als der Ministerpräsident am 28. November vergangenen Jahres die Schaffung eines Minderheitengesetzes verkündete, waren viele unter uns der Meinung, eher sollten die Bitten der Minderheiten erfüllt werden, deren Erfüllung nicht gegen die bestehenden Gesetzen verstösst, ja deren Erfüllung diese erheischen. Wir betonten auch: nicht geschriebene Gesetze helfen uns, sondern Verständnis, guter Wille. Wenn alle Regierungsmitglieder und auch die unteren Behörden das Beispiel des Ministers Dragomir befolgen, unsere nationale Vergangenheit anerkennen, erhören und erfüllen, dann wird ein Minderheitengesetz niemals aktuell werden, denn auch ohne ein solches kann Verständnis und gemeinsame Arbeit zustandekommen, in einer Zeit, wo sich vor unseren Augen auf den Trümmern des Liberalismus die Tragik der kleinen Nationen abspielt.

Das ungarische Oberhaus fordert die Anerkennung der Rechte der Ungarn in der Slowakei.

In den letzten Monaten hat sich die Lage des Ungartums in der Slowakei verschlechtert. Die Insultierungen einzelner Ungarn haben sich vermehrt und gegen das Ungartum hat eine Verfolgungswelle eingesetzt, die zu argen Befürchtungen Anlass gab. Zudem haben die Slowaken die ungarfeindliche Propaganda im Schatten des deutschen Protektors betrieben und so zugleich auch das freundschaftliche Verhältnis zwischen Ungarn und Deutschland stören wollen. Ungarn konnte diesem Treiben

der Slowaken, das zum Teil von halbamtlichen und sogar von amtlichen Faktoren unterstützt wurde, nicht mehr ruhig zusehen und so wurde die Angelegenheit im Oberhaus zur Sprache gebracht.

Oberhausmitglied Géza Szüllő ergriff in der Sitzung des Oberhauses vom 30. April vor der Tagesordnung das Wort, sprach zunächst über die Ereignisse im Jahre 1938, die der Slowakei die Selbständigkeit brachten, die zuerst von Ungarn anerkannt wurde. Sodann führte Géza Szüllő aus, dass die Slowakei ein unter deutschem Protektorat stehender Staat sei, aber ein ganz anderes Verhalten an den Tag lege, als dies vom Protektor gefordert wird.

Nach diesen einleitenden grundsätzlichen Feststellungen schilderte Szüllő die neuesten Vorkommnisse in Neutra und in Pressburg, wo bei einer Versammlung Reden erklingen sind, wie: „Allen, die in der Slowakei ungarisch sprechen, soll die Zunge herausgerissen werden.“ In Pressburg zogen slowakische Hochschüler vor die ungarische Gesandtschaft, demonstrierten und verbreiteten Flugschriften, in denen die Erweiterung der slowakischen Grenze bis nach Miskolc und nach Szolnok gefordert wurde.

Géza Szüllő nannte dies ein böses Kartenspiel, um so mehr, als die Slowaken zugleich auch andere Eisen im Feuer haben. Der slowakische Gesandte in Madrid z. B. hat mit dem alten Vertreter der Tschechoslowakei, einem Vertrauten Benesch', Verhandlungen angeknüpft, ein Vorgehen, das über sich selbst das Urteil ausspricht.

Géza Szüllő schloss seine Rede mit den Worten: Ich habe über diese Vorfälle deshalb gesprochen, damit die deutsche Reichsregierung, die mit uns freundschaftliche Beziehungen unterhält, diese mit dem Deutschen Reiche getriebenen Missbräuche frei und offen desavouiere und um die ungarische Regierung zu ersuchen, der slowakischen Regierung wissen zu lassen, dass der ungarische Staat, wenn auch klein, auf seine Rechte gestützt stark ist jenen gegenüber, die seine Rechte verletzen.

Unter allgemeiner Aufmerksamkeit ergriff sofort Aussenminister Graf Csáky das Wort, sprach zunächst darüber, dass Ungarn zur Slowakei ein gutnachbarliches Verhältnis anbahnen wollte, stellte fest, dass Ungarn als eine alte Kulturnation war-

ten könne, doch sei das Mass bereits voll. Die Grenze unserer Geduld ist zu Ende, wenn die Rechte des Ungartums in der Slowakei zum menschlichen Leben nicht unversehrt respektiert werden. Wir werden Versprechungen, die in dritten Staaten gemacht worden sind, keinen Glauben schenken, wenn der ungarischen Minderheit in der Slowakei oder der Würde des ungarischen Staates eine Ungerechtigkeit zugefügt wird.

In energischen Worten verwahrte sich Graf Csáky sodann, dass die Slowaken Deutschland gegen Ungarn ausspielen, ein Unterfangen, das bei der festen Freundschaft zwischen Ungarn und Deutschland zumindest als eitel bezeichnet werden muss. Mit erhobener Stimme fuhr dann Graf Csáky fort:

– Ich will hoffen, dass die Führer der Slowaken die letzte Grenze ihrer Möglichkeit nicht aus den Augen verlieren und sich gesagt sein lassen, dass wir im Schutze der nationalen Ehre, der wir auch die Wahrung des Lebens und der Rechte unserer Brüder hinzurechnen, nicht zögern werden zu handeln, wenn unsere Nachbarn den letzten Rest der Vernunft verlieren.

Ich betone nachdrücklichst – sprach Graf Csáky weiter –, dass es ein gefährlicher Irrtum wäre vorauszusehen, dass wir schwach sind. Jede lebenskräftige und zum Leben berufene Nation kann die Grenze erreichen, an der sie im Interesse ethischer Grundsätze die Theorien der Erwägung oder des augenblicklichen Nutzens unberücksichtigt lässt. Nur jene Völker haben keine Auferstehung, die den Mut zum Leben nicht besitzen.

Es wäre vielleicht zweckdienlicher, wenn die an dieser Sache Interessierten, unser Selbstbewusstsein erkennen, das den Entschluss der ungarischen Regierung zum Handeln bedeutet. Zum Handeln in der Weise und dann, wenn es ihr am nützlichsten erscheint und nicht dann, wenn man sie zum Handeln provozieren wollte.

Problema minorităților în discuția Parlamentului român.

Răspunzând unei interpelări adresată de dă deputat I. Petrovici asupra politicii guvernului față de minorități, d. ministru Silviu Dragomir a făcut o amplă expunere asupra aceste probleme în ședința Camerei Deputaților din după amiaza zilei de 18 Aprilie a. c.

D. ministru pentru Minorități a început prin a arăta că minoritățile din România s'au bucurat în toate timpurile de cea mai deplină libertate, principiul călăuzitor al politicii românești fiind în această materie legalitatea de drepturi pentru toți cetățenii țării.

Venind la regimul inaugurat după Constituția din Februarie 1938, d. ministru Silviu Dragomir a arătat că guvernul român a căutat să clarifice definitiv situația minorităților din România în cadrul noului regim constituțional. În acest scop s'a alcătuit la 1 August 1938 un Jurnal al Consiliului de miniștri care reglementează această problemă spre satisfacția deplină și a minorităților și a populației minoritare.

„Pentru România — a spus d. ministru Dragomir — chestiunea minorităților este o problemă strict internă. Nici așezarea geografică, nici numărul redus al acestor minorități și nici procesul istoric din care s'a zămislit poporul românesc în actualul teritoriu al României, nu îndreptățește pe nimeni să pună această problemă pe plan internațional.“

Plecând deci dela acest considerent guvernul român a căutat să asigure pe un plan foarte larg dezvoltarea vieții tradiționale a minorităților în toate domeniile.

D. ministru pentru minorități a arătat apoi toate înlesnirile făcute minorităților din România dela 1938 până azi pentru a strânge și mai mult colaborarea acestora cu populația majoritară în cadrul Statului român.

Rezumăm mai jos câteva din realizările mai importante.

Prin încadrarea în „Frontul Renașterii Naționale“ minoritățile și-au exercitat drepturile lor politice fără de nici o stănenire trimițând reprezentanții lor în Parlamentul Țării.

Prin modificarea legii pentru dobândirea naționalității s'a dat din nou posibilitate tuturor minoritarilor cari nu se înseseră încă în listele de naționalitate, să dobândească naționalitatea română.

S'au făcut toate înlesnirile posibile pentru ca minoritarii să-și poată exercita și dezvolta credința lor și s'a înființat o nouă eparhie reformată și o superintendență evanghelică la cererea maghiarilor din România. S'au egalizat salariile preoților reformați și unitarieni cu ale celor catolici prin înscrierea sumelor necesare în bugetul Statului. S'au rezolvat toate diferențele dintre biserica romano-catolică și Statul român.

În domeniul școlar li s'a asigurat minorităților cea mai deplină libertate în materie de învățământ. Statul român a înscris în bugetul său sume importante pentru subvenționarea școalelor particulare minoritare; s'a legiferat libertatea părinților de a alege școala la care să învețe copiii fără nici o imixtiune a autorităților școlare; s'au înființat noi școli minoritare particulare și de Stat de toate gradele și categoriile; s'au asigurat cotele respective în bugetele comunale pentru întreținerea școalelor minoritare și li s'au satisfăcut în general o serie întreagă de doleanțe în legătură cu învățământul.

În afară de acestea s'au făcut minoritarilor tot felul de înlesniri de ordin economic și social, asigurându-li-se o situație prosperă în cadrul Statului român.

În condițiile acestea era firesc deci ca minoritățile din România să se orienteze către o colaborare sinceră și leală cu populația majoritară și cu guvernul țării și să se solidarizeze cu interesele Statului român. Această strânsă colaborare și solidaritate este o realitate pe care d. ministru pentru Minorități s'a declarat satisfăcut să o constate mai ales în aceste timpuri.

Gründung der Ungarländischen Slowakischen Christlichen Volkspartei.

Auf Anregung des vormaligen Senators der Hlinka-Partei, Michael Kalcsók, hat sich am 28. April in Budapest die „Ungarländische Slowakische Christliche Volkspartei“ gebildet. An dieser ersten Versammlung nahmen alle führenden Personen des ungarländischen Slowakentums und die Vertreter der an Ungarn wieder angegliederten Gemeinden mit slowakischer Bevölkerung teil. Die Gründungsversammlung wurde von Michael Kalcsók eröffnet, der die Zielsetzungen der neuen Partei zusammenfasste und betonte, dass die Partei auf der Grundlage der unverbrüchlichen Treue zum ungarischen Vaterland stehe und die Verwirklichung der Interessen des Slowaken in Ungarn im Rahmen der ungarischen Verfassung und im Geist der ungarischen Gesetze anstrebt. Er führte aus, dass diejenigen, die nach jenseits der Grenze schielen, unrichtig vorgehen, denn auch die Slowaken bindet an dieses Land die Scholle, die sie

im Schweisse ihres Angesichtes bebauen und demnach auch für das Vaterland bearbeiten. Die ungarländischen Slowaken legen Gewicht darauf, dass ihre Wünsche und Beschwerden Gehör finden, eben darum verfolgt die Partei das Ziel, an das Ungar-tum eine Annäherung zu schaffen, mit dem sie in Liebe und Eintracht zu leben wünscht. Er drückte sodann die Überzeugung aus, dass die Slowaken auf diesem Wege alles erhalten werden, was ihnen die Gesetze bieten.

Das veröffentlichte Programm wurde von der Versammlung angenommen und enthält die feierliche Erklärung, dass die Partei sich gegenüber dem ungarischen Vaterland auf die Grundlage der unbedingten und vorbehaltlosen Treue stellt und bestrebt ist die Interessen und Rechte auf Grund der ungarischen Verfassung und Gesetze geltend zu machen. Schliesslich fasst das Programm die politischen und kulturellen, wie auch wirtschaftlichen Wünsche der hier lebenden Slowaken zusammen und urgiert die zeitgemässe Durchführung der ungarischen Minderheitsgesetze und Verordnungen.

Hernach wurde zum Vorsitzenden der Partei einstimmig Michael Kalcsók gewählt. Zu Vizepräsidenten wurden gewählt der gewesene Senator der Hlinka-Partei Adolf Melisek und der Propstpfarrer von Verebély Ludwig Zsák. Mitglieder der engen Parteileitung wurden Waisenstuhlassessor Peter Bazovszky, ferner die slowakischen Landwirte Johann Masuch (Bánkeszi), Johann Mach (Tótmegyer) und Stefan Holka (Valkház) gewählt.

Die Katholiken der Gemeinde Bezdán in Jugoslawien bekommen ihr, für Schulzwecke bestimmtes unbewegliches Vermögen zurück.

Zu Beginn dieses Jahres brachte der Kassationshof von Neusatz (Ujvidék) einen Entscheid prinzipieller Bedeutung, welcher lautet: „Auf Grund ministerieller Verordnungen sind die weggenommenen *konfessionellen Schulgebäude* unverändert das Eigentum der betreffenden Kirche, diese müssen zurückgegeben und für deren Benützung muss die rückständige Miete bezahlt werden. Über kirchliches Vermögen verfügt jederzeit die Kirche

und dieses kann nicht expropriert oder einfach weggenommen werden.“

Emerich Prokopy, der diesen Entscheid samt Vorerscheinungen bekanntgab, fügte seinem Bericht folgende Bemerkung bei: „Die Angelegenheit der rechtswidrig weggenommenen konfessionellen Schulgebäude wird also irgendwie langsam in Ordnung gebracht. Was geschieht aber mit dem eigenmächtig weggenommenen übrigen Teil der Schulvermögen, besonders mit den, für die Zwecke der Agrarreform genommenen und unter Dobrovoljazen und anderen Prätendenten verteilten kirchlichen und Gemeinde-Schulzwecken bestimmten Grundstücken, konfisziierten Schulfonds, Stiftungen und Baargeldern?“

Nun bringt die am 20. April erschienene Nummer des „STUD“ die Nachricht, als Auswirkung des obigen Entscheides habe das Donaubanatsamt die Gemeinden in einem Rundschreiben angewiesen, zur Vermeidung weiterer Prozesse und Kosten ohne Aufschub die *weggenommenen Kirchenvermögen* zurückzugeben und für deren bisherige Benützung entsprechende Entschädigung zu entrichten. Dieser Weisung kam als erste die Gemeinde *Bezdán* nach, indem sie die *Grundstücke und das Gebäude der Schule* zurückgab. Die Kirche bekam auch Entschädigung und obwohl diese nicht annähernd den tatsächlichen Schaden deckt, ist anzunehmen, dass die kirchlichen Behörden zur Förderung der Regelung dieser seit Jahren Bereinigung heischenden Frage, das Übereinkommen zwischen der Gemeinde und dem Schulstuhl genehmigen werden.

Ob der Vorfall in *Bezdán* uns hoffen lässt, dass die von Emirich Prokopy aufgeworfene Frage in vollem Umfang günstige Lösung finden wird?

Das deutsch-slowakische Verhältnis.

Die nachfolgenden Zeilen lesen wir in der April-Nummer der Zeitschrift *«Nation und Staat.»*

Es liegt auf der Hand, anzunehmen, das slowakische Volk betrachte das Deutschtum als den grossen Nachbar, der es vollständig in seiner Gewalt hat, und auf der andern Seite sähe das deutsche Volk im Slowakentum nur den unbedeutenden kleinen Staat, dem es zur Selbständigkeit verholfen hat. Diesbezüglich gibt eine Erklärung des Oberkommandierenden der

Hlinka-Garde und Propagandachefs der slowakischen Regierung, Sano Mach, die er nach seiner kürzlich stattgefundenen Deutschlandreise abgab, wertvolle Einsichten. Mach sagte: „Die slowakisch-deutschen Beziehungen werden bei uns nicht nur als vertraglich gewertet, die Beziehungen zwischen unseren beiden Nachbarstaaten entspiessen einer herzlichen Freundschaft. Überall wo ich war, habe ich diese Aufrichtigkeit und Herzlichkeit zu fühlen bekommen. Bei dieser Gelegenheit sah ich, dass tiefe Freundschaft uns verbindet. Der Slowakei ist es immer gut gegangen, wenn sie an der Seite Deutschlands ging. Ich weiss ganz genau, dass wir nicht selbständig wären, wenn nicht Deutschland gewesen wäre. Ich glaube fest an die weitere aufrichtige slowakisch-deutsche Kameradschaft und an die Grundsätze der Politik des Führers.“ Und weiterhin äusserte sich Mach über die Art, wie der Deutsche den Slowaken ansieht: „Ich hatte nirgends und niemals das Gefühl einer minderen Einschätzung unserer Nation. Im Gegenteil, die Deutschen sprachen mit Bewunderung über den Kampf, den wir kämpften, als wir den Weg der Freiheit suchten. *In Deutschland kennt man unsere Ziele und es wurde mir versichert, dass wir in unserem weiteren Kampf um eine bessere Zukunft aller Slowaken Unterstützung finden werden.* Die Deutschen sind auch über unsere innenpolitischen Angelegenheiten genau informiert, aber ich muss hier betonen, dass sie sich in keiner Weise in unsere inneren Angelegenheiten einzumengen wünschen.“ Diese Erklärungen, an deren Aufrichtigkeit zu zweifeln kein Grund vorliegt, beweisen, dass die möglichen Schwierigkeiten, die im deutsch-slowakischen Verhältnis hätten auftauchen können, umgangen werden konnten.

Der 14. März wurde in Pressburg als grosser Nationalfeiertag begangen. Die Festsitzung des slowakischen Parlaments fand in dem Saal statt, in dem vor einem Jahr die Selbständigkeit der Slowakei verkündet worden war. Staatspräsident Dr. Tiso, der katholische Geistliche an der Spitze des Staates, erliess eine Botschaft an sein Volk, in welcher er sagte: „Der 14. März war kein Zufallserfolg, sondern nur die Erfüllung des Wirkens geschichtlicher Kräfte. Wir stehen im Dienst der unabdingbaren Rechte des slowakischen Volkes, das während eines Jahrtausends nicht vernichtet werden konnte. Trotz der schwierigen internationalen Lage sind die Gründung des Staates und

sein Aufbau ohne wesentliche Erschütterungen vor sich gegangen. Neben Gott, der unser Wirken offensichtlich segnete, verdanken wir die erzielten Erfolge in erster Linie der schirmenden Hand des deutschen Volkes und seinem Führer Adolf Hitler, der uns die Ruhe nach aussen sicherte, damit wir uns ungestört unserem Aufbau widmen konnten."

Die Aufgaben, die sich dem slowakischen Staat in diesem ersten Jahr seiner Unabhängigkeit stellten, waren nicht leicht. Ohne die notwendige Erfahrung zu besitzen, galt es nun aus dem Nichts einen komplizierten und empfindlichen Organismus aufzubauen. Hiezu äussert sich der slowakische Gesandte in Berlin, Matus Cernak, im „Völkischen Beobachter“ (14. März) folgendermassen: „Wir brachen keineswegs zusammen, sondern wir bewältigten mit eigenen Kräften die Verwaltung, die Ordnung und den durch die Septembermobilisation gesteigerten Verkehr ohne Störung, noch mehr, die junge Militärkraft des Staates hat den fremden Eindringlingen erfolgreich Widerstand geleistet und beim Rückgewinn des nur vor kurzem geraubten, aber seit jeher slowakischen Landes das ihre getan. Was uns durch Jahrhunderte versagt wurde, geschah in diesem Jahr. Wir haben die Möglichkeit erreicht, eine vollwärtige Nation zu werden. Nicht ein Stand oder eine Klasse oder irgendein anderer beliebiger Bruchteil unseres Volkes, sondern die ganze slowakische Nation wird die Früchte der Entscheidung geniessen, die wir getroffen haben.“ In ähnlicher Weise wurde der erste Unabhängigkeitstag auch von der slowakischen Presse gefeiert. Der „Slovak“, die „Slovenska Politika“ und die „Slovenska Pravda“, also die massgebenden slowakischen Zeitungen, betonen alle in gleicher Weise das Zusammenwirken von slowakischem Willen und deutscher Hilfe.

Die Vlāmen und der Nationalsozialismus.

Gegenwärtig, da deutsche Truppen einen beträchtlichen Teil Belgiens besetzt haben, rückt die Vlāmenfrage wieder als Problem von europäischer Bedeutung in den Vordergrund. Obwohl die Vlāmen zahlenmässig die Mehrheit der Bevölkerung Belgiens ausmachen, führten sie doch bis in die jüngsten Tage den Kampf der Nationalminderheit.

Dieser reichte bis zu ihrer Trennung im Jahre 1917, zurzeit der deutschen Besetzung, doch nach dem Rückzug der deutschen Truppen im Herbst 1918 gerieten die Anführer der Vlāmen ins Gefängnis oder flohen ins Ausland, das vlāmische Volk aber war unter sich entzweit, in Parteien zersplittert wieder gezwungen, den Kampf um Sprach- und sonstige Minderheitenrechte aufzunehmen.

In diesem Kampf traten auch Erscheinungen zutage, welche Denjenigen, die ausschliesslich die Minderheitenkämpfe Mitteleuropas kennen, geradezu unbegreiflich vorkommen mögen.

Von diesen sei nachstehendes Begebnis angeführt:

„Im Jahre 1929 weigerte der vlāmische Soldat Lode Bonten, französischen Befehlen zu gehorchen. Die Militär-Behörde war über die Willenskraft dieses Einzelnen stark entrüstet. Er wurde mit Zuchthausstrafe bedroht, aber umsonst, er gab nicht nach. Schliesslich wurde eine Lösung ausfindig gemacht. Lode wurde „dienstunfähig“ erklärt. Nach einem mehrwöchigen Aufenthalt im Militär-Lazarett wurde er entlassen. Damit war die Behörde ihrer Meinung nach, den lästigen „Aufsässigen“ los.

Der Vorfall hallte aber in Flandern noch lange nach und in der 1930-er Militärklasse ereignete sich ein zweiter, im Grunde genommen typischerer Fall.

Der Antwerpner Soldat Joris de Leeuw, in Garnison in Namur weigerte ebenfalls französischem Kommando zu gehorchen. Sein Standpunkt, weil er möglich weniger antimilitärisch ist, hat eine überwiegend grössere nationale Bedeutung. Bevor er zum Militär kam, schrieb er dem Kriegsmminister einen Brief, worin er diesem seine Absicht offenbahrte. Er behauptete, sich nicht durch einen oder den anderen medizinischen Zauberspruch „dienstunfähig“ erklären lassen zu wollen. Es sei hiebei bemerkt, dass die Militärbehörde gerade wie im Fall Bonten, wieder Auftrag zum Unterbringen ins Militärspital gab. Der Soldat Leeuw wollte seine Militärzeit beenden, aber... er bestand auf Anerkennung seiner Rechte als Vlāme.

Weder die „väterlichen“ Ratschläge seines Kompagnie-Obersten, noch die darauf folgenden Bedrohungen hatten nicht den geringsten Einfluss auf den jungen, standhaften Vlāmen. Eine Woche verbrachte er im Kasernen-Gefängnis, dann wurde er nach Brüssel abtransportiert. Danach ging er nach Antwerpen, wo er ins Kriegslazarett untergebracht wurde und nachher, immer mit dem Zweck, die Unzurechenbarkeits-Lösung vorzubereiten, nach dem Kriegsspital in Brüssel.

Der grösstmögliche Gefängnisdruck wurde ihm angewandt, er aber behielt den Mut und seine zähe Willenskraft.

Er fühlte sich von seinen Getreuen genügend unterstützt, um den Streit mit der übermächtigen, zuweilen diktatorisch vorgehenden Militärbehörde aufzunehmen.

Das gesamte vlämische Volk stand hinter ihm und forderte stolzer und bewusster als je sein Recht."

Diese Weigerung des Rekruten Joris de Leeuw zwang die belgische Regierung, die Sprachengesetze in der Armee endlich durchzuführen. Forthin konnte der eingezogene Soldat bestimmen, in welcher Sprache er kommandiert werden wollte und da ergab sich, dass von 41.173 Rekruten der Jahrgang 1931, 22.942 die vlämische als Verkehrs- und Ausbildungssprache wünschten, 17.937 die französische und 294 die deutsche. In den vlämischen Provinzen haben von 21.867 Ausgehobenen nur 1367 die französische als ihre Sprache angegeben. Diese Zahlen enthüllen ihre tiefere Bedeutung erst, wenn man bedenkt, dass bei den Aushebungen der vlämische Teil viel stärker gesiebt wird, da der belgischen Heeresleitung das wachsende Übergewicht der Vlāmen in der Armee selbstverständlich nicht genehm ist. Aber die vlāmische Bevölkerung nimmt zu, die wallonische ab. Diese Entwicklung scheint zwangsläufig. Die volkspolitische Struktur des belgischen Staates ändert sich unaufhaltsam zugunsten des Vlāmentums und das umso schneller, als die Wallonisierung vlāmischer Volksteile fast zum Stillstand gekommen ist.

Betrachten wir nun, wie das vlāmische Volk auf den Sieg des Nationalsozialismus reagierte.

Die kampflustigste Gruppe der vlāmischen Aktivisten gab eine Zeitschrift betitelt „Internacia“ heraus, in deren Aprilnummer 1933 ein Artikel erschien mit dem Titel: „Die Vlāmen und der Sieg von Hitler.“ In diesem war folgendes zu lesen:

„Heil Hitler“ dröhnt es hier, „Nieder mit dem deutschen Fascismus“, dröhnt es da, auch bei uns in Flandern.

Die Vlāmen sind sich nicht einig darüber. Wie sollten sie es auch, fehlt ihnen doch sogar die einheitliche Richtung ihrer eigenen Politik. Sprechen wir nicht von dem vlāmischen Minimalisten, die sich mit dem Fortbestand des belgischen Staates abfinden und in diesem Zwangskader einige Gesetze erbetteln. Seit hundert Jahren senden sie schon Bittschriften an das frankophile Regiment.

Wir wollen hier nur von den vlāmischen Nationalisten reden und bei ihnen entdecken wir auf den ersten Blick den spezifisch germanischen Charakterzug: die „discordia domestica“.

Foederalisten, Grossniederländer, Verteidiger eines selbständigen Flandern und zehn andere Grüppchen, jede mit ihrem eigenen Programm und Kampfmethoden sind da.

Daran soll Flandern zugrundegehen, werden Sie sagen? Die letzten Parlamentswahlen beweisen es doch?

Wäre das vlämische Volk einmal so schwer geschlagen, dass es nicht weiter ginge, so würden die getrennten Gruppen wohl spontan wieder eine Einheitsfront bilden. Und dann wird Flandern siegen, denn es ist ein Volk, das nicht niedergehen kann, wenn es nicht niedergehen *will*. Das lehrt uns auch die Geschichte mit dem 100-mal erneuerten Bestreben der Französlinge, sich Flandern zu unterwerfen.

Wo Flandern aber und seine wehrhaftesten Kämpfer – die Nationalisten – politisch uneins ist, darf es nicht wundernehmen, dass man nicht einig ist in der Beurteilung deutscher Zustände.

Bei den vlämischen Nationalisten gibt es Vertreter eines, sagen wir ruhig, „Nazisystems“ und der ns. Politik (z. B. die Dietschen Nationalsolidaristen) und Gegner von Hitlers Ideen, wie z. B. die Antwerper Frontparteiaktion mit ihrer Zeitung „Die Schelde“, die in ihrer deutschen Berichterstattung allerdings seit dem 5. März objektiver wurde. Ausser diesen Fraktionen gibt es noch starke Minderheiten in anderen Gruppen, die im Interesse ihres Kampfes und Volkes kleinliche Uneinigkeit zurückstellen und trotz ihrer demokratischen Einstellung – was nicht mit marxistisch gleichzusetzen ist – den Sieg der NSDAP als erfreuliches Zeichen für Flandern begrüßen.

Sie denken ganz richtig, dass ein starkes und national erwachtes Deutschland einen siegreichen Gewinn für Flandern darstellt.

Die 4.5 Millionen Vlamen sind nur ein schwacher Vorposten des Germanentums, wenn sie den ewig dauernden Kampf mit den Welschen alleine durchkämpfen müssen. Ohne Bundesgenossen, ohne eine wehrhafte Armee von Rassebrüdern könnten sie ihre Stellung nie halten. Und wer könnte – wenn es nicht die Deutschen wären – diese Armee bilden??! Solange Flandern seine eigene Art bewahrt, wird das Rheingebiet nicht dem Franzosentum zufallen. Die Franzosen werden dann immer in zwei Klammern sitzen. Unter einem wehrbaren, reingermanischen Flandern ist es dem Pariser Imperialismus nicht möglich, weiter vor zu rücken. Nur, wenn Flandern gänzlich unter ihrem Sklavenjoch liegt, ist der alte gallische Traum möglich: „Frankreich bis zur Nordsee, dem Rhein und den Vogesen.“

So verstehen es die international weitblickenden Vlamen, dass gegenwärtig ein Wiederaufbau Flanderns nur möglich ist mit Hilfe Deutschlands.

Wer, ausser Deutschland könnte Flanderns Bundesgenosse sein, wer könnte ihm sonst helfen, das französische Joch abzuschütteln?

Nur bei einem grossen internationalen Konflikt könnten die vlämischen Wehrkräfte aufmarschieren. Wenn sie es sonst tun sollen – trotz belgischer Machthaber, Gendarmerie, Militär und Franskiljons (das sind die Französlinge vlämischer Geburt), so würde Frankreich es doch verstehen, den Sieg wieder ungeschehen zu machen, wie es auch 1830 eine französische Armee war, die die „Brabançonne Revolution“ ermöglichte. Ohne Hilfe kann Flandern nie den Freiheitskampf gegen das Franzosentum beginnen, wenn es Aussicht auf Erfolg haben will.

Flandern ist also auf Deutschland angewiesen ebenso wie das Deutsche Reich nie auf seine vlämischen Bundesgenossen verzichten darf, wenn es nicht frz. Annexionisten bei sich, d. h. im Rheinland haben will. Diesem Gedanken folgend, freuen sich die Nationalisten in Flandern, dass der Sieg Hitlers ein Erwachen Deutschlands bedeutet und die Sicherheit bietet, dass das anstürmende Lateinentum kein machtloses Flandern und entkräftetes Deutschland antrifft.

Möge Deutschland Rechnung halten und darnach handeln, dass die Vorposten des Germanentums die einzige Sicherheit für die Zukunft bilden, dann wird das mühsam kämpfende Flandern mit ihm rufen: Heil! Erwachendes Deutschland.

Discursul D-lui deputat Ignat Bartha în Camera la 17 Aprilie 1940 despre proiectul de lege al breslelor.

Domnule Președinte, Domnilor Miniștrii, Domnilor Deputați. Noua Constituție a deschis pentru viața profesională a Statului corporativ o nouă epocă și dispune așezarea instituțiilor profesionale pe noi temelii.

În asemenea împrejurări, proiectu de lege pentru recunoașterea breslelor devine inerent și discuția acestui proiect se impune. Reglementarea organizării intereselor profesionale este o cerință socială și în consecință o necesitate economică.

Inițiativa Guvernului, în urma consecințelor ce decurg din noua Constituție, este bine venită și în principiu admisibilă.

Cu mici modificări și pe lângă înlăturarea „cărții a doua, despre Camerele profesionale și Uniunea lor” — ni se prezintă astăzi, aproape în întregime proiectul vechi discutat în parte de comisiunile contopite a Senatului și Adunării Deputaților, în care s'a debătut pe larg partea generală din acest proiect și în detalii până la art. 14.

S'a constatat deja atunci că proiectul, pe lângă multe părți bune, pe care eu nu le voi discuta și pe care le cunoaștem cu toții, are și multe greșeli fundamentale cari trebuiau remediate. Noul proiect nu le înlătură ci se repetă.

În calitatea mea de reprezentant al minorității maghiare în acest Parlament, voi ridica mai întâi obiecțiunile de interes general, urmând să trec apoi la chestiunile ce ating mai de aproape minoritățile. Simțindu-mă încurajat de cuvintele Domnului Președinte al Consiliului de Miniștri, rostite cu ocazia depunerii acestui proiect, arăt următoarele :

1. Proiectul de lege intenționează, cel puțin prin numirea ce autorii i-o dau reînființarea breslelor. Numirea de breaslă nu acoperă însă nici-decum noțiunea pe care proiectul o conține și o definește.

Breasla, pe vremuri, era exclusivitatea unei profesii. Cel ce profesa o indeletnicire, trebuia să fie în mod obligatoriu membru al acelei bresle.

Rezultatele strălucite ale breslelor din trecut, au putut fi obținute numai prin strânsa colaborare a membrilor lor, bazate pe identitatea desăvârșită a intereselor comune, precum și pe încrederea reciprocă dintre breslași, urmată de o cunoștință directă și neîntrerupt controlată.

În proiectul de față, autorii proiectului se mulțumesc de a fi scos în relief *«libertatea voluntară»*, contrar cu principiul de *«instituțiuni obligatorii și oficiale»*, eliminând în mod expres elementul esențial de obligativitate al breslei.

Proiectul însă indirect forțează această obligativitate de a intra în breaslă, prin exclusivitatea drepturilor și prerogativelor ce urmează a fi exercitate de unicele bresle. A se vedea în această privință art. dela 12. la 19.

Aceste drepturi, acordate în mod exclusiv, merg atât de departe, încât individul, rămas afară din breaslă, nu poate ac-

ționa, nici atunci când însăși interesele sale proprii sunt prejudiciate, în urma unor dispozițiuni legale.

El este constrâns să caute remedii în reprezentanții breslei, căreia proiectul îi acordă drepturi exclusive, dar fără obligații.

Amintesc apoi dreptul exclusiv al beneficiului de asistență, acordat prin legea specială. A se vedea în această privință art. 19. punctul 3, la care Consiliul Legislativ spune următoarele :

„Potrivit dispozițiunilor art. 19 punctul 3, din proiect, breslele de profesioniști intelectuali au dreptul exclusiv pentru membrii lor de a beneficia de asistență acordată prin legi speciale de către Stat, Ținut, Comună sau alte autorități.“

„Consiliul socotește, că o atare dispozițiune înseamnă a priva de dreptul la asistență, la ajutor și pensiuine, o categorie întreagă de persoane, adică pe toți acei cari nu fac parte din breaslă, dar cari în baza legilor de organizare a caselor speciale au participat până acum la strângerea fondurilor lor.“

Prin urmare, această dispozițiune, care este cuprinsă în art. 19 punctul 3, ar urma să fie înlăturată.

Se pune întrebarea : De ce această libertate fictivă și nu obligativitate pe față ?

D. M. Ralea, Ministrul Muncii : Fiindcă se opune art. 26 din Constituție.

D. Ignat Bartha : Vom discuta și această chestiune.

De ce în expunerea de motive se dă o largă discuție pe tema „libertății voluntare“, care după cum o spun autorii proiectului, stă la baza legii ?

Totuși, indirect se impune în mod imperativ, intrarea în breaslă.

De ce să dă numirea de breaslă, când participarea nu este obligatorie, element inerent al breslei ?

Nu vreau să fac teorii, Domnule Ministru. Precum a arătat dl deputat Schina, art. 26 din Constituție nu se opune principiului obligativității. Doar avem barourile avocaților, barourile notarilor publici ; vom avea colegiul medicilor ; la baza cărora stă în toate părțile baza de drept a obligativității.

D. M. Ralea, Ministrul Muncii : Sunt instituțiuni de drept public acelea.

D. Ignat Bartha : Se pune atunci întrebarea și la acest proiect, Domnule Ministru, dacă în adevăr breslele vor fi persoane juridice de drept public sau de drept privat, fiindcă nu reese acest lucru din proiectul, pe care ați binevoit să-l depuneți.

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Sunt de drept public. Una este persoana juridică de drept public și privat și altă este instituția de drept public. Vă rog să faceți distincția aceasta.

D. Ignat Bartha: Domnule Ministru, Consiliul Superior Economic propune ca breslele să fie recunoscute drept personalități de drept public.

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Aceasta este altceva. Altceva este instituția de drept public.

D. Ignat Bartha: Acestea sunt instituții sau persoane juridice?

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Persoane juridice.

D. Ignat Bartha: Sunt persoane juridice, cărora trebuie să li se acorde personalitatea juridică de drept public.

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: D-le Deputat, am explicat într'un discurs făcut aici, de ce am dat noi numele de breaslă. Numele de breaslă aparține tradiției românești și deaceia l'am păstrat, însă conținutul noțiunii nu este acela din legea noastră. Adică, noi am întrebuițat aceeași analogie, pe care o întrebuițează și legislația italiană, care a avut corporația și care este trecută așa în legislația modernă, însă cu un alt conținut diferit de cel medieval. Numele este una și conținutul este alta; conținutul este mult mai modern. Nu revenim la breslele medievale și nu avem nici un interes să o facem.

D. Ignat Bartha: În orice caz, numirea ar trebui să acopere și conținutul. S'ar putea da numele de asociațiuni . . .

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Lăsați-mi mie această parte filologică, să decid eu în chestiunea aceasta. (Aplauze).

D. Ignat Bartha: Atunci să se arate obligativitatea membrilor, căci avem și noi cuvântul.

2. Breslele din trecut au fost organizațiuni profesionale locale.

Mai sus am arătat, că toți breslașii se cunoșteau între ei, având legături personale și continue. Față de experiența formată în trecut, art. 7 din proiect organizează breslele pe ținut cu dreptul de a institui în centrele mai importante secțiuni locale, fără personalitate juridică.

Față de vechiul proiect de lege, noul proiect dispune că breslele de agricultori se vor constitui pe județe potrivit art. 8. punctul 5. În paranteză arăt că consiliul superior economic propune omiterea agricultorilor din bresle.

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Nu în întregime; numai a

sindicatelor cu caracter economic, fiindcă atunci în județele unde nu sunt sindicatele actuale, nu s'ar putea constitui nimic.

D. Ignat Bartha: Organizarea pe județe ar urma să se aplice pentru toate breslele, căci ținuturile cari se compun din 6-8 județe sunt teritorii prea vaste pentru a putea corespunde scopului pe care vrea să-l realizeze proiectul de lege.

Pe de altă parte împărțirea ținutală nu cadrează totdeauna cu micile industrii, sau comerțuri a căror existență este în funcție de diferite împrejurări, să spunem geologice, meteorologice, etc. De aici se desprinde lămurit că breslele trebuiesc organizate pe județe, având astfel un cerc mai restrâns, prin ce devin mai mobile. Aceste bresle de altfel trebuie să fie autonome, rămânând, ca organizarea lor să se facă de jos în sus și nu de sus în jos, cum o prevede proiectul.

3. Organizarea breslei se poate face de o parte relativ neînsemnată, $\frac{1}{10}$ parte a profesiei respective, care stă chemată să exercite de dreptul privilegii. Astfel o minoritate relativ infima își va putea crea o situația plină de privilegii în dauna celorlalți profesioniști. Aceste drepturi privilegiate pot denatura în abuzuri chiar, dacă ele se acordă unei minorități numerice care prin abilitate își asigură autorizarea de organizare, deși nu se bucură deloc de încrederea absolută a membrilor.

4. Față de proiectul vechi, proiectul cel nou nu vorbește despre meseriași. Azi nu mai se poate ști că meseriașul unde aparține: la industrie sau la agricultură? Legea trebuie să conțină dispozițiuni categorice în această privință, repartizându-i la categoria de industrie. Astfel se vor putea înlătura anomaliile și confuziunile din trecut date la suprafață în legătură cu legea electorală.

D. Eftimie Gherman: Art. 16. din proiect vorbește de meseriași.

D. Ignat Bartha: Dar nu spune în ce categorie.

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Aceasta nu privește deloc legea breslelor.

D. Ignat Bartha: La art. 2 se arată precis cinci categorii...

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Nu se dă nici un fel de definiție la ce Minister aparține categoriile.

D. Ignat Bartha: Însă nu se arată unde aparțin meseriașii.

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Aparțin la Ministerul Muncii ca și până acum. Meseriașii fac parte din categoria muncă.

D. Ignat Bartha: Tot aici se cere a se da și definiția mi-

cului industriaș și a meseriașului, pentru a se putea face diferențierea între ei.

5. Drepturile câștigate ale asociațiilor existente trebuiesc respectate. Proiectul nu lămurește și nu dă definiția asociațiilor de fapt, apoi nu determină sfera de activitate a acestora. În deosebi atragem atenția asupra unui fapt covârșitor de important ce se desprinde din proiect prin intențiunea de a se confisca averea acestor asociațiuni. Ar fi un act anticonstituțional, nedrept și contrar cu noțiunea dreptului de proprietate.

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: De unde deduceți lucrul acesta?

D. Ignat Bartha: Dacă Vă aduceți aminte, Domnule Ministru, Dvs. ați ținut un discurs la Satu-Mare și cu această ocaziune ați arătat, că aceste asociațiuni de fapt vor urma să funcționeze, fără însă de a avea patrimoniu. Eu mi-am notat atunci această declarațiune și din ea deduc acest lucru.

D. Eftimie Gherman: Discutați proiectul. Există o asemenea dispozițiune? Este prevăzut că asociațiunile de fapt vor urma să funcționeze cu sau fără patrimoniu?

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Asociațiile actuale se pot transforma în bresle, care își au patrimoniul lor.

D. Ignat Bartha: Ar trebui să faceți o declarație că în adevăr aceste asociațiuni de fapt...

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Să se încadreze în actuala lege a breslelor. Nu putem face insule în Stat.

D. I. N. Drăghici: Nu mai pot avea patrimoniu decât asociațiile persoane juridice. Ori este de fapt, ori este juridică, una din două.

D. Ignat Bartha: D. Ministru a fost de această părere, după câte știu...

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Dv. aveți două căi: Ori să păstrați forma actuală și atunci înseamnă că rămân asociațiuni platonice, sau Vă încadrați în legea breslelor, Vă transformați în persoane juridice și păstrați și patrimoniul.

D. Ignat Bartha: 6. În art. 8 partea 2-a, se cer unele atribuții conducătorilor de breaslă ale căror definiții nu se dau. Astfel aceste noțiuni pot fi interpretate după bunul plac sau într'un fel foarte relativ. De ex., se cere ca un conducător de breaslă să se bucure «*de onorabilitate, capacitate și sentimente naționale*». Ori, cine va fi chemat să constate existența acestor

elemente, pe care proiectul nu le definește în fapt și care nu pot fi decât foarte relative ?

D. M. Ralea, Ministrul Muncii : Eu aș fi vrut să aud părerea minorității maghiare asupra principiilor de ansamblu ale legii. Dvs. faceți o serie de propuneri de detaliu, care pot face obiectul unei discuțiuni în comisiune, le vom discuta în comisiune, dar eu aș fi dorit să aflu părerea asupra ideologiei generale a proiectului.

D. Ignat Bartha : Va veni acum partea care atinge această chestiune. Dealtfel suntem în drept să facem și o critică generală a proiectului.

7. În fine breasla va trebui să aibă dreptul de a da aprobare contractelor de muncă, preluând astfel în această privință atribuțiile Camerelor de Muncă.

După expunerea obiecțiunilor generale, dați îmi voe, D-lor Deputați, să trec la partea a doua, la cea de a doua latură a obiecțiunilor, ce atinge minoritățile etnice.

D. M. Ralea, Ministrul Muncii : Eu zic că nu e partea a doua, căci partea întâia tot obiectul acesta îl avea. (Ilaritate, aplauze.)

D. Ignat Bartha : D-le Ministru, a fost partea generală aceea și acum vine partea a doua, care atinge minoritățile.

Repet, vorbesc în numele minorității maghiare ; voi expune cerințele ei și voi căuta să rezum ce am de spus.

La data de 17 Ianuarie 1939, mult regretatul prim ministru Armand Călinescu, în baza tratatelor ce avuseseră loc între Guvern și Minoritatea Maghiară, a dat următorul comunicat de acord bilateral :

„Având în vedere legea pentru înființarea FRN și decretul din 4 August 1938, privitoare la minorități, s'au stabilit următoarele :

„1. Maghiarii cetățeni români, se încadrează în mod corporativ în FRN. În comunele rurale și urbane cu populație mixtă, se formează secții separate maghiare. Aceste secțiuni vor fi reprezentate prin zece membri în Consiliul Superior Național și unul în Directorat. În birourile secretariatelor vor fi numiți și funcționari maghiari corespunzători.“

Toate organizațiile profesionale — și Vă rog să rețineți acest lucru — ale maghiarilor cetățeni români din Țară se vor încadra în mod corporativ în diferitele organizațiuni profesionale prevăzute de legile actuale și acelea care vor interveni în

acest domeniu, asigurându-li-se reprezentarea corespunzătoare în forurile conducătoare.

III. În afară de manifestările politice, cari se încadrează toate în FRN, maghiarii cetățeni români, pot constitui o organizațiune proprie pentru scopuri culturale, economice și pentru opere sociale.

În baza acestui acord bilateral, în urma căruia minoritatea maghiară a intrat corporativ în FRN, se desprinde în modul cel mai lămurit, că minoritățile etnice urmează a se încadra în bresle în mod corporativ. *Ca o consecință naturală, urmează că fiecare breaslă din regiunile cu populație minoritară să aibă secțiunea sa minoritară.* În scopul realizării acestui principiu de încadrare corporativă, cerem înființarea unui birou administrativ al minorității maghiare pe lângă fiecare breaslă, în regiunile locuite de maghiari, fără de a avea personalitate juridică, ce organic aparține breslei de care depinde, formând astfel o singură unitate sub o singură conducere de breaslă. Minoritatea Maghiară va fi reprezentată în conducerea breslei și organele superioare printr'un număr de conducători proporțional cu numărul breslașilor maghiari. Biroul nu are decât următoarele atribuțiuni: a) Să cultive interesele culturale și sociale ale membrilor săi, b) să desemneze lista candidaților minoritari pentru locurile ce li se cuvin, c) să transmită membrilor ei toate ordinele date de organele superioare, d) să țină evidența membrilor minoritari, servindu-le lămuririle necesare și dându-le îndrumările convenite în limba lor maternă, e) să încaseze cotizațiile membrilor și să le verse breslei după deducerea cheltuielilor de administrație, f) să distribue în numele breslei ajutoarele.

D. M. Ralea, Ministrul Muncii: Adică o a doua breaslă.

D. Ignat Bartha: Nu, Domnule Ministru, eri ați fost de altă părere.

D. N. Jegheanu: De ce nu vreți Dvs. să fim la un loc cu toții, să strângem cotizațiile laolaltă. Suntem cu toți în Front.

D. Ignat Bartha: Tocmai, avem în Front secțiune maghiară.

D. N. Jeghianu: A fost făcută tocmai în vederea aceasta, ca să stabilim între noi o legătură sufletească, o unire.

D. Ignat Bartha: Nimeni nu este contra acestui lucru. Vrem însă să avem evidența membrilor noștri.

Toate celelalte chestiuni importante profesionale urmează a fi tratate în sânul breslei de totalitatea membrilor, prin organele oficiale.

Toți membrii minoritari intrați în breaslă vor fi ținuti în evidență biroului respectiv.

În administrația internă a secțiunii se va putea folosi limba minoritară. Conducătorii minoritari vor avea dreptul să se folosească în ședințele breslei și de limba lor maternă.

În afară de cele de mai sus, actualele organizațiuni minoritare cu caracter profesional, având o personalitate juridică, vor continua să funcționeze potrivit statutelor lor, dar independent de organizarea breslelor și numai cu scopul de a promova exclusiv interese culturale și sociale. Un regulament special va prevedea în amănunt organizarea internă a secțiunilor.

Voci : Ați denunțat convenția ?

D. Ignat Bartha : Nici nu suntem aci în convenție, fiindcă ne-am abătut dela secțiune și am cerut numai un birou.

Domnilor, aceste principii arătate mai sus au fost acceptate de fostul Primministru dl. Argetoianu și au fost întocmite de acord cu reprezentanții Ministerului Minorităților. Acești reprezentanți au acceptat întocmai punctul nostru de vedere, având la baza discuțiilor acordul bilateral din 17 Ianuarie 1939. Cu aceste dispozițiuni urmează a fi complectat proiectul, procedându-se astfel conform cu acordul bilateral din 17 Ianuarie 1939 și în virtutea bunului spirit de înțelegere reciprocă inaugurat de marele dispărut Armand Călinescu.

Legea, după noțiunile noastre, trebuie să tindă spre realizarea binelui public. Astfel, legea trebuie să aibă eficacitate uniformă și egală față de toți cetățenii țării, indiferent de origină etnică. Statul nostru, deși Stat național, dispune de diferite minorități naționale. Suntem convinși că autorii proiectului sub expresia de «naționalitate română» au înțeles «cetățenia română», indiferent de origina etnică.

Nu pot termina obiecțiunile ce am avut de făcut fără de a nu cere direct o secție aparte pentru reprezentanții presei minoritare maghiare.

Totodată simt de datoria mea să semnez aparte și încăodată, importanța dispozițiunilor art. 76 din proiect, care dispune : că toate uniunile, grupările, federațiunile și sindicatele profesionale existente sunt obligate să ceară confirmarea personalității lor juridice. Dispune apoi acest articol de lege că, a căror cerere de confirmare va fi respinsă, sau care n'au făcut asemenea cereri, vor continua să subziste ca asociațiuni de fapt.

Se naște logic întrebarea în urma acestor dispozițiuni : ce se va întâmpla cu reuniunile, căminurile, sau societățile industriașilor, a căror chemare constă în realizarea scopului îndreptat spre promovarea intereselor culturale și sociale ale membrilor săi minoritari, fără scop profesional, în care asociațiuni pot fi înscrși membrii de orice pătură socială. Pot fi supuse aceste instituțiuni dispozițiunilor arătate mai sus ? Eu cred că nu. Căci proiectul intenționează să elimine numai asociațiunile pur profesionale și nu pe cele culturale sau sociale, cari au caracter mai de mult : de casino, loc de distracție, cu membri amestecați, meseriași, comercianți, intelectuali, agricultori, etc.

D. M. Ralea, Ministrul Muncii : Aceste asociațiuni rămân neatînse.

D. Ignat Bartha : Pe de altă parte, așteptăm să ni se dea lămurire asupra „asociațiunilor de fapt“, o noțiune nouă, necunoscută până azi.

D. P. Firică : Imi dați voe ? Înainte de a exista legea persoanelor juridice și a sindicatelor profesionale, cetățenii se puteau asocia — erau asociațiuni de fapt — și obțineau personalitatea juridică prin Parlament, dela caz la caz. Numai după ce s'a venit cu această lege, personalitatea juridică a fost acordată în mod automat.

D. Ignat Bartha : Aceasta este posibil în Vechiul Regat, la noi în Ardeal, aceste asociațiuni de fapt până acum nu erau cunoscute.

D. P. Firică : Insemnează că este o asociație liberă, care nu era recunoscută persoană juridică.

D. M. Ralea, Ministrul Muncii : Insemnează orice asociație, care nu are personalitatea juridică.

D. Ignat Bartha : Ori are personalitate juridică, există și funcționează ; ori nu are și atunci nu poate dobândi proprietăți.

D. M. Ralea, Ministrul Muncii : Sigur că nu poate.

D. Ignat Bartha : Atunci revenim la discuțiunea, pe care am arătat-o la început.

Celelalte obiecțiuni de ordin mărunț, urmează a fi supuse deliberărilor comisiunii.

Domnilor deputați, *problema minoritară există. Această problema neapărat trebuie soluționată, în raport cu demnitatea națională a poporului român. Această problemă nu poate fi considerată deraiată, în urma diferitelor vederi. Ea trebuie și urmează a fi deslegată.*

Să știți cu toții un lucru, domnilor deputați: *soluționarea demnă și cinstită a chestiunii minoritare, înseamnă însăși o parte din opera de consolidare internă a Statului Român.*

Nu cerem altceva decât față de atitudinea noastră loială, o sinceră manifestație a voinții pentru soluționarea cinstită și desăvârșită a problemei minoritare, pe liniile trasate de Armand Călinescu în acordul dela 17 Ianuarie 1939.

Iată cea mai bună ocazie, domnilor deputați, pentru a respecta drepturile, de altfel recunoscute, ale minorităților.

Astfel, în cele de mai sus am avut onoarea să mă ocup — în linii mari — de cerințele minorității maghiare în legătură cu proiectul de lege al breslelor.

Intrucât cererile noastre vor fi acceptate, înțelegem să votăm proiectul. (Aplauze.)

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN.

Bibliografie der Stadt Braşov (Kronstadt).

Von: **Dr. Johann Kertész.**

B Ü C H E R.

- Forbáth, Emerich*: Die Kanalisation der kgl. Freistadt Brassó in Ungarn. München: Gesundheits-Ingenieur 1910.
- Forbáth Imre*: Brassó sz. kir. város szabályozó terve. (Bebauungsplan der kgl. Freistadt Kronstadt). Bp. 1911. 7. p.
- Forbáth, Emerich*: Bebauungsplan für die kgl. Freistadt Brassó in Ungarn. Berlin: Wasmuth 1911.
- Fráter István*: Brassó gazdasági helyzete a 15–16. század fordulóján. (Die wirtschaftliche Lage Kronstadt's an der Wende des 15–16. Jahrhunderts). Bp.: Fráter 1930. 70 p.
- Gusbeth, E.*: Das Gesundheitswesen in Kronstadt. 1884–1900. Bd. 1–13. Brassó: Schlandt 1885–1901.
- Gusbeth, E.*: Zur Geschichte der Sanitätsverhältnisse in Kronstadt. Kronstadt: Selbstverl. 1884. 335 p.
- Gusbeth, Chr.*: Die Grabdenksteine in der Westhalle der evang. Stadtpfarrkirche in Kronstadt. Kronstadt 1886. 26 p.
- Gyárfás Tihamér*: A brassói ötvösség története. (Die Geschichte der Kronstädter Goldschmiede). Bp: Ráth 1912. 326 p.
- Gyárfás Tihamér*: Régi brassói ötvösművek. (Die alten Kronstädter Goldschmied-Arbeiten). Bp.: Ráth. 1909. 74 p.
- Gyárfás Tihamér*: Brassói cimeres levelek és nemes családok. (Die Kronstädter Adelsbriefe und adeligen Familien). Bp.: Róth ny. 1912. 45 p.
- Gyárfás Tihamér*: A brassói ötvösség történetéből. (Aus der Geschichte der Kronstädter Goldschmiede). Kolozsvár: Stief ny. 1908. 12 p.
- Hausmann, W.*: Aus dem Leben der Rumänen in Kronstadt. Kronstadt o. J. 11 p.

- Hermann, G.*: Das alte und neue Kronstadt. Nagyszeben: Michaelis 1883. 476 p.
- Imre Sándor*: A brassói vándorgyűlés története. (Die Geschichte der Kronstädter Wanderversammlung). Kolozsvár 1908. Stief ny. 11 p.
- Jekelius, Erich*: Kronstadt. Bd. 1. Kronstadt: Burzenlander sächs.-Museum 1928.
- Jekelius, Erich*: Das Burzenland. Kronstadt. Die Dörfer des Burzenlandes. Kronstadt 1932. 335 p.
- Józsa Mihály*: A brassói magyar dalárda 25 éves története 1863–1888. (Die 25-jährige Geschichte des Kronstädter ungarischen Sängervereins 1863–1888.) Brassó: Alexi ny. 1889. 116 p.
- Koós Ferenc*: Az 1848 március 15-iki ünnepély hét éves története Brassóban. (Siebenjährige Geschichte des Festes vom 15. März 1848 in Kronstadt). Brassó: Közművelődési Közl. 1892. 35 p.
- Lürtz, Fr.*: Die Temperatur der Quellen bei Kronstadt. Kronstadt 1856. 15 p.
- Miess János*: Történeti töredékek a brassói általános nyugdíj-intézettről. (Geschichtliche Bruchstücke um die Kronstädter allgemeine Pensionsanstalt). Kolozsvár: Stein 1862. 43 p.
- Mysz, Edward*: Wegweiser für Ausflüge in die Berge und Gebirge der Umgebung von Kronstadt). Brassó 1898. 60 p.
- Molnár János*: A brassói magyarság és ev. ref. egyház története. (Die Geschichte der Kronstädter Ungarn und der ev. reformierten Kirche). Brassó: Alexi ny. 1887. 133 p.
- Orbán Balázs*: Brassó sz. kir. város történeti, régészeti és természetráji s népismei szempontból. (Die Geschichte Kronstadts aus archeologischen, naturgeschichtlichen und Volksurkunde-Gesichtspunkten). Bp.: Pesti kny. 1873. 160 p.
- Orbán Ferenc*: A brassói kereskedelmi akadémia és a közép-faipariskola 10 évének története. (Die 10-jährige Geschichte der Kronstädter Handelsakademie und Holzindustrieschule). Brassó 1895.
- Philippi, Friedr.*: Der Bürgeraufstand von 1688 und der grosse Brand von 1689 in Kronstadt. Kronstadt: Heinrich 1878. 39 p.
- Philippi, Friedr.*: Aus Kronstadt's Vergangenheit und Gegenwart. Begleitwort zum Plan von Kronstadt. Kronstadt 1874.
- Rieger, Franz*: Schlachten und Kämpfe bei Kronstadt. Kronstadt: Zeidner 1901. 44 p.
- Schiel, Gustav*: Ein Kronstädter Bürger vor 100 Jahren. Lebensgeschichte des Schuhmachers Johannes Schiel 1750–1830. Brassó: Schneider 1912.
- Sebestyén József*: A brassói fekete templom Mátyáskori cimerei. (Die Wappen aus der Zeit König Mathia's in der Stadtpfarrkirche). Cluj-Kolozsvár: Minerva 1927. 22 p.
- Seraphin-Kühlbrandt*: Führer durch die ev. Stadtpfarrkirche. Kronstadt 1913.

- Seraphin, Friedr.*: Verzeichnis der Kronstädter Zunfturkunden. Kronstadt: Zeidner 1886. 53 p.
- Stenner, Friedrich*: Die Beamten der Stadt Brassó vom Anfang der städtischen Verwaltung bis auf die Gegenwart. Brassó 1916. 506 p.
- Stenner, Friedrich*: Quellen zur Geschichte der Stadt Kronstadt in Siebenbürgen. Bd. 1–3. Kronstadt 1886–1896.
- Thomas, Karl*: Der geplante Kronstädter Privatkurs zur Heranbildung von Lehrerinnen für Volksschulen unserer ev. Landeskirche. Brassó: Gött. 1901. 6 p.
- Thör, Rudolf*: Fest- und Jahresbericht anlässlich des 75-jährigen Bestandes der Kronstädter allgemeinen Sparkasse für die Zeit von 1835 bis 1909. Brassó: Gött. 1910. 161 p.
- Trauschenfels, E.*: Kronstädter Zustände zur Zeit d. Herrschaft Stephan Báthoris in Siebenbürgen (1571–1576). Kronstadt 1874. 29 p.
- Trauschenfels, E.*: Vor 200 Jahren. Bilder aus dem Kronstädter Leben. Kronstadt: Gött. 1875.
- Vosz, Franz*: Bericht der Handels- u. Gewerbekammer in Kronstadt. Agram: Suppan 1853. 84 p.
- Zaminer E.*: Geschichte d. Waldwesens d. kön. freien Stadt. Brassó. Brassó 1891. 490 p.
- Abrichtungen und Exercier Vorschrift der Kronstädter Bürgerwehr. Kronstadt: Gött. 1848. 55 p.
- Amtspflichten und Verrichtungen des Ersten Stadthauptmanns in Kronstadt. Kronstadt 1807. 12 p.
- Adatok Brassó sz. kir. város monografiájához. (Daten zur Monographie der königl. Freistadt Kronstadt). Brassó 1892.
- Brassó város és környéke új kalauza. (Der neue Führer durch Kronstadt und Umgebung). Brassó: Alexi ny. 1891. 43 p.
- A brassói r. kat. főgimnázium értesítője 1884–85. tanévről. (Bericht des Kronstädter röm. kath. Obergymnasiums vom Schuljahr 1884–85). Brassó 1885. 63 p.
- A brassói keresk. és iparkamara jelentése az 1889. évből. (Die Meldung der Kronstädter Handels- und Gewerbekammer aus dem Jahre 1889). Brassó: Alexi ny. 1890–1900.
- A brassói magyar középiskolák 1896. évi május hó 9-én tartott millenárius emlékünnepe. (Die Millenar-Gedenkfeierlichkeiten der Kronstädter ung. Mittelschulen am 9. Mai 1896). Brassó: Alexi ny. 1896. 45 p.
- A brassói magyarság Kossuth Lajosért. (Die Kronstädter Ungarn für Ludwig Kossuth). Brassó: Alexi ny. 1894. 37 p.
- Bericht über die Verwaltung der kgl. freien Stadt Brassó 1911/13. Brassó.
- Ältere Gemeinde-Verfassung der Stadt Kronstadt. Kronstadt 1865. 25 p.
- Uebersichtliche Darstellung der älteren Gemeinde-Verfassung der Stadt Kronstadt. Kronstadt 1865. 25 p.

- Quellen zur Geschichte der Stadt Kronstadt in Siebenbürgen. Brassó 1886–1915.
- Die Schlacht von Marienburg bei Kronstadt 1612. Bistriz: Botschak 1891. 4 p.
- Die 50 jährige Tätigkeit des Kronstädter Männergesangvereins. Kronstadt: Gött. 1909. 124 p.
- Führer durch Kronstadt und dessen Umgebung. Brassó 1915. 130 p.
- Emléklap az E. M. K. E. 1888. aug. 19–20-án Brassóban tartott közgyűlésére. (Ein Gedächtnisblatt der Generalversammlung der E. M. K. E. in Kronstadt am 19–20. Aug. 1888). Brassó 1888. 34 p.
- Jahresrechnung der Stadt Brassó und Jahresrechnungen der in der Verwaltung der Stadt stehenden Fonde. 1898–1903. 1911, 1914.
- Vor zweihundert Jahren. Bilder aus Kronstadt. Kronstadt 1875. 20 p.
- Verhandlungen d. Handels- u. Gewerbekammer für d. Kronstädter Kammerbezirk in Siebenbürgen. Kronstadt 1852.

A U F S Ä T Z E.

- Ároklyi*: Brassó. (Kronstadt). N. Társ. 1839.
- Ároklyi*: II. Brassó. A belváros. Népeesség. Vallások. Nyelv. (Kronstadt. Innerstadt. Bevölkerung. Religionen. Sprache). N. Társ. 1839.
- Cholnoky Jenő*: Brassó földrajzi helyzete. (Die geografische Lage Kronstadt's). Földr. Közl. 1928. p. 1922–212.
- Cholnoky Jenő*: Brassó. (Kronstadt). Mérn. Egyl. Közl. 1913. p. 384.
- Duck Joseph*: Geschichte des Kronstädter Gymnasiums. Blätter 1846. 16.
- Fischer Emil*: Kronstadt Handelsverbindungen mit dem Schwarzen Meer. Bl. Ver. f. siebenb. Landeskunde 1913. 9 sz.
- Gohl Ödön*: Egy brassóvidéki barbár éremlelet. (Barbaren-Münzen-Fund in der Umgebung von Kronstadt). Numizmatikai Közl. 1908.
- Gräser A.*: Brassó. Kurzer Beitrag zur Handelsgeschichte von Kronstadt. Blätter 1844. 45.
- Gyárfás Tihamér*: Régi brassói ötvösök. (Die alten Goldschmiede in Kronstadt). Erdélyi Múzeum XXV. évf.
- Gyárfás Tihamér*: Brassói ötvösök és ötvösművek a 15. és 16. században. (Die Goldschmiede und Goldschmied-Arbeiten aus Kronstadt im XV. und XVI. Jahrhundert). Archeológiai Ért. 1908. 28 k.
- Gyárfás Tihamér*: Régi falfestmények Brassóban. Egyszines képmel-léklettel. (Alte Fresken in Kronstadt). Erdélyi Múzeum 27. évf.
- Gyárfás Tihamér*: Ezüst könyvtáblák a brassói Szentmiklós templomban. (Silberne Büchertafeln in der Kronstädter Sankt-Nikolauskirche). Archeol. Ért. 1900.
- Gyárfás Tihamér*: Brassói ötvösművek. (Goldschmied-Arbeiten aus Kronstadt). Archeol. Ért. 1909. 29. k. és 1910. 30. k

- Gyárfás Tihamér*: Cimeres levelek Brassó város le éltárában. (Adelsbriefe im Archiv der Stadt Kronstadt). Turul 1901–07. 27. és 28-ik kötet.
- Harsányi Pál*: A brassói arany éremlelet. (Der Goldfund aus Kronstadt). Numizm. Közl. 1914. p. 23.
- Hermann, G.*: Über die Gerichtsbarkeit der ersten Kronstädter. Siebenbürgische Provinzialblätter 1805.
- Hermann, G.*: Vom Entstehen der Stadt Kronstadt. Sieb. Quart 1801. 299.
- Horger Antal*: A Brassó név és egy magyar hangtörvény. (Der Name Brassó und ein ungarisches Tongesetz). Magyar Nyelvőr 1904.
- Höllriegel, Arnold*: Das Schlachtfeld von Kronstadt. Die Zeit 5063. 1916.
- Khern Ede*: Brassó. Emich N. K. Napt. 1861.
- Marienburg, Adolph*: Brassó. Kriegsverfassung oder Bürgerwehr der alten Kronstädter. Blätter 1838. 52.
- Marienburg, Lukas J.*: Braschovias-Burg. Sieb. Prot. Blätter 1805. p. 1.
- Marienburg Lukas J.*: Földrengés Brassóban ápr. 2. 1803. (Erdbeben in Kronstadt 2. Ap. 1803). Zeitschr. v. Ungarn 1803.
- Marienburg, Lukas J.*: Ein paar Anmerkungen zur Beschreibung der Burzenländer und Kronstädter Wappens gehörig. Sieb. Prot. Blätter 1807. p. 180.
- Marienburg, Lukas J.*: Brassó. Historische Merkwürdigkeiten aus dem Burzenland. Sieb. Quart. 1801. p. 225.
- Menschendörfer, A.*: Der Kronstädter Stadtrichter Michael Weis. 1569–1612. Die Karpathen VI. évf. 1913. p. 40–51.
- Moesz Gusztáv*: Milyen fűszert és gyümölcsöt ismertek a brassóiak a XVI. században. (Welche Gewürze und Obst kannten die Kronstädter im XVI. Jahrhundert). Uránia 1913. p. 74–76.
- Moesz Gusztáv*: Brassó halgazdasága és halpiaca a XVI. században. (Kronstädter Fischzucht und Fischmarkt im XVI. Jahrhundert). Halászat 1924. 10. p. 22–23., 11–12. p. 35., 15–16. p. 47.
- Molnár*: Brassói magyar lutheránus egyház. (Die ungarisch-lutheran. Kirche in Kronstadt). Házi Kincstár 1864. p. 227, 243, 258.
- Müller, G. F.*: Die Grafen des Kronstädter Distriktes bzw. des Kronstädter Provinzialverbandes. Arch. d. Ver. f. siebenbürg. Landesk. 1925. p. 307–89.
- Neller Mátyás*: Brassó. (Kronstadt). Korunk Száva 1937. 22. p. 667–68.
- Orendi János*: Brassóvidék. (Kronstadt's Umgebung). Progr. des Gymn. zu Schässburg 1859. p. 3–33.
- Pörzö*: Brassó népe. (Die Bevölkerung Kronstadt's). Magyarországi és a Nagyvilág 1876. 37–45.
- Rauch, M.*: Georg Ostermayer aus Kronstadt. Beil. d. Staatsanzeigers f. Württemberg. 1924. 7. p. 149.

- Réthy Lajos*: A székely leányok Brassóban. (Székler Mädchen in Kronstadt). Vasárnapi Ujság 1874. márc. 1. p. 138–39.
- Szemlér Ferenc*: Brassó. (Kronstadt). Budapesti Hirlap 1934. dec. 25. p. 47., Nyugat 1932. 22 p. 4646–67.
- Teőrök Károly*: Brassó látképe, fellelővára s a Cenk hegye. (Ansicht Kronstadts, der Zitadelle und der Berg Cenk). Hazánk és Külföld 1868. 17 p.
- Trausch J.*: Alte Namen des Kronstädter oder Burzenländer Distrikts und seiner Ortschaften aus Urkunden verzeichnet. Arch. f. sieb. Landesk. 1845. p. 163.
- Veress Endre*: Adatok Brassó város számadáskönyveiből. (Daten aus den Rechnungsbüchern Kronstadt's). Erdélyi tört. ért. 1913. p. 49.
- Zeyden*: Brassó. Gemeinnütziges Wirken in einem Marktflecken des Burzenlandes. Blätter 1841. 4.
- Benkner János* Brassó város bírása 50 mázsa salétromot kér Kassától. (Der Richter Kronstadt's, Benkner Johann bittet um 50 Zentner Salpeter aus Kassau). Tört. Közl. Abauj vm. multjából 1912. p. 168.
- Brassó. Hirnök 1837. 46.
- Brassó. Einwohnerzahl von Kronstadt. Blätter 1846. 14.
- Brassó. Képes Ujság 1860. II. 18.
- Brassó. Magyarország és a Nagyvilág. (Ungarn und die Welt). 1868. 44.
- Brassó. Vasárnapi Ujság 1869. 15. p. 201.
- Erődítmények Brassóban. (Befestigungen in Kronstadt). Arch. Ért. 1870. 22. 160.
- Brassói üzemredukció. (Betriebsreduktionen in Kronstadt). Con-sum 1924. 42. p. 9.
- Brassói pénzváltók. (Die Kronstädter Geldwechsler). Hazánk és Külf. 1870. 5.
- Chorographie v. Burzenland. Sieb. Quart 1795. p. 105., 327.
- Comités de Brassó e literis coaeris eruti. Arch. f. siebenb. Landeskunde 1845. p. 168.
- Das älteste Stadtsiegel von Kronstadt. Magazin f. Gesch. und Liter. Siebenb. 1844–45. p. 29, 190.
- Des Grafen Thököli Einfall in Burzenland dessen Schlacht bey Tohán, und Zernest und Abmarsch aus Siebenbürgen. 1690 aug. 13. Deutsche Fundgruben 1840. 235. p.
- Egyházi edények Brassóban. (Kirchliche Gefässe in Kronstadt). Arch. Ért. 1869–70. p. 21.
- Jezsuiták tanodája Brassón. (Die Schule der Jesuiten in Kronstadt). Merkur v. Ungarn 1787. p. 161.
- Kronstädter Hochzeitordnung vom Jahr 1772. Blätter 1845. 35.
- Miseöltönyök Brassóban. (Messgewänder in Kronstadt). Arch. Ért. 1870. p. 18., 21.
- Az Orsz. Polgári Iskolai Egyesület közgyűlése Brassóban. (Die Generalversammlung des Landesvereines der Bürgerschulen in Kronstadt). Ország Világ 1902 jul. 20. p. 581–82.

- Verhältnis der Stadt Kronstadt gegen die umliegenden Dörfern.
 Quartalschrift 1801.
 Rézkorona Brassóban. (Kupferkrone in Kronstadt). Arch. Ért.
 1870. p. 22.
 Siremlék Brassóban. (Grabdenkmal in Kronstadt). Arch. Ért.
 1870. p. 3., 22.
 Templom Brassóban. (Kirche in Kronstad). Arch. Ért. 1870.
 p. 21. 180.

STATISTISCHE MITTEILUNGEN.

Wie viele Slowaken leben im Ausland ?

Seitdem die Slowakei verfassungsgemäss selbständig wurde, finden sich unter den Slowaken selbstverständlich Viele, die trachten, um die Zahlenstärke ihres Volkes zu erhöhen, auch die im Ausland lebenden Slowaken mitzurechnen. Diese Berechnung könnte aber nur dann ein richtiges Ergebnis bringen, wenn in den statistischen Daten der verschiedenen Länder das Zahlenbild der dort lebenden Slowaken zutreffen würde. Wann dieses Bild aber richtig ist, hängt davon ab, auf welcher Grundlage die Zählung durchgeführt wird. Denn, wenn die Abstammung als Grundlage genommen wird, müsste bei jedem Gezählten Nachforschung gemacht werden und selbst dann ist zweifelhaft, ob das Ergebnis ein genaues wäre. Wir betrachten unsererseits das Prinzip der Selbstbekennung als das richtigste, wonach jeder als Mitglied der Nation eingeschrieben werden soll, zu welcher er sich bekennt. Andere Auffassung vertritt Dr. J. Sventons, der in der „Nastup“ einen Überblick über die im Ausland lebenden Slowaken darstellt, welcher die Zahl der in Ungarn vorhandenen mit 629.000 angiebt, aber bemerkt, dass von diesen nur 233.000 slowakisch sprechen.

Mit derartiger Berechnung kommt Dr. J. Sventons zum Ergebnis, dass im Ausland insgesamt 1,498.000 Slowaken leben, u. zw. :

In Ungarn	396.000 slowakisch nicht sprechende
	233.000 slowakisch sprechende
In Jugoslawien . .	74.000
In Rumänien . . .	41.000
In Frankreich . . .	40.000
In Deutschland . .	12.000
In Belgien	10.000
In Bulgarien . . .	2.000
In U. S. A.	620.000
In Kanada	40.000
In Argentinien . .	20.000
In Brasilien	6.000
In anderen Staaten	4.000

Da in der Slowakei, als staaterhaltendes Volk 2,200.000 Slowaken leben, ist die Gesamtzahl aller Slowaken 3,698.000 hoch.

Zahlenangaben über die in Jugoslawien lebenden ungarischen Diplomierten.

Der *Agramer Verein der Ungarischen Universitätshörer* stellte unlängst einen statistischen Ausweis auf über die in Jugoslawien lebenden ungarischen Diplomierten, die nach Abschluss ihrer Hochschulstudien zwischen 1924 und 1938–1939 Diplome erlangten.

Aus dieser Zusammenzählung geht hervor, dass an der Agramer Hochschule 75 röm. kath. Priester, 60 Juristen, 52 Pharmazeuten, 22 Aerzte, 10 Professoren, 2 Maschinen-Ingenieure, 2 Elektro-Ingenieure, 2 Kultur-Ingenieure, 1 Chemiker und 1 Tierarzt, an der Belgrader Hochschule aber 8 Aerzte, 10 Professoren und 7 Ingenieure das Diplom erhielten.

Nicht erwähnt sind die an der juristischen Fakultät in Szabadka absolvierten ungarischen Juristen, deren Zahl wohl unbedeutend sein mag und wenn wir noch die 15 reformierten Priester zählen, deren im Ausland erworbenes Diplom anerkannt wurde, kommen wir zum Ergebnis, dass im vergangenen anderthalb Jahrzehnt kaum mehr als dreihundert ungarische Diplomierte für die Minderheit Jugoslawiens heranwachsen, jährlich und durchschnittlich nur zwanzig. Dies ist wirklich erstaunlich wenig für eine fast eine halbe Million zählende Minderheit.

In dem Rundschreiben des Agramer Vereines der Ungarischen Universitätshörer, welches die oben erwähnten Angaben enthält, ist noch folgendes zu lesen:

„In unzähligen Fällen sucht man unseren Verein auf mit Briefen, worin für eine ungarische Ortschaft ein ungarischer Arzt, Tierarzt oder Advokaturskandidat gesucht wird. Schon diese Tatsache beweist, dass der Nachschub der ungarischen Intellektuellen hinter den Anforderungen zurückbleibt. Auch wenn man in den mit ungarischer Mehrheit bewohnten Ortschaften Umschau hält, sieht man, wie viele Plätze das Ungarum in Ermangelung entsprechender Heranbildung verliert. Bemerkenswert ist diesbezüglich, dass in den jüngstvergangenen Schuljahren immer mehr arme ungarische Hochschüler unserem Verein beitraten. Unser Verein verfasste im verflossenen Schuljahr eine genaue Beschreibung der sozialen Schichtung der Eltern unserer Vereinsmitglieder und deren beiläufiger Vermögensverhältnisse. Aus dieser Statistik geht hervor: 40 % unserer Vereinsmitglieder sind Kinder kleiner Leute (Landleute 16, Kleingewerbler 16, Kleinkaufleute 8, Arbeiter 3). Diese können ihre Studien nur mit grössten Schwierigkeiten – mit Hilfe verschiedener sozialer Einrichtungen und unserer Vereinsmensa – fortsetzen. Danach lässt sich denken, welcher neueren Rückfall unser Intellektuellen-Nachschub erleiden würde, wenn unseren Vereinsmitgliedern nicht die Vollendung ihrer Studien gesichert werden könnte.“

Director, girant răspunzător și proprietar: Dr. Elemér Jakabffy.

Tipografia Husvéth și Hoffer, Lugoj

GLASUL MINORITĂȚILOR LA VOIX DES MINORITÉS DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL
ANNÉE
JAHRGANG } XVIII.

IULIE-AUGUST
JUILLET-AOÛT
JULI-AUGUST } 1940.

NUMĂRUL
NUMÉRO
NUMMER } 7-8

Decret-Lege

pentru transformarea Frontului Renașterii Naționale în „Partidul Națiunii.”

CAROL al II-lea,

Prin grația lui Dumnezeu și voința națională, Rege al României,

La toți de față și viitori, sănătate:

Asupra raportului Președintelui Consiliului Nostru de Miniștri și al Ministrului Nostru secretar de Stat la Departamentul Justiției, Nr. 84.269 din 1940;

Văzând jurnalul Consiliului de Miniștri Nr. 1.480 din 1940;

Văzând avizul Consiliului Legislativ, secția I, Nr. 213 din 1940;

În temeiul art. 46 din Constituțiune,

Am decretat și decretăm:

Art. I. Frontul Renașterii Naționale devine Partid unic și totalitar sub denumirea de „Partidul Națiunii.”

El va funcționa sub conducerea Supremă a Majestății Sale Regelui.

Art. II. Partidul Națiunii îndrumază viața morală și materială a Națiunii și Statului Român.

El este instituțiune de drept public.

Art. III. Conducătorul Suprem numește forurile superioare ale partidului care sunt singurele răspunzătoare.

Art. IV. Normele de organizare, funcționare și disciplină vor fi hotărâte de conducerea Supremă.

Dat în București la 21 Iunie 1940.

CAROL

Președintele Consiliului de Miniștri,

Gh. Tătărescu

Ministrul justiției,
Aurelian Benteoiu.

Nr. 2.056.

Referat către Consiliul de Miniștri.

Domnilor Miniștri,

Comisiunea Superioară a Frontului Renașterii Naționale ca rezultat al experienței făcute de membrii săi în aplicarea legii de organizare a Frontului Renașterii Naționale și ținând seama de imperativele clipei de față și-a făcut o datorie din a semnala Maiestății Sale Regelui necesitatea îndrumării Națiunii Române către o nouă disciplină politică.

Membrii suszisei Comisiuni au învederat Maiestății Sale că este în interesul Țării să se înfăptuiască cât mai grabnic instrumentul politic menit a asigura unitatea desăvârșită și continuitatea trebuitoare în conducere, precum și unificarea în cuget și acțiune a tuturor fiilor Țării care înțeleg că datoria cea mai de seamă a cetățeanului este aceea de a pune Patria mai presus de toate.

Consequenți cu această constatare, ei au cerut Maiestății Sale Regelui să binevoiască a prelua greaua sarcină de conducător Suprem al organizației politice unice și să se transforme această organizație într'un partid politic totalitar care unificând în cadrele lui lărgite pe toți cetățenii conștienți de îndatoririle lor să asigure Națiunii Române și Statului Român care o personifică maximum de putere și autoritate.

Maiestatea Sa Regele încuviințând cererea, a binevoit să asume conducerea Supremă a partidului care prin modificarea Frontului Renașterii Naționale, devine „Partidul Națiunii“, partid cu caracter totalitar.

Aceste modificări propuse primind Inalta încuviințare a Maiestății Sale Regelui, fac substanța prezentului decret-lege.

Noul partid este instituție de drept public. Conducerea lui Supremă o are Maiestatea Sa Regele și o exercită prin delegare către foruri, superioare singure răspunzătoare.

Printr'o procedură ce se va determina ulterior de conducătorul Suprem, se vor stabili normele de organizare, funcționare și disciplină ale partidului.

Noul partid are un caracter totalitar în sensul că realizarea deplină a individului nu se poate concepe decât în Stat și prin Stat. Partidul și Statul fiind o unică realitate compartimentată prin atribuțiuni diferite îndreptate însă către acelaș scop care este promovarea intereselor Națiunii în ordinea morală și materială, cei ce se vor situa prin fapta sau voința lor în afară

de rânduri nu vor fi dușmanii partidului, ci proprii lor dușmani, căci își vor amputa astfel propria lor personalitate.

Partid și Stat vor fi două fețe ale unei unice realități, Națiunea organizată.

Actuala organizație nu este desființată, ci transformată.

În noua lui organizare, partidul nu este decât o evoluție realizată în lumina învățămintelor experienței în sensul de a se obține o maximă eficiență în acțiune.

Organele actuale ale Frontului Renașterii Naționale își vor continua atribuțiunile și activitatea lor nestânjenită, în așteptarea modificărilor de structură ale partidului și de atribuțiuni ale organelor, modificări ce se vor stabili ulterior.

Ministrul justiției,

Aurelian Benteiu,

Nr. 84.268.

1940, Iunie 21.

Decret-Lege

pentru apărarea ordinii politice unice și totalitare a Statului Român.

CAROL al II-lea,

Prin grația lui Dumnezeu și voința națională, Rege al României,

La toți de față și viitori, sănătate:

Asupra raportului Președintelui Consiliului Nostru de Miniștri și al Ministrului Nostru Secretar de Stat la Departamentul Justiției sub Nr. 84.271 din 1940;

Văzând jurnalul Consiliului de Miniștri Nr. 1.481 din 1940;

Văzând avizul Consiliului Legislativ, secția I, sub Nr. 214 din 1940;

În temeiul art. 46 din Constituțiune,

Am decretat și decretăm:

Art. 1. — Constitue delictul de uneltire contra ordinii politice a țării și se pedepsește cu închisoare corecțională dela 3 la 5 ani și amendă dela 10.000 la 100.000 lei, interdicție corecțională dela 1 la 5 ani:

a) Faptul de a propovădui prin viu graiu sau prin scris schimbarea organizării politice a țării azi existentă astfel cum ea este stabilită prin decretul-lege de înființare a „Partidului Națiunii“;

b) Faptul de a constitui sau organiza asociațiuni secrete în scopul arătat la alineatul precedent ;

c) Faptul de a reconstitui asociațiuni disolvate sau de a continua activitatea lor ;

d) Orice fapt tinzând a arunca discredit asupra organizațiunii politice unice ca recunoscută de lege sau a-i zădărnici activitatea.

Cei condamnați pe baza prezentului text vor pierde dreptul la pensiuine dacă sunt pensionari publici.

Art. 2. — Nu poate fi funcționar public cine nu este membru în „Partidul Națiunei.” Cei ce nu vor cere înscrierea până cel mai târziu la data de 1 August 1940, precum și cei ce cerând înscrierea nu vor fi admiși, sunt revocați de plin drept pe această dată. Această dispozițiune nu se aplică militarilor în activitate.

Art. 3. — Nimeni nu poate candida și nimeni nu poate fi ales în consiliul sau comitetul de conducere al vreuneia dintre profesiunile libere organizate prin legi, dacă nu este membru al „Partidului Națiunii.” Pierderea calității de membru al partidului atrage de plin drept excluderea din orice colegiu sau organizație privitoare la profesiunile libere.

Art. 4. — Orice persoană juridică, asociație sau societate de orice natură și oricare ar fi obiectul activității ei, se disolvă dacă :

a) Persoanele având conducerea ei vor desfășura o activitate potrivnică intereselor „Partidului Națiunii” ;

b) Fonduri ale ziselor asociații sau societăți vor fi întrebuințate în scop de propagandă potrivnică „Partidului Națiunii.”

Art. 5. — Nimeni nu poate fi membru în consiliul de administrație al unei întreprinderi private sau publice dacă nu are calitatea de membru al „Partidului Națiunii.”

Art. 6. — Acela care smulge, distruge, deteriorează în public în scop de dispreț sau batjocură insigne, emblemele, uniforme, manifestele sau publicațiunile „Partidului Națiunii” se va pedepsi cu închisoare corecțională dela o lună la un an.

Art. 7. — Avera persoanelor fizice sau juridice ce se vor face vinovate de unul din delictele mai sus enumerate va fi pusă sub sechestru pe timpul ce se va determina de instanța de judecată prin hotărîrea de condamnare. Judecata va putea pronunța lichidarea întreprinderilor sociale sau radierea firmelor

individuale, precum și lichidarea părților sociale de orice fel în întreprinderi de orice natură.

Art. 8. — Procesele având de obiect judecata oricăreia din infracțiunile arătate în articolele precedente, se vor judeca după procedura flagrantelor delictе cuprinse în Codul penal Carol al II-lea, chiar dacă nu sunt întrunite condițiunile art. 226 din Codul de procedură penală Carol al II-lea.

Dat în București, la 21 Iunie 1940.

CAROL

Președintele Consiliului de Miniștri,

Gh. Tătărescu

Nr. 2.057.

Ministrul justiției,
Aurelian Bentoiu.

Referat către Consiliul de Miniștri.

Domnilor Miniștri,

Decretul-lege care înființează „Partidul Națiunii“, a creat o nouă ordine politică.

Marile interese care au determinat această nouă ordine, pe larg arătată în expunerea de motive a aceluși decret lege, lămuresc cu prisosință că nicio activitate potrivnică acestei noi ordine, nu poate fi tolerată.

„Partidul Națiunii“, având menirea să reprezinte Națiunea organizată politicește într'o desăvârșită unitate, orice activitate individuală, îndreptată împotriva intereselor, directivelor, ideologiei sau acțiunii „Partidului Națiunii“, apare delictuoasă.

Prin decretul-lege de față, se sancționează orice abatere dela linia de conduită, impusă de azi înainte tuturor cetățenilor țării.

Ministrul justiției,
Aurelian Bentoiu.

Nr. 84.270.

1940, Iunie 21.

Rumänien's Austritt aus dem Völkerbund.

Rumänien ist aus dem Völkerbund ausgetreten. Aussenminister Manoilescu machte am 10. Juli diese Mitteilung, die in der Öffentlichkeit unseres Landes volles Verständnis ausgelöst hat. Rumänien, das sich von einer politischen Linie endgültig getrennt hat, die dem Lande niemals Nutzen brachte und einen Weg beschritt, der als der einzig richtige zur Wahrung der höheren Nationalinteressen des Landes erkannt und aner-

kannt wurde, konnte unmöglich weiter das Mitglied eines Bundes bleiben, der nicht nur in allen schwierigen Problemen der Weltpolitik seine Unfähigkeit bewiesen hat, sondern auch zu verschiedenen Malen durch seine Handlungen den Beweis lieferte, dass er nichts weiter ist, als ein Instrument in den Händen derjenigen, die in der Furcht vor der Gesundung und dem Selbsterwachen Europas bestrebt waren, jene Mächte, die diese Gesundung herbeiführen wollten, mit allen erdenklichen Mitteln zu unterdrücken.

Der Völkerbund mietete zu Beginn seiner Tätigkeit am Ufer des Genfer-Sees einen Hotelpalast mit prachtvoller Aussicht auf die schneebedeckten Gipfel des Mont-Blanc.

Die Hoteleinrichtung wurde schleunigst fortgeschafft, der Geist des Hoteliers blieb aber scheinbar in den Räumen des Palastes zurück. Denn die mächtigen der Welt und die Reichen wurden daselbst vorzüglich bedient, die wegen dürftigeren Mitteln bescheiden auftretenden nur lässig und endlich jene armen Habenichtse, die Nationalminderheiten – bediente man überhaupt nicht.

Als für die gegenseitige Verherrlichung eines Briand, Titulescu und Benes dieses Gebäude nicht mehr einen würdigen Rahmen bot, entstand dem Völkerbund der grossartigste, moderne Palast zwischen dem „Ariana“-Museum und dem botanischen Garten. Wenn die Herren der Welt diese Lage als Symbol betrachtet hätten und auch sie die Andenken längstvergangener Zeiten und deren Rechte mit Pietät gehütet und geschont hätten, wie dies im Museum geschieht und die Völker und Nationen mit der gleichen Liebe und Sorgfalt gepflegt hätten, wie im botanischen Garten mächtige Bäume und winzige Pflänzchen, – dann wäre in diesem Palast der Völkerbund wahrhaft ein Bund der Völker gewesen und nicht jahrzehntelang der Versicherungsort sinnloser und ungerechter Verfügungen, der Schauplatz der tiefsten Enttäuschung der Völker.

Nach Fertigstellung des neuen Völkerbundpalastes rühmte der Generalsekretär, Herr Avenol einem Vertreter der ungarischen Volksminderheit diesen Bau mit dem Bemerkten, es gäbe ausser diesem nur einen grösseren – den Vatikan. Er fügte noch dazu: „und beide mächtige Bauten und Institutionen entsprangen demselben Gedanken.“

Der Vertreter der Volksminderheit bemerkte bescheiden:

„Der Unterschied zwischen beiden ist nur, dass die Idee des Vatikan immaculata, ihres aber maculata, nur allzu sündhaft geboren wurde.“

Die sündhafte Geburt hätte das Taufwasser der Liebe und Gerechtigkeit vielleicht reinwaschen können, doch der Völkerbund blieb — Haide.

Aussenminister Mihail Manoilescu gab folgende Erklärung über den Austritt Rumäniens aus dem Völkerbund ab: Rumänien ist aus dem Völkerbund ausgetreten. Dieser Austritt bereitet den politischen Illusionen ein Ende, in welchen wir so lange gelebt haben. Zufolge seiner Mitgliedschaft im Völkerbund war Rumänien gewissen symptomatischen und sozusagen theatralischen Dingen ausgesetzt, ohne dass daraus für das Land der geringste Vorteil erwachsen wäre. Dieser automatische Mechanismus beeinflusste die selbständige nationale Auffassung Rumäniens und die richtige Erkenntnis der grossen nationalen Interessen sehr nachteilhaft, zugleich aber entstand ein nachteilhaftes Verhältnis zwischen Rumänien und anderen, vorzüglich und starken Grossmächten. Jetzt, als unsere nationale Politik die grossen nationalen Eigeninteressen und die realen Gegebenheiten in Europa klar erkannte, hat die Anwesenheit Rumäniens im Völkerbund keinen Sinn mehr.

Erklärungen des Aussenministers über die Minderheitenfrage und Bevölkerungsaustausch.

Aussenminister Manoilescu gab am 31. Juli eine Erklärung über die Deutschland- und Italien-Reise.

In dieser sagte er unter Andern:

Betreffs des Problems, mit dem sich eine gewisse Auslandspresse in letzter Zeit so sehr befasste und aufbauschte, des Problems der allgemeinen Entspannung in Europa und besonders zwischen uns und unseren ungarischen und bulgarischen Nachbarn andererseits, ist folgendes zu sagen: Die Regierung glaubt und bringt aus eigener Initiative zum Ausdruck, sowie wir dies den Achsenmächten mitteilten, dass der Zeitpunkt gekommen sei, um bessere Beweise der Absicht des friedlichen Zusammenlebens mit den Nachbarn zu erbringen.

Nachdem Rumänien 20 Jahre hindurch mehr als alle anderen für die Volksgruppen getan hat, war die rumänische Regierung bestrebt, mit noch radikaleren Mitteln an die Lösung des Problems der Volksgruppen zu schreiten, die desselben Blutes wie unsere Nachbarn sind. Zu diesen Massnahmen, die sich mit dem Geist und den Methoden der heutigen Zeit decken, gehört der Bevölkerungsaustausch, der in anderen Ländern so gute Ergebnisse brachte.

Er beseitigt oder schwächt die Schwierigkeiten ab, setzt den inneren und äusseren Spannungen ein Ende und stärkt die nationale Kraft, indem er das Volk in seinen Grenzen einheitlicher gestaltet. Diese Methode verstösst nicht gegen den nationalen Grundsatz, sondern ist ihm nur dienlich. In den Rahmen des rumänischen Staates alle Rumänen zurückzubringen, die jenseits unserer Grenzen im Norden und Westen leben und damit gleichzeitig die Zahl der in unserem Land lebenden Minderheiten zu verringern — für diese ideale Massnahmen wäre keine Mühe zu viel und jedes Mittel nur billig.

Andererseits muss ich kategorisch festlegen, dass unserer Ueberzeugung nach das Land nur dann eine restlose rumänische Homogenität erhalten und der Rumäne sich nur dann Herr in seinem eigenen Hause fühlen kann, wenn das Judenproblem entschlossen gelöst wird. In dieser Richtung sind wir fest entschlossen, ernsthafte und wohlgedachte Massnahmen zu treffen, die mit derselben Aufrichtigkeit und derselben Entschlossenheit durchgeführt werden müssen, die allen Handlungen unserer Regierung ihr Gepräge verleihen. Auf diesem Wege werden wir uns mehr als jemals vorher in unserer Geschichte der alten Losung des rumänischen Nationalismus nähern: „Rumänien den Rumänen und nur den Rumänen!“

Die Gesetzesvorlage der Pfeilkreuzler.

Wie bekannt, haben die Pfeilkreuzler-Abgeordneten Hubay und Vágó im ungarischen Abgeordnetenhaus anfangs Juni eine Gesetzesvorlage eingebracht bezüglich der Autonomie der in den Ländern der Ungarischen Heiligen Krone lebenden Volksgruppen.

Das Abgeordnetenhaus setzte diesen Gesetzentwurf nicht

auf die Tagesordnung, vielmehr drückte Ministerpräsident Graf Paul Teleki die Entrüstung der gesamten ungarischen Nation dadurch aus, dass er gegenüber den Abgeordneten Hubay und Vágó einen Inkompabilitätsantrag stellte, demzufolge diese ihrer Mandate verlustig wurden.

Bei dieser Gelegenheit äusserte sich der Ministerpräsident folgendermassen: „Ich beantrage gegen Hubay und Vágó nicht darum die Inkompabilität festzustellen, als ob die Regierung nicht die Minderheitenfrage lösen wollte, sondern weil der Gesetzantrag dieser beiden Männer den raschen Zerfall des Landes herbeiführen könnte.“

Die Hauptargumente der Staatsführung und der gesamten ungarischen Öffentlichkeit können in folgenden Feststellungen zusammengefasst werden: Die Vorlage verstösst vor allem gegen das Prinzip der unteilbaren politischen Nation, weil sie das Land und somit die Nation in „Volksgruppen“ aufspaltet, ferner, sie stattet die Volksgruppen, besonders den Volksgruppenführer, mit Rechten aus, die ihn über die Verpflichtung der Staatsverfassung gegenüber hinausheben und nicht zuletzt, die Vorlage verhindert durch die Aufstellung eines Volkskatasters die natürliche Assimilation.

Den Text der Gesetzesvorlage geben wir in der Übersetzung der „Nation und Staat“ wieder.

*Gesetzentwurf über die Autonomie und Immatrikulierung
der auf dem Gebiete der Ungarischen Heiligen Krone lebenden
Volksgruppen.*

Sämtliche in den Ländern der Ungarischen Heiligen Krone lebenden Staatsbürger bilden – ohne Rücksicht auf ihre Volkszugehörigkeit – zusammen die unteilbare, einheitliche, ungarische Nation. Alle Staatsbürger Ungarns, zu welcher Volksgruppe sie auch gehören, sind vollkommen gleichberechtigt.

Gleichwohl kommt die Ausübung der Staatsgewalt ausdrücklich den Gliedern der staatsbildenden magyarischen Volksgruppe zu.

Für die in den Ländern der Ungarischen Heiligen Krone lebenden nichtmagyarischen Volksgruppen werden, damit ihre kulturellen Eigenheiten, ihre rassische Sonderstellung, ihre sprachliche Absonderung, ihre weltanschauliche Auffassung in Ehren gehalten seien – bei unveränderter Aufrechterhaltung

der vollständigen Gleichberechtigung der Staatsbürger –, die nachstehenden Vorschriften als Richtlinien gelten.

Autonomie.

§ 1.

Die in den Ländern der Ungarischen Heiligen Krone lebenden ungarischen Staatsbürger südslawischer, deutscher, rumänischer, ruthenischer sowie slowakischer Volkszugehörigkeit bilden Volksgruppen und ihre autonomen Organe staatsrechtliche Körperschaften, an deren Spitze die verantwortlichen Führer der Volksgruppe stehen, die für alle Verfügungen der autonomen Organe allein verantwortlich sind.

Die Volksgruppen sind Rechtspersonen.

Jede Volksgruppe wählt selbst ihren Führer, der seine Wahlurkunde dem Staatsoberhaupt vorzulegen hat und den Eid auf die ungarische Verfassung ablegt.

§ 2.

Jede Volksgruppe lässt die in § 4 dieses Gesetzes aufgezählten Angelegenheiten durch die Organe der selbstgeschaffenen Autonomie erledigen.

§ 3.

In den in § 4 dieses Gesetzes aufgezählten Angelegenheiten ist das zuständige Organ der Volksgruppe berechtigt, Rechtsnormen zu schaffen.

Diese Rechtsnormen werden bei Gegenzeichnung des Volksgruppenführers und Nationalitätenministers durch Sanktionierung des Staatsoberhauptes rechtskräftig.

Wirkungskreis.

§ 4.

In den Wirkungskreis der Volksgruppenautonomie gehören :

1. Das Unterrichtswesen, die Volksbildung ausserhalb der Schule und das Erziehungswesen,
2. die Kulturangelegenheiten,
3. das Volkswohlfahrtswesen,
4. die Ernennung der Gemeinde-, Verwaltungs- und Polizeibeamten, ferner die Vorschläge zur Ernennung der Verwaltungs-, Gerichts- und Polizeibeamten des Bezirkes,
5. die Entsendung von Vertretern in die ungarische Gesetzgebung dem Zahlenverhältnis der Volksgruppen gemäss.

Aufsicht.

§ 5.

Das Aufsichtsrecht über die Autonomieorgane steht dem k. ung. Ministerium zu.

Der Nationalitätenminister ist verpflichtet, das Aufsichtsrecht mit Berücksichtigung der Gesamtinteressen aller Volksgruppen der Ungarischen Heiligen Krone auszuüben.

Neben dem Nationalitätenminister sind die aus den Mitgliedern der einzelnen Volksgruppen ernannten Staatssekretäre tätig, und zwar von jeder Volksgruppe je ein Staatssekretär. Der Staatssekretär wird auf Vorschlag des Führers der betreffenden Volksgruppe vom Staatsoberhaupt ernannt.

Beamtenschaft.

§ 6.

Die Beamten zur Erledigung der in den Punkten 1 bis 5 des § 4 enthaltenen Wirkungskreise werden in der vom Autonomiestatut festgelegten Art von der Autonomie aus den Mitgliedern der eigenen Volksgruppe ernannt.

Die Aufsichtsbehörde der Beamten ist die Körperschaft des Autonomieorgans, gegen deren Entscheidung an den k. ung. Nationalitätenminister Beschwerde eingelegt werden kann.

§ 7.

In das Verwaltungs- und Polizeiwesen jener Gemeinden, deren Einwohner vorwiegend einer Volksgruppe angehören, nehmen die Autonomieorgane derart Einfluss, dass sie die Verwaltungs- und Polizeibeamten der Gemeinden aus der Reihe ihrer genügend befähigten Volksgruppenglieder in solchem Verhältnis ernennen, wie sich die Zahl der Volksgruppenglieder zur Gesamtbevölkerung stellt.

Denselben Grundsatz wendet auch das k. ung. Ministerium bei den auf Antrag der Volksgruppen erfolgenden Ernennungen der Verwaltungs-, Polizei- und Gerichtsbeamten des Bezirkes an.

Finanzwesen.

§ 8.

Die erforderlichen Mittel zur Versehung der in § 4 dieses Gesetzes aufgezählten Angelegenheiten beschaffen die Volksgruppen durch :

- a) staatlichen Beitrag,
- b) Volksgruppensteuer,
- c) freiwillige Spenden, Stiftungen und Sammlungen.

Die im Staatsvoranschlag als Beiträge für die Volksgruppen eingestellten Summen werden vom k. ung. Nationalitätenminister unter die einzelnen Volksgruppen im Verhältnis der von ihren Mitgliedern entrichteten direkten Steuern verteilt.

Jede Volksgruppe hat das Recht, zwecks Versehung der in § 4 aufgezählten Angelegenheiten ihren Mitgliedern eine Volksgruppensteuer aufzuerlegen. Die derart bemessenen Steuern sind nach Art der öffentlichen Steuern einzutreiben.

Die Körperschaft der Autonomieorgane der Volksgruppe erledigt die Finanzsachen durch die eigenen Beamten.

Die Oberaufsicht über das autonome Finanzwesen der Volksgruppen führt der k. ung. Nationalitätenminister, dem die Körperschaft der Autonomie jeder Volksgruppe alljährlich einen Kostenvoranschlag unterbreiten muss.

Der Nationalitätenminister hat bei Ausübung dieses Aufsichtsrechtes streng darauf zu achten, dass die Verwendung der den Autonomieorganen aus welcher Quelle immer zufließenden Beträge nur im Rahmen der in § 4 aufgezählten Angelegenheiten erfolgen darf.

Unterrichtswesen.

§ 9.

Bei Schaffung des Unterrichtsplanes der Volksgruppen müssen wegen Unterrichtes des Magyarischen als Staatssprache solche Verfügungen getroffen werden, dass jedermann die Möglichkeit haben soll, sich diese anzueignen.

Die Lehrbücher und Lehrpläne dürfen keine dem Lehrplan der magyarischen Volksgruppe widersprechenden geschichtlichen, volkskundlichen, mythologischen oder das Selbstbewusstsein der auf dem Gebiete der Ungarischen Heiligen Krone befindlichen Volksgemeinschaften verletzenden Behauptungen enthalten.

Abgeordnete.

§ 10.

Die Mitglieder der Volksgruppen üben ihr aktives und passives Reichstagswahlrecht so aus, dass die Körperschaft der Autonomieorgane aus den Mitgliedern der Volksgruppe in der im Autonomiestatut festgelegten Art Abgeordnete, ihrem Zahlenverhältnis entsprechend, in das Abgeordnetenhaus des Reichstages entsendet.

Kataster der Volksgruppen.

§ 11.

Über die Mitglieder jeder Volksgruppe ist eine ständige Evidenz: die Matrikel der Volksgruppe, zu führen. Diese Bücher sind Amtsbücher.

Mitglied der Volksgruppe wird der ungarische Staatsbürger:

1. durch den Bescheid des nach § 12 gebildeten Gemischten Aufnahmeausschusses, womit die Eintragung in die Matrikel angeordnet wird,
2. durch Eintragung der nach § 15 vorgelegten Bitte in die Matrikel der Volksgruppe,
3. durch Geburt.

Gemischter Aufnahmeausschuss.

§ 12.

Das k. ung. Ministerium stellt im Amtsitze jedes kgl. Bezirksgerichtes einen gemischten Aufnahmeausschuss auf und ernannt dazu als Mitglieder in entsprechender Anzahl ungarische Verwaltungsbeamte. Die übrigen Mitglieder des Ausschusses werden in derselben Anzahl von den Führern der Volksgruppen aus ihren auf dem Gebiet des kgl. Bezirksgerichtes wohnenden Mitgliedern ernannt.

Die Person des Vorsitzenden wird von den Mitgliedern täglich durch das Los abwechselnd aus den Verwaltungsbeamten beziehungsweise aus den Mitgliedern der Volksgruppe bestimmt. Die Stimme des Vorsitzenden zählt doppelt.

Gegen die Entscheidung des Gemischten Aufnahmeausschusses kann an den k. ung. Nationalitätenminister Beschwerde eingelegt werden.

Aufnahme.

§ 13.

Der Gemischte Aufnahmeausschuss ist verpflichtet, in die auf Grund dieses Gesetzes aufzustellende Volksgruppenmatrikel jenen ungarischen Staatsbürger einzutragen:

a) der nach den muttersprachlichen Daten der Volkszählung von 1920 zu einer nichtmagyarischen Volksgruppe gehörte und am Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes in einer ausserhalb von Munizipal- oder Komitatsstädten liegenden Gemeinde oder Siedlung wohnte, kein Mittelschul-Reifezeugnis besitzt und in der Landwirtschaft oder im Gewerbe beschäftigt ist;

b) der von einem in Punkt a) angeführten Staatsbürger abstammt, falls er am Tage des Inkrafttretens des Gesetzes am

Wohnort seiner Vorfahren (Eltern, Grosseltern) wohnt, kein Mittelschul-Reifezeugnis besitzt und in der Landwirtschaft oder im Gewerbe beschäftigt ist ;

c) der nicht unter die Punkte a) und b) gehört, sein 24. Lebensjahr vollendet hat und persönlich vor dem Gemischten Aufnahmeausschuss erscheint, wo er ausdrücklich um die Eintragung in die Matrikel einer Volksgruppe bittet.

Ansuchen um Eintragung oder Löschung.

§ 14.

Jeder ungarische Staatsbürger über 24 Jahre, der ein Mittelschul-Reifezeugnis besitzt oder ständig in einer Munizipalbeziehungsweise Komitatsstadt wohnhaft ist, hat das Recht, einmal in seinem Leben um Eintragung in die Matrikel welcher Volksgruppe immer beziehungsweise um Löschung aus der Matrikel anzusuchen. Dieses Ansuchen ist bei beiden Ämtern der betreffenden Matrikeln einzureichen, die ihre den Aus- und Eintritt bezeugenden Urkunden gegenseitig austauschen.

§ 15.

Alle diejenigen, die auf Grund der Punkte a) und b) des § 13 in die Matrikel irgendeiner Volksgruppe eingetragen wurden, können auch nach Übersiedlung in eine andersvolkliche Gemeinde ihre Volksgruppenzugehörigkeit nicht ändern. Ihren Nachkommen aber steht schon das in § 14 umschriebene Bittrecht zu.

Geburt.

§ 16.

Das Kind des in die Matrikel einer Volksgruppe eingetragenen Mannes wird schon durch seine Geburt Mitglied derselben Volksgruppe und ist in die Matrikel derselben einzutragen.

Das ausserehelich geborene Kind ist in die Matrikel jener Volksgruppe einzutragen, in deren Verband seine Mutter gehört.

Namensmagyarisierung.

§ 17.

Der Familienname des in die Matrikel einer nichtmagyarischen Volksgruppe eingetragenen Staatsbürgers kann selbst mit seiner Zustimmung nicht magyarisiert werden.

Jene Mitglieder der Volksgruppe, die ihren Namen mit Bewilligung des k. ung. Ministers des Innern geändert haben, sind berechtigt, um die Ausserkraftsetzung dieser Bewilligung vorstellig zu werden.

Schiedsgericht.

§ 18.

Gegen die Entscheidung des k. ung. Nationalitätenministers steht dem Führer der Volksgruppe das Beschwerderecht zu. Die Beschwerde wird von dem viergliedrigen Nationalitäten-Schiedsgericht mit Schlussentscheidung entschieden.

Zwei Mitglieder dieses Nationalitäten-Schiedsgerichtes werden vom Vorsitzenden des k. ung. Verwaltungsgerichtes aus der Reihe der zur magyarischen Volksgruppe gehörenden Verwaltungsrichter, zwei andere Verwaltungsrichter von dem die Beschwerde einreichenden Volksgruppenführer ernannt, wobei der eine zur eigenen Volksgruppe, der zweite zu einer anderen Volksgruppe gehört und vom Führer der Volksgruppe vorgeschlagen wird.

Die auf Grund dieses Paragraphen ernannten Mitglieder des Nationalitäten-Schiedsgerichtes wählen ihren Vorsitzenden aus ihrer Reihe durch das Los. Die Wahl des Vorsitzenden erfolgt fallweise, und zwar abwechselnd aus den magyarischen beziehungsweise Volksgruppen-Verwaltungsrichtern.

Die Stimme des Vorsitzenden des Schiedsgerichtes zählt doppelt.

Wenn das Nationalitäten-Schiedsgericht die Beschwerde des Volksgruppenführers verwirft, kann es den Beschwerdeführer zu den Kosten verurteilen und zur Zahlung einer Geldbusse bis zu 10.000 P verpflichten.

Autonomiesprache.

§ 19.

Die Volksgruppen bestimmen die Amtssprache der Autonomien Körperschaft in dem im § 4 umschriebenen Wirkungsbereich selbst.

Frühere Gesetze.

§ 20.

Die Bestimmungen des G. A. XLIV vom Jahre 1868 und des G. A. XXXIII vom Jahre 1921 sowie der auf Grund dieser Gesetze erlassenen Verordnungen bleiben nur in dem Ausmass in Kraft, als sie mit diesem Gesetz nicht im Widerspruch stehen.

Evidenzhaltung des Magyarentums.

§ 21.

Das k. ung. Ministerium hat dafür zu sorgen, dass nach Aufstellung der Matrikeln der Volksgruppen alle Mitglieder des staatsbildenden magyarischen Volkes zusammengeschrieben und evident gehalten werden.

Die Juden.

§ 22.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes beziehen sich nicht auf jene ungarischen Staatsbürger, bei denen von vier Grosseltern mehr als eines jüdischer Rasse war.

Diese ungarischen Staatsbürger jüdischer Rasse bilden keine selbständige Volksgruppe und können auch nicht Mitglieder anderer Volksgruppen sein.

Zwecks Evidenzhaltung der Einwohner jüdischer Rasse hat der k. ung. Nationalitätenminister die notwendigen Anordnungen zu treffen.

Strafbestimmungen.

§ 23.

Wenn keine unter schwerere Anrechnung fallende Handlung vorliegt, begeht ein Vergehen und wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr jener bestraft, der sich gegen materielle oder sonstige Vorteile in die Matrikel einer Volksgruppe eintragen lässt.

Ähnlich ist auch der straffällig, der durch Versprechen materieller oder anderer Vorteile jemanden zu einer solchen Handlung verleitet. Der Versuch ist strafbar.

Durchführung.

§ 24.

Mit der Durchführung dieses Gesetzes werden der k. ung. Minister des Innern, der k. ung. Kultus- und Unterrichtsminister, der k. ung. Finanzminister und der k. ung. Nationalitätenminister betraut.

Inkrafttreten.

§ 25.

Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung ins Leben.

Eine slowakisch-ukrainische Zusammenarbeit in Ungarn am Horizont.

Die in Pressburg erscheinende Zeitung „Slovak“ bringt unter obigem Titel am 27. April einen Aufsatz, worin den Lesern die Lage und Wünsche des russinischen Volkes dargestellt sind, aber eher dem Standpunkt des Erwünschten, als den Tatsachen entsprechend.

Diesen Aufsatz des „Slovak“ übernahm die in Wien erscheinende Zeitschrift „Nation und Staat“ im diesjährigen Juniheft und brachte ihn in nachfolgender Übersetzung vor die Öffentlichkeit :

Die slowakische Öffentlichkeit verfolgte schon immer das Schicksal des russinischen Volkes mit grosser Aufmerksamkeit. Trotz der besten Absichten seitens der Slowaken gelang es aber bis zum Ende der Tschecho-Slowakei nicht, die Grundlagen für eine Zusammenarbeit zu finden. Denn das russinische Schlagwort von der „Grenze bis zum Poprad“ machte jedes aufrichtige Verhältnis unmöglich. Freilich wissen wir, dass dieser Wunsch hauptsächlich von magyarischer Seite ausging und das Ziel verfolgte, beide Völker zu verfeinden und sich die Ostslowakei für die spätere Magyarisierung zu sichern. Obwohl sich die Mehrheit der Russinen gegen die ungarische Orientierung der russinischen Politik wehrte, so begann doch der Russinische Autonomistenverband, an dessen Spitze der Abgeordnete Bródy stand, das Selbstbestimmungsrecht zu verkünden. Nach dessen Verhaftung und dem Wiener Schiedsspruch bemächtigte sich die ukrainische Emigration der russinischen Politik. Das führte zur Angliederung von Karpatenrussland an Ungarn.

Reichsverweser Horthy versicherte den Russinen feierlich, dass das, was sie in 20 Jahren von den Tschechen nicht bekommen konnten, sie von den Magyaren ohne Kampf bekommen würden. Die slowakische Minderheit in Ungarn wollte in den Russinen ihren politischen Partner sehen, aber die Verführungskünste der Magyaren gegenüber der damaligen Führung der russinischen Garde waren zu verlockend, so dass sie sich von jedem Verdacht einer Verbindung mit den Slowaken distanzierte. Wir waren zwar überzeugt, dass die Russinen die Au-

tonomie nicht bekommen würden, und wenn doch, dass sie ein ähnliches Schicksal erfährt wie das Nationalitätengesetz vom Jahre 1867. Aber dennoch musste man abwarten, wie die Realisation der Versprechungen aussehen würde.

Obwohl über das Gesetz über die Autonomie Karpatenrusslands noch nicht abgestimmt wurde, musste schon die Tatsache eine starke Verstimmung bei allen russinischen Patrioten hervorrufen, dass die ungarische staatliche Politik nur das Gebiet als Karpatenrussland ansieht, das am 14. März 1939 an Ungarn kam, also ohne Užhorod, Mukačevo und Berehovo.

Die russinische Politik legte sich keinerlei Reserve gegenüber den Ansichten der russinisch-magyarischen Zusammenarbeit auf. Reserviert blieb bloss einmütig das Volk, das auf jede Aktion mit passiver Resistenz antwortete. Die Regierung achtet zwar streng darauf, dass die Zeichen dieser passiven Resistenz nicht vor die breitere Öffentlichkeit gelangen, aber die politisch Eingeweihten wissen schon lange, dass das Volk mit Verachtung auf diese Haltung der Regierungspolitiker sieht und seinen eigenen politischen Idealen lebt. Die magyarische Politik musste zu dem Stadium kommen, den derzeitigen Stand durch Wahlen zu legalisieren. Die Regierungsblätter verkündeten aber, dass Wahlen in Karpatenrussland vorläufig nicht stattfinden würden, da dieses in Kürze seine politische Autonomie bekäme und dann auf Grund des Gesetzes über die Autonomie gewählt würde. Diese Begründung ist aber nur für die Öffentlichkeit bestimmt. Die wahre Ursache besteht darin, dass es der Regierung bisher nicht gelang, mit Bródy wegen einer Einheitskandidatur der MEP. in Karpatenrussland übereinzukommen. Mit dieser Einheitskandidatur wollte die Regierung das russinische Problem liquidieren. Aber Bródy musste erkennen, dass ein Weitergehen auf der bisherigen Linie ihn den letzten Rest seiner Position im russinischen Volk kosten würde, und daher weigerte er sich in zwölfter Stunde, seinen Namen herzugeben. Er musste sehen, dass die Unzufriedenheit im russinischen Volk nicht nur in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet ist (denn diese besserten sich mit Beginn der Holzkonjunktur sehr), sondern in dem tiefen und grundsätzlichen Abgrund zwischen den slowakisch orientierten Russinen und der ungarischen Politik.

Dieser Stand ist schon reif genug, um die Konturen einer russinisch slowakischen Zusammenarbeit zu zeichnen. Sie be-

gann bereits automatisch, spontan und ohne Rücksicht darauf, ob das die Politik zur Kenntnis nahm oder nicht. Die in Budapest studierenden russinischen Hochschüler suchen Verbindung mit den slowakischen Akademikern, die bereits im Sinne beiderseitigen Interesses zu arbeiten begannen. Mehr als 60 russinische Akademiker kamen nach Pressburg studieren und die Zahl derer, die unter dem Einfluss der dramatischen Vorgänge in Karpatenrussland in die Slowakei fliehen mussten, die enttäuschte russinische Intelligenz, sieht in der Slowakei ihr Ideal und nichts würde unter den Russinen einen freudigeren Wiederhall heute finden als der Beginn einer slowakisch-russinischen Zusammenarbeit. Die slowakische Minderheit in Ungarn leitete schon alle Schritte in die Wege, um dieses Ziel zu erreichen, und wir sind überzeugt, dass das russinische Volk dankbar die ausgestreckte Hand ergreifen wird. In einer solchen Zusammenarbeit kann die ungarische Politik keine Herausforderung des Staatsvolkes sehen, wenn sie den Willen hat, ehrenvoll ihre nationale Schuldigkeit zu erfüllen.

Zur Auswanderung der Deutschen aus Bessarabien.

Infolge der Rückgliederung Bessarabiens an die Sowjetstaaten spielt sich vor unseren Augen wieder eine Völkerwanderung ab. Einerseits trachten die während der vergangenen Jahrzehnte im Staatsdienst oder aus sonstigen Gründen dahin geratene Rumänen in ihre Heimat zurückzugelangen, andererseits ergreifen die deutschen Siedler den Wanderstab, um, wie ihre Volksbrüder aus den baltischen Ländern, im Mutterstaat unterzukommen.

Die Vorarbeiten der organisierten Übersiedlung sind im Gange und voraussichtlich werden diese Deutschen die Herbstsaaten weit entfernt von jener Scholle verrichten, die ihre Vorfahren 125 Jahre hindurch geackert haben.

Die ersten deutschen Siedler kamen zwischen 1814 und 1834 nach Bessarabien. Als erste Siedlungsorte gelten Borodino, Krasna und Tarutino im Jahre 1814, danach in 1815 entstanden Klöstitz, Kulm, Leipzig und Wittenberg, in 1816 Alt-Elst, Arcis, Beresina, Brienne und Paris.

Die Namen der Siedlungen erinnern einerseits an Orte des

napoleonischen-russischen Feldzuges, zumteil an Ortsnamen der Heimatsstädten. Ausserdem sind in Bessarabien fünfundzwanzig deutsche Siedlungsorte, die wir als Muttergemeinden betrachten können, da aus diesen Deutsche in andere Gemeinden, ja nach ganz Rumänien schwärmten.

Nachfolgende Tabelle gibt Aufklärung über diese Siedlungen, mit Angabe des Gründungsjahres, der Zahl der dort lebenden Deutschen, die Zahlen in Klammern bedeuten die Nichtdeutschen.

*Die deutsche Einwohnerzahl in den 25 Mutterkolonien
Bessarabiens*

Ort	Grün- dungs- jahr	1859	1897	1912	1922	1933	1939
Arcis	1816	969	1.436	1.834	1.455	1623 (1.004)	1.789 (949)
Alt-Elft	1816	848	1.388	1.227	1.239	1.429 (20)	1.439 (26)
Alt-Postal (Malu-Mic)	1823	939	1.630	1.324	1.356	1.485 (57)	1.564 (47)
Beresina	1816	1.402	2.001	3.184	2.597	2.503 (257)	2.653 (314)
Borodino	1814	1.571	2.135	2.377	2.439	2.478 (12)	2.719 (44)
Brienne (Brieni) 1816	1.194	1.407	1.273	1.539	1.695 (21)	1.920 (23)	
Dennewitz (Deneviț)	1834	651	740	662	678	585 (28)	563 (38)
Friedenstal	1834	1.028	1.283	1.182	1.413	1.890 (20)	2.024 (24)
Gnadental	1830	760	1.066	899	1.225	1.082 (17)	1.210 (35)
Hoffnungstal	1842	770	1.340	1.593	1.668	1.813 (26)	1.930 (59)
Katzbach	1821	761	807	1.034	1.115	1.113 (36)	1.159 (29)
Klöstitz (Cleșfițe)	1815	1.334	2.317	2.518	2.650	2.709 (154)	3.212 (136)
Krasna	1814	1.270	2.501	1.904	2.535	2.540 (23)	2.946 (39)
Kulm (Culm)	1815	1.452	1.282	1.348	1.552	1.547 (46)	1.687 (49)
Leipzig	1815	1.305	1.835	2.060	2.073	2.265 (192)	2.302 (290)
Lichtental	1834	658	1.334	1.655	1.710	1.793 (42)	1.900 (94)
Neu-Arcis	1825	473	811	706	754	871 (14)	849 (8)
Neu-Elft	1827	745	844	784	885	885 (28)	956 (33)
Paris	1816	1.349	2.650?	1.498	1.782	1.577 (137)	1.614 (103)
Sarata	1822	880	1.540	2.373	2.515	1.962 (642)	2.193 (739)
Schabo	1822	307	166	?	386	423 (667)	395 (385)
Tarutino	1814	1.705	4.730	6.119?	4.892	3.692 (2.162)	3.746 (2.151)
Teplitz (Teplîța) 1818	1.123	1.660	1.976	2.136	2.191 (127)	2.460 (226)	
Plotzk	1839	425	405	371	449	327 (14)	318 (16)
Wittenberg	1815	1.131	1.657	1.386	1.435	1.543 (46)	1.451 (63)
		25.150	38.964	41.427	41.476	42.021	44.899

Diese Zusammenstellung entnehmen wir der in Stuttgart erscheinenden Zeitschrift „Deutschtum im Ausland“ (Heft 7/8

1939), wonach bloss für die Umsiedlung der annähernd 50.000 in Muttergemeinden lebenden deutschen Siedler Fürsorge getroffen werden kann.

Laut einer Studie von Dr. Karl Stumpp bestehen ausser den 25 Mutterkolonien noch 118 Tochterkolonien, worin im Jahre 1939 insgesamt 38.100 deutsche Seelen lebten, in einer Gemeinde durchschnittlich 322 Seelen.

STATISTISCHE MITTEILUNGEN.

Auslese aus den Bänden der rumänischen Volkszählung vom Jahre 1930.

In der Zeitschrift der Siebenbürger intellektuellen Jugend, die mit bedeutendem Wissen verfasst wird und zum Andenken an den „grössten Ungarn“ Stefan Széchenyi den Titel „Hitel“ (Kredit) führt, erschien von der Hand Alexander Vita's eine bemerkenswerte Studie: Auslese aus den Bänden der rumänischen Volkszählung vom Jahre 1930. (Tallózás az 1930. évi román népszámlálás köteteiben.)

Der Verfasser betont vor allem, dass im vergrösserten Rumänien die erste, wahrhafte Volkszählung am 29. Dezember 1930 durchgeführt wurde, wir aber mit deren Ergebnis erst jetzt eingehend bekannt werden können aus dem, vor einigen Monaten erschienenen zehnbändigen Werk: „Recensământul general al populației României 1930.“

Alexander Vita weist hierauf nachdrücklich auf die Grundsätze hin, nach welchen die rumänische Volkszählung von 1930 bei der Konskription der Bevölkerung je nach Nationalität und Muttersprache vorging und stellt danach unter anderem mit interessant vorgeführten Tabellen das Ergebnis der Volkszählung dar. Nachstehend geben wir einige derselben wieder.

Die Zergliederung der Bevölkerung Rumäniens je nach Nationalität und Muttersprache.

	Nationalität	%	Muttersprache	%
Rumänen	12,981.324	71·9	13,180.936	73·0
Ungarn	1,425.507	7·9	1,554.525	8·6
Deutsche	745.421	4·1	760.687	4·2
Russen	409.150	2·3	450.981	2·5

	Nationalität	%	Muttersprache	%
Ukrainer Ruthenen	582.115	3·2	641.485	3·6
Szerben, Kroaten, Slovenen	51.062	0·3	47.724	0·3
Bulgaren	366.384	2·0	364.373	2·0
Tschechen, Slowaken	51.842	0·3	43.141	0·2
Polen	48.310	0·3	38.265	0·2
Huzanen	12.456			
Juden, jiddis	728.115	4·0	518.754	2·9
Griechen	26.495	0·1	20.861	0·1
Albanier	4.670		4.247	
Armenier	15.544		11.377	
Türken	154.772	0·9	288.073	1·6
Tataren	22.141	0·1		
Gagauzen	105.750	0·6		
Zigeuner	262.501	1·5	101.015	0·6
Sonstige	56.355	0·3	23.419	0·1
Nicht konstaterbare .	7.114		7.165	
Zusammen . .	18,057.028		18,057.028	

Die Verteilung der Bevölkerung Siebenbürgens nach Muttersprache in 1910 und 1930.

Mutter- sprache	1910		1930		Zuwachs oder Abgang	
	absolute Zahl	%	absolute Zahl	%	absolute Zahl	%
Rumänisch	2,819.405	53·9	3,233.216	58·3	+ 413.811	+ 14·6
Ungarisch	1,663.576	31·8	1,480.712	26·7	- 182.864	- 11·0
Deutsch	556.944	10·6	540.793	9·8	- 16.151	- 2·9
Sonstige	196.380	3·7	293.642	5·2	+ 97.262	+ 49·5
Zusammen	5,236.305	100·0	5,548.363	100·0	+ 312.058	+ 5·9

Die konfessionelle Verteilung der Bevölkerung Siebenbürgens.

	1910		1930		Zuwachs oder Abgang	
	absolute Zahl	%	absolute Zahl	%	absolute Zahl	%
Gr. Orient.	1,808.877	34·5	1,932.356	34·8	+ 123.479	+ 6·8
Gr.-Kath.	1,225.692	23·4	1,385.445	24·9	+ 159.753	+ 13·0
Röm.-Kath.	990.398	18·9	947.351	17·1	- 43.047	- 4·3
Reformierte	696.888	13·3	696.320	12·6	- 568	- 0·1
Lutheranen	263.002	5·0	274.415	5·0	+ 11.413	+ 4·3
Uniten	68.752	1·3	68.330	1·2	- 422	- 0·1
Izraeliten	178.000	3·4	192.833	3·5	+ 14.833	+ 8·4
Sonstige	4.696	0·1	51.313	0·9	+ 46.617	+ 992·0
Zusammen	5,236.305	100·0	5,548.363	100·0	+ 312.058	

*Bevölkerungszuwachs der Siebenbürgischen Städte
zwischen 1910 und 1930.*

Städte	Zahl der Einwohner		Zuwachs oder Abgang	
	1910	1930	Laut Zahl	%
<i>a) Über 50.000 Einwohner</i>				
1. Cluj (Klausenburg) .	60.808	100.844	40.036	+65·8
2. Timișoara (Temesvár)	72.555	91.580	19.025	+26·2
3. Oradea (Grosswardein)	64.169	82.687	18.518	+28·9
4. Arad	67.479	77.181	9.702	+14·4
5. Brașov (Kronstadt) .	41.056	59.232	18.176	+44·3
6. Sătmăre (Sathmar)	34.892	51.495	16.603	+47·6
<i>b) 30.001—50.000 Einwohn.</i>				
1. Sibiu (Hermannstadt)	33.489	49.345	15.856	+47·3
2. Târgu-Mureș (Marosvásárhely)	25.517	38.517	13.000	+50·9
<i>c) 10.001—30.000 Einwohn.</i>				
1. Sighet (Mármarosziget)	23.657	27.270	3.613	+15·3
2. Lugoj (Lugos)	19.818	23.593	3.775	+19·0
3. Turda (Torda)	14.011	20.023	6.012	+42·9
4. Reșița (Resica)	17.384	19.868	2.484	+14·3
5. Carei m. (Grosskarol)	16.078	16.042		36 — 0·2
6. Mediaș (Mediasch)	8.626	15.505	6.879	+79·7
7. Petroșeni (Petrozsény)	12.193	15.405	3.212	+26·3
8. Salonta mare (Nagyszalonta)	15.943	15.297		646 — 4·1
9. Dej (Dés)	11.452	15.110	3.658	+31·9
10. Bistrița (Bistritz)	13.236	14.128	892	+ 6·7
11. Baia m. (Nagybánya)	12.877	13.904	1.027	+ 8·0
12. Sighișoara (Schässburg)	11.587	13.033	1.446	+12·5
13. Alba-Iulia (Karlsburg)	11.616	12.282	666	+ 5·7
14. Sf. Gheorghe (Sepsiszentgyörgy)	8.665	10.818	2.153	+24·8
15. Deva (Déva)	9.256	10.509	1.253	+13·5
16. Gheorgheni (Gyergyószentmiklós)	8.905	10.355	1.450	+16·3
<i>d) 5.001—10.000 Einwohn.</i>				
1. Oravița (Oravica)	11.585	9.585		2.000 — 17·3

Städte	Zahl der Einwohner		Zuwachs oder Abgang	
	1910	1930	Laut Zahl	%
2. Aiud (Nagyenyed) .	8.663	9.478	815	+ 9·4
3. Reginul-Săsesc (Sächsisch-Reegen)	8.920	9.290	370	+ 4·1
4. Şebişul-Săsesc (Mühlbach)	8.504	9.137	633	+ 7·4
5. Caransebeş (Káransebes)	7.999	8.704	705	+ 8·8
6. Odorheiu (Szekelyudvarhely)	10.244	8.518	1.726	- 16·8
7. Zălau (Zilach) . . .	8.062	8.340	278	+ 3·4
8. Orşova (Orsova) . .	8.606	8.159	447	- 5·2
9. Făgăraş (Fogaras) .	6.579	7.841	1.262	+ 19·2
10. Şimleul-Silvaniei (Szilágysomlyó) . .	6.885	7.448	563	+ 8·2
11. Oraştie (Broos) . .	7.672	7.337	335	- 4·4
12. Gherla (Gerla) . . .	6.857	6.608	249	- 3·6
13. Diciosânmartin (Dicsőszentmárton)	4.417	6.567	2.150	+ 48·7
14. Lipova (Lippa) . . .	7.864	6.000	1.864	- 23·7
15. Huedin (Bánffyhungad)	5.194	5.401	207	+ 4·0
16. Târgu-Săcuiesc (Kézdivásárhely)	6.079	5.107	972	- 16·0
e) Städte unter 5.000 Einw.				
1. Mercurea-Ciuc (Csikszereda)	4.914	4.807	107	- 2·2
2. Blaj (Balázsfalva) .	3.667	4.618	951	+ 25·9
3. Hunedoara (Vajdahungad)	5.401	4.600	801	- 14·8
4. Beiuş (Belényes) . .	4.223	4.293	70	+ 1·7
5. Baia-Sprie (Felsőbánya)	4.422	4.127	295	- 6·7
6. Ibaşfalău (Elisabetstadt)	4.408	4.067	341	- 7·7
7. Năsăud (Naszód) . .	3.501	3.512	11	+ 0·3
8. Haţeg (Hátszeg) . .	3.389	3.383	6	- 0·2
9. Abrud (Abrudbánya)	2.938	2.468	470	- 16·0
Zusammen . . 776.262 963.418 197.451 10.295 + 24·1				

Die perzentuale Verteilung der Bevölkerung der siebenbürgischen Städte nach deren Muttersprache in den Jahren 1910 und 1930.

Städte	1910				1930			
	Rumänen	Ungarn	Deutsche	Sonstige	Rumänen	Ungarn	Deutsche	Sonstige
Cluj (Klausenburg) . . .	12·4	83·4	2·4	1·8	34·5	54·3	2·7	8·5
Timișoara (Temesvár) . . .	10·4	39·4	43·6	6·6	26·3	35·5	33·5	4·7
Oradea (Grosswardein) . . .	5·6	91·1	2·2	1·1	25·3	66·6	1·4	6·7
Arad	16·3	73·0	6·9	3·8	37·0	53·3	6·0	3·7
Brașov (Kronstadt) . . .	28·7	43·4	26·4	1·5	32·7	42·2	22·4	3·3
Saturnare (Sathmar) . . .	2·8	94·9	1·8	0·5	27·1	58·9	1·3	12·7
Sibiu (Hermannstadt) . . .	26·3	21·7	50·3	1·7	38·5	13·7	44·7	3·1
Târgu-Mureș (Maros- vásárhely)	6·7	89·3	2·4	1·6	24·6	65·8	1·9	7·7
Sighet (Mármarosziget) . . .	9·3	82·0	5·9	2·8	33·7	25·7	0·7	39·9
Lugoj (Lugos)	31·4	34·6	31·0	3·0	41·2	26·4	28·6	3·8
Turda (Torda)	25·2	71·9	9·7	2·2	39·0	53·1	2·7	5·2
Reșița (Resica)	21·8	15·6	54·3	8·3	29·4	11·2	55·4	4·0
Carei mare (Grosskarol) . . .	1·3	98·1	0·4	9·2	27·6	61·8	1·8	8·8
Petroșeni (Petrozsény) . . .	26·6	63·6	6·8	3·0	45·6	42·2	6·8	5·4
Dej (Dés)	25·4	69·7	3·8	1·1	40·5	36·5	1·0	22·0
Mediaș (Mediasch)	31·6	19·9	44·8	3·7	27·6	26·9	39·3	6·2
Salonta mare (Nagy- szalonta)	4·1	95·4	0·3	9·2	13·1	85·3	0·5	1·1
Baia mare (Nagybánya) . . .	5·2	93·8	9·4	0·6	46·7	41·5	2·1	9·7
Bistrița (Bistritz)	33·7	21·3	44·1	0·9	40·1	10·5	33·1	16·3
Sighișoara (Schässburg) . . .	26·2	24·7	47·3	1·8	34·4	22·8	40·6	2·2
Alba-Iulia (Karlsburg) . . .	44·5	44·9	6·8	3·8	65·6	20·3	5·0	9·1
Gheorgheni (Gyergyó- szentmiklós)	1·7	96·0	1·2	1·1	4·4	91·0	0·7	3·9
Sf. Gheorghe (Sepsi- szentgyörgy)	1·2	96·5	1·8	0·5	18·7	77·3	1·9	2·1
Deva (Déva)	27·9	67·3	3·2	1·6	52·1	40·9	3·7	3·3
Oravița (Oravica)	32·6	12·6	51·1	3·7	68·5	5·2	23·5	2·8
Aiud (Nagyenyed)	22·4	74·9	1·9	0·8	39·9	53·1	2·0	5·0
Șebișul-Săsesc (Mühl- bach)	58·5	10·2	27·5	3·8	70·9	3·8	21·5	3·8
Reginul-Săsesc (Säch- sisch-Reegen)	17·9	40·3	40·9	0·9	19·4	42·1	23·9	14·6
Caransebeș (Karánséb.) . . .	48·9	18·9	30·2	2·0	62·4	7·2	26·6	3·8
Odorheiu (Székely- udvarhely)	1·1	96·5	2·1	0·3	10·9	85·6	2·0	1·5
Orșova (Orsova)	23·4	32·4	34·7	9·5	60·3	11·4	22·4	5·9

Städte	1910				1930			
	Rumänen	Ungarn	Deutsche	Sonstige	Rumänen	Ungarn	Deutsche	Sonstige
Zălau (Zilach)	6.5	92.7	0.2	0.6	24.7	71.1	0.6	3.6
Făgăraş (Fogaras)	33.0	51.0	15.3	0.7	54.9	29.7	13.5	1.9
Şimleul-Silvaniei (Szilágysomlyó)	11.0	87.5	0.3	1.2	30.4	52.3	0.8	16.5
Oraştie (Broos)	40.8	27.9	16.8	5.5	67.9	17.0	12.8	2.3
Gherla (Gerla)	27.4	67.5	2.7	2.4	43.7	37.4	1.0	17.9
Diciosânmartin (Dicső- szentmárton)	21.6	72.6	2.6	3.2	29.8	59.1	2.6	8.5
Lipova (Lippa)	42.3	24.8	30.5	2.4	46.7	19.1	32.5	1.7
Huedin (Bánffyhungad)	8.6	90.4	0.5	0.5	20.8	60.6	0.4	18.2
Târgu-Săcuiesc (Kézdi- vásárhely)	0.8	98.2	0.6	0.4	4.6	93.6	1.2	0.6
Mercurea-Ciuc (Csik- szereda)	1.1	97.0	1.2	0.7	11.9	83.4	1.6	3.1
Blaj (Balázsfalva)	70.7	22.6	6.1	0.6	78.0	15.6	2.5	3.9
Hunedoara (Vajda- hungad)	39.6	54.3	4.1	2.0	60.6	33.1	4.4	1.9
Beiuş (Belényes)	46.7	50.5	1.4	1.4	60.3	32.0	1.0	6.7
Baia-Sprie (Felsőbánya)	5.4	93.8	0.4	0.4	28.2	62.5		9.3
Ibaşfalău (Elisabetstadt)	21.3	53.2	11.2	8.3	40.5	38.0	12.3	9.2
Năşăud (Naszód)	71.5	22.2	5.9	0.4	82.2	2.9	2.1	12.8
Hăteg (Hátszeg)	48.4	46.0	4.3	1.3	67.5	20.5	4.9	7.1
Abrud (Abrudbánya)	57.7	40.0	1.1	1.2	73.4	21.8	1.7	3.1

**Die römisch-katholischen konfessionellen Lehranstalten
der Timişoaraer Diözese im Schuljahr 1939/40.**

Benennung und Ort der Lehranstalt	Gründungs- jahr	Unterrichts- sprache	Zahl der Lehrkräfte	Zahl der Klassen	Lehrsäle	Zahl der Schüler	Bemerkungen
<i>I. Lyzeen</i>							
1. R. k. ungarisches Knabenlyzeum Arad	1919	ungarisch	20	8	12	175	
2. R. k. deutsches Kna- benlyzeum Timişoara	1926	deutsch	29	12	16	546	
3. R. k. „Notre Dame“ Mädchenlyzeum Ti- mişoara	1893	rumänisch	21	8	8	311	

Benennung und Ort der Lehranstalt	Gründungs-jahr	Unterrichts-sprache	Zahl der Lehrkräfte	Zahl der Klassen	Lehrsäle	Zahl der Schüler	Bemerkungen
4. R. k. Piaristen-Lyzeum Timișoara .	1750	rumänisch*	23	8	12	330	* Wöchentlich 3 ungarische Sprachstunden für die Ungarn, Religionslehre in der Muttersprache
II. Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten							
1/a Kath. Deutsche Lehrer-Bildungsanstalt Timișoara . .	1920	deutsch	17	2	4	49	
1/b Übungsschule der Kath. Deutschen Lehrer-Bildungsanstalt Timișoara . .	1926	deutsch	4	7	5	229	
2/a Röm. kath. Lehrerinnen-Bildungsanstalt mit Sektion für Kindergärtnerinnenbildung Timișoara	1881	deutsch	16	4	8	86	
2/b Übungsschule der Röm. kath. Lehrerinnen-Bildungsanstalt Timișoara . .	1905	deutsch	5	7	6	79	
III. Röm. kath. Kinderbewahrerinnen-Bildungsanstalt							
Timișoara	1893	deutsch	*	1	1	13	* Dieselben welche bei II. 2/b tätig sind
IV. Röm. kath. Mädchen-Fortbildungsschule . .							
Timișoara	1890	deutsch	12	3	3	45	
V. Röm. kath. Haushaltungskurs							
Timișoara *	1929	deutsch	8	4	2	42	* Siehe Röm. kath. Mädchen-Fortbildungsschule
VI. Kath. Deutscher Mädchen-Volkshochschulkurs							
Timișoara	1932	deutsch	6	2	2	37	

Benennung und Ort der Lehrans'talt	Gründungs- jahr	Unterrichts- sprache	Zahl der Lehrkräfte	Zahl der Klassen	Lehrsäle	Zahl der Schüler	Bemerkungen
VII. Banater Deut- sche r. k. Landwirt- schaftliche Winter- schule							
Voiteg	1926	deutsch	7	2	3	62	
VIII. Röm. kath. Gymnasien							
A) Mädchengymnasien							
1. Arad Sektion a) .	1916	ungarisch	11	4	7	177	
" b) .	1933	deutsch	11	4	7	74	
2. Jimbolea	1902	deutsch	7	4	4	111	
3. Lipova	1894	deutsch	9	4	4	108	
4. Lugoj Sektion a) .	1892	deutsch	11	4	5	91	
" b) .	1892	ungarisch	11	4	5	74	
5. Periam	1895	deutsch	6	4	8	70	
6. Sännicolau-Mare .	1903	deutsch	7	3	3	46	
7. Timișoara Cetate .	1874	deutsch	14	4	7	143	
" Fabrică	1896	ungarisch	13	4	4	150	
" Iosefin .	1874	deutsch	12	4	8	198	
B) Knabengymnasien							
Deutsches röm. kath. Knabengymnasium							
1. Jimbolia	1932	deutsch	8	4	7	135	
2. Timișoara Cetate .	1920	ungarisch	11	4	5	98	
C) Handelsgymnasium							
Deutsches r. k. Handelsgymnasium							
1. Timișoara	1936	deutsch	14	4	4	170	
IX. Röm. kath. Lehrling-Schule							
Knaben-Lehrlingschule							
1. Timișoara	1939	ungarisch	10	4	4	136	
2. Arad	1939	ungarisch	8	3	3	147	
3. Timișoara-Cetate .	1936	deutsch	19	10	11	416	
4. Giarmata	1939	deutsch	4	3	3	72	

Benennung und Ort der Lehranstalt	Gründungs- jahr	Unte richts- sprache	Zahl der Lehrkräfte	Zahl der Klassen	Lehrsäle	Zahl der Schüler	Bemerkungen
Mädchen-Lehrling- Schule							
5. Timișoara Iosefin .	1939	ungarisch	9	2	2	23	
6. „ „ .	1939	deutsch	7	2	2	47	
X. Röm. kath. Volksschulen							
Mädchenvolksschule							
Timișoara Cetate	1858	deutsch	2	4	2	80	
„ Fabrică Sekt. a)	1863	ungarisch	3	7	2	157	
„ b)	1924	deutsch	2	7	2	92	
Timișoara Iosefin							
Knaben- Sekt. a)	1919	ungarisch	4	7	4	194	
volksschule „ b)	1926	deutsch	3	7	3	129	
Timișoara Iosefin							
Mädchen- Sekt. a)	1881	deutsch	7	7	7	314	
volksschule „ b)	1881	ungarisch	7	7	7	309	
Bacova	1783	deutsch	4	7	4	232	
Freidorf	1800	deutsch	3	7	3	157	
Bobda	1865	deutsch	1	7	1	26	
Comloșul mic	1785	deutsch	3	7	3	143	
Jimbolea	1902	deutsch	2	4	3	77	
Cărani	1805	deutsch	3	7	3	119	
Orșdorf	1784	deutsch	4	7	4	157	
Călăcea	1921	deutsch	1	7	1	19	
Secușigiu	1821	deutsch	1	7	1	39	
Bărăteaz	1846	deutsch	1	7	1	38	
Hodoni	1860	deutsch	1	7	1	56	
Bencecul de sus	1825	deutsch	3	7	3	182	
Ianova	1891	deutsch	1	7	1	30	
Giarmata	1730	deutsch	8	7	8	530	
Giarmata-Oberland . .	1850	deutsch	1	7	1	75	
Lipova Sektion a) . . .	1862	deutsch	2	6	2	64	
„ b)	1862	ungarisch	1	6	1	41	
Mașloc	1771	deutsch	2	7	2	103	
Fibiș Sektion a)	1811	deutsch	1	7	1	36	
„ b)	1928	ungarisch	1	7	1	43	
Neudorf	1776	deutsch	3	7	2	91	
Remetea-Mică	1868	deutsch	2	7	2	106	
Ciavoș	1818	deutsch	2	7	2	75	
Fodorház	1818	deutsch	1	7	1	31	
Johannsfeld	1807	deutsch	3	4	3	110	
Deta Sektion a)	1725	deutsch	6	7	6	270	
„ b)	1929	ungarisch	2	7	2	129	

Benennung und Ort der Lehranstalt	Gründungs- jahr	Unterrichts- sprache	Zahl der Lehrkräfte	Zahl der Klassen	Lehrsäle	Zahl der Schüler	Bemerkungen
Omorul-mic	1900	deutsch	1	7	1	42	
Voit g	1852	deutsch	2	7	2	143	
Folia	1853	deutsch	1	7	1	16	
Bulgaruş	1769	deutsch	4	7	4	196	
Vizejdia	1803	deutsch	1	7	2	58	
Periam-Haulic Knaben	1755	deutsch	4	7	4	195	
" " Mädchen	1856	deutsch	4	7	4	203	
Satunare din Timiş .	1820	deutsch	1	7	1	53	
Comloşul-Mare							
Knabenschule . .	1834	deutsch	1	7	2	31	
Mädchenschule .	1890	deutsch	2	7	2	58	
Lunga	1832	deutsch	1	7	1	49	
Nerău	1807	deutsch	1	7	1	33	
Sănnicolau-German .	1823	deutsch	3	7	3	166	
Sănnicolau-Mare . . .	1832	deutsch	5	7	5	172	
Teremia-Mare							
Knabenschule . .	1920	deutsch	1	2	1	50	
Mädchenschule .	1908	deutsch	3	7	3	136	
Arad Knabenschule .	1929	ungarisch	5	7	6	264	
Mädchenschule .	1917	ungarisch	4	4	5	178	
Aradul-Nou							
Knabenschule . .	1838	deutsch	6	7	6	264	
Mädchenschule . .	1897	deutsch	6	7	5	254	
Sănnicolau-Mic	1868	deutsch	2	7	2	119	
Glogovăţ							
a) Knaben-Abteil.	1782	deutsch	4	7	4	330	
b) Mädchen-Abteil.	1929	deutsch	4	7	4	231	
Nădlac	1832	ungarisch	1	7	1	52	
Zadărlac	1750	deutsch	3	7	3	127	
Engelsbrunn	1768	deutsch	3	7	3	150	
Guttenbrunn	1868	deutsch	4	7	4	197	
Radna	1798	ungarisch	1	7	1	37	
Şagul	1771	deutsch	3	7	4	172	
Schöndorf	1809	deutsch	3	7	4	170	
Traunau	1813	deutsch	3	7	3	110	
Wiesenhaid	1813	deutsch	2	7	2	113	
Pâncota	1815	ungarisch	2	7	3	83	
Sebiş	1860	ungarisch	1	7	1	36	
Silindia	1893	ungarisch	1	7	1	45	
Satu-Mic	1888	ungarisch	2	7	2	73	
Chişineu-Cris	1860	ungarisch	1	7	1	74	
Socodor	1856	ungarisch	1	7	1	26	
Otlaca	1858	deutsch	1	7	1	36	

Benennung und Ort der Lehranstalt	Gründungs- jahr	Unterrichts- sprache	Zahl der Lehrkräfte	Zahl der Klassen	Lehrsäle	Zahl der Schüler	Bemerkungen
Comlăuş	1860	deutsch	3	7	3	292	
Simandul de jos							
Sektion a)	1845	deutsch	1	7	1	67	
" b)	1845	ungarisch	1	7	1	56	
Vârşand	1830	ungarisch	1	7	1	49	
Brestovăţ	1846	deutsch	1	7	1	42	
Lugoj Mädchenschule							
Sektion a)	1874	deutsch	3	4	2	137	
" b)	1874	ungarisch	3	4	2	143	
Recaş	1811	deutsch	3	7	3	134	
Oraviţa	1864	deutsch	2	7	2	75	
Nermet	1790	krasovaner	1	7	1	101	
Iersig	1847	ungarisch	1	7	1	70	
Izgar	1881	ungarisch	1	7	1	36	
<i>XI. Röm. kath. Kindergärten</i>							
Arad	1933	ungarisch	1		2	75	
Aradul-Nou	1897	deutsch	4		5	198	
Beşenova-Nouă	1933	deutsch	4		2	57	
Deta	1885	deutsch	2		2	104	
Guttenbrunn	1899	deutsch	1		2	45	
Jimbolea	1902	deutsch	1		2	54	
Lipova	1927	deutsch	1		2	54	
Lugoj Sektion a)	1926	deutsch	1		2	40	
" b)	1892	ungarisch	1		2	40	
" c)	1931/32	deutsch	1		1	44	
Cărani	1907	deutsch	1		1	33	
Oraviţa	1913	deutsch	1		2	30	
Orşidorf	1912	deutsch	1		1	58	
Periam	1872	deutsch	2		3	125	
Reşiţa	1932	deutsch	1		1	95	
Săcălaz	1927	deutsch	2		2	103	
Sânmartin	1939	deutsch	2		3	120	
Sănnicolau-German	1935	deutsch	1		2	60	
Sănnicolau-Mare	1930	deutsch	1		2	80	
Teremia-Mare	1910	deutsch	1		2	68	
Timişoara Cetate	1932	deutsch	1		2	30	
" Fabrica Sekt. a)	1860	ungarisch	1		2	67	
" " " b)	1929	deutsch	1		2	44	
" Iosefin a)	1890	deutsch	1		2	75	
" " " b)	1890	ungarisch	1		2	60	
Variaş	1928	deutsch	1		2	70	

Statistischer Ausweis der Schulen und Lehrkräfte

Laufende Zahl	S C H U L A R I										L E H R K R Ä F T E									
	Unterrichtssprache						an Schulen mit rum. Unterrichtssprache				an Schulen mit an. ungarisch. Unterrichtsspr.									
	rumänisch	deutsch	rum.-deutsch	ungarisch	mit deutscher u. ung. Abteilung	krassovener	Zusammen	kirchliche	weltliche	Zusammen	kirchliche	weltliche	Zusammen	kirchliche	weltliche	Zusammen	krassovener	Zusammen		
1	Lyceen	2	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30	55	85
2	Lehrer- u. Lehrerinnenbildungsanstalt.	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15	11	26
3	Kinderbewahrerinnenbildungsanstalt.	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4	Mädchen-Fortbildungsschule	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	2
5	Hauswirtschaftsschule	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	2	6
6	Mädchen-Volkshochschulkurs	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	2	5
7	Landwirtschaftliche Winterschule	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	6	7
8	Knaben- u. Mädchengymnasien	—	7	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	55	48	103
9	Handelsgymnasium	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	7
10	Lehrlingsschulen	—	3	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	16	22
11	Schülerheime	—	14	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14	4	18
12	Volksschulen	—	54	—	13	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	66	148	214
	Kindergärten-Kinderhorter	—	19	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24	10	34
	Zusammen	2105	122	15	3	—	146	27	12	39	150	225	375	43	71	114	—	1220	309	529

GLASUL MINORITĂȚILOR LA VOIX DES MINORITÉS DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL
ANNÉE
JAHRGANG

XVIII.

SEPTEMVRIE - OCTOMVRIE
SEPTEMBRE - OCTOBRE
SEPTEMBER - OKTOBER

1940.

NUMĂRUL
NUMÉRO
NUMMER

9-10

DECRETE REGALE MIHAI I.

*Prin grația lui Dumnezeu și voința națională,
Rege al României,*

La toți de față și viitori, sănătate :

Am decretat și decretăm :

1. Statul Român devine Stat Național Legionar.

2. Mișcarea Legionară este singura mișcare recunoscută în noul Stat având ca zel ridicarea morală și materială a poporului Român și dezvoltarea puterilor lui creatoare.

3. D-l General Ion Antonescu este conducătorul Statului Legionar și Șeful Regimului Legionar.

4. D-l Horia Sima este Conducătorul Mișcării Legionare.

5. Cu începere dela data acestui înalt decret, orice luptă între frați încetează.

Dat la București, la 14 Septemvrie 1940.

MIHAI.

Conducătorul Statului Român

și

Președintele Consiliului de Miniștri

General ION ANTONESCU.

Nr. 3.151.

Junger Kopf und starke Hand.

Inmitten der, auf die Nationen hereinbrechenden Schicksalsschläge – so lehrt uns die Weltgeschichte – haben die neuen Regierungssysteme fortan und überall die Urheber der Schläge gesucht, die ihrer Auffassung gemäss Versäumnisse oder sonstige Vergehen belasteten, worauf diese vor den Richterstuhl der Nation gewiesen wurden.

Bei Regierungssystemen ohne tatsächliche Volksvertretung obliegt jegliche Verantwortung naturgemäss dem höchsten Faktor der Staatsgewalt: dem Staatsoberhaupt und dessen unmittelbaren Ratgebern, weshalb auch sie es sind, die zur Verantwortung gezo-gen werden.

Dies war neuerlich in Rumänien der Fall.

Es gereicht uns zur Beruhigung und mag in aller Welt guten Eindruck hervorgerufen haben, dass die Schritte zu dieser Abrechnung zu keinen blutigen Ausschreitungen führten und dennoch eine ganz neue Lage schufen, einen geraden, klaren Weg, auf dem ein junger König und ein allbekannt starker und entschlossener hervorragender Soldat die Nation einer glücklicheren Zukunft entgegenführen wollen.

Auf uns, die wir die Absichten der Staatsmacht am wenigsten kennen, übten deren zwei erste Verfügungen tiefen Eindruck aus. Erstens offenbarte der Vollstrecker der Staatsgewalt den Völkern des Landes unverhohlen die Lage, bekannte mit aufrichtigem Sinn den Bruch seines eigenen Schwures, wozu ihn das Staatsinteresse gezwungen hatte; zweitens gab er dem jungen König, der den Tron in so verhängnisvollen Zeiten betrat, seine verehrte Mutter zurück und mit ihr seine stärkste moralische Stütze.

Es ist nicht anzunehmen, dass es unter den politischen Kämpfern oder jenen mit Waffen jemand gäbe, auf den diese männliche Offenheit und dies menschlich-familiäre Gefühl nicht tiefen Eindruck ausübte.

Wenn das gesamte Regierungssystem von solcher Offenheit und so sittlichem, humanen Sinn durchdrungen sein wird, dann können die Völker Rumäniens zuversichtlich hoffen, dass ihnen eine schönere, glücklichere Zukunft bevorsteht.

Wieder in Wien.

Von: **Dr. Elemér Jakabffy.**

In Wien residierte Jahrhunderte lang die Verkörperung einer Macht, die sich das „Heilige Römische Reich deutscher Nation“ nannte, als Rechtstitel dieser Macht aber galt die Gnade Gottes.

Dieses Reich war weder deutsch geartet noch römisch, weder war es ein Reich und am allerwenigsten – heilig. Der Rechtstitel zu seiner Macht kam auch nicht von Gottes Gnaden – in dem Sinne, wie ihn deren Träger glauben machen wollten –, sondern eine patrimoniale Lebensauffassung und um Wallensteins angebliche Worte zu gebrauchen: „In meinem Lager liegt Österreich!“

Dieses Lager, welches Deutsche, Italiener, Spanier, Franzosen, Ungarn, Tschechen, Slawen, Rumänen und noch eine Menge Volkssöhne vereinte, dies war die wirkliche Grundlage der Macht des Kaisertums und berufen war es, unter den kleineren Mächten zu vermitteln, zu begütigen, zu hemmen und zu ordnen.

Und weil dies seine Berufung war, geriet es mit sich selbst in Zwiespalt als es neben die Kaiserkrone noch einige königliche reihte. Die Königskronen bedeuteten unter einander gegensätzliche nationale Auffassungen und Interessen, wodurch zum Beispiel wenn der, in einer Person Kaiser, ungarischer und böhmischer König seinen kaiserlichen Beruf versah, entweder gegen den, durch das ungarische, oder das böhmische Königtum vertretenen Gedanken verstieß, was stufenweise, aber unaufhaltsam zum Untergang seines Ansehens führte.

Die Kriegsscharen Napoleons zerstreuten das Lager Wallensteins und der Hochmut des französischen Diktators liess auch den Titel des heiligen römischen Reiches deutscher Nation niederlegen. Als an dessen Stelle das österreichische Kaisertum in Wien erhoben wurde, keimte schon jener Gedanke, den man im heutigen Sinne den nationalen nennt. Damit war dem österreichischen Kaisertum eine neue Aufgabe erwachsen: es musste unter den, zu nationalem Bewusstsein erwachten Völkern des Donautales vermitteln, ausgleichen, hemmen und ordnen.

Leider konnte die neue kaiserliche Macht mit dem Sitz in Wien diese Aufgabe nicht erfüllen. Um sich noch einige Zeit

behaupten zu können, wiegelte sie, statt zu vermitteln und zu hemmen die, von der Nationalidee erhitzten Völker zum Wett-eifer, ja Bruderhass auf.

Dieser selbst geschürte Wett-eifer und Hass brachte das zweite, das österreichische Kaiserreich zu Fall.

Die jetzt nun neu erwachte Macht in Wien aber ist wahrlich deutsch von Art, wahrhaftig Reich und bezeugt Kraft. Als in Rom ein ebensolcher Machtfaktor entstand und diese beiden sich vereinten, ergab sich für die neue deutsch-römische Macht die selbe Rolle, wie für die vorherigen zwei untergegangenen Kaiserreiche: vermitteln, begütigen, hemmen und ordnen unter den kleineren Machtträgern, unter den zu vollem Nationalbewusstsein erwachten Völkern.

Wie die vereinten römisch und deutschen Reiche diese Rolle erfüllen werden, bleibt der Zukunft vorbehalten.

Der ungarische Ministerpräsident über die Nationalitätenpolitik Ungarns.

Der Liberalismus, der gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts auch in Ungarn auf die Geister einen massgebenden Einfluss ausübte, hat übergangsweise den ungarischen Charakter verfälscht. Betäubt von einzelnen äusserlichen Errungenschaften und Eroberungen liess man sich von einem oberflächlichen und unbegründeten Optimismus hinreissen, der den Geist mit dem Stoff und das Ziel mit den Mitteln verwechselte. Demzufolge entstanden zwischen der staatserhaltenden Nation und den Nationalitäten Spannungen, die sich nach dem Weltkriege für Ungarn und für das Ungartum unliebsam auswirkten. In den Leiden der blutigen Herrschaft Béla Kuns und der Nachkriegszeiten geläutert, fand der ungarische Genius wieder zu seinem besseren Ich zurück. Seit 20 Jahren verkünden alle massgebenden Politiker Ungarns die Politik des Staatsgründers Ungarns, Stephans des Heiligen, deren kurzer Inhalt ist: *Suum cuique, jedem das Seine.*

Diesen Geist verkündeten aber auch alle ungarischen Redner aus Anlass des Einzugs der ungarischen Truppen nach Siebenbürgen. Alle Redner haben, dem gesunden Urinstinkt des

ungarischen Charakters folgend, verkündet, dass sie durch die Liebe den Beweis der staatspolitischen Befähigung erringen wollen.

Insbesondere Ministerpräsident Graf Paul Teleki hat diesen Geist mit stets schärfer gewordener Betonung verkündet. Schon im Karpatenland hat er über die Minderheitenfrage Wendungen gebraucht, die in der ungarischen Politik bis dahin unbekannt waren. Im Gegensatz zu seinem Vorgängern liess er den Worten aber auch die Taten folgen. Die Rückkehr Siebenbürgens hat seiner Auffassung in der Minderheitenfrage eine neue Farbe und einen neuen Ton verliehen. Das Problem ist mit der Rückkehr Siebenbürgens noch aktueller und der Ton des Ministerpräsidenten noch entschiedener geworden. Dies geht u. a. aus allen seinen Äusserungen hervor, die er im Zusammenhang mit Siebenbürgen zur Aufklärung der Öffentlichkeit tut. Insbesondere scharf und eindeutig hat er seine Auffassung in einem Aufsatz formuliert.

In diesem Aufsatz schreibt der Ministerpräsident u. a.:

Durch die Rückkehr eines Teiles von Siebenbürgen ist unsere jahrhundertalte Berufung im Donaubecken wieder um einen neuen Ruck vollgültiger geworden. In bezug auf die Leitung des mehrsprachigen Landes sind unsere Aufgaben nur mehr unmittelbarer und grösser. Vom ungarischen Gesichtspunkt aus nennen wir das St. Stephans-Aufgabe, modern international heisst es: Nationalitätenfrage. Mit dem zurückgegliederten Landesteil ist auch über eine Million des Rumänentums zurückgekehrt.

Ungarn, Székler, Sachsen und Rumänen haben Jahrhunderte hindurch in diesem Lande zusammen gelebt. Für alle von ihnen ist dieser Boden „das Vaterland“. Ich betrachte nur jene als Ausnahmen, die es seit dem 30. August des Jahres 1940 als „neues Vaterland“ ansehen. Gewiss, jene, die seit Jahrhunderten hier zusammen lebten, erwachten nicht in einem neuen Vaterland und wir, die wir diesen 22 jährigen kurzen Moment der Geschichte nicht hier verbrachten, kamen nicht in ein neues Vaterland zurück.

Die Nationalitäten werden wir mit grösstem Wohlwollen behandeln und leiten, wie eine gute, strenge Mutter. Das Wesen der Nationalitätenfrage erblicke ich nicht in der Theorie, sondern in der Praxis, das Wesen der Verwaltung in der unmittel-

baren Berührung mit den Menschen. Hiezu bedarf es in erster Reihe, dass die Verwaltungsbeamten und überhaupt die Leiter die Sprache des Volkes sprechen und soziales Empfinden haben. Alldies werde ich im Auge behalten. Wir haben auch internationale Verpflichtungen übernommen, jedermann gleichmässig zu behandeln.

Dessen hat es gar nicht besonders bedurft, weil dies auch der Standpunkt der ungarischen Regierung ist. Ich will nur noch im Zusammenhang hiemit das eine bemerken: die Armen, Unterdrückten müssen – wie in jeder Gesellschaft – von den Leitern, von der Regierung und der Gesellschaft besonders gestützt werden. In den verflossenen 20 Jahren waren es jedoch die Ungarn, bei denen es grosse Massen der Heimgesuchten gab, materiell und geistig gleichermassen.

Das deutsche Schulwesen in einem neuen Entwicklungsabschnitt.

„Auf dem Wege zu der neuen deutschen Schule“ betitelt sich ein Aufsatz im S. D. T., in welchem Schulrat Gustav Rösler von den Erleichterungen spricht, die durch die letzten Verfügungen dem deutschen Schulwesen eingeräumt wurden. Es sind dies Massnahmen, die einerseits von dem guten Willen des neuen Regimes zeugen und andererseits die Drosselung der deutschen Schulerziehung starkt mildert. Durch diese Verfügungen und jene, die ihnen hoffentlich noch folgen, wird das Recht anerkannt, „die Kinder des deutschen Volkes in einer freien öffentlichen Schule auf arteigene Weise gemäss den Idealen des deutschen Volkes zu erziehen.“

Als eine der Neuerungen, wurde festgelegt, dass der Unterricht der rumänischen Sprache zwar auch in der Zukunft in der 3. Volksklasse zu beginnen hat, doch ist er in der 3. und 4. Klasse nur als Konversation in je zwei Wochenstunden zu erteilen. Im Kindergarten entfällt die rumänische Konversation.

Die Geschichte und Erdkunde Rumäniens wird nicht mehr in rumänischer, sondern in der deutschen Muttersprache unterrichtet.

Der Unterricht der französischen Sprache ist aus den ersten vier Klassen des Lyzeums ausgeschaltet worden. Über-

gangweise wird im Schuljahr 1940 bis 1941 in der 3. und 4. Klasse noch je eine Stunde in der Woche französischer Unterricht erteilt, vom Schuljahr 1942-43 an wird er erst in der 5. Klasse beginnen oder vielleicht durch eine andere moderne Sprache ersetzt werden. Die 8. Klasse hat ebenfalls keinen französischen Unterricht.

In den Seminaren ist, sowohl die französische wie auch die lateinische Sprache von diesem Schuljahr an nicht mehr Unterrichtsgegenstand. Die damit gewonnenen Unterrichtsstunden werden zur Vermehrung der bisher sehr gekürzten Unterrichtszeit für deutsche Sprache verwendet, für die Erhöhung der Stundenzahl in Gegenständen, die bisher zu wenig bedacht waren, und schliesslich zur Herabminderung der ohnehin zu hohen Stundenzahlen.

Ein weiterer Schritt ist die Genehmigung, dass den Deutschen die eigene Lehrplangestaltung im Rahmen der allgemeinen Bestimmungen der Schulgesetze zugestanden worden ist. Das Bakkalaureat wird in deutscher Sprache von Prüfungskommissionen abgenommen, die aus eigenen Professoren gebildet werden. An deutschen Lyzeen können wieder Privatschüler aufgenommen, sowie Privat- und Differenzprüfungen abgehalten werden.

Die deutschen Hochschüler, die an Universitäten im Reich studierten und dort die Jahresprüfungen ablegten, können in das folgende Studienjahr einer heimischen Universität ohne weiteres aufgenommen werden. Darüber hinaus wird das an einer deutschen Hochschule erworbene Doktorsdiplom ohne jede weitere Prüfung und ohne Zahlung irgendeiner Taxe gleichgestellt. Diese Regelung ermöglicht nun wieder den Besuch deutscher Universitäten für alle deutschen Studierenden.

Den Lehramtskandidaten, die an konfessionellen Schulen unterrichten wollen, ist die Erleichterung eingeräumt worden, die Befähigungsprüfung, die bisher mit den grössten Schwierigkeiten verbunden war, vor einer besonderen Kommission abzugeben, der auch zwei eigene Professoren angehören. Die Kandidaten können sich bei der Prüfung aushilfsweise auch der deutschen Sprache bedienen.

Diese Neuordnungen - schreibt Schulrat Rösler, berechtigenden dazu, vom „Wege zu der deutschen Schule“ zu sprechen. Die ersten Schritte sind getan. Es werden die weiteren folgen,

denn es war, ist und bleibt unser Ziel, die volle Wiederherstellung unseres deutschen Schulwesens auf autonomer Grundlage. Dazu gehört auch, dass der Staat uns ausreichende Mittel für Erhaltung und Ausbau unserer deutschen Schule zur Verfügung stellt, auf die wir unbestreitbaren Rechtsanspruch haben."

Deutsche Volksgruppe unterstützt die neue Staatsführung.

Der Volksgruppenführer richtet folgenden Aufruf an die deutsche Volksgruppe in Rumänien :

Die Einstellung der deutschen Volksgruppe zum rumänischen Staat ist durch die Tatsache bestimmt, dass sich Rumänien unter der Legionärregime restlos in das von Deutschland geführte politische System eingliedert hat. Die Wiederaufrichtung und Festigung des Landes liegt im gemeinsamen deutschen und rumänischen Interesse. Daher ist es die Pflicht unserer Volksgruppe, die rumänische Staatsführung in ihrer schweren Aufgabe mit allen Kräften zu unterstützen.

Die deutsche Volksgruppe übernimmt im vollen Bewusstsein ihrer gesamt-deutschen Verantwortung die selbstverständliche Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber dem Staate. Ich habe in einer Unterredung mit dem Staatsführer und Ministerpräsidenten, General Ion Antonescu die Grundsätze der Mitarbeit unserer Volksgruppe im Staate festgelegt. Der Staatsführer wird dafür sorgen, dass den Angehörigen der deutschen Volksgruppe von seiten der rumänischen Stellen eine Behandlung zuteil wird, wie sie ihnen als Deutschen zukommt. Dies gilt besonders für die Behandlung der Deutschen in der rumänischen Armee, wo bisher die deutschfeindliche Einstellung des früheren Regimes in Demütigungen unserer Volksgenossen durch militärische Organe zum Ausdruck kam. Die Staatsführung hat sich ein Programm der Neuaufrichtung und des Wiederaufbaues des durch eine volksfeindliche Führung geschädigten Landes gestellt, jedoch können nicht alle in zwei Jahrzehnten dem Lande zugefügten Schäden in wenigen Tagen gutgemacht und die Erziehung der Massen und der untergeordneten Organe zu einer deutschfreundlichen Haltung mit einem Schlag durchgeführt werden.

Der Staatsführer ordnete in einer Verfügung an die Armee an, die Deutschen so zu behandeln, wie es den freundschaftlichen Beziehungen zum deutschen Volk und den gemeinsamen Zielen entspricht. Er verfügte ausserdem eine Amnestie für jene Volksgenossen, die infolge der ungeklärten Lage ihrer Militärdienstpflicht sowie den Anforderungen bei den Requirierungen nicht nachgekommen sind.

Ich habe angeordnet, dass alle Volksgenossen, die einen Stellungsbeehl erhalten haben, sich sofort zur Dienstleistung zu stellen haben. Die Dienststellen der Volksgruppe sind verpflichtet, die Durchführung dieser Anordnung zu überwachen, und die Volksgenossen darüber aufzuklären, dass sie im Interesse einer höheren Ordnung selbst ein Opfer zu bringen haben, und dass ihre Stellung als Deutsche im Heer geachtet werden wird.

Die höheren Interessen unserer Zeit fordern von uns Disziplin einem Staate gegenüber, der für immer an der Seite Deutschlands stehen wird.

Andreas Schmidt
Volksgruppenleiter

Zwei Bürgermeister- und zehn Vizebürgermeisterposten für die deutsche Volksgruppe in Rumänien.

Nach einer Mitteilung der Pressestelle der Führung der deutschen Volksgruppe in Rumänien hatte der Volksgruppenführer Andreas Schmidt vergangenen Montag in Bukarest mit dem Vizepräsidenten des Ministerrates und Kommandanten der Legionärsbewegung Horia Sima und dem Generalsekretär im Innenministerium Dr. Biriş Unterredungen über die Frage der deutschen Bürgermeister in den Städten Siebenbürgens und des Banats. Auf Grund dieser Unterredung wurden der deutschen Volksgruppe in Rumänien die Bürgermeisterposten in Hermannstadt und Mediasch, sowie die Vizebürgermeisterstellen in Kronstadt, Schäsburg, Temesvar, Arad, Resica, Karansebes, Orsova, Lippa, Lugos und Oravica zugesprochen.

Decret-lege pentru ratificarea tratatului între România și Bulgaria, semnat la Craiova la 7 Sept. 1940.

Traité entre la Roumanie et la Bulgarie.

Sa Majesté le Roi de Roumanie d'une part, et

Sa Majesté le Roi des Bulgares d'autre part, animés du désir de régler dans un esprit de compréhension mutuelle toutes les questions ayant trait aux rapports entre les deux États et de créer les bases positives en vue d'une collaboration amicale entre Leurs peuples, en contribuant ainsi au raffermissement de la paix en Europe sud-orientale ;

Ont résolu de conclure un Traité à ces fins et ont désigné pour Leurs Plénipotentiaires, savoir :

Sa Majesté le Roi de Roumanie :

Monsieur *Alexandre Cretzianu*, Ministre Plénipotentiaire :

Monsieur *Henri Georges Meitani*, Conseiller Juridique auprès du Ministère Royal des Affaires Étrangères de Roumanie ;

Sa Majesté le Roi des Bulgares :

Monsieur *Svetoslav Pomenov*, Ministre Plénipotentiaire ;

Monsieur *Theokhar Papazoff*, Juge ad-hoc à la Cour Permanente de Justice Internationale ;

Lesquels après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes :

Article I.

Dans la secteur compris entre le Danube et la Mer Noire, la frontière entre la Bulgarie et la Roumanie sera désormais établie de manière à suivre le tracé indiqué dans le Protocole annexé au présent article (Annexe A.). Ce Protocole fait partie intégrante du présent Traité.

Les modalités de mise en application du présent article font l'objet d'un accord spécial entre les Hautes Parties Contractantes (Annexe B.).

Article II.

Sur base du Présent Traité, les Hautes Parties Contractantes déclarent solennellement la frontière établie entre elles comme étant définitive et perpétuelle.

Chacune des Hautes Parties Contractantes s'engage par conséquent à ne jamais formuler de prétention d'ordre territorial contre l'autre Haute Partie Contractante.

Article III.

Les Hautes Parties Contractantes sont d'accord pour procéder dans un délai de trois mois à partir de l'échange des instruments de ratification du présent Traité, à l'échange obli-

gatoire entre les ressortissants roumains d'origine ethnique bulgare des départements de Tulcea et de Constantza (ce dernier dans sa délimitation antérieure au 14 juin 1925) et les ressortissants roumains d'origine ethnique roumaine des départements de Durostor et de Caliacra.

En ce qui concerne les ressortissants roumains d'origine ethnique bulgare et les ressortissants bulgares d'origine ethnique roumaine des autres régions de la Roumanie et de la Bulgarie, l'immigration dans leur pays d'affinité ethnique reste facultative, dans un délai d'un an à partir de l'échange des instruments de ratification du présent Traité.

Toutefois il est entendu que le Gouvernement Roumain pourra décréter l'émigration obligatoire en Bulgarie d'un nombre de ressortissants roumains d'origine ethnique bulgare égal à celui des ressortissants bulgares d'origine ethnique roumaine, qui auraient exercé leur faculté d'émigrer conformément à l'alinéa précédent, — le Gouvernement Bulgare s'engageant à recevoir sur son territoire les dits ressortissants roumains d'origine ethnique bulgare.

Réciproquement, le Gouvernement Bulgare pourra décréter l'émigration obligatoire en Roumanie d'un nombre de ressortissants bulgares d'origine ethnique roumaine égal à celui des ressortissants roumains d'origine ethnique bulgare qui auraient exercé leur faculté d'émigrer conformément à l'alinéa deux du présent article, — le Gouvernement Roumain s'engageant à les recevoir sur son territoire.

Les questions techniques relatives au transfert de populations font l'objet d'un Accord spécial entre les Hautes Parties Contractantes (Annexe C.).

Article IV.

Les questions d'ordre financier dérivant du présent Traité font l'objet d'un Accord spécial entre les Hautes Parties Contractantes (Annexe D.).

Article V.

Les biens ruraux — propriétés bâties et non-bâties — situés dans les Départements de Durostor et de Caliacra (dans leur délimitation antérieure au 14 juin 1925), acquis selon les lois roumaines et appartenant à tous les Roumains qui ne sont pas compris dans le transfert de populations, pourront être volontairement et librement liquidés par leurs propriétaires, sans entrave résultant des dispositions législatives ou administratives bulgares, dans un délai de 18 mois à partir de l'échange des instruments de ratification du présent Traité.

Après ce délai, les autorités bulgares pourront exproprier ces propriétés, contre une juste et préalable indemnité, établie d'après les évaluations faites par la Commission Mixte pour l'échange des populations.

Article VI.

Il est créé une Commission Mixte composée de trois membres roumains et trois membres bulgares à laquelle seront déferées toutes les questions relatives à l'application du présent Traité pour la solution desquelles n'aurait pas été prévue une procédure spéciale.

La dite Commission aura son siège à Giurgiu et se réunira dans un délai de trois jours après l'échange des instruments de ratification du présent Traité.

Si la Commission Mixte n'arrivait pas à trouver la solution d'une question dans un délai de 10 jours à partir du moment où elle en aurait été saisie, ladite question sera soumise, à la demande de l'une des Délégations à la Commission Mixte, aux deux Gouvernements, pour être résolue par la voie diplomatique.

Si dans un nouveau délai de deux mois à partir du moment où l'un des deux Gouvernements aura été saisi par sa Délégation à la Commission Mixte, les pourparlers par la voie diplomatique n'aboutissaient pas à un Accord, le différend sera soumis à l'arbitrage.

Chacune des Hautes Parties Contractantes désignera un arbitre. Les deux arbitres se mettront d'accord pour la désignation d'un sur-arbitre.

En cas de désaccord, le choix du sur-arbitre sera confié à une Puissance tierce désignée de commun accord par les Hautes Parties Contractantes.

Article VII.

Le présent Traité sera ratifié. L'échange des instruments de ratification aura lieu à Bucarest jusqu'au 15 septembre 1940 au plus tard.

Fait à Craiova le sept Septembre 1940 en double exemplaire.

Pour la Roumanie :

AL. CRETZIANU.

HENRI GEORGES MEITANI.

Pour la Bulgarie :

S. POMENOV.

TH. PAPAHOFF.

Preluarea de către Stat a bunurilor rurale evreești.

În ziua de 7 Octombrie s'a executat în toată țara preluarea de către Stat a bunurilor rurale evreești expropriate prin recentul Decret de expropriere. S'au luat măsurile ca aceste operațiuni să decurgă în cea mai perfectă ordine.

Autoritățile județene și polițiile legionare au concurat la buna reușită a acestei vaste lucrări.

D. Corneliu Georgescu, Subsecretar de Stat al colonizării și populației evacuate, a dat toate instrucțiunile organelor în subordine.

Cu privire la ordinea și disciplina care trebuie să însoțească acțiunea de preluare, Subsecretariatul colonizărilor a comunicat într-o circulară adresată prefectilor următoarele :

„Împreună cu organele Dvs. administrative, polițienești și jandarmerești și cu concursul poliției legionare, veți lua toate măsurile ca populația să nu se agite pe chestiunea exproprierei acestor bunuri, să nu caute să pună stăpânire pe ele sau să se atingă de persoana proprietarilor expropiați. Măsura luării în posesie, trebuie executată cu multă energie, dar și cu multă demnitate. Se demonstrăm că Statul Legionar își ia în primire, ca stăpân, drepturile cari i-au fost furate, deci cei cari procedează la luarea în primire să fie pătrunși de gravitatea și solemnitatea clipei. În această zi de 7 Octomvrie, pornim cu pași hotărâți spre realizarea unei frânturi din visul Căpitanului. Glia românească robită, adăpată din plin cu sânge legionar, tresaltă de bucurie. Se scutură de jugul asupritorului străin. Fiți mândri deci, și gravi !

Cei însărcinați cu luarea în primire să muncească cu sârg, ca albina, ajutați de autorități. Legionarii să serbeze acest început de biruință cântând, încolonați, în aspră disciplină, gata de a interveni deîndată față de oricine ar căuta să turbure solemnitatea clipei.

Să știe toți, și legionari și nelegionari, că bunurile expropriate sunt proprietatea Statului. A te atinge de ele înseamnă a jefui Statul Legionar de drepturile lui. Statul va avea grije ca să distribue, după planul stabilit, aceste bunuri, celor pe cari îi va afla mai îndreptățiți”.

Contractele de arendare către evrei a terenurilor proprietatea neevreilor, s'au anulat prin efectul legii. Proprietarii să procedeze de urgență la luarea în primire și la efectuarea lucrărilor agricole necesare, altfel se vor expune să fie scoși din posesiunea bunurilor pe cari până acum le-au lăsat pe mâini străine, iar acum le-ar lăsa în nelucrare, păgubind economia națională.

În Statul Legionar, nimeni nu are dreptul la existență decât acel care muncește și nimeni nu are drept la posesie, decât acel care produce.

Atragem serios atenția asupra consecințelor grave pe care le-ar avea lipsa de activitate în acest domeniu, care interesează așa de profund economia națională.

Toate terenurile rurale evreești au fost lovite de indisponibilitate prin art. 11 din Legea publicată în Monitorul Oficial

No. 103 din 9 August 1940. Instrăinarea acestor bunuri nu s'a putut face în mod valabil, decât prin exercitarea dreptului de preemțiune al ministerului agriculturii. Orice instrăinare făcută împotriva dispozițiilor legii de mai sus, cât și împotriva legii pentru exproprierea bunurilor rurale, este nulă.

Toți românii sunt rugați să semnaleze Prefecturilor de județe sau Subsecretariatului de Stat al colonizării și populației evacuate, orice abatere sau scăpări din vedere cari, împotriva dispozițiilor Decretului pentru expropriere, ar fi dus la ne luarea de către organele însărcinate de noi, a vre-unei proprietăți evreești. Ni se vor arăta, în aceste cazuri: numele proprietarului, locul și suprafața terenului nepreluat.

Situația evreilor în învățământ.

Situația evreilor în învățământul de toate gradele a fost stabilită, printr'o decizie a ministerului educației, astfel:

Învățământul primar.

În școlile primare de stat pot fi înscriși fii ai evreilor de categoria II a decretului-lege privitor la starea juridică a evreilor, în limita locurilor disponibile, după înscrierea tuturor elevilor creștini.

Comunitățile evreești pot înființa, cu aprobarea și controlul ministerului, grădini de copii și școli primare confesionale. Înființarea și funcționarea acestor școli se va face după prevederile legii învățământului particular și ale unui regulament special. La școlile întreținute de comunitățile religioase pot funcționa învățători evrei, cu calificare legală, autorizați de ministerul educației naționale. Limba română, istoria și geografia trebuie să fie predate de învățători români numiți de minister și plătiți de comunitate.

Pentru pregătirea personalului didactic evreesc, se vor înființa și întreține de către comunități școlile normale necesare, cu profesori români, afară de cei de religie și limba ebraică.

Înființarea și funcționarea acestor școli normale vor fi stabilite în regulamentul special. Manualele vor fi cele oficiale, aprobate de ministerul educației naționale. Când se va simți nevoia unor adaptări speciale, ele vor fi supuse spre aprobare ministerului, iar cheltuețile necesitate de eventuale modificări vor fi suportate de comunitate.

Învățământul secundar.

În învățământul secundar de stat — licee și gimnazii — se înscriu întâi elevii români creștini, în ordinea prevăzută de lege, apoi elevii evrei din categoria II a decretului-lege privitor la statutul evreilor și, dacă mai rămân locuri libere, pot fi înscriși

evrei din celelalte categorii Cei din categoria I și III vor fi supuși la taxe speciale, fixate de comitetul școlar.

În nici un caz procentul total al evreilor nu poate depăși procentul de 6 % pe clasă.

În liceele model pe ținut, în liceele de aplicație ale școlilor normale superioare, precum și în orice altă școală secundară cu caracter special nu pot fi înscriși elevi evrei.

Dispozițiile art. 6 se aplică și școlilor particulare românești, cu excepția școlilor particulare confesionale creștine, care nu pot înscrie, sub nici un cuvânt, elevi evrei.

Pentru elevii evrei, cari nu au putut fi înscriși în școlile prevăzute mai sus, se vor putea înființa licee și gimnazii susținute de comunitățile respective, în condițiunile legii învățământului particular și după prevederile regulamentului special.

În aceste școli corpul didactic poate fi evreu, cu precădere pentru profesorii cari au servit în învățământul de stat și pentru cei din categoria II a decretului-lege privitor la statutul evreilor.

Ei trebuie să aibă calificarea legală și să fie recomandați de comunitatea susținătoare a școlii pentru a obține autorizația ministerului educației naționale.

În școlile secundare evreești materiile de disciplină națională — limba română, istoria, geografia, dreptul — vor fi predate de profesori români numiți de ministerul educației naționale.

Nici una din aceste școli nu are drept de publicitate. Se vor revizui toate autorizațiile acordate până în prezent.

Corpul profesoral, prevăzut la art. 10, se va recruta prin examen special de capacitate, la care pot fi înscriși licențiații evrei ai facultăților de litere și științe, cu o practică pedagogică de doi ani, pe lângă profesori desemnați de ministerul educației naționale.

Până la epuizarea tablourilor de capacitate existente, se vor numi în ordinea lor, profesorii de pe aceste tablouri.

Directorii pot fi propuși de comunități dintre profesori evrei dela categoria II, pentru a li se acorda autorizația cuvenită.

Înlocuirea directorilor se face numai de ministerul educației naționale.

Manualele vor fi numai cele aprobate pentru învățământul de Stat.

În învățământul de Stat sau particular, de orice categorie și de orice grad, nu sunt îngăduite manuale de autori evrei, singuri sau în colaborare cu creștini, precum nici cărți, caete, tablouri sau orice fel de material didactic alcătuit sau editat de evrei, singuri, în colaborare sau în tovărășie. Actualele manuale tipărite de editori evrei sunt îngăduite, până la epuizarea stocului ediției existente.

Elevii evrei înscriși anul acesta (1940 — 1941) în clasele de bacalaureat pot continua, în proporția de 6 %, în ordinea mediilor.

Pe viitor se vor aplica normele generale din această decizie.

Învățământul profesional.

În școli profesionale (de Stat sau particulare) nu se admit elevi evrei. Elevii evrei înscriși în prezent în școlile profesionale (cl. II., III., IV. și VI., VII., VIII.) vor putea urma cursurile până la terminarea ciclului în care se găesc.

Cei rămași repetenți nu pot fi reinscriși.

La examenele particulare, pentru elevii pregătiți în familie, de curs primar și secundar teoretic, se pot înscrie elevi evrei în proporție de 6 %.

La aceleași examene pentru cursul comercial pot fi înscriși elevi evrei până la proporția de 6 % din numărul total pe clasă cu precăderea evreilor din categoria II-a a decretului-lege.

Învățământul superior.

În învățământul superior de orice categorie, numărul studenților evrei va fi stabilit de minister în fiecare an pentru fiecare facultate sau școală superioară, fără a putea depăși procentul de 6 % din numărul tuturor studenților români înscriși la fiecare facultate. Acest procent privește exclusiv pe evreii din categoria II. a decretului-lege privitor la statutul evreilor. Evreii din celelalte categorii nu sunt admiși în învățământul superior decât în cazuri de valoare deosebită stabilită prin concurs, atunci când procentul de 6 % al celor din categoria II. n'a fost atins.

Acesul studenților evrei în laboratoare și săli de disecții, va fi îngăduit numai pe baza unei recomandări speciale a profesorului respectiv, în limita locurilor disponibile și a proporției de 6 %.

În cazuri excepționale de valoare științifică, evreii studenți din celelalte categorii, pot fi îngăduiți a-și continua activitatea lor. În cazul acesta, profesorii laboratoarelor și seminariilor, vor face ministerului un raport motivat, care după ce va fi supus senatului și universității respective, va fi aprobat de minister și publicat în Buletinul ministerului. Aceste aprobări vor fi reînnoite, potrivit activității științifice dovedite, din trei în trei ani.

Dispoziții finale.

Limba română este limba de predare în toate școlile conșionale de rit mozaic.

Personalul didactic și ajutător din învățământul de orice ordin și categorie este supus dispozițiilor cuprinse în decretul-lege privitor la statutul evreilor și normelor speciale cuprinse în prezenta decizie.

Cei cari vor fi îndepărtați din învățământul de Stat, vor fi recomandați obligator învățământului susținut de comunitățile evreești pentru încadrarea lor în posturi corespunzătoare.

Director, girant răspunzător și proprietar: Dr. Elemér Jakabffy.

Tipografia Husvéth și Hoffer, Lugoj

în anul al 500-lea dela inventarea tiparului.

GLASUL MINORITĂȚILOR

LA VOIX DES MINORITÉS

DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANNU
ANNÉE
JAHRGANG

XVIII. NOVEMBRE - DECEMBRE
NOVEMBRE - DECEMBRE 1940.
NOVEMBER - DEZEMBER

NUMĂRUL
NUMÉRO
NUMMER } 11-12

Die Corvinus-Kette für die theoretische Ausarbeitung und den Schutz der Minderheitenrechte.

Vor einem Jahrzehnt, am 12. Oktober 1930 schuf der Reichsverweser Ungarns Auszeichnungen, die nur den allerhervorragendsten Gelehrten, Schriftstellern und Künstlern zukommen.

Diese Auszeichnungen wurden Corvinus-Kette und Kranz benannt. Träger der Kette sind nur vierzehn, darunter Justinian Serédy, Ungarns Fürstprimas, der weltbekannte Kirchenjurist, Graf Paul Teleki, der gegenwärtige Ministerpräsident in Ungarn, ebenfalls Weltruhm geniessend als Geograph, Walentin Hóman als hervorragendster ungarischer Historiker, Franz Herczeg, der vorzüglichste unter den lebenden ungarischen Schriftstellern und Ernst von Dochnányi, der grösste ungarische Komponist und Musiker.

Die letzten zu dieser hohen Auszeichnung gelangten drei Männer unter den genannten vierzehn Kettenträgern wurden jüngst, gelegentlich der Wiedereröffnung der Klausenburger Universität geehrt.

Arthur von Balogh, Ludwig Kelemen und Alexander Reményik sind diese, die als hervorragendster Minderheitenrechtsgelehrter, beziehungsweise Historiker und Dichter in Siebenbürgen mit der Corvinus-Kette ausgezeichnet wurden.

Wir fühlen uns nicht berufen, die Verdienste des Historikers oder des ersten Dichters zu bewerten, wohl aber können wir nicht versäumen, unserer Freude darüber Ausdruck zu geben, dass Arthur von Balogh diese allergrösste ungarische Ehrung erhielt für seine zwanzig Jahre gepflogene wissenschaft-

liche Bearbeitung und methodische Zusammenfassung des Minderheitenrechtes, die auch in deutscher und französischer Sprache erschienenen grundlegenden Werken Aufsehen in ganz Europa hervorriefen.

Es gibt kein wissenschaftliches Werk über Minderheitenrechte, sei es deutsch, englisch, französisch, rumänisch, polnisch, ja selbst katalonisch verfasst, worin nicht Berufung auf die Feststellungen, juristischen Ausführungen Balogh's vorkommen. Mit solchem, vor aller Welt bekanntem wissenschaftlichen Können gewappnet tat Arthur von Balogh siebenunddreissigmal den Weg von Klausenburg nach Genf, um den Völkerbund zur Wahrung der Minderheitenrechte zu bewegen und auf die Gefahren hinzuweisen, die infolge Nichtachtung dieser Rechte unaufhaltsam eintreffen werden. Auch lenkte er den Gang der Minderheitenkongresse und gab mit seinem umfassenden Wissen die Richtung zu dessen Resolutionen an, mit welchen die Kongresse zur Sicherung des Weltfriedens vor den Völkerbund zu treten wünschten.

Als mehrmals gewähltes Mitglied der rumänischen Kammer, beziehungsweise des Senates wies er von der Rednertribüne, ebenso wie in allen verfügbaren Fachblättern, ja sogar in der Tagespresse unentwegt auf alle irrtümlichen oder falschen Verfügungen hin, welche die international vertraglich verbürgten Minderheitenrechte ausser acht liessen.

Vor drei Jahren wählte die Ungarische Akademie der Wissenschaften noch einen unter uns lebenden Arbeiter der Minderheitenrechte in die Reihe ihrer auswärtigen Mitglieder. Damals fühlten wir, diese Auszeichnung käme nicht dem betreffenden allein zu, sondern uns allen, die wir uns vereint um die Lösung der Minderheitenprobleme bemühen und für die wir theoretisch und praktisch arbeiten.

Auch jetzt empfinden wir, dass von dem Glanz der Corvinus-Kette, die die Brust Balogh's schmückt, ein Widerschein auf uns alle fällt, die für Völker- und Minderheitenrechte auch in Zukunft hin arbeiten und kämpfen müssen.

Die Besprechung der Ungarnführer des Banates und Süd-Siebenbürgens am 4. November.

General-Ministerpräsident Antonescu erteilte auf die in der Audienz vom 24. Oktober 1940 ihm schriftlich eingehändigte Bitte die Erlaubnis, dass die Leiter der kirchlichen, wirtschaftlichen und sozialen Organisationen des zurückgebliebenen Ungarntums am 4. November in Nagyenyed eine Konferenz abhalten mögen, um die – infolge des abgetretenen Gebietes der Organisation der Ungarischen Volksgemeinschaft – vakant gewordenen Plätze zu besetzen und zugleich über die Meinung und Absichten Antonescu's über die rumänisch-ungarischen Beziehungen sich zu unterrichten. Auf Grund der wörtlich erteilten Erlaubnis bekam im Sinne des § 27 der Statuten der Volksgemeinschaft das Leitungskomitee Einladung, das heisst die Mitglieder des bisher am weitesten ausgestalteten Organs: die ungarischen Kirchen, die Vorsitzenden der städtischen- und Komitats-Sektionen, die gewesenen Abgeordneten und die Mitglieder des zentralen Rates. Am Tage der Konferenz traf auch die schriftliche Erlaubnis des Generals Antonescu bei der Polizei ein, worin der obenerwähnte zweifache Zweck der Konferenz betont war und womit zugleich die Organisation der Volksgemeinschaft anerkannt und deren weitere Tätigkeit genehmigt war.

Bei der Konferenz waren anwesend: Franz Nagy ref. Bischof-Stellvertreter, Graf Walentin Bethlen ref. Oberkurator, Ladislaus Purgly evang. Oberkurator, Elemér Gyárfás röm. kath. weltlicher Präsident, Dr. Paul Szász Präsident der EMGE und Kurator des Bethlen-Kollegiums, Gr. Stefan Haller Präsident der „Hangya“, Ratsmitglieder des Präsidiums: Dr. Nikolaus Gál, Kurator der Unitarier und Vorsitzender des Komitates Torda, Dr. Eugen Palágyi Arader, Dr. Johann Kakuk Banater, Dr. Nikolaus Meskó Hunyader, Kornelius Szurdoki Kracs Hermannstädter, Martin Járay Fogaraser, Dr. Sigismund György Grosskokler, Benedikt Szabó Kronstädter, Géza Pekri Kleinkokler, Béla Veress unitarischer Priester Petrozsényer und Dr. Eugen Müller Alsófehérer Präsidenten, die gewesenen Abgeordneten Elemér Jakabffy, Graf Adam Teleki, Ludwig Tompa, Julius Ludwigh, Karl Orosz, Johann Péter, ferner Viktor Elekes, der Rektor des

Bethlen-Kollegiums, Béla Szigeti, Generaldirektor der Sparkassa von Nagyenyed und Advokat Dr. Georg Parecz.

Nach Eröffnung der Sitzung trug Elemér Gyárfás vor, dass zufolge des Wiener Schiedsspruches ein beträchtlicher Teil der Ungarischen Volksgemeinschaft Rumäniens ins Ausland geriet, er sich demnach als ältestes Parlamentsmitglied verpflichtet fühlte, seinen Schicksalsgenossen auch ohne formellen Auftrag zur Hilfe zu stehen, bis die Neugestaltung und die Verbindung der vom Zentrum abgetrennten Organisationen technisch ermöglicht sein wird. Er gab seine diesbezüglich unternommenen Schritte bekannt, sowie seine an die Ratsmitglieder des Präsidiums und an die Komitatspräsidenten gerichteten Briefe in diesem Sinne vom 5. September, 3., 21. und 25. Oktober, berichtete von der Stellungnahme der Konferenz in Nagyenyed vom 28. September und deutete auf die Form und den Rahmen hin, innerhalb welcher Ministerpräsident Antonescu die gegenwärtige Konferenz bewilligte.

Die Anwesenden nahmen den Vortrag zur Kenntnis und beschlossen, als Verwaltungskomitee der Ungarischen Volksgemeinschaft Rumäniens, mit Gültigkeit bis zur Einberufung der nächsten Generalversammlung zusammenzutreten und mit ebensolcher Gültigkeit die vakanten Stellen der Leitung zu besetzen.

Der § 5 der Satzungen wurde derart berichtigt, dass als Sitz anstatt Kolozsvár Nagyenyed gilt, der § 27 ist so zu verstehen, dass in Ermangelung der Bischöfe die kirchlichen Führer Ratsmitglieder des Präsidiums sind.

Hierauf wurde Ladislaus Purgly als Alterspräsident gegeben, der den Vorsitz einnehmend, um Beantragung der Besetzung der Stellen in der Leitung bat.

Elemér Jakabffy warf einen Rückblick auf die zwanzigjährige Vergangenheit der leitenden Organisationen des Ungartums in Siebenbürgen und wies mit eingehender Begründung darauf, dass die zu wählende Führerschaft das Gepräge des zurückgebliebenen Ungartums deutlich widerspiegeln müsse, es sollen darin die ungarischen Kirchen, die bedeutenderen sozialen Klassen und wirtschaftlichen Organisationen Platz nehmen, ebenso wie die drei Gebiete vertreten sein sollen, (Banat, Mittel-Siebenbürgen und Brassó), wo das Ungartum in grösseren Massen lebt. Mit Berücksichtigung des gesagten tat er konkrete

Vorschläge bezüglich der Personen der zu wählenden Leitungsmitglieder.

Die Konferenz nahm den Vorschlag einstimmig an – mit der erwähnten Giltigkeit und Dauer – und wählte zum Präsidenten der Ungarischen Volksgemeinschaft Rumäniens Elemér Gyárfás, als Ratsmitglieder des Präsidiums Ladislaus Purgly, Elemér Jakabffy, Dr. Paul Szász, Graf Stefan Haller, Graf Walentin Bethlen, Dr. Nikolaus Gál, Benedikt Szabó, Nikolaus Takácsy, Graf Adam Teleki, Johann Péter und Stefan Tóth.

Ausserdem wurden zwei Plätze unbesetzt gelassen für die Vertreter der jungen Generation mit dem Vorbehalt, dass die Jugend selbst ihre Vertreter nennen solle.

Ladislaus Purgly begrüßte hierauf den gewählten Präsidenten Elemér Gyárfás mit warmen Worten und übergab ihm die Leitung der Sitzung. Elemér Gyárfás nam den Vorsitz, dankte für das ihm zugewandte Vertrauen, bat um Nachsicht für seine Mängel und um Unterstützung bei seiner schweren Arbeit. Er beantragte, dass Dr. Paul Szász mit Beibehaltung seines bisherigen Amtes als Vizepräsident gewählt werde, gemeinsam mit Grafen Walentin Bethlen und Elemér Jakabffy, als juridischer Ratgeber empfahl er Dr. Nikolaus Meskó, als Leiter der Zentralkanzlei in Nagyenyed Dr. Eugen Müller, als Sekretär Dr. Georg Parecz.

Nun gab Gyárfás seine vorbereitenden Verhandlungen, sowie die an der Konferenz vom 28. September entstandene Auffassung und die dazwischen gekommenen Hindernisse bekannt. Er berichtete von seinen Besprechungen bezüglich der Angelegenheit der Optanten, der Flüchtlinge, der Liquidierungen und Amnestie mit der ungarisch-rumänischen gemischten Kommission und dem bedauerlichen Abbruch der Verhandlungen dieser Kommission. Ferner von seinen, gemeinsam mit Ladislaus Purgly unternommenen Schritten im Interesse der aus Ungarn Ausgewiesenen. Besprechung mit Bischof Hosszu und dem gewesenen Justizminister Hațieganu, den gegenwärtigen Führern des Rumänentums in Ungarn, schliesslich von seinen Verhandlungen mit General Antonescu, Aussenminister Sturdza und Vize-Aussenminister Cretianu getegentlich der Audienz vom 24. Okt.

Zur Vorbereitung und Anregung der Angelegenheit der Tagespresse entsandte die Konferenz eine Kommission aus den Mitgliedern Gr. Adam Teleki, Eugen Palágyi, Johann Kakuk, Benedikt Szabó und Georg Parecz und bat die Vizepräsidenten Elemér Jakabffy und Paul Szász um Unterstützung dieser Kommission, die sofort ihre Tätigkeit begann. Mit Bedauern nahm die Konferenz Notiz von den infolge der unerwünschten Polemik der Budapester Presse und des Rundfunkes entstandenen neuerlichen Schwierigkeiten und begrüßte die von Elemér Gyárfás zur möglichen Abhilfe unternommenen Schritte beifällig.

Schliesslich wurde die Leitung beauftragt, in Angelegenheit der, den ungarischen Vereinen, den von ihren Zentralen abgetrennten Bankfilialen und öffentlichen Anstalten auferlegten unerträglich hohen Equivalent-Steuern (Steuer auf Vermögen der toten Hand) alle zur Wahrung der Interessen dieser Institutionen erdenklichen Bemühungen zu unternehmen.

Die Förderung der Heimkehr aller im Ausland lebenden Ungarn.

Der ungarische Ministerpräsident Graf Paul Teleki gab in seiner Beantwortung einer Interpellation zur Kenntnis, es werde über die im Ausland lebenden Ungarn ein Ausweis verfertigt. Gegenwärtig seien im Rahmen der Gesellschaft für Auslands-Angelegenheiten hundert sich freiwillig meldende Arbeitskräfte daran, die Auslandsungarn in Karthothek zu registrieren. Bezüglich deren Rücksiedlung seien in erster Linie die Europäer zu berücksichtigen und nur danach die unter günstigeren Verhältnissen lebenden Amerikaner. Man würde alles versuchen, um den im Altreich Rumäniens lebenden, nicht an Grundbesitz gebundenen Ungarn zur Heimkehr zu verhelfen; ja auch Bodenbesitzende mögen wiederkehren, wenn sie in der Lage sind, ihre Grundstücke zu verkaufen. Ferner

werden auch die in Frankreich lebenden Ungarn registriert. Es wird allen Auslandsungarn jegliche Möglichkeit geboten werden, um in die Heimat wiederkehren zu können.

Der ungarische Volksbildungsverband in Jugoslawien kam zustande.

Das während der letzten Monate stets innerlicher werdende Freundschaftsverhältnis zwischen Ungarn und Jugoslawien brachte für die ungarische Volksgruppe Jugoslawiens eine erfreuliche Wendung.

Die jugoslawische Regierung wurde sich bewusst, dass mit Ungarn nur dann aufrichtige Freundschaft denkbar ist, wenn sie der in Jugoslawien lebenden ungarischen Volksgruppe auf kulturellem, wie wirtschaftlichen Gebiet freie Entwicklung sichert.

Die Früchte dieses Verständnisses zeigen sich schon in dem Ergebnis, dass in Jugoslawien der Jugoslawisch-Ungarische Volksbildungsverband geschaffen wurde, dessen Aufgabe es sein wird, die kulturelle Entwicklung der ungarischen Volksgruppe in jeder Hinsicht zu fördern.

Im Rahmen einer Feier wurde die Konstituierung des Verbandes an dessen Generalversammlung vom 24. November in Neusatz mit Begeisterung begrüsst.

Der Vorsitzende des Neusatzer Kasino's, Johann Tolnay begrüsst die Erschienenen und erteilte dem Dr. Emerich Váradi das Wort. Dieser schilderte die bisher bestandenen Kämpfe des Ungartums um freie kulturelle Organisation und alle Hindernissen, die aus dem Weg geräumt werden mussten, bis der Jugoslawisch-Ungarische Volksbildungsverband zustande kam. Er erklärte, die Erlaubnis zur Betätigung des Verbandes habe der Umstand erleichtert, dass im kroatischen Banat schon vorher die Tätigkeit der Volksbildungsgemeinschaft genehmigt wurde. Alle, die sich darum bemühten, verdienen unvergänglichen Dank des Ungartums. Dr. Váradi betonte hierauf, der

Verband wünsche von aller Politik frei zu wirken und habe darum in vollem Einvernehmen die Leitung solchen Händen übertragen, die allgemeines Vertrauen geniessen.

Nach der mit Beifall empfangenen Rede Váradi's nahm die Generalversammlung die Statuten einstimmig zur Kenntnis und wählte ebenfalls einstimmig die Leitung des Verbandes. Als Ehrenpräsident wurde Grundbesitzer Dr. Georg Sántha, zum Präsident Fabrikant Julius Krámer, zu Vizepräsidenten der ref. Bischof Alexander Ágoston, Pfarrer Dr. Elemér Koráni und Grundbesitzer Graf Ernst Bissingen gewählt. Der Ausschuss wurde aus 70 ordentlichen und 35 Ersatzmitgliedern erwählt, während das Aufsichtskomitee aus 8 Mitgliedern besteht.

Präsident Julius Krámer nahm hierauf den Vorsitz und gelobte in seiner Rede, im Namen der Leitung den Zielen des Verbandes mit gewissenhafter Arbeit zu dienen. Er sprach allen Jenen, die sich um die Erlangung der Genehmigung bemühten, seinen und des Verbandes Dank aus und bat jeden Ungarn und jeden Verein, den Verband in seiner erhabenen Arbeit zu unterstützen. Schliesslich gab er die Zielsetzungen bekannt, die zu erreichen Aufgabe des Verbandes sein wird.

Die Generalversammlung sandte ein Begrüssungstelegramm an S. M. König Petár II., an die Regentschaft, sowie an die Regierung und die Donaubanschaft.

Der Umbruch in Rumänien und die „Kronstädter Zeitung“.

Zum Umbruch in Rumänien schreibt die „Kronstädter Zeitung“ vom 6. Oktober 1940:

Nach den letzten grossen Ereignissen der Innen- und Ausenpolitik unseres Staates ist es notwendig, dass unsere deutsche Volksgruppe in besinnlicher Form sich Rechenschaft über das Geschehene ablegt. Sie muss sich über ihre Haltung ins klare kommen und den Weg, den sie zu beschreiten hat, nach allen Richtungen klar abgrenzen. Mit der Übernahme der Macht in diesem verkleinerten Staatswesen durch die grösste treibende

Kraft der rumänischen Nation, durch die Eiserne Garde, sind für uns Deutsche einige Grundtatsachen in Erscheinung getreten. Sie sind innerpolitischer und aussenpolitischer Natur.

Innenpolitisch gesehen bedeutet der Einsatz der Eisernen Garde und ihre Teilnahme an der Verantwortlichkeit der rumänischen Staatsführung, dass jene Schicht der rumänischen Bevölkerung hochgekommen ist, von der wir seit Jahren die wahre Erneuerung des rumänischen Volkes erhoffen konnten. Wir waren der Meinung, dass solche Erneuerung immer nur von unten aus der Tiefe eines Volksempfindens ausgehen kann und nicht durch ein Diktat von oben. Daher hat sich unsere Zeitung schon seit Jahren mit den Kräften auseinandergesetzt, die hinter der Eisernen Garde standen. Sie hat die programmatischen Erklärungen der Garde zu verschiedensten Fragen des rumänischen Staates, darunter auch das Verhältnis der Garde zur deutschen Volksgruppe, Erörterungen unterzogen und die Hoffnung auf ein späteres Zusammengehen beider ausgedrückt. Ich glaube, es war Motza, der noch vor seinem Heldentod in Spanien an den empfindlichsten Punkt dieser Beziehungen rührte, indem er die verfängliche Frage stellte, wie sich die deutsche Volksgruppe verhalten würde, wenn ihre Pflichten zum Staat Rumänien mit ihren Pflichten zum deutschen Volk in Konflikt gerieten. Auf diese verfängliche Frage konnten wir damals und können wir jetzt nur antworten, dass das Geschick unser Volk davor bewahren möge, in einem Konflikt zerrieben zu werden, in dem deutsche Menschen und deutsche Stämme seit Jahrtausenden gestanden und verblutet sind.

Diese Erwägung aber führt uns schon zur Frage der aussenpolitischen Bedeutung der Machtergreifung durch die Eiserne Garde. In einer seiner letzten grossen Reden hat Corneliu Zelea Codreanu angekündigt, dass Rumänien 48 Stunden nach dem Sieg der Eisernen Garde im Lager der Achsenmächte stehen werde. Seine Anhänger haben das Wort ihres Führers nicht zu Schanden gemacht. Heute befindet sich Rumänien Seite an Seite mit Deutschland und Italien. Es hat sich in den neuen Europa nach den treibenden Kräften dieses Erdteils völlig ausgerichtet. Uns Deutschen ist aber dadurch der Boden jenes Konfliktes entzogen worden, in den wir unter Umständen hineingeraten können und der uns in den letzten vergangenen Jahren als eine geheime Drohung erschienen ist.

So ist es selbstverständlich, dass unsere deutsche Volksgruppe nun, wo ein weltanschaulicher und ein aussenpolitischer Einklang zwischen dem Reich und Rumänien vollzogen ist, alles von sich aus tut, um diesem Zustand Dauer und Gültigkeit zu verschaffen. Wir unterstützen also in vollem Bewusstsein das schwierige Werk der Eisernen Garde und des Staatsführers Antonescu, der nicht mit leeren Händen an unsere Volksgruppe herangetreten ist. Er hat bindende Versprechen abgegeben, die es uns auch seelisch ermöglichen, an die uns gestellten Aufgaben heranzutreten. Es sind Fragen, die einer Klärung bedurften, besprochen worden, wobei manchen drückenden Angelegenheiten, die Unruhe in unserem Volke hervorgerufen haben, die Spitze abgebrochen worden ist. Aus diesem Beginn wollen wir die Hoffnung schöpfen, dass der schwierige Weg, den Rumänien zu gehen hat, unserer deutschen Volksgruppe keine Sonderlasten auferlegen wird. Wir erwarten, dass in der Vertiefung der Beziehungen und der immer grösseren inneren Durchdringung der gegenseitigen Einflussgebiete das Zusammengehen zwischen Rumänien und Deutschland von Tag zu Tag fruchtbarer wird. So wird es auch unserer Volksgruppe möglich sein, jene Mission erfolgreich durchzuführen, Mittler zwischen zwei Kulturkreisen zu sein, die hier auf diesem Boden sich seit Jahrhunderten befruchtet haben. Staatstreu, heimattreu und volkstreu soll der Dreiklang lauten, unter dem unsere Volksgruppe erwartungsvoll einer schöneren Zukunft entgegenschreitet.

Wiederverdeutschung madjarisierter Namen.

Die Pressestelle der deutschen Volksgruppenführung teilt mit :

Volksgruppenführer Andreas Schmidt hat in einer Unterredung mit dem Staatsführer General Antonescu, dem Kommandanten der Legionärbewegung Horia Sima und dem Justizminister M. Antonescu die Veröffentlichung eines Dekretgesetzes zur Wiederverdeutschung madjarisierter Namen von Angehörigen der Deutschen Volksgruppe in Rumänien besprochen.

Die Ortsgruppenleitungen werden angewiesen, sofort in ihren Orten Meldungen sämtlicher Volksgenossen mit madja-

risierten Namen einzuziehen und über die Kreisleitungen an das Amt für Statistik zu leiten. Die Meldungen haben zu enthalten: Bisheriger Name und Vorname der betreffenden Volksgenossen und ihrer Angehörigen, Geburtsdaten, Wohnort, sowie der deutsche Familienname, den der Volksgenosse an stelle des madjarischen annehmen will.

Regelung der deutschen Sportbetätigung in Rumänien.

Zwischen der Organisation des rumänischen Sportes (OSR), vertreten durch den Chef des Sportes im National-Legionären-Staat Herrn Manole Stroici, und dem Amt für Leibesübungen der Deutschen Volksgruppe in Rumänien, vertreten durch Herrn Reinhold Kreisel, wurde folgendes Abkommen betreffend die Regelung der Sporttätigkeit der Deutschen in Rumänien, im Rahmen der einheitlichen Sportführung des legionären Rumänien getroffen:

1. Die OSR ist die Führungs- und Organisationsstelle der gesamten Sporttätigkeit in Rumänien, in welche sich das deutsche Amt für Leibesübungen loyal eingliedert und sie als höchstes Sportforum anerkennt.

2. Die OSR anerkennt das Amt für Leibesübungen der Deutschen Volksgruppe in Rumänien als Führungs- und Überwachungsstelle für die Sporttätigkeit der Deutschen in Rumänien.

3. Die OSR hat als Führungs- und Organisationsstelle über die deutsche Sporttätigkeit folgende Rechte und Pflichten:

a) Die OSR gibt für die Sporttätigkeit die allgemeinen Richtlinien, sie organisiert alle Nationalen und Internationalen Meisterschaften und gibt auch für das Amt für Leibesübungen, wie für die rumänischen Vereine die allgemeinen Normen der Tätigkeit.

b) Laut der vom Leiter des Amtes für Leibesübungen gemachten Erklärungen werden die Sportskontingente (Sporttreibenden) in Sektionen, mit örtlicher Tätigkeit eingestellt. (Ortsportgemeinschaften.) Die schon bestehenden, sowie die noch in Zukunft zu gründenden Ortssportgemeinschaften werden den

Sportdirektoraten der OSR beitreten, indem sie dieselben Legitimierungsformalitäten, wie die rumänischen Sportvereine, erfüllen.

Die OSR wird allen Sportgemeinschaften des Amtes für Leibesübungen gleich den rumänischen Sportvereinen jede mögliche Unterstützung und Erleichterung angedeihen lassen (Taxenbefreiungen, Ermässigungen auf den Bahnen, Gerätebeschaffung, usw.)

4. Das Amt für Leibesübungen der Deutschen Volksgruppe in Rumänien ist die Führungs- und Richtungsgebungsstelle der sportlichen Tätigkeit der Deutschen, es sammelt und überwacht die gesamte Tätigkeit der Ortssportgemeinschaften. Das Amt für Leibesübungen hat das Recht, Wettkämpfe mit Meisterschaftscharakter unter den Mitgliedern der Ortssportgemeinschaften anzutragen.

5. Die rumänischen Vereine werden am 1. Januar 1941 alle deutschen Sportler, die sich in den deutschen Ortssportgemeinschaften betätigen werden, freigeben.

Die Deutschen werden das Recht haben, sich auch in anderen Sportvereinen zu betätigen. Die deutschen Sportler werden sich, mit der Erlaubnis des Amtes für Leibesübungen, auch in den rumänischen Vereinen betätigen können.

6. Um den Beweis für die ehrlichen und guten Beziehungen der Sportkameradschaft zwischen der Organisation des rumänischen Sportes und dem Amt für Leibesübungen der Deutschen Volksgruppe in Rumänien zu erbringen, wird in die Fachdirektorate für die Sportarten, in denen das Amt für Leibesübungen eine besondere Tätigkeit entwickelt, je ein vom Amt für Leibesübungen bestimmtes Mitglied aufgenommen.

7. Alle Streitfälle, die sich in der Anwendung dieses Abkommens ergeben könnten, sowie auch alle Ergänzungen und Zusätze zu diesem Abkommen werden im Geiste der ehrlichen Freundschaft, die sich aus der Idee des Sportes, sowie aus der gleichen Weltanschauung, die uns einander näher bringt, ergibt, behandelt und beseitigt.

Der Chef der Organisation des rumänischen Sportes:
Manole Stroici.

Der Leiter des Amtes für Leibesübungen
der Deutschen Volksgruppe in Rumänien:
Reinhold Kreisel.

Zwischenfälle bei dem rumänisch-bulgarischen Bevölkerungsaustausch.

Die gemischte rumänisch-bulgarische Kommission für die Durchführung des Bevölkerungsaustausches, wurde von einem schweren Zwischenfall in der Gemeinde Aidmis verständigt, wo bulgarische Polizisten aus Silistra unter Führung des Gemeindevorstehers, die 75 rumänischen Familien dieser Ortschaft des abgetretenen Gebietes mit vorgehaltenen Pistolen zur sofortigen Abwanderung aufforderten. Die rumänische Bevölkerung soll unter Polizeibedeckung zur Grenze gebracht worden sein. Es wurden auch Misshandlungen gemeldet und einige Fälle, in denen den Rückwanderern Vermögen weggenommen wurde.

An der Grenzstation Ostrov wurden die Habseligkeiten der rumänischen Rückwanderer von den Wagen geworfen. Die Fahrzeuge wurden zertrümmert, da die bulgarischen Behörden mit Recht annahmen, dass die rumänischen Grenzer unter solchen Umständen die Flüchtlinge nicht übernehmen werden. Nachdem alle Rückwanderer eine Nacht unter freiem Himmel in Eis und Schnee verbracht hatten, wurden sie verhaftet und in kleinen Ortschaften entlang der Grenze untergebracht. Die Kommission hat einen Vertreter zur Untersuchung der Vorfälle, die im Widerspruch mit den Abmachungen über den Bevölkerungsaustausch stehen, an Ort und Stelle entsendet.

„Universul“ meldet einen weiteren Zwischenfall bei dem Bevölkerungsaustausch. Die Bulgaren brachten mit Gewalt 400 Rumänen aus Turtucaia auf ein Schlepsschiff und schickten sie über die Donau nach Rumänien. Da die Umsiedlungsformalitäten nicht durchgeführt worden waren, konnten die aus Turtucaia verschleppten Rumänen rumänischen Boden nicht betreten.

Die rumänische Regierung hat wegen dieser Vorfälle diplomatische Schritte unternommen. Den ersten Protest gegen das bulgarische Vorgehen erhob der Vorsitzende der rumänischen Delegation für den Bevölkerungsaustausch.

Aplicarea legii pentru românizarea salariaților.

Ziarul „Universul“ din 18 Noembrie c. publică explicațiuni și precizări utile privitoare la aplicarea legii pentru românizarea personalului în întreprinderi. Le cităm în întregime, având în vedere utilitatea lor :

„Decretul lege pentru românizarea personalului din întreprinderile particulare, apărut în Monitorul Oficial Nr. 270 din 16 Noembrie a. c., conține o seamă de importante dispozițiuni menite să înlăture participarea evreilor din activitatea întreprinderilor industriale și comerciale ale țării.

Incepând de azi, și până cel mai târziu 1 Decembrie 1941, toate întreprinderile industriale, comerciale și stabilimentele de orice fel, își vor concedia salariații evrei, indiferent vechimea, calitatea și felul în care sunt salariați, indiferent de felul muncii prestate, intelectuală sau manuală și inclusiv personalul de conducere.

Mai mult decât atât, prin efectul art. 5 din menționata lege, sunt considerați salariați și cei care lucrând pentru întreprindere nu primesc salarii.

Salariații evrei vor fi deci concediați imediat sau în decursul anului 1941, ministerul muncii putând scurta aceste termeni prin deciziuni speciale, sau indica epoca concedierii, pentru anumite regiuni și întreprinderi (art. 2 al. 2).

Prin derogare dela dispozițiunile legii contractelor de muncă, întreprinderile vor plăti evreilor concediați odată pentru totdeauna și fără nici un fel de altă despăgubire, de orice fel, (chiar stabilită prin contract special) sume echivalând cu salariul pe 15 zile (cei cu o vechime până la 5 ani) cu salariul pe o lună, (cei cu o vechime dela 5—10 ani), cu salariul pe 2 luni, (cei cu o vechime dela 10—20 ani), cu salariul pe trei luni, (cei cu o vechime de peste 20 de ani), dacă concedierea are loc în prima luna de aplicare a legii.

Despăgubirea aceasta se micșorează dacă salariații sunt menținuți încă o lună sau două în serviciu.

Cei care sunt menținuți mai mult de trei luni pierd dreptul în despăgubire (art. 8).

Prin derogare dela ultima lege care stabilește starea juridică a locuitorilor evrei din 9 August 1940, suprimându-se categoriile, sunt considerați evrei, copiii născuți din părinți evrei, sau numai din tată evreu, și copiii naturali din mamă evreică, exceptându-se urmașii voluntarilor, invalizilor și morților în războiul pentru independență (1877) dacă sunt creștinați și invalizii și orfanii rămași din războiul de întregire 1916-1918.

Textul fiind precis, nu i se poate da, nici un fel de altă interpretare.

Copii născuți din mamă evreică și tată creștin, recunoscuți prin căsătorie, sunt, după părerea noastră, români.

Conform art. 10, și numai în vederea formării specialiștilor români, termenul de 31 Decembrie 1941, se poate prelungi cu încă 6 luni, cu aprobarea specială a ministerului muncii și numai dacă salariatul evreu este dublat de un român.

De altfel, în vederea formării specialiștilor, ministerul muncii va putea impune întreprinderilor angajarea personalului român, pe lângă cei evreesc.

Prin concediere lor, salariații evrei pot cere și obține întrebuințarea lor la lucrări de utilitate publică.

Pentru acoperirea cheltuelilor necesare aplicării legii, întreprinderile vor plăti statului o contribuție de 1 la sută calculată asupra salariilor totale (de ori ce fel) contribuție suportată numai de patroni.

Contribuția se va plăti caselor de asigurări din țară, odată cu cealaltă contribuție patronală de 1'20 la sută, prin aceleași liste de plată. Contribuția aceasta ni se pare excesivă pentru întreprinderi și așa împovărate de fiscalitate.

Întreprinderile, care nu se vor conforma legii, vor avea de suportat, o foarte grea consecință: lichidarea forțată sau preluarea întreprinderii de către stat.

Este interesant de relevat, că pedeapsa nu o pronunță comisiunea de judecată instituită să judece asemenea abateri, ci Ministerul muncii.

Comisiunea nu constată decât culpa întreprinderii.

În sfârșit, art. 25 din lege conține o dispoziție streină economiei acestei legiuiri, dar extrem de importantă :

Întreprinderile, cu sucursale în teritoriile cedate, sunt obligate să mențină în serviciul lor pe toți salariații refugiați.

Cererile și actele de procedură privind această lege, sunt scutite de taxe, timbre și impozite."

Decret-lege

relativ la Statutul militar al evreilor.

Art. 1. — Evreii, în înțelesul articolului 2 din decretul-lege din 9 August 1940, privitor la starea juridică a locuitorilor evrei din România, indiferent de categoria din care fac parte, sunt excluși dela serviciul militar.

Ei sunt însă obligați a plăti taxele militare statornicite prin legi, cum și de a presta munci de interes obștesc, potrivit nevoilor Statului în condițiunile arătate în decretul-lege de față.

Art. 2. — Sunt obligați de asemenea a plăti taxele militare și evreii care, din cauza condițiunilor fizice, ar fi găsiți improprii pentru serviciul militar conform art. 25 din legea asupra recrutării armatei, precum și cei excluși dela serviciul militar, conform art. 3 din aceeași lege.

Art. 3. — Impunerea la plata taxelor militare se face din oficiu de către Ministerul Finanțelor, după tabelele nominale de impunere întocmite de Cercurile de recrutare.

Aceste tabele vor fi extrase din tabelele de recensământ ce se întocmesc separat pentru evrei.

Art. 4. — Obligațiunea la plata taxelor militare sau la munci de interes obștesc durează pe tot timpul cât ceilalți cetățeni fac parte din elementele armatei, (serviciu sub arme, completare, rezervă și miliții), iar cuantumul taxelor militare variază cu fiecare element al armatei, după normele ce se vor stabili prin legea asupra taxelor militare datorate de evrei.

Art. 5. — Muncile de interes obștesc se execută în folosul Ministerului Apărării Naționale, ori în folosul celorlalte departamente sau instituțiuni publice, de acord cu Ministerul Apă-

rării Națională, care, prin Cercurile de recrutare, ține controlul evreilor având această obligațiune; ele vor fi prestate potrivit normelor stabilite de Ministerul Apărării Naționale.

Art. 6. — Obligațiunile fiscale decurg anual dela data de 1 Noemvrie a anului recrutării, iar obligațiunea de muncă dela 1 Aprilie a anului următor.

Art. 7. — Evreii constatați de organele fiscale că nu pot plăti taxele militare, vor fi comunicați până la 1 Martie cercurilor de recrutare, pentru a fi întrebuințați la munci de interes obștesc.

Cei arătați la art. 2, dovediți insolvabili, nu vor fi chemați la munci de interes obștesc.

Art. 8. — Pe timpul concentrărilor prelungite, mobilizare sau războiu, evreii pot fi utilizați în folosul armatei sau la munci de interes obștesc.

Specialiștii cu titluri academice, (medici, farmaciști, veterinari, ingineri, arhitecți, etc.), vor fi folosiți potrivit specialității sau pregătirii lor, în calitate de rechiziționați și plătiți cu o diurnă ce se fixează prin deciziune ministerală.

Tot prin deciziune ministerală se va hotărî și în privința asimilării cu gradele militare a specialiștilor mai sus, arătați.

Pentru timpul cât cei arătați în alineatele de mai sus, sunt astfel întrebuințați, se deduce cota respectivă din cuantumul taxelor militare, după normele stabilite de Ministerul Finanțelor, pe baza comunicărilor făcute de cercurile de recrutare.

Art. 9. — Pe tot timpul efectuării muncilor de interes obștesc, evreii sunt supuși atât regimului, cât și jurisdicțiunii militare.

Art. 10. — Evreii sunt excluși de asemenea dela pregătirea premilitară, fiind obligați în schimb a plăti, pe timpul celor 3 ani (dela 18 ani la 21 ani) taxa prevăzută pentru premilitari în legea asupra taxelor militare datorate de evrei.

Cei care nu vor plăti această taxă, sunt obligați a presta munci de interes obștesc, câte 60 zile anual, după normele stabilite de Ministerul Apărării Naționale (Inspectoratul Pregătirii Premilitare).

Art. 11. — Pe data publicării prezentului decret-lege, evreii de orice grad (ofițerii și subofițerii activi și de rezervă, maiștrii

și submaîștrii militari activi și de rezervă, gagiștii militari activi și de rezervă, trupa activă, precum și trupa din completare, rezervă și miliții) se șterg din controalele armatei.

Ei se înscriu într'un registru special central al evreilor, la Cercurile de recrutare respective.

Art. 12. — Cercurile de recrutare vor înainta administrațiilor financiare respective, tabele extrase după registrul special control, în vederea impunerii la taxele militare, indiferent de gradul avut în armată.

Art. 13. — Ofițerii, subofițerii, maîștrii, submaîștrii și gagiștii, proveniți din activitate, vor primi solda fără indemnitate de activitate pe timp de trei luni, după care se vor înscrie la pensiune față de timpul servit, dacă au cel puțin 10 ani de serviciu efectiv, fără îndeplinirea condițiilor prevăzute de legea generală de pensii, în ceea ce privește vârsta.

Ei se vor înscrie pentru evidență în registrul special control, la Cercurile de recrutare, fiind scutiți de plata taxelor militare sau de munci de interes obștesc, rămânând însă susceptibili a fi utilizați în folosul armatei, conform articolului 8 din prezentul decret-lege.

Art. 14. — Evreii aflați în întreprinderile prevăzute în planul de mobilizare a teritoriului, pot fi rechiziționați pentru lucru, fiind scutiți de muncile de interes obștesc, atât pe timp de concentrări, cât și pe timp de mobilizare sau războiu.

Pe timpul rechiziționării pentru lucru, ei vor continua să plătească taxele prevăzute de legea asupra taxelor militare, datorate de evrei.

Art. 15. — Un regulament va desvolta dispozițiunile prezentului decret-lege.

Dat în București la 4 Decemvrie 1940.

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN.

Dr. Emerich Lukinich : «Die Siebenbürgische Frage.»

In Budapest erscheint in der Ausgabe des Universitätsprofessors Dr. Emerich Lukinich eine Bücherreihe betitelt „Ostmitteleuropäische Bibliothek“, aus welcher schon sehr bemerkenswerte Werke hervorgingen. Erwähnenswert sind besonders: Ludwig Tamás : „Romains, Romans et Roumains dans l'histoire de la Dacie Trajane“, István Kniezsa : „Ungarns Völkerschaften im XI. Jahrhundert“, Heinrich Réz : „Ungarn als Vermittler der westlichen geistigen Strömungen nach Süden und Südosten“.

Bisher erschienen insgesamt vierundzwanzig solche wissenschaftliche Werke aus dieser Bücherei. Das letzte im Sommer dieses Jahres druckfertig gewordene Werk trägt den obengenannten Titel, darunter als zweiten : „Studien aus der Vergangenheit und Gegenwart Siebenbürgens“. Eine ganze Gesellschaft ungarischer Gelehrter arbeitete an diesem mit. Eugen Darkó, Andreas Fall, Ladislaus Fritz, Nikolaus Mester, Andreas Rónay, Zombor Szász und Ludwig Tamás sind Verfasser der Studien, die dieses vierhundert Seiten starke Werk enthalten.

Ludwig Tamás gibt eine Darstellung der Urgeschichte und -sprache des rumänischen Volkes, Eugen Darkó beschreibt die ungarische Landnahme, Nikolaus Mester das selbständige Siebenbürgische Fürstentum und die Herrschaft der Habsburger in Siebenbürgen, Zombor Szász führt uns das Entstehen Grossrumäniens vor. Ladislaus Fritz behandelt die politische Lage der ungarischen Minderheit, Andreas Rónay befasst sich mit geografischen, statistischen und wirtschaftlichen Fragen Rumäniens und besonders Siebenbürgens, endlich Eugen Darkó mit kulturellen und kirchlichen Fragen.

Wie bei derartigen modernen wissenschaftlichen Arbeiten nicht anders zu erwarten ist, finden wir auch in diesen reichlich statistische Tabellen, Skizzen und Grafikone.

Für diejenigen, denen die hohen Fähigkeiten und das Ansehen der Verfasser bekannt ist, mag wohl der wissenschaftliche Wert der einzelnen Studien kaum zu bezweifeln sein.

STATISTISCHE MITTEILUNGEN.

Zahl der am 30. August 1940 von Rumänien an Ungarn abgetretenen ungarischen konfessionellen Schulen auf Grund der Schuldaten vom Jahre 1938.

Schulerhaltende Kirche	Zahl der Schulen	Zahl der Lehrkräfte	Zahl der Schüler
K i n d e r g ä r t e n :			
Röm. kath. Kirche	7	8	321
Ref. Kirche	5	5	182
Zusammen	12	13	503
E l e m e n t a r s c h u l e n :			
Röm. kath. Kirchendistrikt von Gyulafehérvár	122	316	11.943
Röm. kath. Kirchendistrikt von Nagyvárad	41	72	2.695
Röm. kath. Kirchendistrikt von Szatmár	24	67	2.666
Röm. kath. Kirchendistrikt von Temesvár	—	—	—
Röm. kath. Schulen Zusammen	187	455	17.304
Siebenbürger ref. Kirchendistrikt	106	194	8.487
Királyhágómelléker ref. Kirchendistrikt	249	391	16.496
Ref. Schulen Zusammen	355	585	24.983
Unit. Schulen	25	37	1.449
Evang. Schulen	1	1	6
Zahl der konfessionellen Elementarschulen zusammen	568	1.078	43.742

Ausserdem kam an Ungarn die von der röm. kath. Kirche in Nagyváradolaszi erhaltene Elementarschule mit rumänischer Lehrsprache 4 Lehrkräften und 66 Schülern, 2 slowakisch unterrichtende Schulen (Fegyvernek, Magyarpaták) mit 2 Lehr-

kräften und 156 Schülern und 9 deutsch unterrichtende Schulen (Ujpalota, Radnalajosfalva, Mezőfény, Alsóhomoród, Nagymadaras, Mezőpetri, Szakasz, Szinfalva, Krasznasándorfalu) mit 21 Lehrkräften und 1.062 Schülern.

Schulerhaltende Kirche	Zahl der Schulen	Zahl der Lehrkräfte	Zahl der Schüler
Mittelschulen:			
R. kath. Obergimn.	7	147	1.575
Ref. Obergimn.	6	130	1.555
Unit. Obergimn.	2	24	328
Obergimn. zusammen	15	301	3.458
Röm. kath. Gimn.	4	38	427
Ref. Gimn.	4	29	466
Gimn. zusammen	8	67	893
Röm. kath. Lehrer- bildungsanstalt	2	25	106
Ref. Lehrerbildungsanst.	1	24	290
Lehrerbildungsanstalt zusammen	3	49	396
Röm. kath. Handelsschule	1	22	201
Ref. Handelsschule	—	—	—
Handelsschule zusammen	1	22	201
Röm. kat. Ackerbauschule	1		49
Ref. Ackerbauschule	—	—	—
Unit. Ackerbauschule	1		35
Ackerbauschule zusam.	2		84
Mittelschulen zusammen	29	439	5.032

Zahl der in Rumänien verbliebenen ungarischen konfessionellen Schulen laut den Schuldaten von 938.

Schulerhaltende Kirche	Zahl der Schulen	Zahl der Lehrkräfte	Zahl der Schüler
Kinder g ä r t e n:			
Röm. kath. Kirche	8	10	313
Ref. Kirche	1	1	37
Zusammen	9	11	350

Schulerhaltende Kirchen	Zahl der Schulen	Zahl der Lehrkräfte	Zahl der Schüler
Elementarschulen:			
Röm. kath. Kirchendistrikt von Gyulafehérvár	42	86	3.010
Röm. kath. Kirchendistrikt von Nagyvárad .	6	11	418
Röm. kath. Kirchendistrikt von Szatmár . .	—	—	—
Röm. kath. Kirchendistrikt von Temesvár .	10	38	1.954
Röm. kath. Schulen zusammen	58	135	5.382
Siebenbürger ref. Kirchendistrikt	95	159	6.247
Királyhágómelléker ref. Kirchendistrikt	24	46	2.324
Ref. Schulen zusammen	119	205	8.571
Unit. Schulen	8	13	556
Evang. Schulen	5	13	446
Zahl der konfessionellen Elementarschulen zusammen	190	366	14.955
Mittelschulen:			
R. kath. Obergimn.	3	57	550
Ref. Obergimn.	1	19	208
Unit. Obergimn.	—	—	—
Obergimn. zusammen	4	76	758
Röm. kath. Gimnasium	7	77	732
Ref. Gimnasium	1	19	117
Gimnasium zusammen	8	96	849
Röm. kath. Lehrerbildungsanstalt	1	18	88
Ref. Lehrerbildungsanstalt	1	25	185
Lehrerbildungsanstalt zusammen	2	43	273

Schulerhaltende Kirchen	Zahl der Schulen	Zahl der Lehrkräfte	Zahl der Schüler
Röm. kath. Handelsschule	1	16	25
Ref. Handelsschule	2		70
Handelsschule zusammen	3	16	95
Röm. kath. Ackerbauschule	1		49
Ref. Ackerbauschule	1		69
Unit. Ackerbauschule	—	—	—
Ackerbauschule zusammen	2		118
Mittelschulen zusammen	19	231	2.093

Die Daten über die Muttersprache und Konfession der Bevölkerung des, laut des Wiener Schiedsspruches vom 30. August 1940 in Rumänien verbliebenen Siebenbürger und Banater Gebietes laut Volkszählung vom Jahre 1930. (Komitatseinteilung wie in 1930.)

Im Folgendem geben wir eine Übersichtstabelle von der Gesamtbevölkerung der, laut des Wiener Schiedsspruches in Rumänien verbliebenen Siebenbürgischen und Banater Gebietes in Komitate aufgeteilt und in diesen die Bevölkerungsverteilung je nach Nationalität und Konfession.

Die Tabelle gibt die Daten der rumänischen Volkszählung von 1930 gemäss der damaligen Komitatseinteilung wieder.

Selbstverständlich finden wir in diesen Angaben nicht den natürlichen Seelenzuwachs der seither vergangenen zehn Jahre, ebenso wie die seit dem Wiener Schiedsspruch stattgefundenen Ein- und Auswanderungen. Darum sind auch die Endsummen bloss als annähernd genau zu betrachten, besonders diese, welche die Zahl der hier gebliebenen Ungarn mit 473.551 beziffert.

Anschliessend geben wir die Tabelle mit den Daten der zu Ungarn zurückgegliederten Komitate.

G e b i e t	Gesamteinwohner	Ungarn	Rumänen	Deutsche	Sonstige
Alsó-Fehér	212.749	24.513	176.852	7.617	3.767
(Alba)	% 100·0	11·5	83·1	3·6	1·8
Arad	423.649	96.756	259.884	50.005	17.004
(Arad)	% 100·0	22·8	61·4	11·8	4·0
Bihar	203.819	23.748	178.059	167	1.845
(Bihor)	% 100·0	11·6	87·4	0·1	0·9
Brassó	168.125	46.798	85.519	33.592	2.216
(Braşov)	% 100·0	27·8	50·9	20·0	1·3
Fogaras	86.039	5.049	69.685	10.828	477
(Făgăraş)	% 100·0	5·9	81·0	12·6	0·5
Háromszék	8.353	4.258	3.790	16	289
(Trei-Scaune)	% 100·0	51·0	45·4	0·2	3·4
Hunyad	332.118	40.375	277.705	7.422	6.616
(Hunedoara)	% 100·0	12·2	83·6	2·2	2·0
Kisküküllő	146.721	34.203	83.054	24.023	5.441
(Târnava Mică)	% 100·0	23·3	56·6	16·4	3·7
Kolozs	81.099	15.094	63.333	102	2.570
(Cluj)	% 100·0	18·6	78·1	0·1	3·2
Krassó	200.929	5.113	142.315	28.622	24.879
(Caraş)	% 100·0	2·5	70·8	14·3	12·4
Maros-Torda	20.109	2.069	17.412	9	619
(Mureş)	% 100·0	10·3	86·6	0·0	3·1
Nagyküküllő	146.984	18.019	67.987	58.314	2.664
(Târnava Mare)	% 100·0	12·3	46·2	39·7	1·8
Szeben	194.619	9.325	125.686	57.215	2.393
(Sibiu)	% 100·0	4·8	64·6	29·4	1·2
Szörény	239.586	17.048	187.021	24.689	10.828
(Severin)	% 100·0	7·1	78·1	10·3	4·5
Temes-Torontál	499.443	83.423	190.705	177.751	47.564
(Timiş-Torontal)	% 100·0	16·7	38·2	35·6	9·5
Torda-Aranyos	183.282	40.676	137.697	744	4.165
(Turda)	% 100·0	22·2	75·1	0·4	2·3
Udvarhely	8.298	7.084	1.019	12	183
(Odorhei)	% 100·0	85·4	12·3	0·1	2·2
Zusammen	3.155.922	473.551	2.067.723	481.128	133.520
	% 100·0	15·0	65·5	15·3	4·2
An Ungarn rückangeschlossen	2.393.884	1.007.170	1.166.434	60.046	160.234
	% 100·0	42·1	48·7	2·5	6·7
Ganz Siebenbürgen	5.549.806	1.480.721	3.234.157	541.174	293.754
	% 100·0	26·7	58·3	9·7	5·3

Röm. kath.	Ref.	Unit.	Gr. kath.	Gr. orient.	Aug. ev.	Isr.	So-stige
7.225	15.946	2.580	67.258	108.590	7.007	3.101	1.042
3·4	7·5	1·2	31·6	51·0	3·3	1·5	0·5
112.097	23.180	109	17.766	236.576	13.546	10.021	10.354
26·5	5·5	0·0	4·2	55·8	3·2	2·4	2·4
5.656	17.174	14	14.766	157.491	113	1.662	6.943
2·8	8·4	0·0	7·2	77·3	0·1	0·8	3·4
16.681	12.765	2.324	4.042	82.090	46.675	2.778	770
9·9	7·6	1·4	2·4	48·8	27·8	1·7	0·4
1.642	2.506	312	22.093	47.487	11.141	445	413
1·9	2·9	0·4	25·7	55·2	12·9	0·5	0·5
289	2.482	912	14	4.612	30	7	7
3·4	29·7	10·9	0·2	55·2	0·4	0·1	0·1
30.318	15.086	1.559	61.386	213.235	3.328	4.829	2.377
9·1	4·5	0·5	18·5	64·2	1·0	1·5	0·7
6.693	22.746	4.999	60.472	24.813	24.263	1.643	1.092
4·6	15·5	3·4	41·2	16·9	16·5	1·1	0·8
1.662	12.753	959	37.235	26.560	50	1.104	776
2·0	15·7	1·2	45·9	32·7	0·1	1·4	1·0
43.211	1.265	23	10.336	141.162	917	725	3.290
21·5	0·6	0·0	5·1	70·3	0·5	0·4	1·6
292	1.816	23	14.995	2.834	12	113	24
1·5	9·0	0·1	74·6	14·1	0·0	0·6	0·1
6.684	9.171	2.898	15.363	53.889	57.351	1.097	531
4·5	6·2	2·0	10·5	36·7	39·0	0·7	0·4
7.832	4.250	373	24.746	101.120	34.052	1.537	709
4·0	2·2	0·2	12·7	52·0	27·8	0·8	0·3
35.731	7.367	31	9.459	180.643	1.282	2.329	2.744
14·9	3·1	0·0	3·9	75·4	0·5	1·0	1·2
242.494	12.305	95	13.877	205.488	11.781	10.989	2.414
48·6	2·5	0·0	2·8	41·1	2·4	2·2	0·4
7.457	26.389	8.188	77.532	60.606	269	2.233	608
4·1	14·4	4·5	42·3	33·1	0·1	1·2	0·3
393	3.797	2.900	36	997	15	42	118
4·7	45·8	35·0	0·4	12·0	0·2	0·5	1·4
526.357	190.998	28.299	451.376	1.648.193	231.832	44.655	34.212
16·7	6·1	0·9	14·3	52·2	7·3	1·4	1·1
421.466	505.322	40.031	934.090	284.985	42.600	148.289	17.101
17·6	21·1	1·7	39·0	11·9	1·8	6·2	0·7
947.823	696.320	68.330	1.385.466	1.933.178	274.432	192.944	51.313
17·1	12·5	1·2	25·0	34·8	5·0	3·5	0·9

**Die Daten über die Muttersprache und Konfession
ches vom 30. August 1940 an Ungarn rückangeschlos-
zählung vom Jahre 1930.**

G e b i e t	Gesamteinwohner	Ungarn	Rumänen	Deutsche	Sonstige
Beszterce-Naszód	144.131	7.174	106.558	21.056	9.343
	% 100·0	5·0	73·9	14·6	6·5
Bihar	306.499	148.574	135.345	2.197	20.383
	% 100·0	48·5	44·2	0·7	6·6
Csik	145.806	124.971	18.455	503	1.877
	% 100·0	85·7	12·7	0·3	1·3
Háromszék	127.769	113.610	12.958	609	592
	% 100·0	88·9	10·1	0·5	0·5
Kisküküllő	2.761	2.258	450	3	50
	% 100·0	81·8	16·3	0·1	1·8
Kolozs	253.892	94.071	143.226	2.862	13.733
	% 100·0	37·1	56·4	1·1	5·4
Maros-Torda	269.437	130.976	114.413	11.428	12.620
	% 100·0	48·6	42·5	4·2	4·7
Máramaros	161.575	14.285	92.611	3.189	51.490
	% 100·0	8·8	57·3	2·0	31·9
Nagyküküllő	1.010	75	272	656	7
	% 100·0	7·4	26·9	65·0	0·7
Szatmár	294.085	94.112	173.585	7.586	19.592
	% 100·0	31·9	58·9	2·6	6·6
Szilágy	343.347	125.544	191.144	8.706	17.953
	% 100·0	36·6	55·7	2·5	5·2
Szolnok-Doboka	219.355	34.710	172.607	478	11.560
	% 100·0	15·8	78·7	0·2	5·3
Udvarhely	121.984	116.801	3.869	392	922
	% 100·0	95·8	3·2	0·3	0·7
Câmpulung	1.443	9	941	381	112
	% 100·0	0·6	65·2	26·4	7·8
Zusammen	2,393.884	1,007.170	1,166.434	60.046	160.234
	% 100·0	42·1	48·7	2·5	6·7
An Rumänien ge- blieben	3,155.922	473.551	2,067.723	481.128	133.520
	% 100·0	15·0	65·5	15·3	4·2
Ganz Siebenbürgen	5,549.806	1,480.721	3,234.157	541.174	293.754
	% 100·0	26·7	58·3	9·7	5·3

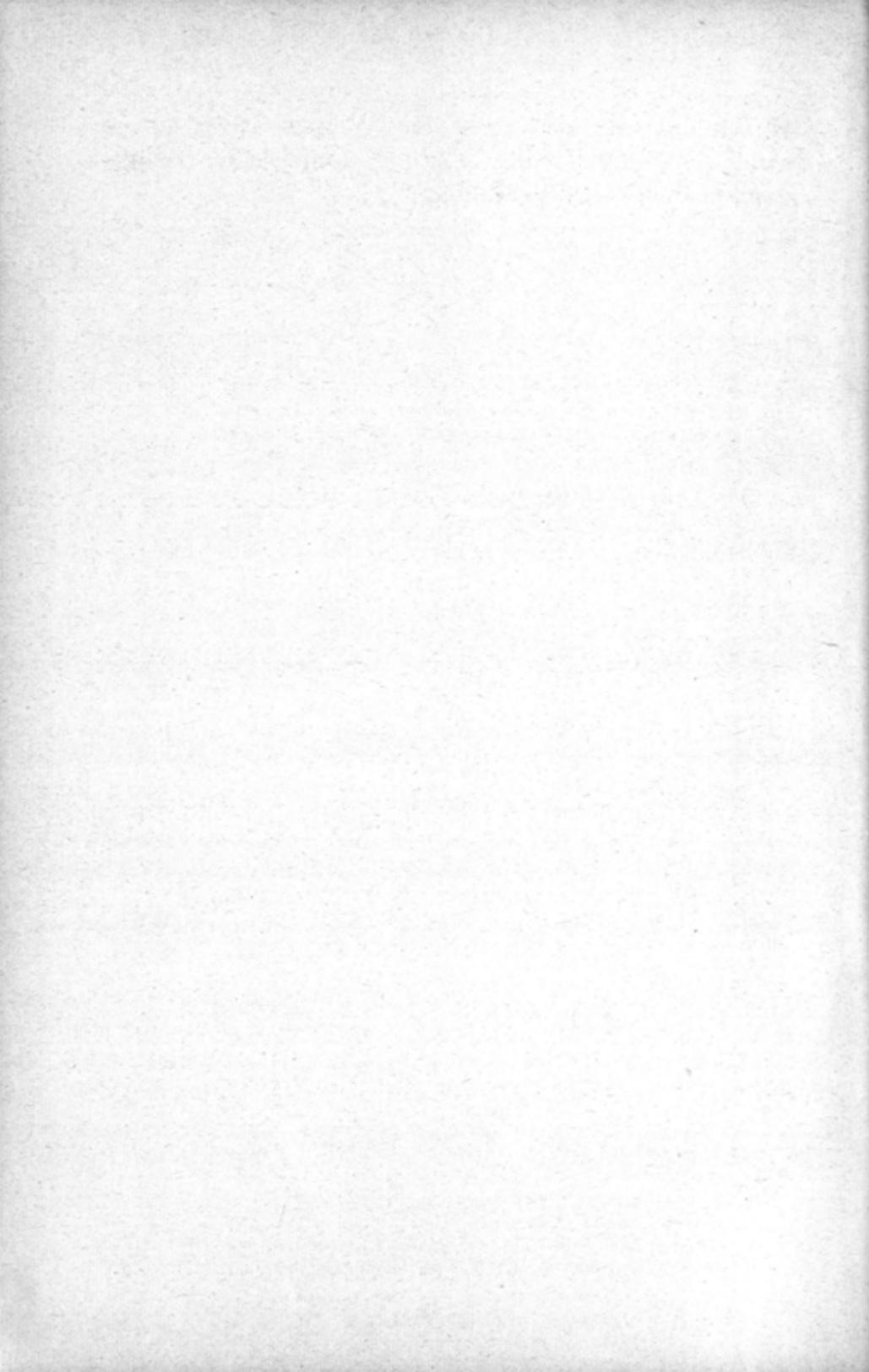
der Bevölkerung des, laut des Wiener Schiedsspru-
 senen Siebenbürger Gebiete laut rumänischer Volks-
 (Rumänische Komitatseinteilung.)

Röm. kath.	Ref.	Unit.	Gr. kath.	Gr. orient.	Aug. ev.	Isr.	Sonstige
3.371	5.153	35	86.746	19.960	22.331	6.375	160
2'4	3'6	0'0	60'2	13'8	15'5	4'4	0'1
47.243	90.095	148	39.672	96.451	1.418	26.145	5.327
15'4	29'4	0'0	13'0	31'5	0'5	8'5	1'7
118.535	1.947	85	20.072	1.879	257	2.525	506
81'3	1'3	0'1	13'8	1'3	0'2	1'7	0'3
48.850	52.768	5.365	3.105	15.299	1.075	942	365
38'2	41'3	4'2	2'4	12'0	0'8	0'8	0'3
135	2.071	10	434	13	1	62	35
4'9	75'0	0'4	15'7	0'5	0'0	2'2	1'3
27.054	59.986	2.536	105.758	37.983	2.551	16.551	1.473
10'7	23'6	1'0	41'6	15'0	1'0	6'5	0'6
34.745	85.897	7.628	78.902	39.085	11.307	10.377	1.496
12'9	31'9	2'8	29'3	14'5	4'2	3'9	0'5
10.409	2.935	37	104.132	8.489	137	34.089	1.347
6'4	1'8	0'0	64'5	5'3	0'1	21'1	0'8
12	15	36	6	280	654	7	—
1'2	1'4	3'5	0'6	27'7	64'9	0'7	—
37.286	44.138	41	173.910	12.880	455	25.370	795
12'6	15'0	0'0	59'0	4'4	0'1	8'6	0'3
41.757	87.350	50	180.608	15.183	1.172	13.754	3.473
12'2	25'5	0'0	52'6	4'4	0'3	4'0	1'0
6.955	28.005	78	139.317	32.881	238	10.619	1.262
3'2	12'8	0'0	63'5	15'0	0'1	4'8	0'6
44.642	44.962	23.982	1.407	3.780	987	1.362	862
36'6	36'8	19'7	1'2	3'1	0'8	1'1	0'7
472	—	—	21	822	17	111	—
32'7	—	—	1'4	57'0	1'2	7'7	—
421.466	505.322	40.031	934.090	284.985	42.600	148.289	17.101
17'6	21'1	1'7	39'0	11'9	1'8	6'2	0'7
526.357	190.998	28.299	451.376	1,648.193	231.832	44.655	34.212
16'7	6'1	0'9	14'3	52'2	7'3	1'4	1'1
947.823	696.320	68.330	1,385.466	1,933.178	274.432	192.944	51.313
17'1	12'5	1'2	25'0	34'8	5'0	3'5	0'9

Director, girant răspunzător și proprietar: Dr. Elemér Jakabffy.

Tipografia Husvéth și Hoffer, Lugoj

in anul al 500-lea dela inventarea tiparului.



CUPRINSUL – SOMMAIRE – INHALT :

	Seite
C. A. Macartney. Von : Dr. Elemér Jakabffy	1
Die kulturellen Verluste des Banater Ungartums im Laufe des Jahres 1939	4
Der Gebrauch der ungarischen Namensbezeichnung von Städ- ten und Gemeinden in der Slowakei	5
Situația românilor din Ungaria în oglinda raportajului „Dacia“	9
Gerichtliches Urteil von grundsätzlicher Bedeutung über das Vermögen der konfessionellen Schulen in Jugoslawien	12
Baron Ferdinand v. Uexküll-Güllendand gestorben	14
Deutsche Zeitungen des Auslandes in Deutschland verboten	14
Beamte mit ungarischer Sprachkenntnissen erhalten eine Gehaltszulage – in der Türkei	15
100.000 Volksdeutsche aus Sowjetrussland siedeln um in das Reich	16
Rumänisch-jugoslawischer Bevölkerungsaustausch im Banat	17
Vertrag über die Umsiedlung lettischer Bürger deutscher Volkszugehörigkeit in das Deutsche Reich	18
Einstellung der Kultursubvention vonseiten der Städte	30
Jugoslawische Stimmen über die Minderheitenfragen	30
Die Angelegenheit der Superintendenz des ungarisch-evan- gelischen Kirchendistriktes wurde endgiltig geordnet	33
Discursul D-lui Elemér Gyárfás rostit în ședința Senatului la 15 Martie	37
Mărturiile de lealitate ale minorităților și D-l ministru Gafencu	39
Eine ernste Mahnung des ungarischen Ministerpräsidenten an die Verwaltungsbeamten	42
Der Obmann des Deutschen Volksbildungsvereines in Un- garn – Mitglied des ungarischen Oberhauses	43
Der Gesetzentwurf zur Autonomie Karpathenrusslands ist im Entstehen	44

Decret-Lege pentru ratificarea Acordului privitor la interpretarea art. IX din Concordatul dela 10 Mai 1927, între Sf. Scaun și Guvernul Român, precum și anexa sa cuprinzând Statutele Consiliului Dioceziei Catolice de rit latin de Alba-Iulia, semnate la Vatican la 30 Mai 1932	47
Discursul D-lui Pál Szász rostit în ședința Senatului la 20 Martie	56
Căsătoriile mixte la Lugoș	58
Zu den Worten des Minderheitenministers. Von: Dr. Elemér Jakabffy	65
Das ungarische Oberhaus fordert die Anerkennung der Rechte der Ungarn in der Slowakei	67
Problema minorităților în discuția Parlamentului român . .	69
Gründung der Ungarländischen Slowakischen Christlichen Volkspartei	71
Die Katholiken der Gemeinde Bezdán in Jugoslawien bekommen ihr, für Schulzwecke bestimmtes unbewegliches Vermögen zurück	72
Das deutsch Slowakische Verhältnis	73
Die Vlănen und der Nationalsozialismus	75
Discursul D-lui deputat Ignat Bartha în Camera la 17 Aprilie 1940 despre proiectul de lege al breslelor	79
Decret-Lege pentru transformarea Frontului Renașterii Naționale în „Partidul Națiunii“	97
Decret-Lege pentru apărarea ordinii politice unice și totalitare a Statului Român	99
Rumänien's Austritt aus dem Völkerbund	101
Erklärungen des Aussenministers über die Minderheitenfrage und Bevölkerungsaustausch	103
Die Gesetzvorlage der Pfeilkreuzlet	104
Eine slowakisch-ukrainische Zusammenarbeit in Ungarn am Horizont	113
Zur Auswanderung der Deutschen aus Bessarabien	115
Decret-Regale	129
Junger Kopf und starke Hand	130
Wieder in Wien. Von: Dr. Elemér Jakabffy	131
Der ungarische Ministerpräsident über die Nationalitätenpolitik Ungarns	132

Das deutsche Schulwesen in einem neuen Entwicklungsabschnitt	134
Deutsche Volksgruppe unterstützt die neue Staatsführung	136
Zwei Bürgermeister- und zehn Vizebürgermeisterposten für die deutsche Volksgruppe in Rumänien	137
Decret lege pentru ratificarea tratatului între România și Bulgaria, semnat la Craiova la 7 Sept. 1940. — Traité entre la Roumanie et la Bulgarie	138
Preluarea de către Stat a bunurilor rurale evreești	140
Situația evreilor în învățământ	142
Die Corvinus-Kette für die theoretische Ausarbeitung und den Schutz der Minderheitenrechte	145
Die Besprechung der Ungarnführer des Banates und Süd-Siebenbürgens am 4. November	147
Die Förderung der Heimkehr aller im Ausland lebenden Ungarn	150
Der ungarische Volksbildungsverband in Jugoslawien kam zustande	151
Der Umbruch in Rumänien und die „Kronstädter Zeitung“	152
Wiederverdeutschung madjarisierter Namen	154
Regelung der deutschen Sportbetätigung in Rumänien	155
Zwischenfälle bei dem rumänisch-bulgarischen Bevölkerungsaustausch	157
Aplicarea legii pentru românizarea salariaților	158
Decret-lege relativ la Statutul militar al evreilor	160

Bücher und Zeitschriften.

Briefe und Memoiren Ion I. C. Bratianus	31
Werke bezüglich der Nationalminderheitenfragen, die in den Jahren 1938 und 1939 erschienen sind	60
Bibliografie der Stadt Braşov (Kronstadt). Von: Dr. Johann Kertész	89
Dr. Emerich Lukinich: „Die Siebenbürgische Frage“	163

Statistische Mitteilungen.

Zahlenmässige Daten aus dem katholischen Religionsleben Jugoslawiens	32
Wie viele Slowaken leben im Ausland?	95

Zahlenangaben über die in Jugoslawien lebenden ungarischen Diplomierten	96
Auslese aus den Bänden der rumänischen Volkszählung vom Jahre 1930	117
Die römisch-katholischen konfessionellen Lehranstalten der Timișoaraer Diözese im Schuljahr 1939/40.	122
Zahl der am 30. August 1940 von Rumänien an Ungarn abgetretenen ungarischen konfessionellen Schulen auf Grund der Schuldaten vom Jahre 1938	164
Zahl der in Rumänien verbliebenen ungarischen konfessionellen Schulen laut den Schuldaten von 1938	165
Die Daten über die Muttersprache und Konfession der Bevölkerung des, laut des Wiener Schiedsspruches vom 30. August 1940 in Rumänien verbliebenen Siebenbürger und Banater Gebietes laut Volkszählung vom Jahre 1930. (Komitatseinteilung wie in 1930)	167
Die Daten über die Muttersprache und Konfession der Bevölkerung des, laut des Wiener Schiedsspruches vom 30. August 1940 an Ungarn rückangeschlossenen Siebenbürger Gebiete laut rumänischer Volkszählung vom Jahre 1930. (Rumänische Komitatseinteilung)	170

